Mittwoch, 13. März 1985 - D * * *

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. (0 20 54) 10 11 / Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 61 - 11.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 100 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 200,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Sozialbudget: Die Bundesregierung wird nach Auffassung des Instituts Finanzen und Steuern ihr Ziel nicht erreichen, die Sozialleistungsquote bis 1987 um gut zwei Prozentpunkte zu senken. Nach ersten Erfolgen in der Haushaltskonsolidierung seien wieder kostentreibende sozialgesetzliche Verbesserungen geplant. (S. 13)

Terrorismus: Durch einen anonymen Telefonhinweis konnte gestern ein Sprengsatz vor dem Offizierskasino der US-Streitkräfte in Böblingen rechtzeitig entdeckt und entschärft werden.

Hochschulen: Um die erste medizinische Privatuniversität Bayerns, die in Ingolstadt den Betrieb aufnehmen will, ist ein Streit mit harten Bandagen entbrannt. Nach Ansicht bayerischer Rektoren ist das Projekt zum Scheitern verurteilt. (S. 4)

Konsequenz gezogen: Nach der Niederlage der CDU bei den Landtagswahlen ist der saarländische Ministerpräsident Zeyer gestern offiziell vom Amt zurückgetreten. Er wird jedoch bis zur Amtsübernahme Lafontaines im April die Geschäfte weiterführen.

Abgesetzt: Auf der Heimreise von einem Österreich-Urlaub haben sich elf tschechoslowakische Touristen während eines kurzen Stopps in Bad Reichenhall in die Bundesrepublik abgesetzt.

„Charta 77": Eine Wiedervereinigung Deutschlands in den heutigen Grenzen befürwortet die tschechoslowakische Bürgerrechtsbewegung in einem „Prager Appell" an die für Sommer geplante Internationale Friedenskonferenz in Amsterdam. Das Dokument ist von 45 Persönlichkeiten, drunter Vaclav Havel, unterzeichnet. (S. 12)

Kohl-Stellvertreter? Der hessische CDU-Landesvorsitzende Walter Wallmann kandidiert auf dem CDU-Parteitag Mitte März in Essen für den Posten eines stellvertretenden Bundesvorsitzenden. Er will die Nachfolge von Weizsäckers antreten, der nach der Wahl zum Bundespräsidenten nicht mehr für ein Parteiamt zur Verfügung steht.

Europa: Der für 1986 vorgesehene EG-Beitritt könnte für Spanien zu einem finanziellen Debakel werden, geht aus einer vertraulichen Studie der EG-Kommission hervor. Allein im ersten Mitgliedsjahr kämen auf Spanien bis zu vier Milliarden Mark Kosten zu.

Barbados: Einhellige Bestürzung hat der plötzliche Tod des Ministerpräsidenten von Barbados, Tom Adams, unter den Spitzenpolitikern im karibischen Raum ausgelöst. Der konservativ ausgerichtete Regierungschef starb im Alter von 53 Jahren an einem Herzinfarkt. (S. 7)

ZITAT DES TAGES



„Ich richte mich auf einen geschickten, energischen und in vieler Hinsicht wesentlich gefährlicheren sowjetischen Führer ein"

Der frühere amerikanische Sicherheitsberater Zbigniew Brzezinski zur Wahl Gorbatschows zum neuen Generalsekretär der KPdSU (S. 6) FOTO: DPA

WIRTSCHAFT

Maschinenbau: Mit der Neueinstellung von 20 000 bis 30 000 Mitarbeitern rechnet die Branche für 1985. Die Produktion dürfte um real fünf Prozent wachsen. (S. 13)

Philips: Der niederländische Konzern will sich völlig von Loewe Opta trennen. (S. 15)

Farmkrise: 70 000 Vollerwerbsbetriebe in den USA waren zu Jahrebeginn technisch zahlungsunfähig, 73 000 Höfe tragen eine Schuldenlast, die 70 bis 100 Prozent der Aktiva ausmacht. (S. 14)

Gegenrechnung: Im Disput mit den Amerikanern um die hohen japanischen Exportüberschüsse im bilateralen Handel wartet Tokio mit einer neuen Kalkulation auf: Danach investiert Japan mehr Geld in den USA als es im Warenverkehr einnimmt. (S. 14)

Börse: An den Aktienmärkten setzte sich die feste Tendenz fort. Der Siemenskurs ging steil aufwärts. Der Rentenmarkt war freundlich. WELT-Aktienindex 177,4 (175,9). BHF-Rentenindex 100,207 (99,998). Performance Index 98,820 (98,586). Dollarmittelkurs 3,3520 (3,3620) Mark. Goldpreis 288,45 (291,00) Dollar.

KULTUR

Leipziger Messe: Gemäß dem Vorbild Honeckers mit seinen „positiven Signalen in Richtung Westen", bemühen sich auch die Kulturgewaltigen der „DDR" sichtlich um ein entspanntes Klima. Die „DDR" will mit der Bundesrepublik noch stärker ins Buch-Geschäft kommen. (S. 19)

Musiktage: Schwelgen in Romantik und Impressionismus boten die diesjährigen Römerbad-Musiktage in Badenweiler. Robert Schumann war der roten Faden, an dem man Bach, Chopin und Brahms, Chausson, Debussy und Ravel, Berg, Schostakowitsch und Britten quasi auffädelte. (S. 19)

SPORT

Fußball: Der am 2. März in Uerdingen vom Platz gestellte Kölner Nationalspieler Pierre Littbarski wurde vom Sportgericht des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) für vier Pflichtspiele gesperrt.

Ski Alpin: Franz Klammer, Abfahrts-Olympiasieger von 1976, hat seine internationale Laufbahn beendet. Die letzten Rennen in Übersee fuhr der Österreicher bereits schon nicht mehr mit. (S. 9)

AUS ALLER WELT

Ausverkauf: Das Londoner Nobel-Kaufhaus Harrods, so berühmt wie Big Ben oder Buckingham Palace, wird jetzt von Arabern kontrolliert. Die ägyptische Al-Fayed-Familie erwarb mehr als 51 Prozent des Konzerns House of Fraser, zu dem Harrods gehört.

Ärger bei Gelb: Die Gelbphase deutscher Ampeln im innerstädtischen Verkehr ist für die durchschnittlich Reaktionszeit der Autofahrer zu kurz, monieren Fachleute. Sie sollte von derzeit drei auf vier Sekunden angehoben werden. (S. 20)

Wetter: Bewölkt, Regen oder Schnee. 4 bis 9 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Kohl will dem Kreml-Chef seine Ostpolitik begründen

Bangemann nach Gespräch mit Honecker: Vor „Phase guter Möglichkeiten"

DW. Bonn

Bundeskanzler Kohl wird die Teilnahme an der Trauerfeier für Konstantin Tschernenko nutzen, um dem neuen Kreml-Führer Michail Gorbatschow seine Ostpolitik zu begründen. Wie es hieß, war auch eine Begegnung des Kanzlers mit dem „DDR" Staats- und Parteichef Erich Honekker geplant. Bundeswirtschaftsminister Bangemann gab nach seiner gestrigen Begegnung mit Honecker in Ost-Berlin einen Hinweis auf solche Absichten. Bangemann sagte, er wünsche sich ein derartiges Treffen „sehr".

H.-J. MAHNKE, Leipzig

Die deutsch-deutschen Beziehungen stehen vor einer neuen „Phase guter Möglichkeiten". Diesen Eindruck hat Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann gestern in Leipzig nach seinem Gespräch mit dem „DDR"-Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker und mit Günther Mittag gewonnen, der im SED-Politbüro für Wirtschaftsfragen zuständig ist.

In wichtigen Punkten sieht Bangemann die Chance, in absehbarer Zeit zu Vereinbarungen zu kommen. Konkret nannte der Minister die Verlängerung des zinslosen Überziehungskredites Swing, Umweltschutzabkommen, den Jugendaustausch, Vereinbarungen über Asylanten, den Bereich des Kulturabkommens und Absprachen über die gegenseitige Lieferung von Energieprodukten.

Bangemann, der als erster Bonner Minister mit Honecker nach dessen Absage des Besuches in der Bundesrepublik Deutschland vom September zusammengekommen war, erklärte, die Frage einer Visite des SED-Chefs sei nicht angesprochen worden. Die in dieser Woche in der „DDR" gehandelte Version, nach der nach dem Führungswechsel im Kreml eine Reise Honeckers leichter stattfinden könne, wollte sich der Wirtschaftsminister ausdrücklich „nicht zu eigen machen".

SEITE 2:
Bangemanns Aufgabe

Beide Seiten, so Bangemann, hätten darüber übereingestimmt, daß die verbesserten wirtschaftlichen Beziehungen eine gute Voraussetzung für das politische Klima seien. Ein Gedanke, der übereinstimmend von den „DDR"-Zeitungen in den Mittelpunkt der Berichterstattung über das Treffen mit Günther Mittag gestellt wurde. Mittag, der als Chefökonom der „DDR" apostrophiert wird, wurde zur Hannover-Messe und zu einem Abstecher nach Bonn eingeladen. Vorgesehen ist dabei wieder eine Begegnung mit Bundeskanzler Kohl.

Nach Angaben Bangemanns spricht die „DDR" gegenwärtig mit vielen deutschen Unternehmen über Lieferungen und gemeinsame Projekte. Das Volumen der Vorhaben, über die verhandelt wird, summiert sich auf zwei Milliarden Mark. Daraus lassen sich nach Ansicht der Experten keine Rückschlüsse auf konkrete Vereinbarungen ziehen. Zum Teil zögen sich die Verhandlungen bereits über Jahre hin, teils werde auch mit Firmen aus anderen Ländern gesprochen. Früher belief sich das Volumen von Projekten, über das geredet wurde, auf rund 1,5 Milliarden. Die Differenz könnte ein Signal dafür sein, daß die „DDR" ihre Käufe in der Bundesrepublik steigern wolle. Dieses dürfte auch einen Einfluß auf die Verlängerung des Swing-Abkommens haben, das in diesem Jahr ausläuft. Der Swing hat eine Obergrenze von 600 Millionen, wird von der „DDR" gegenwärtig aber nur mit knapp 100 Millionen in Anspruch genommen.

USA flexibel, aber hart in der Sache

Sowjetische Propaganda-Offensive gegen SDI soll im Keim erstickt werden

DW. Genf

Die Genfer Abrüstungsverhandlungen zwischen den USA und der Sowjetunion sind gestern mit einem fast dreistündigen Gespräch der beiden Delegationen in der sowjetischen UN-Mission eröffnet worden, die der US-Delegationsleiter Max Kampelman als „formell und offiziell" bezeichnet hat. Der sowjetische Delegationsleiter Karpow verwies anschließend darauf, daß die Verhandlungslinie der Moskauer Delegation wesentlich vom neuen Generalsekretär der KPdSU, Gorbatschow, im Politbüro bestimmt worden sei. Die eigentliche Konferenzarbeit soll morgen beginnen.

C. GRAF BROCKDORFF, Brüssel

Zum Start der Verhandlungen hat der Westen einen Zipfel der Taktik gelüftet, mit der er in die nächste Verhandlungsrunde mit den Sowjets geht. Wie der stellvertretende amerikanische Außenminister Richard Burt in Brüssel nach einer letzten Vorbereitungskonferenz der besonderen Konsultationsgruppe der NATO-Staaten sagte, werden die Vereinigten Staaten die Sowjetunion unter massiven Druck setzen, um zu einem raschen Ergebnis bei der Reduzierung der Lang- und Mittelstreckenraketen zu kommen.

Aus Burts Worten ging hervor, daß Washington entschlossen ist, der Sowjetunion die Möglichkeit zu nehmen, mit einer Propagandakampagne gegen das SDI-Programm die Öffentlichkeit in den NATO-Staaten gegen ihre Regierungen aufzubringen und damit einen Keil in die Allianz zu treiben. Dieser sowjetischen Taktik solle durch die amerikanische Verhandlungsstrategie entgegengewirkt werden, die bei aller Flexibilität nicht an den Grundsätzen des Westens rütteln werde. Bei dieser Gelegenheit gab Burt bekannt, daß die Sowjetunion jetzt 414 Raketen des Typs SS 20 mit 1242 Atomsprengköpfen, organisiert in 46 Raketen-Regimentern, in Stellung gebracht hat.

SEITE 3:
Wichtigstes Wort heißt Geduld

Burt sagte, die Vereinigten Staaten wollten darauf dringen, das Thema der Weltraumwaffen (SDI) abzukoppeln von Fortschritten bei der Begrenzung offensiver Atom-Raketen. Die amerikanische Verhandlungsdelegation, Ex-Senator John Tower (Texas) für strategische Interkontinentalraketen, Botschafter Maynard Glitman für Mittelstreckenwaffen, hätten eine Verhandlungsflexibilität wie nie zuvor.

US-Präsident Reagan hat in einem persönlichen Schreiben Bundeskanzler Helmut Kohl über die amerikanische Strategie in Genf unterrichtet. Der Chef der amerikanischen Unterhändler in Genf, Botschafter Max Kampelman, begleitet von Tower und Glitman, hatte zugleich dem ständigen Nordatlantikrat in Brüssel die amerikanischen Verhandlungsabsichten vorgetragen. (SAD)

Sanfte Töne der SPD gegenüber der FDP

Vogel denkt an Koalitionen in Kommunen Hessens / Lafontaine zeigt sich zurückhaltend

PETER PHILIPPS, Bonn

Die Wahlerfolge im Saarland und in Hessen haben – trotz der deftigen Niederlage in Berlin – das Selbstbewußtsein der Bonner SPD-Führer *auch in Hinblick auf die Bundestagswahl 1987* gestärkt. Dabei wird – mehr atmosphärisch spürbar als handfest zu greifen – deutlich, daß nach Lafontaines *siegreicher* Taktik an eine grundsätzliche Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit den Grünen im Bund nicht mehr gedacht wird, während die nach der Wende fast haßvollen Töne gegenüber der FDP wieder moderater werden. Oppositionsführer Hans-Jochen Vogel schloß ausdrücklich nicht aus, daß in hessischen Kommunen ein Zusammengehen „auch mit versprengten FDP-Kreisverordneten klappen" könnte. Zugleich beugte Parteichef Willy Brandt allen Versuchen vor, seinen „Freund Oskar" nun zum prägenden Superstar der Partei und seinem Nachfolger aufzubauen: „Die Frage, wie sich Parteitage schlüssig werden, ist zu trennen von den Kommentierungen zu Wahlen", wiegelte er gestern ab.

Für Brandt hat es am vergangenen Sonntag „überall dort, wo zum Bundestag gewählt wird, eine deutliche Verschiebung der politischen Gewichte gegeben". Stellvertreter Vogel brachte dies auf die Formel, daß „Hessen und das Saarland eine Schwächung auch für den Bundeskanzler selbst" gebracht und „die Optimismus- wie die Chaos-Kampagne des CDU-Generalsekretärs Geißler ihre Wirkungen nicht getan" hätten. Brandt folgerte daraus, daß es der „SPD mit Blick auf 1987 nicht darum geht, es irgendwann später einmal zu packen, sondern aufs Ganze zu gehen". Dabei machten die beiden Parteiführer einmal mehr deutlich, daß die erste Etappe auf diesem Weg ein nach Saar-Vorbild errungener Erfolg in Niedersachsen 1986 mit einer damit verbundenen Bundesrats-Mehrheit der Opposition sein soll.

Lafontaine selbst unterstrich seine vorläufige Zurückhaltung in der Gesamtpartei: Er habe bei den schweren Aufgaben an der Saar „keine Lust und auch überhaupt keinen Raum darüber nachzudenken, mir weitere Verpflichtungen aufzuladen". Brandt vermied es, *Lafontaines politische* Wegmarkierungen auch nur für die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen als vorbildlich hinzustellen, während Vogel sogar darauf hinwies, daß mit dem an der Saar „wahlentscheidenden Zug", die Grünen aufzufordern, „eine Koalition einzugehen oder zum Teufel zu gehen", in Berlin schon „niemand zu überzeugen" gewesen wäre. Und Rau habe für Nordrhein-Westfalen „keine Beratungswünsche geäußert oder Beratungsbedarf gezeigt". Im übrigen habe Lafontaine in seinem Wahlkampf sehr stark die Konzepte der Bundestagsfraktion aufgegriffen, so „daß unsere Linie so verkehrt nicht sein kann". Der Sonntag habe seine alte These „bestätigt, daß wir eine Chance haben, von beiden Seiten Wähler zu gewinnen".

Luftangriff auf Teheran

DW. Teheran

Bei dem ersten irakischen Luftangriff auf ein Wohngebiet der iranischen Hauptstadt Teheran sind nach einer Meldung der iranischen Nachrichtenagentur Irna fünf Menschen getötet und vier verletzt worden. Die Maschinen feuerten zwei Raketen auf die nördlichen Stadtteile ab. Die Angriffe folgten auf einen Luftangriff, den iranische Flugzeuge zuvor auf Bagdad geflogen hatten. Teheran wurde knapp eine Stunde vor dem Zeitpunkt angegriffen, den UNO-Generalsekretär Peres de Cuellar in seinem Aufruf für das Ende der Angriffe auf Zivilziele auf beiden Seiten gesetzt hatte.

Der iranische Außenminister Ali Akbar Velayati hatte am Montag erklärt, Iran werde den Appell des Generalsekretärs beachten. Irak wollte zunächst mit UNO-Vertretern konferieren.

Seite 12: Syrien stützt Iran

Demonstration der Eigenstaatlichkeit

lz. München

Bayern will gegenüber den Ländern Hessen und Baden-Württemberg seine „Eigenstaatlichkeit" stärker betonen. Das Münchner Kabinett beschloß gestern, die Grenzschilder mit dem Staatswappen künftig auch an Autobahnen, Bundes- und Staatsstraßen aufzustellen. Auch die Übergänge zur „DDR" sollen damit bestückt werden. Wie die bayerische Staatskanzlei mitteilte, soll damit auf den „föderativen Staatsaufbau der Bundesrepublik und auf die Eigenstaatlichkeit Bayerns" aufmerksam gemacht werden. Die voraussichtlichen Kosten der Aktion: 35 000 Mark.

Bayerische Grenzschilder stehen bislang an den 127 Grenzstationen zur Schweiz, CSSR und nach Österreich. „Wir folgten damit nur dem Beispiel von Baden-Württemberg, das seit geraumer Zeit seine Schilder auch an der Grenze zu uns aufstellt", betonte ein Sprecher.

Plädoyers im RAF-Prozeß

DW. Stuttgart

Im Prozeß gegen die mutmaßlichen Rädelsführer der Rote Armee Fraktion (RAF) Christian Klar und Brigitte Mohnhaupt haben gestern in Stuttgart-Stammheim 13 Monate nach Beginn der Verhandlung die Plädoyers begonnen. Der Vertreter der Anklage, Bundesanwalt Peter Zeis, sagte, im Prozeß habe sich bestätigt, was in der Anklageschrift zu lesen sei. Brigitte Mohnhaupt und Christian Klar seien keine politischen Verbrecher, die RAF sei „allerhöchstens in den frühen 70er Jahren einmal politisch gewesen". Der „gut koordinierte Hungerstreik" habe gezeigt, daß die beiden Terroristen als Rädelsführer anzusehen seien. Als „notorische Schönzauberei" bezeichnete Zeis die Auffassung, mit der Verhaftung der beiden sei die RAF zerschlagen worden. Der Hungerstreik und die Brandanschläge hätten das Gegenteil bewiesen.

DER KOMMENTAR

Seidige Verpackung

HERBERT KREMP

Die bescheiden klingende, an keiner Stelle auftrumpfende Sprache gehört zur Umsicht Gorbatschows, den der Königsmacher Gromyko auf den Schild gehoben hat. Vorgänger Tschernenko hatte in seiner ersten Ansprache als Generalsekretär ganz andere Töne angeschlagen: grobe, aggressive, stellenweise zornige. Die niedrige Produktivität, die mangelnde Ordnung und üppige Gleichgültigkeit, die das Land am Saum der Diagramme hält, belegte er mit dem Wort „Liederlichkeit". Gegenüber dem Westen bediente er sich einer rasselnden Sprache: Die unbesonnenen und abenteuerlichen Handlungen der aggressiven Kräfte des Imperialismus gefährdeten die Menschheit, fuhr es aus ihm heraus.

Nichts davon in der Inaugurationsrede Gorbatschows. Er spricht, als gelte es lediglich ein wenig Staub vom Meublement zu blasen. Zwar spricht auch er von „entschlossenen Maßnahmen" zur Festigung sozialistischer Gesetzlichkeit, kehrt aber in erster Linie den gelehrigen Pädagogen der Utopie heraus. Es gelte, „in kurzer Frist die vordersten Positionen in Wissenschaft und Technik und den Welthöchststand bei der Produktivität" zu erreichen – eine Reminiszenz an die Achillesferse des Systems, die schon Andropow beklagte. Der Appell, die Prinzipien der sozialistischen Wirtschaftsführung „schöpferisch" anzuwenden und „die gesamte wirtschaftliche Entwicklung den Interessen der sowjetischen Menschen unterzuordnen", klingt im Kontext reformerisch, aber nicht himmelstürmend. Gorbatschow hat also zunächst einmal einen Klassenaufsatz über den Leninismus verfaßt, einen tastenden Text, den die Alten wahrscheinlich lächelnd mit „gut" benotet haben.

Vorsichtig taucht der junge Generalsekretär in das gefährliche Element der Macht ein; das Wendige gehört zu den Daten seiner Biographie. Moskau steht im Banne einer weltpolitischen Technologie-Konkurrenz, die unter dem Fixwort „Weltraum" rangiert. Auf alte Dinge wie Nachrüstung, Friedensbewegung und imperialistische Umtriebe, die Tschernenko und der Mentor Andropow nicht müde wurden, hervorzukehren, geht die erste Rede des Neuen nicht mehr ein. Polemik bleibt im Köcher. Gorbatschow erinnert lieber an die hochgeschätzten Erfolge der Entspannung in den 70er Jahren und blickt dabei intensiv nach Genf, wo es jetzt darum gehe, „das Wettrüsten auf der Erde einzustellen und im Weltraum nicht zuzulassen". Seidiger Ton. Der Generalsekretär hat offenbar das Gefühl, in einem für die Sowjetunion äußerst heiklen Augenblick an das Fenster der Macht getreten zu sein.

Gorbatschow spricht von Entspannung

DW. Moskau/Washington

Vizepräsident George Bush, der die US-Delegation bei den heutigen Beisetzungsfeierlichkeiten für Tschernenko in Moskau leitet, wird dem neuen sowjetischen Parteichef Michail Gorbatschow ein persönliches Schreiben Reagans überbringen. In Washington erklärte der amerikanische Präsident, er rechne damit, eines Tages mit Gorbatschow zusammenzutreffen. Er vermute jedoch, daß Gorbatschow seine Herrschaft erst „etablieren" wolle, ehe er an eine Gipfelbegegnung denke.

In seiner Antrittsrede hatte der neue Kreml-Führer erklärt: „Ich kann nur von neuem bekräftigen: Wir streben keine einseitigen Vorteile und militärische Überlegenheit gegenüber den USA und den NATO-Ländern an. Wir wollen die Einstellung, nicht die Fortsetzung des Wettrüstens und schlagen deshalb vor, die Kernwaffenarsenale einzufrieren und die Stationierung von Raketen zu stoppen." Gorbatschow würdigte die Erfolge der Entspannungspolitik der 70er Jahre und betonte, „an der Fortführung des Prozesses zur Herstellung einer friedlichen, gegenseitig vorteilhaften Zusammenarbeit" mitwirken zu wollen. Auf das Verhältnis zu China eingehend sagte er, die UdSSR sei zu einer Verbesserung der Beziehungen bereit. Innenpolitisch präsentierte sich der neue Parteichef, der auf Vorschlag Außenminister Gromykos gewählt worden war, als ein Anhänger der von Andropow eingeleiteten Wirtschaftspolitik. Seine Ausführungen enthielten darüberhinaus keine neuen Elemente.

Seite 8: Die Rede im Wortlaut

Warschau: Fünf Oppositionelle festgenommen

DW. Warschau

Der Chef der „Konföderation für ein Unabhängiges Polen" (KPN), Leszek Moczulski, und vier seiner Mitarbeiter sind nach Angaben der amtlichen polnischen Nachrichtenagentur PAP unter Anklage gestellt worden. Ihnen wird vorgeworfen, eine illegale Organisation zu leiten, die das Ziel habe, öffentliche Unruhen hervorzurufen.

Die fünf KPN-Mitglieder wurden am Samstag während einer Sitzung in der Warschauer Wohnung Moczulskis festgenommen und am Montag in Untersuchungshaft überwiesen. Die Höchststrafe für das ihnen vorgeworfene Delikt beträgt zehn Jahre Haft. Vier gemeinsam mit ihnen festgenommene Personen wurden auf freien Fuß gesetzt. Nach Angaben von PAP geht aus den bisherigen Ermittlungen hervor, daß eine Gruppe von Personen – darunter die jetzt Festgenommenen – den Entschluß gefaßt habe, „die illegale Organisation unter der Bezeichnung KPN" wieder aufleben zu lassen. Die Polizei habe zahlreiche „illegale Schriften" beschlagnahmt, die als Beweismittel gegen die Angeklagten eingesetzt werden sollten.

Die 1979 gegründete KPN hatte kürzlich freie Wahlen in Polen gefordert. Moczulski war als Chef der KPN 1982 unter dem Vorwurf, einen gewaltsamen Umsturz der Gesellschaftsordnung Polens vorzubereiten, von einem Militärgericht zu einer siebenjährigen Freiheitsstrafe verurteilt worden. Im Juli vergangenen kam er in den Genuß des Amnestiegesetzes für politische Gefangene.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Der Rufer nach mehr Geld

Von Peter Gillies

Der Wirtschaft des Saarlandes steht eine aufschlußreiche Phase des Experiments bevor.

Das Bundesland wird von einer Strukturkrise geschüttelt, deren Schlüssel bei seiner Montanlastigkeit liegt. Dieses Problem durch Verstaatlichung lösen zu wollen, wie Lafontaine ankündigte, darf als Teil eines auf politische Zuspitzung programmierten Wahlkampfes gedeutet werden. Sie wäre für das Land kaum finanzierbar. Überdies zeigen alle in- und ausländischen Erfahrungen, daß Verstaatlichungen Unternehmen nicht sanieren, sondern sie tiefer in den Sumpf der wirtschaftlichen Unvernunft saugen – Entlassungen inbegriffen.

Auch die Forderung nach mehr Geld aus Bonn ist nicht sonderlich originell, sondern parteiübergreifend. Sie als Kern des Wählervotums zu bezeichnen, ist kühn, denn man weiß, daß Subventionen keine kluge Steuergeldanlage darstellen. Auch retten sie auf Dauer keine Arbeitsplätze, sondern vernichten sie an anderer Stelle.

Nein, den Subventionstopf nur rot anzustreichen, ändert weder seine Größe noch seine Qualität. Der Gründergeist muß eine Chance erhalten. Lafontaines (bisher geäußerter) Ökosozialismus dürfte diesen Geist jedoch eher abschrecken: Gängelung der Wirtschaft, Arbeitszeitverkürzung, unzureichend durchdachte Beschäftigungsprogramme, Mindesteinkommen für alle auch ohne Arbeit – ein Wirtschaftsbild, in dem vorwiegend verteilt, gegängelt und „demokratisiert" wird.

Ein „gesellschaftlicher Bedarf" ist rasch postuliert, wenn man sich nicht darum schert, wer ihn bezahlt. Sich dagegen dem Strukturwandel zu stellen, bedeutet, die produktiven Kräfte zu wecken, zum Risiko zu ermuntern und erst zu verteilen, was man zuvor erarbeitete. Ökosozialismus entfaltet diese Anziehungskraft schwerlich. Eine interessante Phase für das Saarland – und den Rest der Republik.

Es gibt übrigens eine „Gesellschaft für Innovation und Unternehmensförderung mbH.", die eine Studie über „Innovations- und arbeitsplatzfördernde Maßnahmen" in Berlin „mit Übertragbarkeit auf das Saarland" erarbeitet hat. Ihr Aufsichtsratsvorsitzender heißt Oskar Lafontaine. Nun braucht er nur noch zu studieren, wie man es dort gemacht hat, wo man nicht Erfolge versprechen mußte, sondern vorweisen konnte.

Nicht Widerstand – Terror

Von Peter M. Ranke

Die Hoffnung des israelischen Oberkommandos, Südlibanon ohne Verluste räumen zu können, ging nicht in Erfüllung. Seit dem Abzugsbeschluß Mitte Januar lassen die Terroraktionen der Schiiten den Willen erkennen, so viele israelische Soldaten wie möglich zu morden und in die Luft zu sprengen.

Das ist kein „nationaler Widerstand", wie es aus Beirut tönt und wie es auch manche westlichen Berichterstatter von dort lobend vermelden. Denn die Israelis ziehen ja ab, die Besetzung geht zu Ende, die Israelis wollen so bald wie möglich heraus. Trotzdem (deshalb?) gebietet es der national-arabische Konsensus in Libanon, die schiitischen Terroristen als Helden und Märtyrer in einem „Krieg" zu feiern, der nicht nötig ist.

Um das Klima des Hasses und des Mordens anzuheizen, werden den Israelis auch Anschläge wie am Sonntag die Zündung der Autobombe in Beirut mit 84 Toten in die Schuhe geschoben. Fotos in libanesischen Zeitungen zeigen bewaffnete Frauen und alte Männer mit Kalaschnikows, die von den Mullahs zum „Widerstand" gegen die Israelis aufgeboten wurden. Wenn dann die Soldaten sich wehren oder Waffenlager ausräumen und Männer abführen, die eben noch bewaffnet waren – dann ertönen in Beirut und in den arabischen Medien die wehklagenden Vergeltungsschwüre.

Dabei tut sich übrigens die ägyptische Presse hervor. Die einseitige Verdammung Israels und das Heldenlob für die Morde aus dem Hinterhalt sollen wieder einmal arabische Einheit demonstrieren. Dahinter steckt die Absicht, den Terror der Schiiten in Südlibanon auch den Palästinensern zu empfehlen. Das wirft ein bezeichnendes Licht auf die „Friedensinitiative" des ägyptischen Präsidenten Mubarak in Washington, die sich immer mehr als Eigenpropaganda entlarvt.

Ein erschreckender Zug der orientalischen Mentalität wurde von Winston Churchill so gekennzeichnet: Die Leute dort sind Killer, keine Fighter. Die Ereignisse in Libanon und im Golfkrieg, wo die Luftangriffe beider Seiten zivilen und nicht militärischen Zielen gelten, geben ihm leider recht.

Big talk und small talk

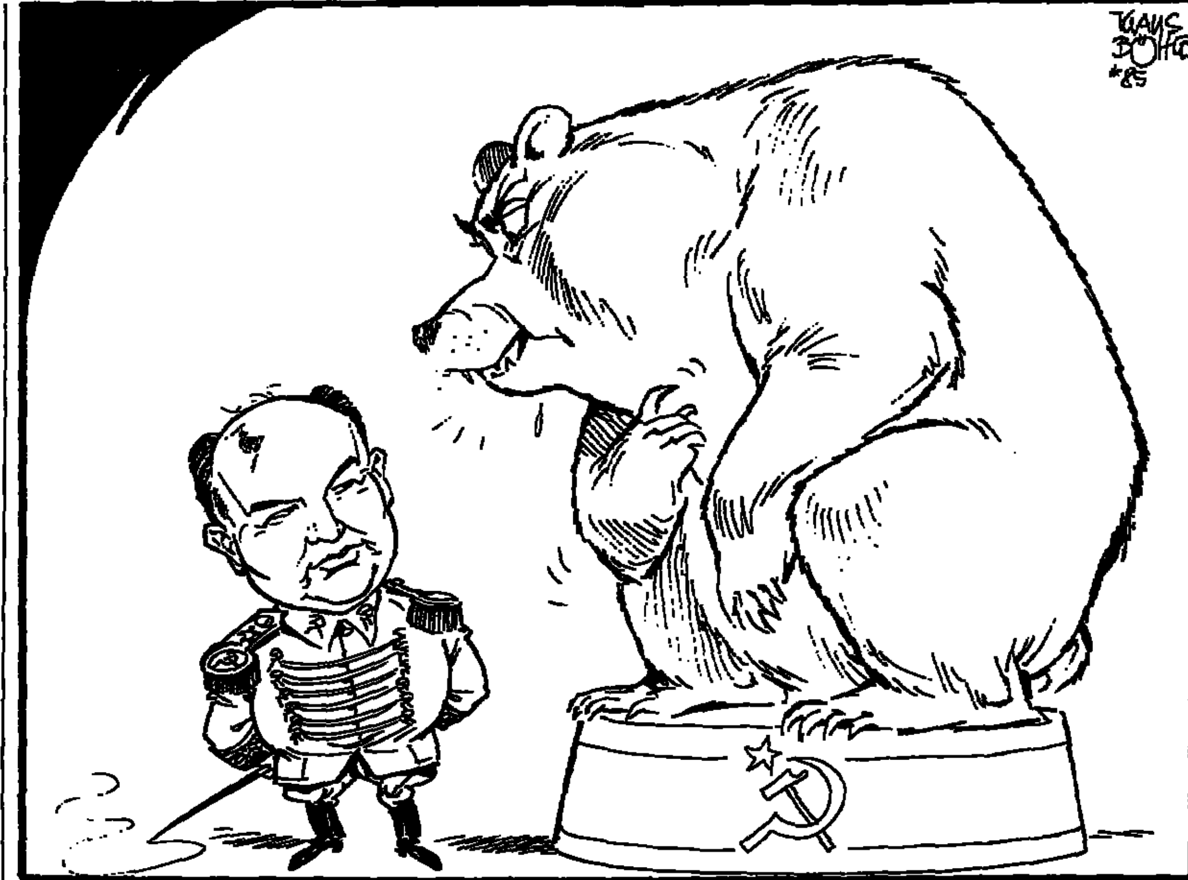
Von Thomas Kielinger

Wir kennen ihn als freundlichen Onkel, der in westlichen Medien die Suada russischer Vernünftigkeit ausstrahlt, gewaschen mit allen Wassern der Amerika-Kenntnis und des „feeling" für westliche Öffentlichkeiten. Georgij Arbatow ist Leiter des Moskauer USA-Kanada-Instituts, das den Kreml mit Innenansichten der westlichen Supermacht und westliche Seminare mit einem nie versiegenden Strom gesellschaftlich gewandter junger Kader-Wissenschaftler versorgt.

Das ist ein großes Privileg der Großen Sowjetunion, daß sie einen Georgij Arbatow auch in westlichen Medien die sowjetische Parteilinie vertreten lassen darf. Nichts Ähnliches steht den demokratischen Systemen zur Verfügung. Dieses Ungleichgewicht der Kräfte fiel wieder einmal auf beim Besuch einer sowjetischen „Parlamentarier"-Gruppe in Washington.

Der Auftritt dieser dreißig hätte niemanden und nichts bewegt, wäre da nicht Georgij Arbatow mit von der Partie gewesen, der mit schmeichelhaftem Akzent, aber in korrektem Englisch vor einem Millionenpublikum behaupten durfte, Amerikas Weltraumpläne „ruinierten" jeden Abrüstungsfortschritt. Es gibt keine bessere Methode, seriös zu wirken, als übers Fernsehen Düsteres zu verbreiten. Nicht die Herkunft der Botschaft fällt auf die Iris, sondern die Botschaft selber.

Die Einsätze des Strategen Arbatow sind der amerikanischen Regierung so gut bekannt, daß sie ihm vor einem Jahr ein Visum für eine Reise durch amerikanische Universitätsstädte verweigerte. Begründung: US-Experten dürften ja auch nicht in der UdSSR mit gleicher Freizügigkeit auftreten. Die Absage muß im Kreml geschmerzt haben. So gehen wir wohl nicht fehl in der Annahme, daß die Schtscherbitzkij-Scharade, dieser Einfall von dreißig Obersten Sowjets mit dem Auftrag zum small talk, wohl nur in der Einschleusung des Georgij Arbatow, dem als Einzelreisenden das Visum verweigert worden war, seinen Sinn erfüllte. Westliches TV ist für Moskau Gold, und sein Auftritt wiegt die Spesen für die dreißig Mitreisenden allemal auf. Stellen wir uns einmal vor, ein westlicher Kreml-Experte dürfte den Sowjetbürgern unzensiert sagen, was er von der sowjetischen Rüstung hält – unvorstellbar.



„Wollen Sie einem alten Bären neue Tänze beibringen?" KLAUS BÖHLE

Bangemanns Aufgabe

Von Wilfried Hertz-Eichenrode

In Berlin und im Saarland hat die FDP am letzten Wahlsonntag gut abgeschnitten. Bundeskanzler Kohl zog daraus den Schluß, daß nun die Zeit der „übergroßen Rücksichtnahme" auf den Koalitionspartner vorbei sei. In den kommenden Wahlen habe die Union keine Stimme zu verschenken. Kohl geht also davon aus, die FDP bedürfe einer Wahlhilfe durch die Union nicht mehr.

Es kann sein, daß der Kanzler in die FDP-Erfolge des Sonntags mehr hineindeutet, als in ihnen steckt. Erstens: Sowohl in Berlin als auch im Saarland gewann die FDP einen Stimmenzuwachs auf Kosten der CDU. Wie sähe die FDP aus, wenn die CDU ihr diese Wechselwähler wieder abnimmt? Zweitens: In Berlin wünschten solche Wechselwähler, Eberhard Diepgen als Regierenden Bürgermeister zu bestätigen, ohne der CDU die Allmacht einer absoluten Mehrheit anzuvertrauen; darum gaben sie ihre Zweitstimme der FDP. In Berlin ging diese Koalitionsrechnung auf. Drittens: Im Saarland wanderten Wähler von der CDU zur FDP, weil Ministerpräsident Zeyer es nicht geschafft hatte, die wirtschaftlichen Nöte der Region wirksamer zu lindern. Diese Wechselwähler wollten die bürgerliche Koalition erhalten, aber der CDU einen Denkzettel verpassen. Ihre Koalitionsrechnung ging nicht auf, mit dem Ergebnis, daß jetzt Lafontaine an der Saar regiert.

Es drängt sich der Schluß auf, daß am letzten Sonntag in Berlin und auch im Saarland eine Sondersituation herrschte, welche die FDP begünstigte. Demnach sind ihre Wahlerfolge keineswegs die Frucht eigener Leistungen. Überhaupt zieht die FDP oft Nutzen aus Motivationen von Wählergruppen, die wenig mit den eigenen Taten zu tun haben. Es gibt Wähler, die ihre Stimme der FDP schenken, weil sie sich nicht zwischen den beiden großen Volksparteien entscheiden mögen. Es gibt andere Wähler, die einen Horror vor der absoluten Mehrheit der einen wie der anderen großen Partei haben; sie treffen stets eine „Koalitionswahl". Eine weitere Gruppe setzt intelligente Prioritäten; zum Beispiel: Auch überzeugte Unionsanhänger können mal die Partei Bangemanns und des Grafen Lambsdorff wählen, um den Einfluß der Sozialausschüsse auf die Regierungspolitik zu bremsen.

Die Beweiskette schließt sich, wenn man das Abschneiden der FDP bei den Kommunalwahlen in Hessen betrachtet. Dort bestand keine Sondersituation. Über das ganze Hessenland gesehen, hielt die FDP bei leichten Verlusten gerade noch die fünf Prozent, stürzte jedoch in Frankfurt in die Tiefe von 2,5 Prozent.

Mit Bangemann hat die FDP an Frische und vielleicht auch an Geschlossenheit gewonnen. Aber natürlich konnte Bangemann noch kein einziges Strukturproblem seiner Partei lösen. Bisher hat man es mehr mit einer munteren Selbstdarstellung des neuen Vorsitzenden als mit einer Erneuerung der Partei zu tun. Darum ist es kühn, wie der Kanzler davon auszugehen, daß seit dem 10. März 1985 der parlamentarische Bestand des Koalitionspartners über das Jahr 1987 hinaus gesichert sei.

Erst dann wird Bangemann als großer Parteiführer in die Geschichte der FDP eingehen, wenn er den Mut aufbringt, das Kardinalproblem der Freien Demokraten anzupacken. Es gehört zum Selbstverständnis der FDP, sich flügelschlagend wie die großen Volksparteien aufzuführen, obwohl ihr einzigartiger Vorteil ja gerade darin liegt, daß sie es nicht allen und jedem recht machen muß. Sie kann sich auf ausgewählte Bevölkerungsgruppen konzentrieren. Jedoch: Die FDP will alle Ideologien bekämpfen, läuft aber selbst der Ideologie nach, daß der Liberalismus unteilbar sei. Und so schreckt der radikaldemokratische Flügel Wähler des wirtschaftspolitischen Flügels ab und umgekehrt. Jeden Tag tritt sich die FDP selbst auf die Füße. Das leistet sich eine Partei, die immer wieder in Gefahr ist, unter die Guillotine der Fünf-Prozent-Klausel zu geraten.



Ein weltanschauliches Fundament tut not: Bangemann FOTO: LOTHAR KUCHARZ

Im herkömmlichen Dreiparteien-System des Bundestags – wir sehen hier von den Grünen ab – ist es die Funktion der FDP, zur richtigen Zeit für einen Koalitionswechsel zu sorgen. Wenn die FDP das nicht schafft, ist sie überflüssig. Aber muß es so bleiben, daß sie ihre Hauptaufgabe nur um den Preis eines Schlachtfestes an Kopf und Gliedern der eigenen Partei erfüllen kann?

Nach dem Einstieg in die Koalition mit der SPD 1969 stieß die FPD etwa ein Drittel ihrer Mitglieder und ihrer Wähler ab. Sie vertrieb die Nationalliberalen aus ihren Reihen, und mit ihnen markante Vertreter freidemokratischer Wirtschaftspolitik. Mit einer kitschigen Überhöhung der sozialliberalen Koalition zum „historischen Bündnis" gewann sie neue Anhänger, die ideologisch auf die SPD fixiert waren. Diese neuen Anhänger verjagte sie 1982 mit der Wende in Scharen. Jetzt ist sie dabei, wirtschaftspolitische Wähler aus der Unionsklientel zu rekrutieren. Muß diese Selbstzerfleischung immer so weiter gehen?

Es muß Bangemanns Ehrgeiz sein, seiner Partei ein weltanschauliches Fundament zu geben, das es ihr ermöglicht, in Bonn Koalitionswechsel zu vollziehen, ohne selbst daran Schaden zu nehmen. 1969 verschweißte die Ost- und Deutschlandpolitik FDP und SPD zur Koalition. Dieses Thema hat Brandt abgehakt. 1982 zwangen die Wirtschafts- und die Finanzpolitik zur Wende. Das ist das ureigenste und bleibende Feld der FDP. Sie hat die freie und soziale Marktwirtschaft gegen jede Kanzlerpartei zu verteidigen, gegen die Verteilungssucht mal der SPD, mal der Union. In der zweiten Hälfte der gegenwärtigen Legislaturperiode wird das Thema hochaktuell.

Die freie und soziale Marktwirtschaft ist der sicherste Garant des Liberalismus und der bürgerlichen Freiheiten. Den Zierat radikaldemokratischer Attitüden kann sich die FDP erst erlauben, wenn sie zehn und mehr Prozent der Wähler hinter sich weiß.

IM GESPRÄCH Frau Gorbatschowa

Eleganz im Kreml

Von Rose-Marie Borngässer

Ein roter Stern ist aufgegangen", schwärmte die „Daily Mail" über Raissa Gorbatschowa, als sie ihren Mann bei der England-Visite im letzten Herbst begleitete. Das resolute Auftreten des Ehepaars Gorbatschow, das so nachdrücklich privates Eheglück auch in der Öffentlichkeit demonstrierte, gleicht einem kleinen ideologischen Erdrutsch. Breschnew ließ seine Viktoria meistens zu Hause, Andropows Frau lernte die eigene und fremde Welt erst als Witwe kennen, und Anna Dmitrijewna Tschernenko machte nur zaghafte Schritte mit dem Blockabsatz auf dem Kreml-Parkett. Einmal lud sie die Damen des diplomatischen Corps von Moskau zum Kreml-Tee. Im Parteistatut der KPdSU ist die Ehefrau des ersten Mannes (und bisher standen nur Männer an erster Stelle) nicht vorgesehen.

Mit dem Einzug der neuen Ersten Genossin in den Kreml scheinen die Zeiten der russischen Matronen erst einmal vorbei zu sein. Eine neue Ära bricht an. Denn diese Raissa Maximowna Gorbatschowa ist ein zierliches, bemerkenswert gut aussehendes Persönchen, dunkelhaarig, mit vertrauensvollen Augen. Ihr Alter scheint um fünfzig zu liegen. Nirgends wird sie nur in einer Zeile in den offiziellen Mitteilungen, die sonst mikroskopisch jede Rede, jedes Wort, jedes Auftreten eines Politbüro-Mitglieds aufzählen, erwähnt. Nan weiß nur, daß diese so jugendlich Wirkende bereits Großmutter ist. Diese Tatsache ist erst seit vierzehn Tagen bekannt, als nämlich Michail Gorbatschow mit Frau, Tochter Irena und Enkelin Oxana sich ins Wahllokal begab.

Raissa wirkt jedoch um zwei Jahrzehnte jünger als ihr Mann. Zwar trägt sie keine taufrischen Haute-Couture-Modelle aus dem Westen – für die sich jüngst erst Frau Gromyko in Rom interessierte –, doch ihre Seidenkleider und Wollkostüme verraten, daß hier keine Hausschneiderin am Werk ist. Auch die Stiefel mit den spitzen Absätzen, mit denen Frau Gorbatschowa sich auf den Eisplatten der Moskauer Straßen so sicher wie eine Eisprinzessin bewegt, unterscheiden sie von ihren Mitbürgerinnen. Das Gefühl, ihrem Mann, ihrem Land Ehre zu machen, scheint bei ihr tief zu sitzen. Sie beherrscht diese Rolle perfekt. Wenn sie sich lächelnd mit ihren Gesprächspartnern unterhält, wirkt diese Russin wie eine Frau, die sich an der aufgehenden Sonne ihres Mannes wärmt. Raissa Gorbatschowa ist eine „stählerne Romaschka" (Kamille), so das Kompliment eines russischen Kameramannes. Ist Raissa Gorbatschowa auch ein wandelndes Lehrbeispiel für PR-bedürftige Sowjetführer? Was immer man aus der Rolle an der Seite des ersten Mannes machen kann, sie wird es zeigen – oder man wird ihr zeigen, was sie nicht daraus machen kann.



Selbstbewußte Erste Genossin: Raissa Gorbatschowa FOTO: CAMERA PRESS

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Die Kommentare zur Wahl Gorbatschows pendeln zwischen Hoffnung und Skepsis:

The Washington Post

Unter den Beobachtern herrscht die Meinung, daß die neue Garde, die, anders als die alte, nicht so tief im Stalinismus verwurzelt ist, zu einen größeren Offenheit gegenüber Reformen führen werde.

SVENSKA DAGBLADET

Die alte Garde im Kreml hat sich gut verschanzt und wird kaum einen Jüngling wie Gorbatschow vorbeiziehen lassen, ohne sich Garantien gegen alle Überraschungen zu schaffen. Überhaupt muß man sich fragen, was der Posten eines sowjetischen Parteichefs heutzutage bedeutet. Die Entwicklung nach Stalin zeigt, daß er Schritt für Schritt an Bedeutung verloren hat. **(Stockholm)**

LE FIGARO

Nach der Wiederwahl Reagans und gleichzeitig mit der Eröffnung der Genfer Verhandlungen erfolgend ist damit das letzte noch fehlende Element der neuen Rahmenbedingungen der Ost-West-Beziehungen am Platz. **(Paris)**

THE TIMES

Solange jedoch nicht deutlich geworden ist, daß Gorbatschow in der Lage ist, dem sowjetischen System seinen eigenen Stempel aufzudrükken, anstatt nur die sich nicht ändernden, unerfreulichen Charakteristika dieses Systems widerzuspiegeln, sollte man die Entwicklung vor allem mit Vorsicht betrachten. **(London)**

IL GIORNALE NUOVO

Nachdem die Nummer eins ihre Position gefestigt hat, richten sich Aktivität und Aggressivität wie gehabt gegen den „Kapitalismus" und gegen den „Imperialismus". Darauf zu hoffen, daß die Dinge bei Gorbatschow anders liegen, ist legitim; damit zu rechnen wäre ein Irrtum.

LA LIBRE BELGIQUE

Es wäre lachhaft, Gorbatschow heute als einen Sympathisanten der atlantischen Verbündeten hinzustellen, weil er die Reise nach Ottawa unternahm und weil in London Frau Thatcher einräumte, daß man mit ihm reden könne. **(Brüssel)**

Kölnische Rundschau

Der neue Generalsekretär hat die im Kreml seltene Chance, seine Politik auf Kontinuität einzurichten. Er ist 54 Jahre alt, von robuster Gesundheit – vorausgesetzt, er macht keine so dummen Fehler wie einst Chruschtschow – dann kann er seine Politik auf Jahrzehnte anlegen.

STUTTGARTER ZEITUNG

Er gilt als Mann des Reformflügels, als einer, der auf Experimente setzt und damit dem verkrusteten Sowjetsystem neue Impulse gibt.

Süddeutsche Zeitung

Was von außen wie ein Mangel an Dynamik und Mobilität aussieht, ist von innen ein Gebot der Sicherheit. Je geschlossener der engste Kreis, desto geringer die Gefahr von Überraschungen. **(München)**

Frankreichs Klarstellung zur Weltraum-Abwehr

Da ist kein Keil zwischen Paris und Washington oder Bonn zu treiben / Von August Graf Kageneck

Just als Konstantin Tschernenko starb, traf der französische Außenminister Roland Dumas in Moskau ein. Am nächsten Morgen saß Dumas seinem sowjetischen Amtskollegen Gromyko gegenüber, der ihn als ersten über den Todesfall unterrichtete. Dumas' Vorgänger Cheysson, ein uneingeschränkter Freund des offenen Wortes zu jeder Zeit und Unzeit, hatte sich seine berühmteste Indiskretion geleistet, als er vor seinen europäischen Kollegen in Kopenhagen das diplomatisch vereinbarte Schweigen über den Tod des Tschernenko-Vorgängers Andropow brach. Dumas war vorsichtiger. Der neue Hausherr im Quai d'Orsay ist von Beruf Anwalt und ein Bewahrer anvertrauter Geheimnisse. Er äußerte sich nicht öffentlich. Daß die französische Agentur AFP zu den ersten gehörte, die Tschernenkos Tod als sichere Tatsache meldeten, ist einer jener verblüffenden Zufälle, die das Leben des Diplomaten so interessant machen.

Dumas hatte andere Sorgen an jenem schicksalhaften Montag in Moskau, an dem Michail Gorbatschow die Zügel des Kreml in die Hand nahm und Gromyko die Geschäfte wie üblich weiterführte. Zum Thema Nummer eins zwischen West und Ost, der Sicherheitsfrage, war einiges klarzustellen. Frankreich bleibt als europäische Macht bei seinem Grundsatz, daß nur das Gleichgewicht der Kräfte die Sicherheit des Kontinents garantiert. Dieses Gleichgewicht muß nicht unbedingt ein Gleichgewicht des Schreckens sein. Im Gegenteil: Präsident Mitterrand ist immer für eine „Abrüstung auf niedrigstmöglichem Niveau" eingetreten. Aber als es durch die sowjetischen SS-20-Raketen, auf Europa gerichtet, einseitig gebrochen wurde, trat er am nachhaltigsten für eine Nachrüstung durch amerikanische Pershing-2-Raketen ein, sogar vor dem Deutschen Bundestag in die Gesicht seiner deutschen Genossen.

Und solange es keine Abrüstung gibt, wird Frankreich weiter alle Anstrengungen übernehmen, einen potentiellen Gegner durch eine adäquate Atomstreitmacht von einer Aggression abzuschrecken. Das wiederholte auch Mitterrands Intimus Dumas in Moskau vor Gromyko. Und er betonte, vierundzwanzig Stunden vor der Wiederaufnahme der sowjetisch-amerikanischen Abrüstungsgespräche in Genf, daß Frankreichs Atomwaffen nicht in diese Verhandlungen einbezogen werden könnten, so wenig wie vor zwei Jahren. Gromyko fand das offenbar in Ordnung. Er kam nicht auf diese sowjetische Forderung zurück, die 1983 soviel Wirbel gemacht hat.

Nun aber hatte es über Frankreich geheißen, die Regierung stehe der amerikanischen Weltraumverteidigung SDI reserviert, wenn nicht ablehnend gegenüber, zumal da sie alle bisherigen Sicherheitstheorien über den Haufen wirft, den Sowjets offenbar großen Kummer bereitet und die Europäer zwingt, eine neue Einstellung zur europäisch-amerikanischen Partnerschaft zu finden. Diese Einstellung scheint äußerlich in der Tat vorläufig nicht ganz deckungsgleich mit Bonn zu sein. Der Bundeskanzler befürwortet Reagans Initiative, der französische Präsident beurteilt sie mit etwas mehr Zurückhaltung.

Der Grund für den Unterschied liegt auf der Hand: Kohl hat keine Atomraketen, Mitterrand hat welche. Mitterrands Raketen würden obsolet, wenn die Sowjets ihren Teil des Weltraumes ebenfalls dichtmachten. Frankreichs Verteidigungsdoktrin bräche zusammen und mit ihr die splendid isolation, die de Gaulle seinem Land 1960 oktroyierte. Dumas sprach daher in Moskau von den „Reserven" Frankreichs gegenüber dem Reagan-Plan. Kollege Gromyko fand das „ermutigend" und notierte „nicht wenig Ähnlichkeiten" zwischen den Positionen. Kein Wunder. Dem Kreml ist jeder Keil recht, den er zwischen Europäer und Amerikaner treiben kann.

Aber Dumas' Erläuterungen in Moskau waren nuancierter. Frankreich ist – wie Bonn – nicht gegen die „Forschungen", die von den Amerikanern in Richtung „Krieg der Sterne" getrieben werden. Zumal sie weder der ABM-Vertrag von 1972 noch die beiden SALT-Verträge verbieten. Vorausgesetzt, die Europäer partizipieren daran; hier ist vor allem der Druck der französischen Industrie auf die Regierung groß. Diese Forschungen aber werden nach französischer Ansicht der lange dauern. So lange, daß die „klassische" atomare Abschreckung durch Offensivwaffen – auch französische – bis über das Ende dieses Jahrhunderts hinaus aufrechterhalten bleiben muß.

Das gibt Paris genügend Spielraum zum Überdenken seiner Strategie – in enger Abstimmung mit den europäischen Partnern. Das Stichwort der Franzosen für diese Periode lautet „Evolution" der Technik, der Technologie und der daraus abzuleitenden strategischen Konzepte. Eine Evolution, die in einem europäischen Konzert betrieben werden muß. Daß Europa nicht von dieser Höchsttechnologie abgeschlossen, ergo nicht ewig auf amerikanischen Schutz angewiesen sein kann, daß es sich auch im Weltraum selbständig machen muß, hatte als erster Europäer Präsident Mitterrand im Februar 1984 in Den Haag postuliert. Die Franzosen äußern sich immer erst einmal kritisch über die Amerikaner, auch das gehört zu ihrer Strategie. Auf den zweiten Blick allerdings stellt es sich nur zu oft heraus, daß da kein Platz für einen Keil ist.

In Genf heißt das wichtigste Wort Geduld

Die Genfer Abrüstungsverhandlungen zwischen Amerikanern und Russen sind – trotz des Todes von Tschernenko – gestern wie geplant begonnen worden. Auf beiden Seiten war eine ähnliche Stimmung zu beobachten: mit Skepsis gemischter Optimismus.

Von BERNT CONRAD

Max Kampelman war pünktlich. Aber einige von Journalisten umringte „Friedenskämpfer" hielten ihn auf, als er mit seinen Co-Unterhändlern John Tower und Maynard Glitman gestern Vormittag um 11.00 Uhr, an etwas nervösen Schweizer Polizisten vorbei, in das Gelände der sowjetischen Mission an der Avenue de la Paix einbiegen wollte. So verzögerte sich der historische Augenblick um zwei Minuten. Dann endlich konnten Moskaus Emissäre Viktor Karpow, Juli Kwietzinsky und Alexej Obuchow sich zum erstenmal seit 15 Monaten wieder mit Amerikanern zu Abrüstungsverhandlungen an einen Tisch setzen.

Daß es dazu an diesem sonnigen aber kühlen Tag in Genf überhaupt kommen würde, war 30 Stunden zuvor noch höchst unsicher gewesen. Hätte nicht Tschernenkos Tod das ganze von den Außenministern George Shultz und Andrej Gromyko Anfang Januar vorbereitete Arrangement über den Haufen werfen oder zumindest erheblich verzögern können? Dies jedenfalls befürchteten die Amerikaner.

Joseph Lehman, jugendlich-straffer Sprecher der US-Delegation, hatte in der Nacht zum Montag als erster die noch unbestätigte Nachricht vom Ableben des sowjetischen Generalsekretärs erhalten. Er weckte sofort seinen Chef Kampelman, der seinerseits unverzüglich mit Washington telefonierte. Für den im West-Ost-Geschäft erfahrenen langjährigen KSZE-Unterhändler gab es in dieser ungewissen Lage nur eine Devise: Den Sowjets klarzumachen, daß die Amerikaner ihre Schwierigkeiten verstünden und sich hilfreich zeigen würden, gleichzeitig jedoch die Bereitschaft der USA zu planmäßigem Beginn der Verhandlungen zu unterstreichen.

So geschah es. Als sich am nächsten Vormittag Kampelmans und Karpows Assistenten Warren Zimmerman und Wladimir Alexandrow zu einem einstündigen technischen Vorgespräch trafen, hatte der Kreml inzwischen grünes Licht gegeben. Alexandrow teilte mit: „Das morgige Treffen kann termingemäß beginnen." US-Sprecher Lehman kommentierte: „Wir freuen uns und sind dankbar."

Befriedigt nahmen die Amerikaner auch zur Kenntnis, daß Tschernenkos Nachfolger, Michail Gorbatschow, gleich in seiner ersten öffentlichen Stellungnahme „Zuversicht" über einen Erfolg der Genfer Verhandlungen äußerte. In der traditionellen Schweizer Konferenzstadt selbst herrschte an Bekundungen des guten Willens ohnehin kein Mangel. Karpow hatte am Sonntag bei seiner Ankunft auf dem zugigen Flughafen Cointrin mit markiger Stimme versichert, er habe das Mandat, „in geschäftsmäßiger und konstruktiver Weise mit dem Ziel effektiver Lösungen zu verhandeln".



Die erste Runde: Viktor Karpow (links) begrüßt Max Kampelman FOTO: EPA

Schon 24 Stunden vor ihm hatte Kampelman an gleicher Stelle betont:„ Präsident Reagan hat mich beauftragt, keine Anstrengungen zu scheuen, um auf dem Verhandlungswege gerechte und ausgewogene Übereinkommen zu erreichen." Wie ernst das gemeint war, zeigt allein schon die massive personelle Präsenz der Amerikaner. Außer einer Delegation von 90 Mann sind noch prominente Abordnungen des Senats und des Repräsentantenhauses angereist. Zwar hatte Kampelman mit der bissigen Bemerkung: „Die werden einen ganz schönen Zirkus machen" zunächst eine Absage des Repräsentantenhauses provoziert. Doch am Ende wollten die Abgeordneten nicht den vom Spott ungerührten Senatoren das Feld überlassen und kamen doch.

Für die amerikanische Administration hat der parlamentarische Trip nach Genf einen ganz realen Vorteil: Er verbessert die Chancen für eine Ratifizierung später denkbarer Verträge mit den Russen erheblich. Senator Richard Lugar, Vorsitzender des Senatsausschusses für auswärtige Angelegenheiten, erklärte unverblümt: „Unsere Präsenz bedeutet: die Sowjets sollen wissen, daß der Kongreß absolut solidarisch hinter unseren Unterhändlern steht."

Das kann sich günstig auswirken. Aber ebenso wie die noch kraftlose Sonne bisher die Schneereste in Genf nicht wegtauen konnte, vermag rhetorische Zuversicht allein die sachlichen Gegensätze am Konferenztisch kaum aus der Welt zu schaffen.

Tatsächlich stimmt die Ausgangslage eher skeptisch: Den Sowjets kommt es primär darauf an, die amerikanische Strategische Verteidigungs-Initiative (SDI) – von ihnen als „Militarisierung des Weltraums" fehlinterpretiert – zu verhindern. Die Amerikaner hingegen wollen am SDI-Programm nicht rütteln lassen und erstreben auf seiner Basis „radikale Reduzierungen" der Offensivwaffen beider Seiten sowie einen Abbau der Mittelstreckenraketen.

Als die US-Unterhändler Kampelman, Towers und Glitman gestern zum ersten Mal der sowjetischen Troika Karpow, Kwietzinsky, Obuchow gegenübersaßen, war von dieser komplizierten Materie allerdings noch nicht direkt die Rede. Zunächst einmal ging es darum, sich persönlich zu „beschnuppern" und die Prozedur für die künftigen Verhandlungen festzulegen. Doch schon beim äußeren Rahmen steckt der Teufel im Detail. Denn auf welche Weise Plenarsitzungen mit den Beratungen der vereinbarten drei Arbeitsgruppen für strategische Waffen, Mittelstreckenwaffen und Weltraumwaffen verflochten werden, ist für den sachlichen Zusammenhang äußerst bedeutsam.

Offensichtlich wollen die Sowjets Vereinbarungen in einem Bereich von Resultaten auf den anderen Gebieten abhängig machen. Die Amerikaner wiederum sind dafür, möglicherweise erzielte Teileinigungen schrittweise zu realisieren. Würden sich die Russen damit einverstanden erklären, gäben sie einen zentralen Hebel gegen die amerikanische Weltraumplanung aus der Hand.

Dieser innere Widerspruch läßt eine lange Verhandlungsdauer erwarten. Abrüstungsexperte Paul Nitze, der von Washington aus das Genfer Geschehen beratend verfolgt, hat schon davor gewarnt, etwa bis zum Jahresende Ergebnisse zu erhoffen.

Kampelman, der ebenso wirkungsvoll aufbrausen wie unbewegt abwarten kann, hat sich auf eine unbefristete, von regelmäßigen Konsultationen in der Heimat unterbrochene Verweildauer in Genf eingerichtet. Seine Strategie, so verriet er schmunzelnd, besteht in „einem wichtigen Wort: Geduld". So werden sich die derzeit von einer steifen Brise aufgewühlten Wellen des Genfer Sees wieder beruhigen; Frühling und Sommer werden die reizvolle Landschaft zwischen Jura und Montblanc aufblühen lassen, bevor die Unterhändler wirklich zur Sache kommen werden.

Ein Streik wurde zum Scheideweg

Der erbittertste Streik der Briten in diesem Jahrhundert ist seit gut einer Woche zu Ende. Doch die Wunden werden noch lange nicht verheilt sein – und nicht nur die finanziellen.

Von REINER GATERMANN

Zunächst sah es ganz danach aus, als ob es für die britischen Grubenarbeiter eine „Rückkehr in geordneten Formen" wird. Nach zwölf Monaten Ausstand hatten dies die Delegierten der Bergarbeitergewerkschaft (NUM) beschlossen, nachdem bereits knapp über die Hälfte ihrer Mitglieder zuvor das Handtuch geworfen hatte.

Eine Woche nach dem Signal „Streikschluß" bleibt jedoch die deprimierende Feststellung: Der gesäte Haß hat Wurzeln geschlagen, die Klüfte sind zementiert worden, die Bereitschaft zu Nachsicht und Neubeginn abhanden gekommen. Das Schlimmste hierbei ist, daß dies nicht alleine für die abstrakten Institutions- und Organisationsgebilde wie Gewerkschaft, Arbeitgeber, Regierung, Opposition und Polizei gilt, sondern in mindestens gleichem Maße für die persönlichen Beziehungen in der Belegschaft, in der Nachbarschaft, in der Familie.

Angesichts dessen forderte Dr. Robert Runcie, Erzbischof von Canterbury und geistliches Oberhaupt der britischen Staatskirche, vor allem die Bergarbeiter-Gemeinden zur Versöhnung auf und erklärte: „Es ist der nächsten Generation gegenüber nicht fair, wenn deren glückliche Kindheit jetzt durch endlose Familienzwiste, verursacht durch das Verhalten ihrer Eltern während des Streiks, zerstört wird."

Die Bilder von der „geordneten Rückkehr" zeigten keine gedemütigten Kumpel, im Gegenteil, stolz hinter ihren Fahnen und Bannern zu Musik ihrer Kapellen oder Dudelsackpfeifer marschierten sie mitunter kilometerweit zum Grubentor, häufig begleitet von ihren Frauen, nicht selten auch vom Bürgermeister.

Dies waren beeindruckende Szenen, die verdeutlichten, warum die Bergleute in der Geschichte der britischen Arbeiterbewegung eine besondere Rolle spielten. Sie sind deren Rückgrat, sie haben sich immer durch Solidarität und kollektive Stärke hervorgetan. Sie leben häufig in Dörfern und Städten, die ihre Existenz ausschließlich den Kohlevorkommen verdanken. Deswegen auch der verbissene Kampf gegen die Schließung einer Grube, solange es in ihr noch ein paar Tonnen abbauwürdigen Gesteins gibt. Wird das Tor zum Pütt endgültig geschlossen, stirbt die Gemeinde. Keine Regierung hat sich bisher sonderlich angestrengt, dort andere Arbeitsplätze zu schaffen.

Leider haben die Bergleute diesmal nicht erkannt, daß ihre Gewerkschaftsführung mit dem Marxisten Arthur Scargill und dem Kommunisten Michael McGahey an der Spitze sie zu mehr einsetzen wollte als „nur" zu einem Arbeitskampf zur Sicherung der Arbeitsplätze. Der „Scargillismus" hatte und hat noch eine andere Zielsetzung: eine mißliebige Regierung zu Fall zu bringen – und mit ihr NCB-Chef Ian McGregor, einen hartgesottenen amerikanischen Manager –, die es durch ihre „Alles-oder-nichts-Taktik" dem redegewandten und ideologisch gut geschulten Scargill nicht schwer machte, die Kumpel zu den Streikfahnen zu rufen. Deren zuvor in zwei Abstimmungen dokumentierter Unwille zur Arbeitsniederlegung wurde durch den zündenden Appell an die Solidarität und das Versprechen eines schnellen Sieges unterdrückt.

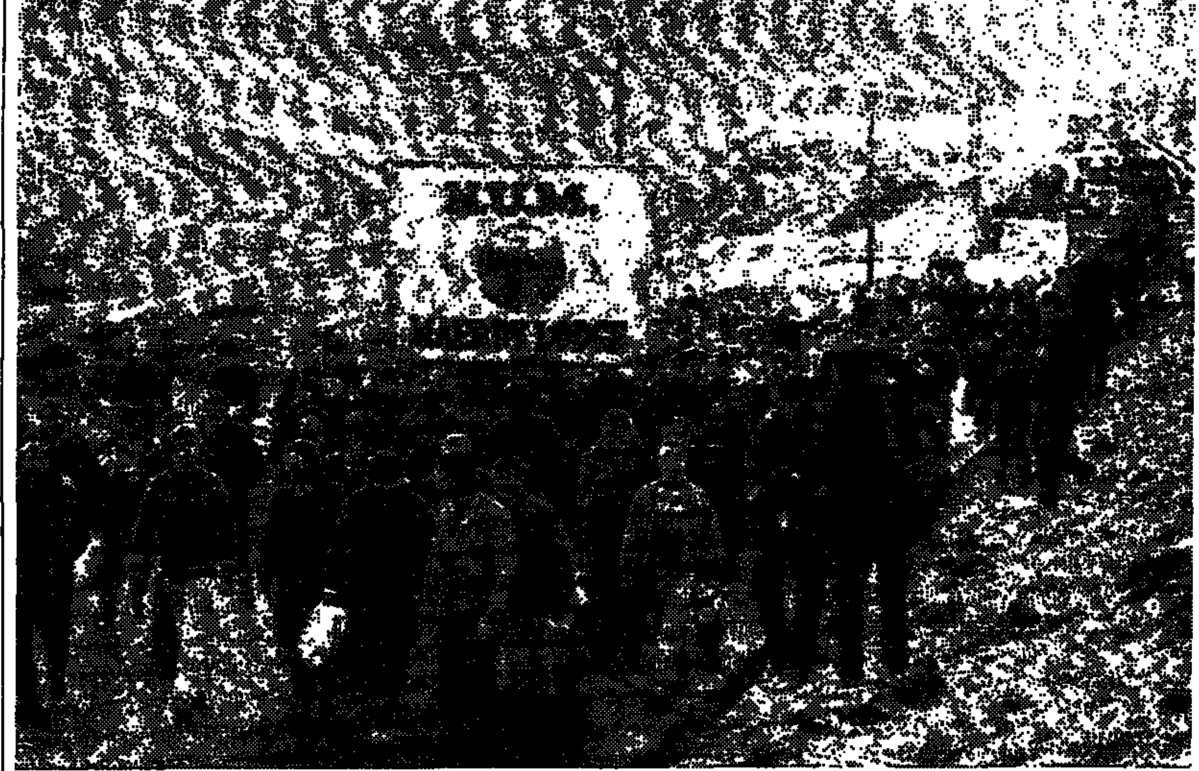
Auch wenn die Behauptung der NUM in Betracht gezogen wird, daß die Polizei durch kleinliche Eingriffe oder provozierende Übermacht die gewalttätigen Ausschreitungen mitverursacht hat, ändert dies nichts an der traurigen Tatsache, daß der Streik ohne Mitwirken der Polizei fünf Bergleute das Leben gekostet hat. Insgesamt sind während des zwölfmonatigen Ausstandes 7785 Personen, zum weit überwiegenden Teil Streikende, wegen 10 153 Straftaten angezeigt worden. In 4089 Fällen handelte es sich um Ordnungsstörungen, 1682 mal um Widerstand gegen die Polizei, 424 mal um Körperverletzung, dreimal um Sprengstoffanschläge und fünfmal um Mordandrohung. 182 Freiheitsstrafen wurden bisher verhängt, 1416 mal gab es Freisprüche. Gegen das Vorgehen der Polizei gingen ungefähr 400 Klagen ein, die jedoch bis dato in keinem Fall zu einem Prozeß führten. Als die Auseinandersetzungen am schlimmsten waren, hatte die Polizei bis zu 8000 Mann täglich im Einsatz.

Die NUM, die ihren Mitgliedern während des Ausstandes kaum Unterstützung zahlte, hat es sich jetzt zur Hauptaufgabe gemacht, die Wiedereinstellung der wegen krimineller Delikte entlassenen 760 Streikenden zu erlangen. Nicht selten handelt es sich hierbei um gewerkschaftliche Vertrauensleute.

In erster Linie sind es die Regionalchefs der Kohlebehörde, die über Entlassung oder Wiedereinstellung entscheiden, dabei jedoch recht unterschiedlich verfahren. Kategorisch lehnte der Schottland-Chef jegliches Entgegenkommen ab, selbst dann, wenn ein Gericht auf Freispruch entschieden hatte. In anderen Distrikten verfuhr man großzügiger, vor allem dann, wenn es sich um geringfügige Delikte handelte, worunter vereinzelt auch der Kohlenklau für die Öfen der Streikposten zählte. In der Shirebrook-Grube in North Derbyshire bekam ein Kumpel seinen Arbeitsplatz zurück, nachdem ihm ein Kollege, den er tätlich angegriffen hatte, die Hand zustreckte und man beschloß, „zu vergeben und zu vergessen".

Das können offenbar nicht viele. Ein Grubenchef schickte am ersten Arbeitstag die gesamte Frühschicht wieder nach Hause, nachdem sie, mit Fahnen und Musikkapelle, ungefähr dreißig Minuten zu spät am Grubentor erschienen war. Der Kampf geht häufig auch innerhalb der Belegschaft weiter. Kumpel weigern sich, wieder Schulter an Schulter mit „Streikbrechern" zu arbeiten. Dazu zählen sie vor allem die, die vor Weihnachten der Verlockung des Arbeitgebers erlagen und wegen des in Aussicht gestellten Weihnachtsgeldes den Ausstand abbrachen.

Akuter Geldmangel sowie die Aussichtslosigkeit, den Streik noch mit einem Verhandlungskompromiß abschließen zu können, haben die Mehrheit der Bergleute in den Pütt zurückgetrieben. Fast 50 000 Familien waren auf Sozialhilfe angewiesen, die Regierung stellte bisher fast 120 Millionen Mark dafür bereit. Das reichte für viele Familien jedoch nur zu 72 bis 100 Mark pro Woche. Obwohl die meisten Banken und Wohnungsbaugesellschaften Kreditzinsen und -tilgungen stornierten, konnten in etlichen Fällen die laufenden Kosten nur mit neuen Krediten finanziert werden oder man belieh die Lebensversicherung. Nicht selten sprang die Verwandtschaft ein. Der ungewöhnlich kalte Winter und das knappe Geld für Brennstoff zwangen zahlreiche Familien dazu, nur noch die Küche zu beheizen.



Nach verlorener Schlacht mit erhobenem Haupt: Bergleute kehren in ihre Grube in Süd-Wales zurück FOTO: DPA

Einige Familien beteuerten öffentlich, daß der Streik sie nur noch mehr zusammengeschweißt habe. Doch der Psychologe Professor Cary L. Cooper weist darauf hin: „Wir wissen, daß sehr viele Ehen zusammengebrochen sind." Und jetzt, wo der Druck nachlasse, werde diese Zahl sicherlich weiter steigen. Die Kinderfachärztin Dr. Elizabeth Newson: „Es beunruhigt mich, daß Kinder dauernde Schäden erlitten haben von dem Miterleben der schlimmen Wortgefechte ihrer Eltern. Sie haben Bitterkeit und Haß gesehen, ohne dies zu verstehen."

Plötzlch stehen auch viele Frauen vor einer völlig neuen Situation. Sie hielten zum überwiegenden Teil standhaft an der Seite ihrer Männer aus, viele zeigten Eigeninitiative und richteten Gemeinschaftsküchen ein. Sie organisierten Geld und Lebensmittel. Die Frauen waren das Rückgrat des Streiks. Die Sozialpsychologin Professor Hilary Rose erklärt das Phänomen der stark engagierten Frau so: „In der Geldknappheit sieht sie eine Attacke auf ihre Kinder, die sie nicht zulassen kann. Die jetzigen Veränderungen können weitreichend sein. Sie beeinflussen die Selbsteinschätzung der Frau, das Verhältnis zu ihrem Ehemann und die Beurteilung ihres Platzes in der Gesellschaft." Deswegen sagen heute viele von ihnen: „Wir können jetzt nicht einfach wieder in die Küche zurückkehren, so als ob nichts gewesen ist. Wir müssen neue Aufgaben finden." Und damit meinen sie politische Aktivitäten.

Das starke Engagement der Frau führte zumindest in einem Fall zur Trennung. Gegen ihren Willen brach der Mann den Streik ab. Als er von der ersten Schicht nach Hause kam, fand er nur noch ihren Ehering vor. Gespalten und zerstritten ist auch die Familie Ball in dem kleinen Dorf Bolsover in North Derbyshire. Während Philip Ball, Mitglied der streikfeindlichen Nottinghamshire-Gewerkschaft, erst gar nicht in den Ausstand trat, nahm Bruder Graham den Kampf voll auf. Seitdem, seit März 1984, haben sie sich nur noch angeschrien, wenn Philip den auf Streikwache stehenden Bruder passierte. Mutter, drei Schwestern und zwei weitere Brüder stellten sich auf Grahams Seite. Die Feindschaft trifft auch Philips Frau und die drei kleinen Töchter, es gibt keinerlei Kontakte mehr. Philip: „Ich weiß nicht, wie wir je herauskommen sollen, wie es mit dem Rest der Familie weitergeht. Der verheiratete, aber kinderlose Graham, der nur anderthalb Kilometer entfernt wohnt: „Sehe ich Philip auf der Straße, gehe ich an ihm vorbei wie an einer Straßenlaterne. Ich will mit ihm nichts mehr zu tun haben. Ich habe keine Kinder, aber ich kämpfe für deren Zukunft."

Diese Bitterkeit und Feindschaft sind die schwere Hypothek dieses Streiks.

Auch Hochbegabte sollen ihre Chance bekommen

Stuttgart kündigt Modellversuch für alle Schularten an

XING-HU KUO, Stuttgart

Es ist „höchste Zeit, an den öffentlichen Schulen mehr für die besonders Begabten" zu tun, nachdem bislang vor allem die leistungsschwächeren Schüler gefördert wurden. Dies erklärte Baden-Württembergs Kultusminister Gerhard Mayer-Vorfelder (CDU) bei der Vorstellung eines neuen „Versuchsprogramms zur Förderung überdurchschnittlich begabter Schüler" im südwestlichen Bundesland. An diesem zweijährigen Modellversuch beteiligen sich nach Angaben des Ministers 40 Schulen aller Schularten. Als Ziel dieses Pilotprojekts bezeichnete es Mayer-Vorfelder, die „konsequente Förderung" der begabten Schüler zu sichern.

In der Modellphase, die noch in diesem Schuljahr 1984/1985 beginnt, sind 20 Gymnasien, sieben Realschulen, neun berufliche und vier Hauptschulen beteiligt. Insgesamt 79 Lehrer werden mit 568 Schülern 67 Veranstaltungen zu diesem Zweck durchführen.

In diesem Zusammenhang erinnerte der Minister an das in der Landesverfassung zugesicherte Recht eines „jeden jungen Menschen", ohne Rücksicht auf Herkunft und wirtschaftliche Lage „eine seiner Begabung entsprechende Erziehung und Ausbildung" zu bekommen.

Eine Arbeitsgruppe im Kultusministerium, in der Vertreter aller Schularten, der Seminare und der Oberschulämter gemeinsam darangeben, dieses pädagogische „Neuland" zu betreten, ist jetzt gebildet worden, teilte der Minister weiter mit. Denn bisher gebe es so gut wie keine „fundierten und bewährten Materialien" zu der Unterrichtung der besonders begabten Schüler. Dies sei jedoch erst recht kein Grund, so Mayer-Vorfelder, „im Wartestand" untätig zu bleiben.

Schon jetzt warnte er vor „allen möglichen ideologischen Seiltänzen". Vielmehr sollte die Öffentlichkeit ohne Vorbehalte und Vorurteile zunächst einmal die gewonnenen Erfahrungen abwarten. Gleichzeitig unterstrich der Kultusminister, daß durch die jetzt eingeleitete Begabtenförderung die Hilfe für leistungsschwache Schüler „an keinem Punkt abgebaut" werde. Allerdings biete gerade der starke Schülerrückgang von 20 Prozent bis zum Jahre 1990 die Möglichkeit, solche Schüler zu fördern, die bislang eher „unterfordert" waren.

Der Stuttgarter Minister verwies darauf, daß eine ständige Unterforderung ähnlich wie eine Überforderung negative Folgen haben könne, dabei seien „Verhaltensauffälligkeiten bis hin zur Leistungsverweigerung" wissenschaftlich festgestellt worden. Mayer-Vorfelder verwies in diesem Zusammenhang auf die Begabtenförderung im Ausland: USA, Großbritannien, Japan, aber auch in den Ostblockstaaten.

Im einzelnen berichtete der Kultusminister, daß in der Versuchsphase die Zusatzangebote für die besonders intelligenten Schüler von Lehrern durchgeführt würden, die die betreffenden Schüler seit Jahren genau kennen.

Die Förderkurse betreffen die Fächer Mathematik, Naturwissenschaften und Sprache. Bei den ersten zwei Bereichen sollen die Schüler „offene Fragestellungen aufspüren, Probleme erkennen, eigenständig analysieren und lösen und diese Lösungen anderen gegenüber auch mündlich erläutern". So sollen im Bereich Mathematik die überdurchschnittlich Begabten sich mit der Zahlen- und Relativitätstheorie oder mathematischen Beweisen beschäftigen.

Mayer-Vorfelder betonte, daß das Prinzip der Freiwilligkeit bei der Teilnahme an der Begabtenförderung wichtigstes Element sei. Zum anderen blieben die Kinder in ihrer „natürlichen, häuslichen und schulischen Umgebung". Die Fachlehrer schlagen im Einvernehmen mit den betroffenen Eltern die Schüler vor, die an der Begabtenförderung teilnehmen sollen. Die dann zu bildenden Gruppen sollen jahrgangsübergreifend sein und zwischen vier und 15 Personen umfassen, erklärte der Minister.

Die Versprechen von Lafontaine und die wirtschaftliche Realität

Zweithöchste Arbeitslosenquote / Problem Arbed / Hoffnung auf Länderfinanzausgleich

JOACHIM WEBER, Saarbrücken

Seine „Galgenfrist" währt nicht mehr lange: Am 9. April wird der Saarland-Sieger Oskar Lafontaine (SPD) – ein Gegenkandidat ist nicht in Sicht – vom neuen Landtag in Saarbrücken zum Ministerpräsidenten gekürt werden. Dann wird es ernst für den Mann der flotten Sprüche (Wahlslogan: „Oskar macht's"). Denn nun gilt es, die inhaltsschweren Versprechen des Wahlkampfs – von der Schaffung neuer Arbeitsplätze bis zur Verstaatlichung von Arbed Saarstahl – auch einzulösen, Versprechen, von denen mancher Saarländer meint, sie seien nur in der hohen Gewißheit einer Wahlniederlage abgegeben worden.

In der Tat wird sich der neue Saarbrücker Regierungschef nicht gerade ins gemachte Bett legen können. Hochfliegende Pläne kann er von vornherein zu den Akten legen: Das Saarland hat sich im Zusammenhang mit der Sanierung der Arbed-Hütten so hoch verschuldet, daß von einem finanziellen Handlungsspielraum nicht mehr die Rede sein kann. Kein Wunder also, wenn eine der ersten Äußerungen Lafontaines nach der Wahl ein Wunsch an Bonn und seine Länderkollegen ist: die Forderung nach einem größeren Stück aus dem Kuchen des Länderfinanzausgleichs.

In welche Zukunft gehen die Mitarbeiter von Arbed Saarstahl? FOTO: DPA

Selbst, wenn dabei ein paar Millionen Mark mehr fürs Saarland herauskommen sollten – und angesichts der Probleme auch in anderen Bundesländern spricht wenig dafür, daß es gelingt –, wäre das mehr oder minder ein Tropfen auf den heißen Stein. Gar zu groß sind die Beschäftigungsprobleme des kleinsten deutschen Flächenlandes und die Aufgaben, die zur Verbesserung seiner Wirtschaftsstruktur anstehen.

Mit einer Arbeitslosenquote von 14,2 Prozent (Bundesdurchschnitt: 10,5 Prozent) lag das Saarland mit seiner runden Million Einwohner im Februar auf dem zweiten Platz nach dem Stadtstaat Bremen. In des Oberbürgermeister Lafontaines eigenem Revier, im Stadtverband Saarbrükken, waren sogar 17,2 Prozent aller Arbeitnehmer ohne Beschäftigung.

Alles, was ein Bundesland dagegen tun kann, kostet Geld: Investitionsförderung, die neue Unternehmen ins Ländchen lockt oder alte zu Ausweitung motiviert, die Erleichterung von Neuansiedlung und Expansion durch die Erschließung neuer Gewerbeflächen und schließlich die Maßnahmen zur Verbesserung der Infrastruktur, die sich im Saarland derzeit stark auf den Saarausbau (Bundeshilfe: 300 Millionen Mark) einschließlich des Hafenbaus konzentrieren.

Der Erfolg solcher Maßnahmen, so man sie realisieren kann, hängt aber nicht nur vom finanziellen Einsatz ab. Ob Lafontaine, dessen „Wahlkampf-Schlager" die Verstaatlichung von Arbed Saarstahl war, einen großen Vertrauensbonus im Unternehmerlager hat, wird er selbst testen müssen. Womit er sich allerdings verdient machen könnte und das sogar ohne großen Mitteleinsatz: Die Werbetrommel für sein – auch im Bewußtsein der Wirtschaft – etwas abgelegenes Ländchen zu rühren.

Freilich: Solange der Bühnendonner der Verstaatlichung noch grollt, wird auch damit wenig zu gewinnen sein. Von der Regierung unter seinem Vorgänger Werner Zeyer (CDU) hat Lafontaine in gewisser Weise den gut bereiteten Boden für seine Unternehmer-Gelüste bei den Saarhütten übernommen.

Um nämlich ein wenig mit dem Finger zu drohen und die eigene Position als De-facto-Eigner deutlich zu machen, hatten Land und Bund – beide zusammen mit gut 3 Milliarden Mark an Bürgschaften und Beihilfen bei Saarstahl engagiert – sich eine Option auf 76 Prozent der Kapitalanteile des notleidenden Unternehmens einräumen lassen. Allerdings: Diese Option gilt für einen „gemeinsam von Bund und Saarland zu benennenden Dritten".

Damit ist Lafontaine zunächst blockiert. Denn der Bund in Gestalt des Wirtschaftsministers hat seine Weigerung, mitzumachen, bereits vernehmlich artikuliert. Trotz des noch anstehenden Zuschußbedarfs könnte den neuen „MP" etwas zum Zugriff auf das Unternehmen reizen: Die Sanierung ist nahezu abgeschlossen und wird aller Voraussicht nach nicht mehr allzuviele Arbeitsplätze kosten. Hier ließe sich also ohne großen Einsatz der Lorbeerkranz des edlen Retters erringen – wenigstens dieses Bett ist (fast) gemacht.

Ob er die Realisierung der Option auf irgendeinem Wege durchdrückt, wird sich Lafontaine dennoch gründlich überlegen müssen. Denn auf den „Unternehmer Saarland" kämen erhebliche Finanzforderungen zu, die er aus Mittelmangel nicht erfüllen könnte (zumal der Bund dann keinen Anlaß zum Einspringen mehr hätte). Und ob die Gesundung von Arbed Saarstahl als Staatsunternehmen noch sehr weit vorankäme, steht sehr in Zweifel. Man darf gespannt sein, was „Oskar macht", um aus dieser Klemme ohne Gesichtsverlust herauszukommen.

„Projekt Ingolstadt zum Scheitern verurteilt"

Die Rektoren in Bayern schießen gegen Privatuniversität

PETER SCHMALZ, München

Ein Streit mit harten Bandagen ist um die erste medizinische Privat-Universität Bayerns entbrannt. Das Projekt, so die Bayerische Rektorenkonferenz in einem Schreiben an Ministerpräsident Franz Josef Strauß, sei „zum Scheitern verurteilt" und verdiene nicht den Namen einer „Internationalen Universität". Dagegen sieht Peter Thelen, Geschäftsführer des privaten Universitäts-Trägervereins „Gesellschaft zur Förderung von Wissenschaft und Lehre" (GWL), in der Argumentation der Rektoren einen „Gipfel an Schizophrenie".

Aktueller Anlaß der Rektoren-Attacke gegen die Privat-Hochschule, die nach eigenen Vorstellungen bereits im Herbst in Ingolstadt den Lehr- und Forschungsbetrieb aufnehmen will, ist die Erwartung, das bayerische Kabinett werde demnächst über die Anerkennung der neuen Universität beraten. Das seit November 1983 laufende Anerkennungsverfahren ist nach Angaben des Münchner Kultusministeriums „relativ weit fortgeschritten", Minister Hans Maier erwartet den abschließenden Bescheid noch in diesem Monat. Bayerns Rektoren greifen das Projekt von zwei Seiten an:

- Das an den medizinischen Fakultäten der bayerischen Universitäten gegebene Niveau in Forschung und Lehre könne in Ingolstadt nicht gewährleistet werden, die für die Bezeichnung „Universität" nach allgemeinem Verständnis notwendige Fächervielfalt fehle.
- Durch die Medizinerschwemme und die Verlängerung der Ausbildung auf acht Jahre verliere dieses Studium an Attraktivität, als Folge des Pillenknicks sei zudem auch in dem harten Numerus-clausus-Fach Medizin mit einer Entspannung zu rechnen, weshalb kaum genügend Studenten zu finden sein werden, die insgesamt 120 000 Mark Studiengebühren zahlen, der baldige finanzielle Zusammenbruch sei deshalb absehbar.

GWL-Geschäftsführer Peter Thelen weist die Rektoren-Kritik entschieden zurück. Gegenüber der WELT äußerte er die Vermutung, die staatlichen Hochschulen würden die private Konkurrenz fürchten. Thelen: „Für sie muß es eine Ohrfeige sein, wenn wir ein Studium anbieten, das preiswerter und zudem noch besser ist."

Während das Medizinerstudium auf mindestens acht Jahre verlängert werden soll, will die Ingolstädter Universität mit sechs Jahren auskommen und dabei auch noch insgesamt 32 Wochen mehr Unterricht als an herkömmlichen Medizinfakultäten absolvieren. Im vierten und fünften Studienjahr ist ein 38wöchiges ganztägiges Praktikum vorgesehen, bei dem alle klinischen Fächer durchlaufen werden. Thelen: „Wir werden damit die immer wieder geforderte Praxisnähe herstellen."

Da im Vollbetrieb höchstens 120 Studienplätze vorgesehen sind, wird das Praktikum nach Ansicht von Thelen wesentlich intensiver und lehrreicher sein als das bisher angebotene: „Bei staatlichen Unikliniken stehen zehn bis 18 Leute um ein Krankenbett, bei uns ist ein Student für zehn Betten vorgesehen."

Die Sorge der Rektoren, das neue Projekt könne an mangelnder Nachfrage scheitern, hält Thelen nach den bisherigen Erfahrungen für abwegig. Obwohl die Anerkennung noch nicht ausgesprochen ist, sind bereits über 600 Anmeldungen von Studierwilligen eingegangen, die bereit sind, für das Privatstudium jährlich 20 000 Mark Studiengebühren zu zahlen. Zehn der 120 künftigen Nachwuchsmediziner können ein rückzahlpflichtiges Stipendium erhalten.

Mit der Anerkennungsurkunde beginnt die Auswahl der ersten Studenten. Voraussetzung ist neben dem Abitur und guten englischen Sprachkenntnissen auch ein Krankenpflegepraktikum von sechs Monaten. In den nächsten Wochen werden zudem die Professoren-Stellen ausgeschrieben. Von den 134 hauptamtlichen Hochschulangestellten sollen 80 in Lehre und Forschung tätig sein, von denen 49 habilitiert sind. Der Jahresetat wird mit 14 Millionen Mark angegeben.

Kein Veto-Recht gegen Verkabelung

AP, Münster

Die Verlegung von Breitbandkabeln durch die Bundespost ist nicht von der Zustimmung der betroffenen Städte und Gemeinden abhängig. Dies entschied gestern das nordrhein-westfälische Oberverwaltungsgericht in Münster.

In einem Musterprozeß hatte die Stadt Bergisch Gladbach gegen die Absicht der Bundespost geklagt, ohne Mitwirkung der Stadt dort Kabel zu verlegen. Diese Klage lehnte das Gericht nunmehr auch im Berufungsverfahren ab. Nach seiner Überzeugung kann sich die Post bei der Verkabelung in eigener Regie auf das „Telegraphenwege-Gesetz" aus dem Jahre 1899 berufen, in dem bereits die Einführung neuzeitlicher Übertragungstechniken berücksichtigt worden sei. Aber auch aus der gesetzlichen kommunalen Stadtverwaltungsgarantie lasse sich kein „Veto-Recht" der Kommunen gegen die Verkabelung ableiten.

Debatte über Auschwitz-Lüge

p. p. Bonn

Der Bonner SPD-Fraktionsvorsitzende Hans-Jochen Vogel hat angekündigt, seine Partei wolle in einer Fragestunde am Donnerstag die Beratungen über eine Änderung des Strafrechts (Auschwitz-Lüge) im Plenum voranbringen, nachdem die Koalition dieses Thema im zuständigen Ausschuß „fast mit einem Streik" lahmlege. Notfalls werde die Opposition die Geschäftsordnung so ausschöpfen, daß das Gesetz in jeder Tagungswoche auf die Tagesordnung gesetzt werde, denn die Zeit sei reif für eine Abstimmung, „so oder so". Dabei unterstrich er, daß er sich nicht mit der von der Union diskutierten Lösung zufriedengeben werde, das Leugnen von NS-Verbrechen in einem Gesetz mit der Leugnung von Vertreibungs-Verbrechen abzuhandeln. Der Bundestag werde, auf Antrag seiner Fraktion, am Donnertag auch über die Lage am Arbeitsmarkt diskutieren, erklärte Vogel.

WDR auf dem Weg zum Mediengiganten

DW. Düsseldorf

Die CDU im Düsseldorfer Landtag will sich mit dem gestern mit den Stimmen der SPD-Mehrheitsfraktion verabschiedeten neuen Gesetz über den Westdeutschen Rundfunk (WDR) nicht abfinden. Oppositionsführer Bernhard Worms bekräftigte vor der Schlußabstimmung, es müsse „Korrekturen" geben. Schon zuvor hatte der CDU-Medienexperte Helmut Elfring eine Klage beim Landesverfassungsgericht angedroht.

Die Novelle zum WDR-Gesetz hat vier wesentliche Schwerpunkte: eine gesetzliche Bestands- und Entwicklungsgarantie für den Kölner Sender, eine veränderte Zusammensetzung der Anstaltsgremien, Stärkung der Mitwirkungsrechte der Beschäftigten sowie eine Absicherung der finanziellen Grundlage des Senders im Hinblick auf private Konkurrenz.

Zu Beginn der dritten Lesung im Landtag hatte Worms noch einmal die Hauptbedenken seiner Partei geltend gemacht. Es diene weder „der medienpolitischen Neuorientierung, noch schaffe es Ruhe an der WDR-Front". Er warf den Sozialdemokraten vor, das Gesetz diene allein „der Machterhaltung und Machtverfestigung der SPD im WDR".

Die Landesregierung betreibt nach Auffassung der CDU-Opposition eine „unehrliche Medienpolitik", wenn sie so tue, als öffne sie sich jetzt auch privaten Rundfunkanbietern. Tatsächlich jedoch ermögliche sie dem öffentlich-rechtlichen Sender, sich zu einem „Mediengiganten" auszuweiten und den Privaten sowie der Presse „die Luft zum Atmen" zu nehmen.

Dem widersprach Ministerpräsident Rau (SPD); die Bedenken des Oppositionsführers seien „kleinkariert". Er unterstrich: „Im kommenden Jahr werden die Türen für Privatanbieter aufgehen, die in Konkurrenz zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk antreten wollen." Nordrhein-Westfalen werde Privatanbieter so zulassen, daß es „wirtschaftlich interessant" für sie werde.

Nach dem neuen Gesetz wird der Rundfunkrat, bislang nach politischem Proporz von den Landtagsfraktionen mit je zehn Vertretern von SPD und CDU sowie einem FDP-Mitglied beschickt, künftig das wichtigste Aufsichtsgremium in neuer Zusammensetzung sein. Unter den jetzt 41 Mitgliedern sollen erstmals Vertreter aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen und Interessenverbänden vertreten sein, von denen viele offensichtlich der SPD nahestehen. Der Verwaltungsrat, dem künftig neun Mitglieder angehören, kontrolliert in erster Linie die Finanzen des Senders.

Einstimmig verabschiedete der Landtag gestern ferner ein Gesetz, das die vorläufige Weiterverbreitung von Rundfunk- und Fernsehprogrammen in Kabelanlagen befristet sicherstellt. Bis zum Inkrafttreten entsprechender gesetzlicher Bestimmungen sollen somit vorhandene Angebote der Bevölkerung zugänglich gemacht werden.

Verfahren gegen Posser abgelehnt

dpa, Bonn

Die Bonner Staatsanwaltschaft wird gegen den nordrhein-westfälischen Justiz- und Finanzminister Diether Posser (SPD) kein Strafverfahren einleiten. Der Sprecher der Staatsanwaltschaft, Johannes Wilhelm, sagte, man sehe keinen hinreichenden Anfangsverdacht für eine Straftat.

Posser war von dem Kölner Rechtsanwalt Günther Felix unter anderem wegen Verstoßes gegen Paragraph 353 d – „Zitieren aus Akten der Staatsanwaltschaft" – angezeigt worden. Im Zusammenhang mit der Diskussion um die Parteispenden hatte Posser im Düsseldorfer Landtag aus den Akten zitiert. Die Staatsanwaltschaft, so deren Sprecher, gehe davon aus, daß diese Zitate der Öffentlichkeit im wesentlichen bekannt waren. Posser habe verhindern wollen, daß das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Integrität der Verwaltung erschüttert werde.

Hessen muß Chemiemüll lagern

dpa, Kassel

Hessen muß zumindest vorläufig der Lagerung von 80 Tonnen Sondermüll des baden-württembergischen Chemiewerks Dynamit Nobel AG in der hessischen Untertagedeponie Herfa-Neurode (Kreis Hersfeld-Rotenburg) zustimmen. Mit dieser in einem Eilverfahren getroffenen Entscheidung bestätigte der 9. Senat des Hessischen Verwaltungsgerichtshofs (VGH) einen Beschluß des Verwaltungsgerichts Kassel vom Dezember 1984. Das Gericht hob hervor, dies sei nur eine vorläufige Maßnahme: Sollte Dynamit Nobel im eigentlichen Klageverfahren unterliegen, könnte das Land von der Firma verlangen, die Fässer mit dem Sondermüll auf eigene Kosten wieder zu entfernen. Das hessische Oberbergamt hatte einen Antrag auf Endlagerung mit der Begründung abgelehnt, die Kapazität der Deponie sei für hessischen Sondermüll reserviert. (AZ.: 9 TG 3105/84).

Riga: Tod beim Militärunterricht

INGO URBAN, Bonn

Während des Militärunterrichts, der an allen Schulen in der Sowjetunion Pflichtfach ist, soll es an der 41. Mittelschule in Riga zu einem tödlichen Unfall gekommen sein. Wie aus Emigrantenkreisen verlautet, ist die 16jährige Schülerin Iveta Zutere am 18. Dezember vergangenen Jahres bei einer Übung mit dem scharfgeladenen Sturmgewehr Kalaschnikow von einer Kugel in der Halsschlagader getroffen worden und verblutet. Die *Lettin war Schülerin der 10. Klasse.* Seit dem Schuljahr 1984/85 ist die militärische Grundausbildung an den Schulen in der Sowjetunion verstärkt worden.

Laut Lehrplan müssen jetzt die Schüler der 10. und 11. Klasse zweimal wöchentlich am Militärunterricht teilnehmen. Im Unterricht werden Schießübungen mit scharfer Munition abgehalten, die meisten Schulen haben in den Kellerräumen Schießstände eingerichtet.

Mit dem Befehl Nummer 36 vom 20. September 1984 wurde außerdem von dem kommandierenden General der Militärsportspiele in der sozialistischen Sowjetrepublik Lettland der Aufbau von Bataillonen „Jungarmisten" an sämtlichen Mittelschulen angeordnet.

Südwestafrika liegt im Dämmerschlaf hoher Erwartungen

Die internen Verhandlungen treten auf der Stelle / Mudge: Unabhängigkeit nicht um jeden Preis / Swapo verliert an Einfluß / Eine Zwischenbilanz

Von MONIKA GERMANI

Schon wenige Kilometer hinter Windhuk ist es still. Die Verhandlungspartner der sechs Parteien, die um eine interne Lösung der Südwestafrika-Namibia-Frage ringen, scheinen im Elfenbeinturm zu sitzen. Seit November 1983, als die „Multi Parteien Konferenz" (MPC) erstmalig zusammentrat, sind sie allerdings auch über ihren Vorsatz, eine Übergangsregierung zu bilden und eine Verfas*sung ausarbeiten zu wollen, nicht hin*ausgekommen. Das hat Gründe. Südwest ist bevölkerungspolitisch keine Einheit: Elf Volksgruppen, von denen die Ovambos mit rund 53 Prozent alle anderen zur Minderheit reduzieren und von denen sich jede wiederum bedroht fühlt, müssen auf einen Nenner gebracht werden.

Dirk Mudge, Vorsitzender der „Demokratischen Turnhallen Allianz", die bei den international nicht anerkannten Wahlen 1978 eine überwältigende Mehrheit erhielt und als *Vorläuferin der MPC angesehen wird,* bezeichnet die Konferenz in einem Gespräch mit der WELT, als einen Schritt vorwärts, fügt aber einschränkend hinzu, daß man noch sehr viel Geduld haben müsse, bis sich ein Resultat abzeichnen könne. Unabhängigkeit sei das unverzichtbare Fernziel, doch Unabhängigkeit sofort um jeden Preis lehnt er ab. Man müsse, und nur darin scheinen sich alle teilnehmenden Parteien in der Windhuker Messehalle einig zu sein, von der Ein-Mann-Regierung des südafrikanischen Generaladministrators wegkommen.

Während der farbige Sekretär der MPC, Bischof Lucas de Vries, eine finanzielle Unterstützung auch nach Bildung einer Interims- oder Übergangsregierung fordert, Südafrika aber kein Mitspracherecht mehr zugestehen möchte, sieht Mudge die Lage realistischer: Eine Finanzierung durch den ungeliebten Nachbarn gebe diesem auch das Recht in interne Fragen des Landes weiterhin einzugreifen, und, so erklärte Mudge, Südwest habe keine andere Wahl als diese Situation zu akzeptieren, denn nicht einmal die Bundesrepublik Deutschland sei zu finanziellen Hilfeleistungen bereit. So treibe man das Land praktisch in die Arme Südafrikas. *Außenminister Genschers Freundschaft* mit Swapo-Führer Sam Nujoma, einem Mann des Ostens, stößt im günstigsten Fall auf milde Verwunderung, allgemein jedoch auf Verachtung über diese offensichtliche Verkennung Südwester Tatsachen. Obwohl Swapo wiederholt eingeladen war, sich an den Verhandlungen in Windhuk zu beteiligen, ist die MPC bisher nicht einmal einer Antwort gewürdigt worden. Spöttischer Kommentar farbiger Politiker: „Herr Nujoma genießt den Status qou und lebt wie seine Genossen im Luxus, den sie sich in Windhuk nicht leisten könnten."

Es ist offensichtlich, daß Swapo an Einfluß verliert. Die jährliche Offensive während der Regenzeit, mit dem



NAMIBIA

Ziel bis in die weißen Farmgebiete südlich von Ovamboland vorzudringen, wurden bereits innerhalb Ovambolands größtenteils abgefangen. Drei von sieben Gruppen wurden aufgerieben, der Rest floh zurück nach Angola. Seit Beginn des Jahres wurden 177 Terroristen von den Streitkräften *getötet.* Die Erfolge der Armee haben sowohl unter den Ovambos als auch im benachbarten Kavango einen Umschwung unter der Bevölkerung zugunsten der Armee bewirkt. Die Terroristen sind schlecht ausgerüstet. Ihr Durchschnittsalter liegt derzeit unter zwanzig. Hinzu kommen interne Führungskämpfe in der Swapoführung, Rivalität zwischen Sam Nujoma und dem vor einem Jahr vorzeitig aus dem Gefängnis entlassenen Toivo Ja Toivo.

Ein endgültiger Abzug der Südafrikaner aus Südangola, seit Monaten in Ngiva, 30 Kilometer von der Grenze, ist angesichts der Hilfe, die die angolanischen Streitkräfte der Swapo-Armee gewähren, nicht absehbar. Südafrikas schwacher Punkt *ist seine Luftwaffe, die den kürzlich* von der Sowjetunion an Luanda gelieferten ersten MiG 25, ebenso wie die bereits vorhandenen MiG 23, beide ausschließlich von „DDR"-Piloten geflogen, unterlegen ist. Die bisher nur in Afghanistan eingesetzten Kampfhubschrauber Mi 24 bilden vor allem für Savmibi eine Gefahr. Die Unita hat bereits mehrere dieser gefährlichen Kampfmaschinen, sowie drei MiG 23 abgeschossen.

So ist es erklärlich, daß die Swapo auf dem Propaganda-Wege ihre Mißerfolge vertuschen will. Einige Vertreter der katholischen Kirche in Windhuk, erklärten der WELT, sie unterstützten die Ziele der Swapo, fügten nur einschränkend hinzu, mit den Methoden nicht ganz einverstanden zu sein. Zimbabwe sei das leuchtende Musterbeispiel eines afrikanischen Staates. So hat der Führer der kleinen NCDP Partei, Hans Roehr (etwa 250 Mitglieder nach eigenen Angaben) den „Kampf für die Unterdrückten und Opfer der Polizeiwillkür" auf sein Banner geschrieben. Prozesse gegen Soldaten und Mitglieder einer Sondereinheit, die bei der Terroristenbekämpfung besonders erfolgreich ist, werden geführt und sind weiterhin geplant, finanziert von Teilen der katholischen Kirche.

Während die MPC ihre Tagungen in Windhuk fortsetzt, lebt Südwestafrika im derzeitigen Abseits der Öffentlichkeit still vor sich hin. Wichtigeres Thema ist die Tatsache, daß die Flußbetten nach den ersten guten Regenfällen nach fünf Jahren wieder zeitweise Wasser führen. Die Farmer erwarten erstmals wieder gute Ernteergebnisse. Die Wirtschaft, ohne Investitionen aus dem Ausland, stagniert, die Kapitalflucht in die Republik Südafrika hält an. Südwest liegt *im Dämmerschlaf der Erwartungen,* die Pläne um die UNO-Resolution 435 sind inzwischen sieben Jahre alt und jede Durchführung scheitert an der ursprünglich von Washington erhobenen Forderung nach gemeinsamem Abzug der Kubaner aus Angola und Südafrikas Armee aus Südwest.

Sowjetische Bomben auf Bevölkerung

dpa, Neu-Delhi

Sowjetische Bombenangriffe im Norden Afghanistans haben nach Berichten westlicher Diplomaten 500 Menschenleben gefordert. Die meisten Toten habe es nach diesen Angaben in der Stadt Karabagh, rund 800 Kilometer von der afghanischen Hauptstadt Kabul entfernt, gegeben. Schwere Gefechte und Bombenangriffe wurden auch aus anderen Teilen des Landes ohne nähere Angaben gemeldet. So aus dem Pandschirtal, *südöstlich von Kabul, und aus* Kandahar, der zweitgrößten Stadt des von sowjetischen Truppen besetzten Landes. Die Stadt Barikot im Osten des Landes soll sich weiterhin in der Hand von Widerstandskämpfern befinden, die nach eigenen Angaben in den vergangenen fünf Wochen 25 Panzer zerstört haben. In den westlichen Provinzen seien 54 afghanische und sowjetische Soldaten von den Widerstandskämpfern gefangengenommen worden.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden† Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske; Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Inland: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.); WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Gieskes, Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje
Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Thomas L. Kielinger (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Friedemann Diederichs, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Dominik Schmidt; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Moskau: Rose-Marie Borngässer; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lommon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Werner Thomas, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714
Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449
Fernkopierer (0 69) 72 79 17
Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11–13
Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 26,50 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 63 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 13 gültig ab 1. 7. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 49.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 4, gültig ab 1. Januar 1984.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.



Soldaten zogen am Sarg Konstantin Tschernenkos auf. Blumenkränze bedecken den Sarg. Michail Gorbatschow, der neue Parteichef, und Ministerpräsident Nikolai Tichonow (links) erweisen dem Toten die letzte Ehre. FOTO: AP

Titelseiten gehören schon dem neuen Parteichef

Von R.-M. BORNGÄSSER

Schlapp hängen die Fahnen mit dem schwarzen Trauerflor am Hotel „Ukraina" am Kutusowsky-Prospekt. Seit Montag morgen sind sie an allen öffentlichen Gebäuden Moskaus aufgezogen. Der Himmel ist grau, es nieselt leichter Schnee. Der 12. März, der Tag nach der Bekanntgabe des Todes von Konstantin Tschernenko, geht nur in den Außenbezirken der acht-Millionen-Stadt seinen normalen Lauf. Das Zentrum ist seit gestern gesperrt.

Milizsoldaten und Funktionäre mit roten Armbinden riegeln die Straßen zur Innenstadt ab. Nur Passanten mit Sonderausweisen werden durchgelassen. Die großen Kaufhäuser, wie zum Beispiel das „Gum", durch das sich sonst wahre Menschenströme ergießen, sind zwar geöffnet, doch gleichen sie ausgestorbenen Konsumburgen.

Das überdimensionale Porträt Tschernenkos am Gartenring zieren zwei breite querlaufende Trauerbänder. Noch stehen in den Regalen der Souvenirläden nur Lenin-, Stalin-, Chruschtschow- und Breschnew-Büsten. Tschernenko in Gips gab es zu seinen Lebzeiten schon nicht, ob sie nach dem Tod auftauchen, bleibt fraglich. Die Nachfrage scheint nicht groß zu sein. Die Leute auf der Straße zeigen keine bewegte Trauer.

„Er war ein alter, kranker Mann, auch die Frühjahrssonne hat ihm nicht geholfen", meint eine Passantin. Eine junge Frau allerdings bedauert den Tod doch eine Spur: „Er hat Reformen in der Schulbildung durchgesetzt, uns Lehrern geht es nun besser", erklärt sie.

Es ist anders als beim Tode Stalins, als Menschen am Sarg zertrampelt wurden, anders als bei Breschnew und Chruschtschow, als das Land in Tränen ausbrach. Der schwerfällige und schweratmende Tschernenko war den meisten kein lebendiger Begriff.

Im übrigen glaubt hier niemand daran, daß der Generalsektär erst am 11. März gestorben ist. Allzu perfekt hatte die Kreml-Führung das Ritual inszeniert. Schon während des Genscher-Besuches in Sofia waren Gerüchte über Tschernenkos Ableben in der Hauptstadt aufgetaucht. Gleichzeitig wurde auf offener Szene Normalität demonstriert: Man ließ das Politbüromitglied Schtscherbizki samt Delegation in die USA aureisen und den französischen Außenminister Dumas einreisen. Auch die sowjetische Delegation in Genf war bei ihrer Ankunft offenbar bereits instruiert, denn sie lehnte das Angebot einer Verschiebung der neuen Rüstungskontroll-Verhandlungen sofort als „unnötig" ab.

Der König ist tot, es lebe der König, dieses Motto gilt auch hier. In allen Zeitungen prangen auf der Titelseite das große retouchierte Porträt (also ohne Muttermal) des 54jährigen neu gewählten Generalsekretärs Gorbatschow und Auszüge aus seiner Rede, die er am Montag abend nach seiner Ernennung hielt. Erst im Inneren der Blätter taucht dann das Bildnis des Verstorbenen auf, und ein Foto an der Bahre, um die sich die Politbüromitglieder versammelt haben. Schaltet man das Radio oder das Fernsehen an, so tönen auf allen Kanälen klassische Weisen, dargeboten von den besten Orchestern des Landes.

Die Nachrichten verbreiten jede Stunde die „Thronrede" Gorbatschows, die fast aufs Wort seiner Wahlrede vor vierzehn Tagen gleicht. Er spricht sich für eine „friedliche Zusammenarbeit" mit den westlichen Ländern aus. Zwar sei die internationale Lage kompliziert, sagte er, und in dieser Situation sei es besonders geboten, die sowjetische Verteidigungskraft auf einem Niveau zu halten, das potentiellen Aggressoren klar mache, daß jeder Angriff auf die Sicherheit der UdSSR und die ihrer Verbündeten mit einem „vernichtenden Gegenschlag" beantwortet werde.

Wird nun Gorbatschow mit seiner Garde das verkrustete System aufbrechen? Auch hier gleichgültiges Achselzucken, wenn man Passanten fragt: Stoisch, fatalistisch, gleichwohl kennzeichnend die Antwort eines Taxifahrers: „Für uns ändert sich nichts, nitschewo", sagt er.

Reagan strebt baldiges Treffen mit Gorbatschow an

Amerika rechnet mit Kontinuität bei Außen- und Sicherheitspolitik / Hohe Erwartungen gedämpft

FRITZ WIRTH, Washington

Washington möchte mit Michail Gorbatschow so bald wie möglich ins Gespräch und ins politische Geschäft kommen. Es herrscht in der Reagan-Administration das Gefühl, daß es mit dem neuen ersten Mann wieder eine wirkliche politische Adresse im Kreml gibt.

So war es denn sicherlich nicht nur eine Instinktreaktion, daß Präsident Reagan bereits am Montagmorgen um vier Uhr, als er von seinem Sicherheitsberater Robert McFarlane mit der Nachricht vom Tode Tschernenkos aus dem Bett geholt wurde, die Möglichkeit diskutierte, zum Begräbnis Tschernenkos nach Moskau zu fahren.

Der Plan wurde dann in einem Gespräch mit Reagans engsten Beratern fallengelassen, nicht zuletzt auf Anraten von Außenminister George Shultz. Im State Department ist man der Ansicht, daß ein derartiger Blitzbesuch nur ein flüchtiges Randereignis mit einem gewissen Symbolwert doch ohne wesentliche politische Substanz und damit eine verschenkte Chance sei.

Im übrigen wiesen die Gegner einer solchen Reise auf Reagans Äußerungen in der Vergangenheit hin, daß eine Begegnung mit der Kreml-Führung nicht nur zum gegenseitigen Kennenlernen dienen solle, sondern eine sorgfältig vorbereitete Tagesordnung haben müsse und keine falschen Erfolgserwartungen wecken dürfe.

Dennoch gibt es keinen Zweifel, daß die Administration in Washington so schnell wie möglich ein Treffen Reagan–Gorbatschow anstrebt. Reagan hat sein Interesse bei einem Essen mit Zeitungs-Chefredakteuren angedeutet: „Ich freue mich sehr auf eine Begegnung mit Gorbatschow. Man muß jedoch warten, bis ein neuer Mann Fuß gefaßt hat. Wenn dies geschehen ist, bin ich sofort dazu bereit. Ich glaube, es existiert ein beiderseitiges Mißtrauen zwischen unseren Ländern, und deshalb wünsche ich ein Gespräch, um zu sehen, wie wir uns entgegenkommen können."

Bush überbringt Brief des Präsidenten

Es fiel auf, daß McFarlane im Fernsehen meinte, daß diese Einarbeitungszeit Gorbatschows wahrscheinlich kürzer als bei seinen Vorgängern sei. Man hat das als ein Zeichen dafür verstanden, daß Washington bereits aktiv ein Treffen zwischen beiden Regierungschefs vorbereitet, und daß der Brief Reagans an Gorbatschow, den Vizepräsident Bush mit nach Moskau nimmt, bereits konkrete Vorschläge zu einer Begegnung der beiden enthält. McFarlane mochte dies gestern weder bestätigen noch dementieren, wies jedoch darauf hin, daß nach dem Rhythmus der bisherigen amerikanisch-sowjetischen Gipfeltreffen eigentlich ein Besuch des Kreml-Chefs in Washington fällig sei.

Wie auch immer, das amerikanische Interesse an einem baldigen Gipfeltreffen hat in Washington Spekulationen ausgelöst, daß eine derartige Begegnung in die bevorstehende Europareise Reagans vom 1. bis 10. Mai mit eingebaut werde. Die Reagan-Administration legt jedoch großen Wert darauf, einen derartigen Besuch nicht in die Nähe des 8. Mai gerückt zu sehen.

Die bisherige Reaktion Washingtons auf Gorbatschows Amtsübernahme und seine bisherigen ersten Äußerungen läßt sich mit „höflichem, aber wachen Interesse" umschreiben. Die Administration rechnet damit, daß Gorbatschow die westliche Öffentlichkeit wirksamer beeinflussen wird als seine altersschwachen Vorgänger.

Außen- und sicherheitspolitisch erwartet man in Washington nach dem Führungswechsel zumindest kurzfristig keine dramatischen Änderungen. Einmal, weil Gorbatschow nur über geringe außenpolitische Erfahrungen verfügt und damit Andrej Gromyko der unbestrittene Architekt der sowjetischen Außenpolitik bleiben dürfte, und zum anderen rechnet man damit, daß Gorbatschow zunächst innenpolitische Prioritäten hat.

Außerdem spielt man den Aspekt des Generationenwechsels im Kreml herunter. Die meisten Männer um Gorbatschow im Politbüro sind ergraute, wenig flexible und sehr konservative Kommunisten. Der Bewegungsspielraum für Reformen dürfte deshalb vorerst in diesem Gremium für Gorbatschow gering bleiben.

Ebensowenig glaubt man in Washington, daß die Abrüstungsverhandlungen in Genf durch Gorbatschow eine andere Richtung bekommen könnten.

Ein führender Kreml-Beobachter des Washingtoner „Zentrum für strategische und internationale Studien" dämpfte die allzu hohen Erwartungen: „Wenn sich heute jemand im Kreml ohne Krücken bewegen kann und Reden ohne Manuskript zu halten vermag, wird dahinter schon unverzüglich ein politisch frischerer Wind vermutet. Wir sollten Gorbatschows Auftritt in London nicht überschätzen."

Jahre sind nötig, um Macht zu konsolidieren

Der ehemalige Außenminister Henry Kissinger glaubt, daß Gorbatschow etwa zwei bis vier Jahre brauchen werde, um seine Macht zu konsolidieren. Sein Jugend werde schließlich zu einer Änderung der Machtstrukturen führen, doch die von ihm eingeschlagenen neuen politischen Wege müßten nicht zwangsläufig für die USA vorteilhafter sein.

Der ehemalige Sicherheitsberater Jimmy Carters, Brzezinski, wies darauf hin, daß Gorbatschow durch die Schule der Parteidoktrinäre Andropow und Suslow gegangen sei. „Ich richte mich auf einen gechickten, energischen und in vieler Hinsicht wesentlich gefährlicheren sowjetischen Führer ein", erklärte er.

Der neue Mann verspricht Reform und Einhaltung der Linie Lenins

In der ersten Rede, die Michail Gorbatschow nach seiner Wahl zum sowjetischen Parteichef vor dem Zentralkomitee hielt, überwiegen die wendigen Töne. In vorsichtigen Formulierungen empfiehlt sich der neue erste Mann als Befürworter von Ordnung und Reform. Mit Blick auf Genf spricht er von Entspannung. Wir veröffentlichen Auszüge:

Die auf dem XXVI. Parteitag und auf den darauffolgenden Plenen des ZK der KPdSU unter aktiver Mitwirkung von Juri Wladimirowitsch Andropow und Konstantin Ustinowitsch Tschernenko ausgearbeitete strategische Linie war und bleibt unverändert. Das ist eine Linie der beschleunigten sozial-ökonomischen Entwicklung des Landes, der Vervollkommnung aller Aspekte im Leben der Gesellschaft. Es geht um die Umgestaltung der materielltechnischen Basis der Produktion.

Es geht um die Vervollkommnung des Systems der gesellschaftlichen Beziehungen, vor allem der wirtschaftlichen. Es geht auch um die Entwicklung des Menschen selbst, um eine qualitative Verbesserung der materiellen Bedingungen seines Lebens und seiner Arbeit, seiner geistigen Ausprägung.

Wir müssen eine entscheidende Wende bei der Umstellung der Volkswirtschaft auf das Gleis der intensiven Entwicklung durchsetzen. Wir müssen in kurzer Frist die vordersten Positionen in Wissenschaft und Technik und den Welthöchststand bei der Produktivität der gesellschaftlichen Arbeit erreichen, ja wir sind dazu verpflichtet.

Um diese Aufgabe erfolgreicher und schneller zu lösen, müssen der Wirtschaftsmechanismus und das ganze Leistungssystem auch künftig beharrlich vervollkommnet werden. Beim Beschreiten dieses Weges und bei der Wahl optimaler Lösungen kommt es darauf an, die grundlegenden Prinzipien der sozialistischen Wirtschaftsführung schöpferisch anzuwenden. Das heißt, die planmäßige Entwicklung der Wirtschaft konsequent voranzutreiben, das sozialistische Eigentum zu festigen, die Rechte der Betriebe zu erweitern, ihre Selbständigkeit zu erhöhen und sie stärker am Endergebnis der Arbeit zu interessieren. Das heißt, die gesamte wirtschaftliche Entwicklung letztendlich den Interessen der sowjetischen Menschen unterzuordnen …

Die weitere Vervollkommnung und Entwicklung der Demokratie, des gesamten Systems der sozialistischen Selbstverwaltung des Volkes betrachtet die Partei als eine Hauptaufgabe der Innenpolitik. Hierbei sind vielfältige Aufgaben zu lösen. Dahingehend wird auch nicht wenig getan. Und zwar wird die Rolle der Sowjets erhöht und werden die Gewerkschaften, der Komsomol, die Volkskontrolle und die Arbeitskollektive aktiviert. Dennoch steht beharrliche Arbeit sowohl in den bereits festgelegten als auch in neuen Richtungen bevor … Die Wirksamkeit der Erziehungsarbeit äußert sich darin, wie die Arbeiter, die Kolchosbauern und die Angehörigen der Intelligenz an der Lösung großer und kleiner Probleme mitwirken, wie sie arbeiten und wie sie gegen die Mängel kämpfen. Die Erhöhung der sozialen und Arbeitsaktivität der sowjetischen Menschen, die Festigung der Disziplin, die Erziehung zu Patriotismus und Internationalismus – das ist es, woran die Ergebnisse der gesamten ideologischen Arbeit gemessen werden.

Dabei werden auch künftig entschlossene Maßnahmen ergriffen, um weiter Ordnung zu schaffen, unser Leben von fremden Erscheinungen und jeglichen Übergriffen auf die Interessen der Gesellschaft und ihrer Bürger zu befreien und die sozialistische Gesetzlichkeit zu festigen.

Auf dem Gebiet der Außenpolitik ist unser Kurs klar und konsequent. Das ist der Kurs des Friedens und des Fortschritts. Das erste Gebot für Partei und Staat ist es, die brüderliche Freundschaft mit unseren engsten Kampfgefährten und Verbündeten – den Ländern der großen sozialistischen Gemeinschaft – zu hüten und allseitig zu festigen. Wir werden alles von uns Abhängende tun, um das Zusammenwirken mit den sozialistischen Staaten zu erweitern und die Rolle und den Einfluß des Sozialismus im Weltgeschehen zu erhöhen. Wir möchten eine ernsthafte Verbesserung der Beziehungen zur Volksrepublik China und sind der Auffassung, daß dies bei Gegenseitigkeit durchaus möglich ist.

Die Sowjetunion unterstützt immer den Kampf der Völker für die Befreiung vom kolonialen Joch. Auch heute sind unsere Sympathien auf der Seite der Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas, die den Weg der Festigung der Unabhängigkeit und sozialen Erneuerung gehen. Sie sind für uns Freunde und Partner im Kampf für einen dauerhaften Frieden und für bessere, gerechte Beziehungen zwischen den Völkern.

Was die Beziehungen zu den kapitalistischen Staaten betrifft … werden wir den Lenin'schen Kurs des Friedens und der friedlichen Koexistenz strikt verfolgen. Guten Willen

> „Wir werden alles von uns Abhängende tun, um die Rolle und den Einfluß des Sozialismus im Weltgeschehen zu erhöhen."

wird die Sowjetunion immer mit gutem Willen beantworten und Vertrauen mit Vertrauen. Aber alle sollen wissen, daß wir die Interessen unserer Heimat und ihrer Verbündeten niemals preisgeben werden.

Wir schätzen die Erfolge der internationalen Entspannung, die in den 70er Jahren erzielt wurden, und sind bereit, an der Fortführung des Prozesses der Herstellung friedlicher und gegenseitig vorteilhafter Zusammenarbeit zwischen den Staaten mitzuwirken, die auf Gleichberechtigung, gegenseitiger Achtung und Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten beruht. Mit neuen Schritten in diese Richtung könnte der 40. Jahrestag des großen Sieges über den Hitlerfaschismus und den japanischen Militarismus gebührend gewürdigt werden.

Noch nie zuvor drohte der Menschheit eine so schreckliche Gefahr wie in unseren Tagen. Der einzig vernünftige Ausweg aus der entstandenen Lage ist eine Vereinbarung zwischen den einander gegenüberstehenden Kräften darüber, daß das Wettrüsten – vor allem bei nuklearen Waffen – auf der Erde unverzüglich eingestellt und im Weltraum nicht zugelassen wird. Eine Vereinbarung auf ehrlicher und gleichberechtigter Grundlage, ohne Versuche, die andere Seite „auszutricksen" und ihr die eigenen Bedingungen zu diktieren. Eine Vereinbarung, die allen hilft, dem ersehnten Ziel näher zu kommen, nämlich der vollständigen Vernichtung der Kernwaffen und ihrem Verbot für alle Zeiten, der völligen Beseitigung der Gefahr eines Kernwaffenkrieges …

Morgen beginnen in Genf Verhandlungen zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten von Amerika. Der Standpunkt der UdSSR zu diesen Verhandlungen ist gut bekannt. Ich kann nur von neuem bekräftigen: Wir streben keine einseitigen Vorteile gegenüber den Vereinigten Staaten und den NATO-Ländern an, keine militärische Überlegenheit über diese Länder. Wir wollen die Einstellung, nicht die Fortsetzung des Wettrüstens und schlagen deshalb vor, die Kernwaffenarsenale einzufrieren und die Stationierung von Raketen zu stoppen. Wir wollen eine echte und bedeutende Reduzierung der angehäuften Waffen und nicht die Schaffung immer neuer Waffensysteme, sei es im Weltraum oder auf der Erde. Es wäre zu wünschen, daß unsere Verhandlungspartner in Genf die Haltung der Sowjetunion verstehen und mit Gegenseitigkeit beantworten. Dann würde ein Abkommen möglich werden.

Die KPdSU ist ihrem Wesen nach eine internationalistische Partei. Die uns Gleichgesinnten im Ausland können sicher sein: Im Kampf um Frieden und sozialen Fortschritt wird die Partei Lenins wie stets mit den brüderlichen kommunistischen und Arbeiterparteien sowie den revolutionär-demokratischen Parteien eng zusammenarbeiten und für die Einheit und das aktive Zusammenwirken aller revolutionären Kräfte eintreten.

Genossen, die Lösung der vor uns stehenden schwierigen Aufgaben setzt die weitere Festigung der Partei und die Erhöhung ihrer organisierenden und lenkenden Rolle voraus. Die KPdSU wird auch weiterhin von dem leninschen Gedanken ausgehen, daß eine prinzipienfeste Politik die einzig richtige Politik ist. Diese kollektiv erarbeitete Politik wird konsequent und unbeirrt realisiert. Die Partei ist ja gerade jene Kraft, die fähig ist, die Interessen aller Klassen und sozialen Gruppen, aller Nationen und Völkerschaften des Landes zu berücksichtigen, sie zusammenzuschließen und die Energie des Volkes für das gemeinsame Werk des kommunistischen Aufbaus zu mobilisieren …

Die KPdSU wird mit allen Mitteln die schöpferische Initiative der Jugend entwikckeln, für die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Frauen sorgen und sich um die Bedürfnisse und Wünsche der Kriegs- und Arbeitsveteranen kümmern.

Angesichts der komplizierten internationalen Lage ist es wie nie zuvor wichtig, die Verteidigungsfähigkeit unserer Heimat auf einem Niveau zu halten, das potentielle Aggressoren genau wissen: Ein Anschlag auf die Sicherheit des Sowjetlandes und seiner Verbündeten, auf das friedliche Leben der sowjetischen Menschen wird mit einem vernichtenden Gegenschlag beantwortet. Unsere ruhmreichen Streitkräfte werden auch künftig über alles verfügen, was dazu notwendig ist …

Die Zeit erfordert angespannte, schöpferische Arbeit der Parteiorganisationen auf allen Ebenen. An allen Abschnitten, an jedem Ort müssen die Kommunisten beispielgebend für die Erfüllung der staatsbürgerlichen Pflicht, für die gewissenhafte Arbeit zum Wohle der Gesellschaft sowie für die strikte Einhaltung des leninschen Arbeitsstils sein. Das betrifft in erster Linie die Parteikader sowie die Partei- und Staatsfunktionäre. Die KPdSU wird unerschütterlich die Linie zur Verstärkung der Anforderungen, zur Erhöhung der Verantwortung für die übertragene Aufgabe verfolgen …

… Arbeit gibt es genug. Vor allem gilt es, die Arbeit zur Erfüllung der Pläne der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung dieses Jahres erfolgreich abzuschließen … Der strenge Winter hatte die Realisierung der Planaufgaben in einer Reihe von Zweigen etwas gehemmt. Also heißt es jetzt, kräftig zuzupakcken, die Reserven zu mobilisieren und alle Kräfte einzusetzen, um das Versäumte nachzuholen und bis zum Jahresende die gesteckten Ziele zu erreichen.

Fähig und beliebt – Barbados' Premier

SAD, Miami

Die karibische Region hat einen ihrer fähigsten und einflußreichsten Politiker verloren: Tom Adams, Premierminister von Barbados. Er erlag im Alter von 53 Jahren einem Herzinfarkt. Sein Nachfolger wird der bisherige Vizepremier Bernard St. John.

Tom Adams, der populärste Premier der Karibik, regierte Barbados seit 1976. Unter seiner Führung entwickelte sich die Insel zu einem prosperierenden Staat mit einer vorbildlichen Infrastruktur. Bei den Wahlen im Jahre 1981 konnten Adams und seine Arbeiterpartei ihre absolute Mehrheit erneut sichern.

Der Mann der politischen Mitte reagierte empfindlich auf extremistische Gefahren, zu denen er die marxistischen Gruppierungen zählte. Besorgt verfolgte Adams die Machtübernahme des Marxisten Bishop im März 1979 auf Grenada und den wachsenden Einfluß der Kubaner. Als Bishop Ende 1983 von noch radikaleren Parteirivalen gestürzt und ermordet wurde, gehörte er zu jenen Politikern der Region, die eine Intervention amerikanischer Truppen empfahlen. In letzter Zeit setzte sich der Premier für die Schaffung einer gemeinsamen karibischen Streitmacht ein.

Das Wirtschafts-Chaos läßt Bolivien nach Banzer rufen

WERNER THOMAS, Miami

Die Streitkräfte Boliviens sind in höchste Alarmbereitschaft versetzt worden, um Ausschreitungen während des seit knapp einer Woche andauernden Generalstreiks vorzubeugen. Zuvor hatte der Gewerkschaftsbund (COB) das Angebot der Regierung abgelehnt, den bisherigen Mindestlohn von umgerechnet rund 142 Mark zu verdoppeln.

COB-Sprecher erklärten, nur nach einer radikalen Änderung der Wirtschaftspolitik werde der Generalstreik abgebrochen. Die Gewerkschaften verlangen unter anderem die Verstaatlichung der Banken, der Transportunternehmen sowie der mittleren Bergbaufirmen.

Jeder Streiktag kostet nach amtlichen Angaben rund elf Millionen Dollar. 1984 hatte der COB siebenmal mit Generalstreiks das wirtschaftliche Leben des Landes gelähmt. Die Inflationsrate in Bolivien stieg 1984 auf mehr als 2000 Prozent.

Wegen der schweren Wirtschaftskrise hat sich Präsident Siles Zuazo in Absprache mit den wichtigsten Oppositionsparteien bereit erklärt, seine Amtszeit um ein Jahr zu kürzen und Neuwahlen für den 16. Juni einzuberufen. Als Favorit bei diesen Wahlen gilt Ex-Präsident General Hugo Banzer.

„Banzer vuelve", „Banzer kehrt zurück", verkünden die Aufschriften an den Häuserwänden von La Paz. Der deutschstämmige Banzer, der bereits von 1971 bis 1978 Präsident war, führt die Partei der „Nationalen Demokratischen Aktion" (ADN). Schafft er ein Comeback, verdankt er dies der chaotischen Situation im Lande.

Vergessen sind die Menschenrechtsprobleme der siebziger Jahre. Die Erinnerung an die wirtschaftlich relativ stabilen Verhältnisse überwiegt. Damals bewegten sich die Reallöhne der Arbeiter um monatlich 200 Dollar, heute erreichen sie höchstens 20 Dollar.

Das Ende einer Ära prophezeit

Meinungsumfragen bestätigen Banzers Popularität. Das Gallup-Institut ermittelte Ende 1984 eine Unterstützung von 36 Prozent; weit abgeschlagen folgten der damalige Vizepräsident Jaime Paz Zamora (14 Prozent) und der frühere Präsident Victor Paz Estenssoro (acht Prozent). In der Zwischenzeit muß sich Paz Zamora, 44, gegen Korruptionsvorwürfe verteidigen. Eudoro Galindo, Banzers Vizepräsidentschaftskandidat, sagte in einem Gespräch mit der WELT: „Paz Estenssoro liegt heute an zweiter Stelle."

Galindo, 41, der an den amerikanischen Universitäten Texas und Harvard Wirtschaftswissenschaften studierte, sieht „das Ende einer Ära" in der bolivianischen Politik. „Die Revolution von 1952 ist gescheitert. Diese Politiker-Generation hat keine Chancen mehr."

Die drei prominentesten Vertreter dieser revolutionären Ereignisse vor 33 Jahren, die zum Sturz der Minen- und Land-Aristokratie führte, sind alt und zerstritten. Hernan Siles Zuazo, 71, übernahm im Oktober 1982 zum zweiten Mal die Präsidentschaft. COB-Chef Juan Lechin, 71, der als Kandidat seiner kleinen „Nationalen Revolutionären Linkspartei" (PRIN) in das Rennen um die Siles-Nachfolge eingreifen will, verliert selbst innerhalb der Arbeitnehmerorganisation an Einfluß.

Victor Paz Estenssoro, der erste Präsident nach der Revolution, genießt zwar Achtung und Ansehen. Seine „Nationale Revolutionsbewegung" (MNR) rückte zur Mitte und ist nicht mehr weit von Banzers ADN entfernt. „Aus dem Revolutionär wurde ein Realist", lobte Galindo. Jedoch: Paz Estenssoro vollendet bald sein 78. Lebensjahr.

Die 1979 gegründete ADN vermittelt im Gegensatz zu den meisten Parteien des Landes – es gibt mehr als 70 – den Eindruck der Einheit und Einigkeit. Galindo betonte, daß innerhalb der Bewegung demokratische Verhältnisse herrschen. „Banzer spielt keine Caudillo-Rolle." Der General wollte einen anderen Mann zum Vizepräsidentschaftskandidaten küren lassen, die Delegierten wählten jedoch Galindo. Galindo: „Die Mehrheit der Provinzfunktionäre sind noch keine 35 Jahre alt und hatten nichts mit Banzers früherer Regierung zu tun."

Durch Putsch an die Macht und gestürzt

Galindo befürchtet eine „Diffamierungskampagne". Banzer war damals durch einen Putsch an die Macht gekommen und auch durch einen Putsch entmachtet worden. Politische Gegner wurden in jenen Jahren oft verfolgt. Selbst die Konrad-Adenauer-Stiftung geht auf Distanz zur ADN. Galindo mußte diese Erfahrung machen, als er deren Zentrale in St. Augustin bei Bonn besuchte und keine gastfreundliche Atmosphäre fand. „Dabei orientiert sich unsere Partei an den westeuropäischen Christdemokraten." Ihr Programm sei auf Austerität, Inflationskontrolle und Förderung des Privatsektors ausgerichtet. So schnell wie möglich müsse mit dem Internationalen Währungsfonds ein Stabilisierungsabkommen geschlossen werden, damit Bolivien wieder Kredite erhalte.

Die Frage ist, ob tatsächlich Wahlen stattfinden. Galindo will nicht die Möglichkeit ausschließen, daß linke Extremisten noch mehr Chaos schaffen und die Streitkräfte dann putschen. Auch Horst Grebe Lopez, einer der prominentesten Vertreter der nach Moskau orientierten Kommunistischen Partei, der bis Dezember letzten Jahres Bergbau- und Arbeitsminister der Siles-Regierung war, sagte der WELT: „Die radikalen Kräfte der Linken werden sicher versuchen, Banzers Wahl zu verhindern."

General Banzer und seine Umgebung leben gefährlich. „Wir wissen, daß gegen Banzer Attentatspläne existieren", sagte Galindo. Gegen Galindo wahrscheinlich auch. Dennoch gibt er sich optimistisch: „Wir werden uns nicht einschüchtern lassen. Wir werden gewinnen. Die meisten Bolivianer stehen hinter uns." (SAD)

Nachfolgerin für Burt im Gespräch

wth. Washington

Rozanne Ridgway, gegenwärtig amerikanische Botschafterin in der „DDR", wird mit hoher Wahrscheinlichkeit künftig die wichtige Westeuropa-Abteilung im State Department leiten. Die Position wird frei, wenn Richard Burt als Botschafter nach Bonn geht.

Die 49jährige Diplomatin genießt im State Department hohes Ansehen. Besonders Außenminister George Shultz hat sich für ihre Beförderung eingesetzt. Rozanne Ridgway arbeitet seit 1957 im diplomatischen Dienst, war während der Carter-Administration von 1977 bis 1980 Botschafterin in Finnland, von 1981 bis 1982 Botschafterin mit Sonderaufgaben im State Department und machte sich in dieser Zeit bei überaus schwierigen Verhandlungen mit der CSSR einen Namen. Sie gilt als eine sehr erfahrene, pragmatische und zugleich sehr entschlossene Diplomatin, die besonders eng mit den Problemen des geteilten Deutschland vertraut ist.

Ihre zu erwartende Ernennung ist in konservativen Kreisen der Reagan-Administration auf Widerstand gestoßen. Ihre Kritiker weisen vor allem auf ihre Rolle als Beraterin im State Department während der Carter-Administration hin.

Gute Reise, Herr Processor!

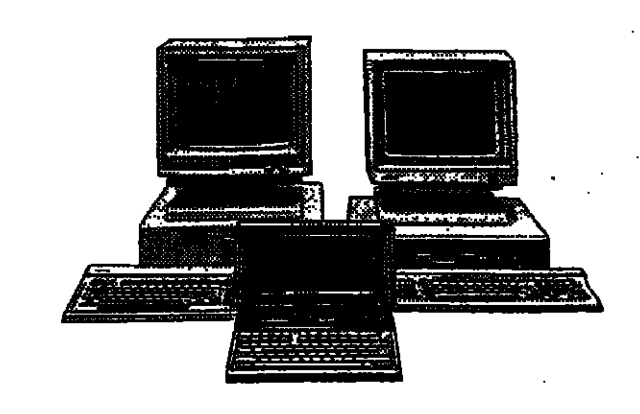
Besuchen Sie uns: Halle 18, EG, Stand 201–301
Hannover Messe
17. 4. – 24. 4. 1985

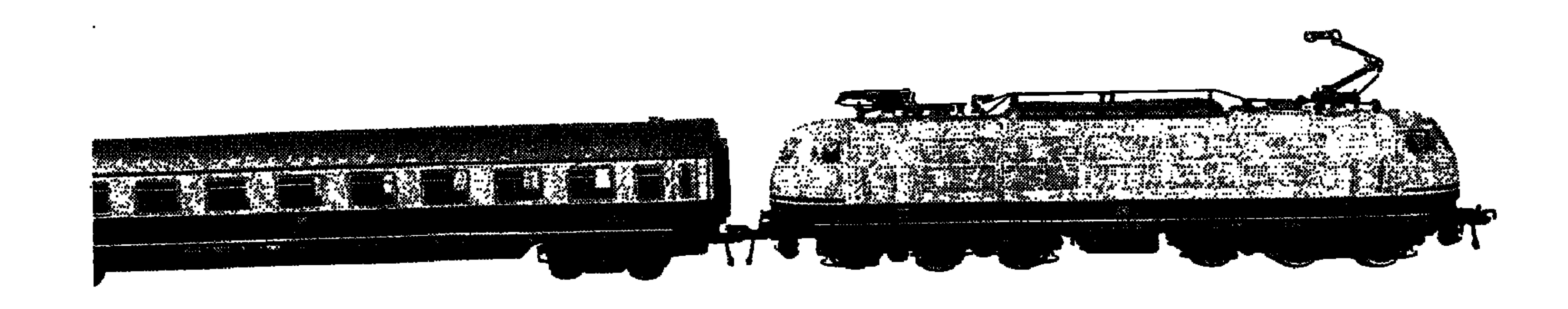
Der Toshiba T 1100 ist von geradezu sprichwörtlicher Reiselust, betriebsfertig wiegt er nicht mehr als 4,1 kg und er kommt mehr als acht Stunden ohne Steckdose aus.

Obwohl er ein Personal-Computer im Aktenkofferformat ist, läßt sein Leistungsangebot nichts zu wünschen übrig: Mit dem 16-Bit Processor und dem 256 KB-Arbeitsspeicher wird der T 1100 allen professionellen Ansprüchen gerecht. Sein stufenlos verstellbarer Flüssigkristall-Bildschirm mit 80 Zeichen und 25 Zeilen ermöglicht auch die Darstellung von anspruchsvollen Grafiken.

Wahlweise gibt es für den T 1100 einen grünen und einen farbigen Bildschirm sowie eine Speichererweiterung auf 512 KB und ein zweites Diskettenlaufwerk (3,5" oder 5,24"). Trotz seiner geringen Größe ist der T 1100 vollständig kompatibel zum IBM-PC und kann somit auf das gesamte Software-Angebot des Weltmarktes zurückgreifen.

Wenn Sie mehr über diesen reisefreudigen Personal-Computer im Aktenkofferformat wissen wollen, dann wenden Sie sich doch einfach an:
Toshiba Europa (I.E.) GmbH, IPS-Division,
Hammer Landstraße 115, 4040 Neuss 1,
Telefon 0 21 01/15 80





TOSHIBA
IHR ANSCHLUSS AN DIE ZUKUNFT.

SKI ALPIN

Der leise Rücktritt von Klammer

OLAF BROCKMANN, Wien

Lange Zeit hat er den Rücktritt immer wieder hinausgeschoben. Jetzt ist es aber beschlossene Sache. Still und heimlich beendete der österreichische Skikönig Franz Klammer seine einmalige Karriere. Nach der verpatzten Abfahrt von Aspen (Colorado) tauchte Klammer bei einem Freund in Telluride unter und ging zum freien Skifahren. Wenn seine Kollegen an diesem Wochenende die letzte Weltcup-Abfahrt in Kanada bestreiten, präsentiert Klammer in Las Vegas seine neue Modekollektion. Das eine Kapitel im Leben des großen Sportlers ist beendet, das neue ist damit bereits aufgeblättert.

Mit spektakulären Erfolgen hatte Klammer zuletzt gehofft, noch einmal in den Mittelpunkt der Skiwelt zu fahren. Doch diese Träume wurden zur Illusion. Noch einmal schien der Olympiasieger von 1976 im Vorjahr nach einem vierten Triumph von Kitzbühel eine Medaillenchance zu haben. Doch unter dem Strich stand eine olympische Enttäuschung: Rang zehn – für den Rücktritt eines Kaisers unwürdig. Deshalb hängte Franz Klammer noch einmal eine Saison an. Die WM-Strecke von Bormio schien ihm zu liegen. Doch neun Jahre nach den Spielen verpaßte er eine große Möglichkeit, nochmals Skigeschichte zu schreiben. Es wäre ein Abgang mit Pauken und Trompeten gewesen. Doch er wurde nur Fünfter.

Am liebsten hätte er sich selbst geohrfeigt und wiederholte diese Selbstanklage tagelang. Denn er wußte, welche lukrative und für die Karriere als Erzeuger von Exklusiv-Skiern wichtige Sensation er verpaßt hatte – übrigens elf Jahre nach seinem ersten WM-Silber (1974 in St. Moritz) und zwölf Jahre nach dem ersten Weltcup-Triumph in Schladming, in jenem denkwürdigen Rennen, in dem Klammer zu einer ungeahnten Popularität gerast war. Eine Popularität, die es im Abfahrtsskisport nie wieder gegeben hat und die auch kaum wiederholbar scheint.

Einmal gewann er elf Rennen hintereinander, vier Winter hindurch den Abfahrts-Weltcup, dreimal hintereinander in Kitzbühel – und schließlich hielt er auch den hohen Erwartungen der eigenen Nation in Innsbruck bei den Spielen 1976 stand, als er Gold gewann.

MODERNER FÜNFKAMPF / Problematik des Achim Bellmann: Als Fechter oder als Fünfkämpfer zur Weltmeisterschaft?

Bundestrainer fürchten: Am Ende sitzt er zwischen den Stühlen

JÖRG STRATMANN, Bonn

Beide Bundestrainer sind skeptisch. „Man kann nicht beides abkassieren", sagt Fechtmeister Emil Beck, und ähnlich denkt sein Kollege Rudi Trost, Trainer der deutschen modernen Fünfkämpfer: „Ich halte eine Kombination für unmöglich. Ich hoffe, der Junge setzt sich nicht zwischen alle Stühle." Der Junge selbst bleibt gelassen: Achim Bellmann aus Leverkusen, seit Jahren erfolgreicher Fünfkämpfer und seit Januar auch Ranglisten-Erster bei den Degen-Spezialisten des Deutschen Fechterbundes, tanzt in dieser Saison auf zwei Hochzeiten. Sein Ziel: Teilnahme an mindestens einer der beiden diesjährigen Weltmeisterschaften der Fechter und der modernen Fünfkämpfer.

Am kommenden Wochenende wird die Problematik des 27jährigen Achim Bellmann zum ersten Mal deutlich: Beim Berliner Degen-Turnier „Weißer Bär" kämpfen die Fechter um Ranglistenpunkte, anderseits findet zum gleichen Termin in Warendorf die erste Ausscheidung des Fünfkampf-Verbandes statt. Bellmann hat sich diesmal für die Fünfkämpfer entschieden: Er fährt nach Warendorf. Doch das war keine Entscheidung für die gesamte Saison. Denn der Leverkusener sieht keinen Grund, ihn im Fechterlager abzuschreiben: „Ich bin mir sicher, nach der Fecht-Saison Ranglisten-Zweiter oder Dritter zu sein."

Ernsthafte Überlegungen oder naives Wunschdenken? Eines ist jedenfalls sicher: Bleibt Bellmann bei seiner Zielsetzung, wird er ohne ordentlich geführten Terminkalender nicht auskommen. Degen-Weltcup-Turniere am 30. März, 13. April und 25. Mai, dazwischen ein Sieben-Länder-Kampf bei den Fechtern – Deutschland-Pokal vom 1. bis 5. Mai, Honved-Cup vom 10. bis 16. Mai bei den Fünfkämpfern. Dazwischen Lehrgänge und das übliche Training.

Viele Fecht-Experten halten es für durchaus möglich, daß sich Achim Bellmann für die Fecht-Nationalmannschaft qualifizieren kann. Den Etablierten ist er längst bekannt, denn seit Jahren hatte der Außenseiter oftmals mit Vorliebe den Hecht im Karpfenteich bei den deutschen Fecht-Meisterschaften gespielt. Bislang nur dort, doch in dieser Saison jagt Bellmann weiter in fremden Revieren – und sammelt Punkt um Punkt für die Rangliste des Deutschen Fechterbundes. Seine Vorbilder sind Ungarns Degen-Spezialisten, unter denen viele eine Fünfkämpfer-Vergangenheit haben. Zoltan Szekely, Degen-Weltmeister von 1981, ist nur ein Beispiel. Die Cleverness dieser Sportler, das „Topfit-sein in Psyche und Physis", trainiert in hundertfachen im Fechten des Modernen Fünfkampfes üblichen Kämpfen auf einen Treffer, die Erfolge – das strebt Bellmann an. So sei er den Fechtern gegenüber vor allem taktisch im Vorteil, sagt er. Auch Emil Beck habe dies erkannt.

Es gibt noch eine Begründung für seine Erfolge: „Die Qualität meines Fecht-Trainings ist jetzt höher", bemerkt der Sportstudent, der seit dem Herbst in Köln studiert und im Fecht-Leistungszentrum in Bonn die Trainingsbedingungen vorfindet, die er benötigt. Dafür tritt er nach der Olympia-Saison als Fünfkämpfer, wie angekündigt, etwas kürzer. Verglichen mit 1984, so sagt er, betrage sein Trainingsaufwand momentan nur 60 Prozent. Aber kann er damit in beiden Lagern bestehen?

Fünfkämpfer-Trainer Rudi Trost, der sich als Aktiver in Österreich selbst gern unter die Fechter mischte und daher Bellmanns Ambitionen gut verstehen kann, hat seine begründeten Zweifel: „Achims schwache Disziplin war immer schon das Schwimmen. Er müßte hier mehr trainieren, um bei uns mithalten zu können." Als größtes Hindernis sieht Trost die Team-Auswahlkriterien für die Weltmeisterschaft im August in Australien. In vier Wettkämpfen werden die fünf Teilnehmer gesiebt, die zusätzliche zentrale Lehrgänge besuchen müssen. Der Bundestrainer: „Bellmann muß von Beginn an dabeisein, sonst fällt er durch den Rost." Doch das würde Trost bedauern: „Ein interessanter Mann für die Nationalmannschaft – wenn er in Schuß ist. Ich schätze den Jungen sehr."

Derlei persönliche Beziehungen hat Emil Beck bislang nicht aufbauen können – nicht aufbauen wollen. Beck, der Bundes- und Vereinstrainer in Personalunion, war es seit Jahren gewohnt: Wer als Degen-Fechter zur WM fuhr, war Tauberbischofsheimer. Oder – kaum ein Unterschied – er war Klub-Mitglied und regelmäßiger Trainingspartner geworden, nachdem in kleineren Vereinen sein Talent bewiesen hatte. So blickt Ranglistenführer Bellmann auf eine Verfolgerschar von sieben Fechtern aus dem Frankenland.

Beck zeigt sich allerdings als Profi: „Für mich zählt nur der Erfolg – ich lebe davon", sagt er, „Ist Bellmann nach dem letzten Qualifikations-Turnier unter den ersten fünf der Rangliste, werde ich ihn für die WM im Juli in Barcelona vorschlagen." Aber auch bei den Fechtern gilt: „Ohne Teilnahme an den Lehrgängen geht nichts."

Ob er bei den Fechtern akzeptiert werde, sei allein eine Frage der Leistung, glaubt Bellmann und fügt hinzu: „Ich will kein Ärgernis sein, denn ich fechte gerne. Ich fühle mich als Fechter." Am Wochenende wird er unter Fünfkämpfern sein, und Rudi Trost wird seine Befürchtung wiederholen: Er könnte sich zwischen allen Stühlen wiederfinden.

GALOPP-KOLUMNE / Vicky Furler auf der Suche nach neuen Pferden

Champion-Trainer Heinz Jentzsch wird 65

Heute wird Heinz Jentzsch 65 Jahre alt. 24mal war er Champion der deutschen Trainer, bis zum Ende der letzten Saison hatte er 2593 Rennen gewonnen, allein fünfmal das Deutsche Derby, noch 1984 war er dort mit Lagunas und Apollonios Erster und Zweiter.

Obwohl er jetzt das Rentenalter erreicht hat, geht Jentzsch nicht in Pension. Nach wie vor ist er die dominierende Tainerpersönlichkeit des deutschen Turfs. Ehrungen und Empfänge meidet er allerdings weiterhin. In Iffezheim hat Jentzsch vor einigen Jahren in Rennbahnnähe ein komfortables Haus gebaut. Die Hoffnung seiner Ehefrau Margarethe, daß dort der Ruhestand genossen werden könnte, kommentiert er trocken: „Da ziehe ich nie rein!" Was er sagt, meint er auch so.

*

Zu den wenigen hoffnungsvollen jungen Trainern des deutschen Turfs zählte im Vorjahr Marco Kessler, der nach einem Abstecher im niederländischen Schaesberg auf der Stadtwaldbahn in Krefeld trainierte. Als Besitzerstamm dienten ihm die Pferde des Eifelgestüts Pfauenhof, das seinem Vater Egon gehört. Im Sattel der Kessler-Pferde saß, wenn irgend möglich, Vicky Furler (21), die Tochter des ARD-Sportschau-Moderators Adolf Furler. Vicky wurde erstmals Amazonen-Championesse. Jetzt hat sich das Paar getrennt. Bei den Rennen am letzten Sonntag saßen schon andere Reiter auf den Kessler-Pferden.

*

Mit flotten Sprüchen führte sich die Düsseldorfer Werbeagentur TEAM bei den Verantwortlichen des deutschen Galopprennsports ein. TEAM-Mitarbeiter Jürgen Schau war plötzlich die Geheimwaffe für die positive Zukunft des momentan sorgenbehafteten Sports. Schau machte eine flotte Show, jetzt warten die Rennvereine sogar schon wochenlang auf das angekündigte, neue, einheitliche Plakat für ihre Veranstaltungen. Köln und Bremen haben schon auf die Restbestände des alten Plakats mit Luciano als Symbol zurückgegriffen.

Gescheitert ist schon im Vorfeld der Versuch der Firma Advantage-International, mit dem Galopprennsport zusammenzuarbeiten. Deutschland-Manager Klaus Wawer war den Herren im Endeffekt doch nicht vertrauenswürdig genug, obwohl er am 15. Januar 1985 auf einer Pressekonferenz im Kölner Direktorium mutig erklärte: „Wir sind in der Lage, dem Galoppsport neue finanzielle Möglichkeiten zu geben." Die Galopper-Oberen sollten sich ohnehin darüber im klaren sein, daß eine Sanierung des Sports nicht so einfach mit einem neuen Plakat zu bewerkstelligen ist.

*

Das erste Rennen der neuen Saison mit höherem Qualitätsanspruch wird am Sonntag auf der Neusser Rennbahn gestartet: Im Orsini-Rennen sind in den letzten Jahren oftmals gute Dreijährige gelaufen. Die nach Zweijährigen-Form besten Pferde hat kein anderer als Heinz Jentzsch im Stall: Lirung, Aguarico, Acatenango, Bismarck und Lontano gehören derzeit noch zum Kreis seiner Derbypferde.

KLAUS GÖNTZSCHE

STAND ● PUNKT / *Zwerge*

Ausgerechnet die Langlauf-Zwerge mit Kanada an der Spitze wollen bei den traditionellen Holmenkollen-Skirennen in Oslo in den nächsten Tagen den Aufstand proben. Noch bei den schwedischen Skispielen in Falun riefen sie zum Boykott auf, wenn der heftig diskutierte Siitonen-Schritt, aber auch der Schlittschuhschritt auf Teilen der Langlauf-Loipen bei den Rennen am Holmenkollen nicht verboten wird. Pierre Harvey (Kanada), bislang 17. im Langlauf-Weltcup, ist der Initiator. Seinen Boykott-Aufruf sollen, so die norwegische Zeitung „Verdens Gang", auch die USA, Frankreich, die Schweiz, Italien, die „DDR", die CSSR, Österreich und auch der Deutsche Ski-Verband (DSV) unterstützen.

Pikanterweise sind aber gar keine Speziallangläufer des DSV am Holmenkommen am Start. Die Veranstalter des Holmenkollen-Skifestivals, seit über 100 Jahren genauso hoch bewertet wie Olympische Spiele und Weltmeisterschaften, sehen der Sache gelassen entgegen. Die Skandinavier haben sich aus der Diskussion herausgehalten. Sie sind auch ohne Schlittschuhschritte auf den Loipen schnell. Der Schwede Gunde Svan hat den Langlauf-Weltcup bereits sicher in der Tasche.

Der Schwarze Peter, wie es mit dem umstrittenen Schritt weitergehen soll, liegt einzig und allein beim Internationalen Skiverband (FIS). Scheinbar aus dem Nichts rollte die Siitonen-Welle über die Langlauf-Loipen, ohne daß Entscheidendes dagegen unternommen wurde. Als in Lahti die Italiener trotz Verbots durch die Spuren skateten, lachten sie die Funktionäre aus, als man ihnen die Rote Karte zeigte.

Warum ist die FIS so machtlos gegen den von allen angewandten Siitonen-Schritt? Ganz einfach. Das Grundgesetz des Sports hat alle Einwände hinweggefegt. Nach diesem Gesetz ist der Sieger, der die Strecke von A nach B am schnellsten zurücklegt. Spätestens bei der WM in Seefeld hatte man den ästhetischen Langlaufstil, das federleichte Dahingleiten durch die Spuren, beerdigt. Damit müssen sich alle abfinden.

WERNER JUNGE

NACHRICHTEN

Fußball: Heute Bundesliga

Düsseldorf (sid) – In einer Nachholbegegnung vom 19. Spieltag der Fußball-Bundesliga spielt der 1. FC Köln heute um 19.00 Uhr bei Arminia Bielefeld.

Italien öffnet Grenzen

Mailand (sid) – Der italienische Fußball-Verband plant, die Grenzen für ausländische Fußball-Profis ein Jahr früher als vorgesehen schon zur kommenden Saison 1985/86 wieder zu öffnen. Außerdem sollen pro Klub drei statt bisher zwei Ausländer genehmigt werden.

Englands Hoffnung

London (dpa) – Der englische Fußball-Verband, der sich neben dem Deutschen Fußball-Bund um die Ausrichtung der Europameisterschafts-Endrunde 1988 bewirbt, ist überzeugt, vom Exekutivkomitee des Europäischen Fußball-Verbandes (UEFA) am Freitag den Zuschlag zu erhalten.

Pause für Littbarski

Frankfurt (sid) – Nationalspieler Pierre Littbarski vom 1. FC Köln wurde vom Sportgericht des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) für vier Pflichtspiele gesperrt. Wegen einer Tätlichkeit war er am 2. März in Uerdingen vom Platz gestellt worden. Die Sperre dauert bis zum 30. März.

Andric nach Berlin

Berlin (dpa) – Der Jugoslawe Marinko Andric trainiert ab sofort die Reinickendorfer Füchse. Die Berliner sind in der Handball-Bundesliga vom Abstieg bedroht.

ZAHLEN

FUSSBALL

Weltmeisterschafts-Qualifikation. Mittelamerika-Gruppe, 2. Runde, Gruppe 1: El Salvador – Honduras 1:2.

TENNIS

Internationales Damen-Turnier in Dallas (US-Bundesstaat Texas), erste Runde: Schropp (Deutschland) – Maleeva (Bulgarien) 6:4, 6:4; Kohde (Deutschland) – Casale (USA) 7:6, 6:3; Bunge (Deutschland) – Benjamin (USA) 6:4, 6:4; Hanika (Deutschland) – Potter (USA) 7:6, 6:2.

GEWINNQUOTEN

Lotto: Klasse 1: 1 232 272,20 Mark, 2: 114 099,20, 3: 8401,80, 4: 141,10, 5: 10,30. – **Toto, Elferwette:** Klasse 1: 144 165,00 Mark, 2: 5944,90, 3: 337,80. – **6 aus 45:** Klasse 1: unbesetzt, Jackpot 662 868,85 Mark, 2: 37 670,90, 3: 2092,80, 4: 47,30, 5: 4,70. – **Rennquintett, Rennen A:** Klasse 1: 1888,20 Mark, 2: 71,30, **Rennen B:** Klasse 1: 876,60 Mark, 2: 196,30. (Ohne Gewähr)

GESCHÄFTSVERBINDUNGEN

Wir suchen GENERAL-VERTRETER:

1 – ROTABLE – INNOVATION FÜR COMPUTERS

Schwedische Erfindung – erste Terminal-Tisch der Welt der Computers mit eingebauten, verstellbaren „key-board" (völlig drehbar 360°) – wird jetzt in der Bundesrepublik introduziert.

Wir suchen in erster Linie einen General-Vertreter der gut in der Bransche etabliert ist. Das wichtigste ist jedoch die Kapazität eine effektive Verkaufsorganisation in der ganzen BRD aufbauen zu können.

ROTABLE ist ein sehr hochwertiges Produkt und bietet guten Gewinn-Möglichkeiten an.

2 – „STAR BASE" – FERNSEHER/VIDEO-STÄNDER EINZIGARTIGE KONSTRUKTION

Wir sind auch Hersteller eines intressanten Programmes kombinierten Fernseher/Video-Möbeln höchster Qualität. Die Konstruktion – „knock-down-System" in eleganter Verpackung – ist *weltweit patentiert.*

Auch für STAR BASE suchen wir einen General-Vertreter den gut etabliert ist, bzw. schnell und effektiv eine Verkaufsorganisation in der BRD aufbauen kann.

STAR BASE ist mit grossem Erfolg in Kanada und in den Vereinigten Staaten introduziert worden. Auch STAR BASE ist eine exklusive Agentur mit guten Gewinn-Möglichkeiten.

Diplomingenieur Sven Backman – verantwortlich für den Export – befindet sich von Montag den 11. bis Freitag den 15. März im Hotel FRANKFURTER HOF, Frankfurt a.M. Telefon (069) 202 51. Ernste Intressenten werden hiermit gebeten mit Herrn Backman eine Termin zu vereinbaren.

AXHAMRE INTERNATIONAL AB, Veddige, Schweden.
Tel.Nr. + 46 340 306 30. Telex Nr. 3469.

Eilt! **Achtung, Leuchtenvertreter!** Eilt!

Vertretergebiet PLZ 2 **wegen Unglücksfall sofort neu zu besetzen.** Guter Kundenstamm, der seit Jahrzehnten regelmäßig ordert, vorhanden. Am besten als Ergänzungsprogramm für

HANDELSVERTRETER

von Spezialleuchten geeignet. Sehr gute Verdienstmöglichkeiten. Bitte geben Sie uns an, welche Leuchtentypen Sie z. Z. anbieten. Wir möchten Sie schon zur Hannover-Messe auf unserem Stand haben! Nehmen Sie bitte unverzüglich Kontakt mit uns auf unter E 14163 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Besuchen Sie Geschenkartikel-Fachgeschäfte?

Wir sind der führende Hersteller in der BRD von hochwertigen Geschenkartikeln aus edlen Natursteinen. Für das Postleitgebiet 2 suchen wir einen aktiven

HANDELSVERTRETER

der gute Geschenkartikel-Fachgeschäfte regelmäßig besucht. Sie können z. B. Ihre Vertretung von Glas, Porzellan, Keramik usw. mit unserem Programm sinnvoll ergänzen und einen beachtlichen Zusatzgewinn erzielen.

Nehmen Sie bitte telefonisch oder schriftlich Kontakt mit unserem Berater auf, der Sperrvermerke gewissenhaft beachtet:

MACH Marketing Consultants H. J. Hoos GmbH & Co. KG
Postfach 12 27, 6113 Babenhausen, Tel. 0 60 73 / 31 69

Deutsche Unternehmensgruppe in USA bietet:
- Firmen-Domizil mit vollem Büroservice
- Firmengründungen (Corporations, Limited Partnerships)
- Agentur, Vertrieb, Repräsentanz
- Beratung und/oder landeskundige Begleitung
- Seriöse und aktive Interessenvertretung

OFFOTEL CORPORATION, 1250 W. PANORAMA, TUCSON, AZ. 85 704, TEL. (602) 7 42 / 40 97, INTERNAT. TELEX 910 350 0557

Wir bieten freien Handelsvertretern Alleinvertretung auf Provisionsbasis für den Vertrieb von Kunststoff-Industrieböden in verschiedenen PLZ-Bereichen an.

HANSADUR

Kunststoff-Beschichtungs-Systeme Industrieböden GMBH
Maifeldstraße 6 · 2805 Stuhr 1 · 0 42 06-15 11

Garantieanmietung

Seit Jahren betreuen wir erfolgreich mehr als 4000 Immobilienobjekte. Als finanzkraftiges und leistungsorientiertes Unternehmen sind wir für Sie und Ihre Kunden der richtige Partner für die Objektbetreuung (gewerbliche Anmietung mit Mietgarantie, Miet- oder Poolverwaltung). Sprechen Sie uns an!

IMA IMMOBILIEN MANAGEMENT GMBH
Adenauerallee 48 · 5300 Bonn 1
Tel. 02 28 2 69 04 51

Ihr Export-Partner

Wollen Sie in neue Märkte? Wollen Sie die Margen und die Effizienz Ihres Exportes steigern?

Dann setzen Sie sich mit uns in Verbindung!

CDV GmbH
Höllsteinstr. 28c, 6380 Bad Homburg
(Tel. 0 61 72 / 2 17 37, 0 61 72 / 2 09 87)

Freie Handelsvertreter

gesucht zum Vertrieb von Systembaustoffen im PLZ-Bereich gesamt 4 und 5.

Unser Vorteil: Einfamilienhaus Rohbauzeit 14 Tage. Hohe Kostenersparnis auch für Selbstbauer. Werbemaßnahmen durch uns. Ein Produkt setzt sich durch.

Bewerbungen schriftlich o. telefonisch an das Vertriebsbüro.
Geringer Kapitaleinsatz erwünscht.
Systembaustoffvertrieb Büchte
Abteistr. 19, Moers 1
Vertriebsbüro Fieselstr. 17, 4130 Moers 1
Tel. 0 28 41 / 2 14 16 / 2 95 00 / 2 18 40

Vertriebsgruppen gesucht
für Erwerbermodelle Berlin – Altbau

Sehr gute Bausubstanz. Vollfinanzierung, professionelle Abwicklung.

Zuschriften erbeten unter *ZC 2063* an Hans Kegeler Werbung, Bundesallee 35, 1000 Berlin 31

Manager auf Zeit

Betriebswirt und Maschinenbau-Ingenieur übernimmt
- Organisationsaufbau mit Umsatzgarantie
- Sanierungen
- Sonderaufgaben

25jähr. Berufserfahr. i. Stahl-, Maschinen- u. Apparatebau sowie Montagen.
Johann-W. Becker
Lenbachstraße 41, 4300 Essen 1
Telefon 02 01 / 70 67 24 oder 02 34 / 43 23 58 (Becker-van-Dam)

Groß- u. Einzelhandel in Düsseldorf

Kundenkreis industrielle Endverbraucher, Kfz-Werkstätten und Tankstellen, sucht, da nicht ausgelastet (Lkw und genügend Lagerraum vorhanden), Werksvertrag für Lager und Auslieferung.

Zuschr. u. H 14166 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Reizt Sie Pionierarbeit?

Dt. größtes Institut für Zelltherapie ist Hersteller eines neuen Kosmetik-Produktes. Wir bieten – im Außendienst erfahrenen Verkäuferpersönlichkeiten – selbständige Mitarbeit als

Teamleiter

mit Aufstiegsmöglichkeiten.

Ihre Kurzbewerbung richten Sie bitte an Karolius Pers.-Ber., Finkenweg 35, 8011 Oberpframmern, T. 02252 / 55 68 o. 089 / 4 60 26 72.

Mod. eingerichteter Lackierbetrieb

hat noch Kapazitäten frei. Auf Wunsch holen wir ab und bringen die Ware.

KREUTER
Bellersdorfer Str. 15
D-6334 Asslar/Ortsteil Bermoll
Ruf: 0 64 46 / 4 76 od. 25 66

An Export-Firmen:

Bald kommen Ihre Klienten an.

(Messebesuche)

Zusätzliche Geschäfte sind machbar. Unsere aktuelle Inventurliste hilfe. Ca. 10 000 Paletten v. 40 diversen Warenarten. Besichtigung/Verhandlung/Verschiffung:

sofort

Teilweise 90 % unter VK-Preis. Wir machen solche Transaktionen über 30 Jahre. Fordern Sie bitte unsere Liste an.
Impala & Co. KG, Elbchaussee 268, 2000 Hamburg 52, Tlx. 211 234 impin, Tel. 0 40 / 82 84 45 - 46, Lager: 0 40 / 7 32 20 01 / 02.

Suche Handelsvertretung/ Industrievertretung

verkaufsorientiert. Geschäftsführer (Kaufmann) mit fundierten techn. Kenntn., erfahren im Verkauf von Ausrüstungsteilen im chem. Apparatebau u. der Wehrtechnik mit entsprechenden Verbindungen.

Zuschr. erbeten unter F 14164 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Druckereien/Verlage

Erhebliche Kostensenkung durch enorm preiswerte Herstellung erstklassiger 4-Farb-Lithos (mit Andruck) auf modernen Scannern. Fordern Sie unser Preisangebot an!
Litho-Service H. Schell
Beckergrube 18, 24 Lübeck, 04 51 / 7 48 91

In HH, Lübeck u. Kiel
suche ich noch
Ausstellungsraum
in exkl. Geschäften f. alten dekorativen Deckenventilator im Kolonialstil (montiert auf Vorführgestell).
Tel. 0 48 21 / 8 60 49 Ø

Sonderposten

Waren aller Art in nennenswerten Mengen laufend gesucht.

Offerten an Fa. Impala, Elbchaussee 268, 2 Hmb. 52, Tel. 0 40 / 82 84 45, Tx. 211 234 impin.

Handelsvertreter

Autozubehör, bestens im S.-B.-Bereich eingeführt, sucht noch Vertretungen für die Postleitzahlgebiete 2, 3, 4 und 5. Regelmäßige Betreuung dieser Gebiete ist gewährleistet.
Ang. unt. R 14 172 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

EINGEFÜHRTE TEXTILFIRMA

in Neuss, ca. 250 m von Düsseldorf entfernt, in repräsentativem Firmenkomplex, 1 Million Jahresumsatz, Miete DM 2600,– mit langjährigem Vertrag, problemlos ohne Angestellte zu führen, konkurrenzlose Ware durch deutschen Lieferanten, sehr hoher Gewinn. Ablöse DM 175 000,– + Ware, Warenübernahme kann durch Verkäufer teilfinanziert werden. Verkauf direkt vom Verkäufer. Kapitalnachweis erforderlich.

Ang. unt. P 14 171 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

60% Zuschuß!

Ladies Consult. Rita Regel, Existenzgründungsberatung für Frauen
8 München 40, Leopoldstr. 204, Tel. 0 89 / 36 50 65

Ihre Adresse in der Schweiz

mit Telefon, Telex und Postanschrift.

J. Richter, P.O. Box 50, CH–6825 Capolago

Interbox S.A. Lugano

Paletten und Kunststoffbehälter, sucht Vertreter mit Lager für Verkauf und Verteilung ihrer Produkte in der Bundesrepublik Deutschland. Interessante Provision bei großzügiger Promotionsunterstützung.
Angebote unter L 14 102 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Telex-Nr. 857634, Tel. 0201/480224 **DM 4,70!**

je Kunde kostet Sie der Außendienst, der Ihre 1000 Kunden 4 mal p.a. besucht und so mehr Umsatz bringt. Fragen Sie an bei CADICS, Niederwenigerstr. 49 - 43 ESSEN 15

Welcher gutsituierte Geschäftsmann überläßt mir seinen

gebr. Pkw

evtl. Verlustzuweisung mögl., bin in einer Notlage, bitte helfen Sie.
Zuschr. erb. unt. G 14165 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

PORTUGIESISCH

Staatl. geprüfter Übersetzer hat Kapazität frei.
Tel. D-(05 81) 7 88 07

Norddtsch. Handelsvertretung

aus dem Sport- u. Freizeitartikelbereich mit best. Verbindungen z. Sportartikel- u. Textileinzelhandel sowie Kaufhäusern sucht zur Ergänz. sein. Angebotspalette u. zur Auslast. seiner Kapazität weit. interessante Produkte, auch ausländ. Vertriebsorg. u. Auslieferungslager vorhanden.
Zuschr unt. L 14 258 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Trägerin eines alten und bekannten

„Adelsnamens"

unabhängig, sucht interessanten Aufgabenbereich.
Ang. unt. N 14 170 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Machen Sie sich selbständig

mit eingeführter, lukrativer Importfirma. Einarbeitung und guter Auftragsbestand wird bei Übernahme garantiert. Voraussetzung: Flexibilität und Eigenkapital.
Zuschriften unter F 14 120 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Professor

gibt Ihrer Werbung das wissenschaftliche „Know-how", erstellt günstige technische und betriebstechnische Gutachten und stellt seine Person dem Firmenmantel zur Verfügung.

Tel. D-0 64 85 / 12 77 ab 16.00 Uhr

Beispiel: Niger: In der Provinz Dosso entstehen 200 neue Brunnen. Dorfbewohner graben sie selbst. Dazu wird einfaches Gerät und Baumaterial benötigt. *Eine Schaufel kostet DM 20,–.*

Brot für die Welt
Postscheck Köln 500 500-500

Aktiver Verkäufer

für ideales, transparentes Lagersystem, geeignet für viele Branchen (lose Artikellagerung, Bereich Lager und Verkauf). Bei inter. Beteiligung gesucht.

Tel. 0 23 71 / 2 39 19

Auslieferungslager mit Gleisanschluß in Berlin hat Kapazitäten frei. Ang. unt. Z 13 740 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

★ ★ ★ Sofort – gegen bar ★ ★ ★
FORDERUNGSANKAUF
(tituliert – mindestens 50 Stück)
Inkassobüro Dr. Stapf, 5300 Bonn
Adenauerallee 48, Tel. 02 28 / 2 59 04 75

Firmengründungen

weltweit – Steuerdomizile.
J. Richter, P.O. Box 50, CH-6825 Capolago

IMMOBILIEN/KAPITALIEN

Das neue Buch von **Paul C. Martin** ist da!
Nach der Prognose nun die Konsequenz:

Sachwert schlägt Geldwert

(360 Seiten, Leinen, DM 36,–)

Wie Sie Ihr Vermögen vor dem unausweichlich kommenden Crash retten können. Ein Buch, das den Politikern Kopfschmerzen bereitet!

Jetzt in allen Buchhandlungen oder über
Wirtschaftsverlag Langen Müller/Herbig
Hubertusstraße 4 · 8000 München 19

Für nur DM 400 000,- können Sie in

IMMENDINGEN b. Tuttlingen

nur ca. 6 km von der Autobahn Stuttgart – Bodensee entfernt, eine Halle mit ca. 750 m² Nutzfläche und insgesamt 2725 m² Grundstück (inkl. Bauplatz f. Mehrfamilienhaus), nur 50 m vom Bahnanschluß entfernt, erwerben.
Vollfinanzierung kann vermittelt werden.
Kurzentschlossene melden sich unter N 14214 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

18,5% p. a.

- ab DM 5000,–
- Laufzeit 48 Monate
- vierteljährliche Zinszahlung
- auf Wunsch auch Eurokontoabwicklung
- 100% Absicherung

Unverbindliche Informationen über:
P & P INTERNATIONAL
Europarepräsentanz
Wuppertaler Str. 4
4300 Essen 1

Steuerbegünstigter Wohnungsbau in Berlin!

Gute Wohnanlage, Bewilligung der öffentlichen Förderung durch die Wohnungsbau-Kredit-Anstalt für 1985 ist erfolgt. Eigenkapital: DM 3 700 000,–. Verlust-Zuweisung während der Einzahlungsphase (4 Jahre) ca. 181%.
Kapital-Service GmbH
Fasanenstr. 42, 1000 Berlin 15
Telefon 0 30 / 8 83 34 95

Graeser
Unternehmensvermittlung
Sammel-Nr. 0 67 43/26 66, Oberstr 1
6533 Bacharach, Telex 4 2 327
Wir verkaufen oder verpachten
Ihren Betrieb
zielstrebig; schnell und sicher

Österreich-Sbg. Land: 1–4 Zi.-Eigentumswhgn. mit gesicherter Grundbucheintragung in Maria Alm (Nähe Saalfelden) und Niedernsill (Nähe Kaprun/Zell a. See) direkt vom Bauträger „Dein Heim" Wohnungsbau Ges. mbh. A-5020 Salzburg, Ignaz-Rieder-Kai 13a, T. 00 43 / 06 62 / 2 35 06-0

Geschäftshaus Nürnberg
1a City-Lage
ca. 2500 m² geb. *Nfl.*, *DM* 12 Mio. VB
Dr. Machatschke Immobilien
Dipl.-Kfm. und Ing.
8500 Nürnberg
Peter-Vischer-Str. 25
Tel. 09 11 / 20 37 95 oder
Tlx. 6 22 470

Wohnanlage
Nürnberg, 200 WE, DM 3,8 Mio. VB
Dr. Machatschke Immobilien
Dipl.-Kfm. und Ing.
8500 Nürnberg
Peter-Vischer-Str. 25
Tel. 09 11 / 20 37 95 oder
Tlx. 62 24 70

Stadtteil von Hannover

Ladengeschäft in Einkaufszentrum (Neubaugebiet), 200 m², ebenerdig zzgl. Keller. Sehr gut geeignet für NON FOOD oder Dienstleistung. DM 24,–/m² + Nebenkosten.
Angebote unter R 14216 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

10 000 m² Freigelände

Großgewerbegebiet, im Stadtbereich von Dusseldorf zu verpachten.
Näheres unter
Tel. 02 11 / 78 56 19

SCHWEIZ

Gesamte Region Genfersee. Wir haben eine sehr grosse Auswahl an preisgünstigen u. schönen *APPTS/CHALETS/VILLEN* in vielen bek. Sommer-u. Winterferiengebieten. Preise für Appts. ab ca. Fr. 100 000. Hypotheken zu 6½%. Unverbindliche Auskunft u. Besichtigung: H. SEBOLD SA Tour-Grise 6 CH 1007 Lausanne Tel 0041 21/25 26 11

Prinzessin und Herzogin

sucht adäquate nominelle Geschäftsverbindung / Beteiligung evtl. auch auf persönl. / fam. Basis.

Ausführl. Angeb. erb. u. PO 48605 an WELT-Verlag Hamburg

Ihr Büro in Nürnberg

- Neubauten 70–5.000 m²
- Eigen- u. Fremdobjekte
- Verkehrsgünstige Lagen
- Kurz- und langfristig

Vermietet provisionsfrei

KiB Gesellsch. f. Kommunal- u. Industriebauten mbH
Fürther Str. 2, 85 Nürnberg 80
Telefon 0911/26 89 06

STELLENGESUCHE

Libyen:

Projektleit. v. deutschem E-Meister, belg. Staatsangeh., gesucht (Engl.-Sprachenntnisse). Zuschriften unter B 14 160 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Informatiker

mit BWL-Studium, DB-Erfahrung auf IBM- u. Siemens-Großrechnern sucht neue Betätigung.
Ang. erb. u. Z 14 158 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Industriekaufmann

20 Jahre internationaler Handel, unternehmerisch denkend; Erfahrung in Management, Vertrieb und Export von beratungsintensiven Verbands- u. Investitionsgütern und Anlagen; Vertragsabschlüsse in W.- und O.-Europa, Afrika, Mittleren Osten, USA, Asien etc. perfekt viersprachig, sehr mobil, sucht neuen Wirkungskreis mit Eigen-*verantwortung.*
Zuschr. unter D 14 162 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

JURIST/EDV

1. Staatsexamen, 32 Jahre, ledig, sucht interessantes Betätigungsfeld bei einer Bank, einem Wirtschaftsunternehmen (Personalbereich) oder einer Versicherung.
Kenntnisse in kaufmännischer Datenverarbeitung (CP/M, Cobol u. d. Base II).
Zuschr. unter C 14 161 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

---

Bodenleger

38 J., ungeb., selbst., m. Auslandserf., sucht Arbeit im außereuropäischen Bereich.
Tel. 05 71 / 7 78 61

Lager- u. Fördertechnik

Dipl.-Ing. (FH), 39 J., verheiratet, Profit-Center verantwortlich, *11jährige Erfahrung in Planung,* Konstruktion u. Verkauf von Materialflußeinrichtungen, sucht neuen Wirkungskreis.
Zuschrift. erb. u. K 15 167 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

---

Erfahrener Discjockey

mit ausgezeichnetem Musikgeschmack, vielen guten Ideen u. Engagement, sucht neuen Wirkungskreis in der Musikbranche.
Angebote unter V 14 176 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Versierter Stahlhändler

48 J., davon 25 J. als Lager- u. Importhändler, beste Werks- u. Kundenkenntnisse vorhanden, sucht neues Aufgabengebiet im Raume *Rhein/Ruhr.*
Zuschrift. u. X 14 266 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

- Erstklassige Kontakte,
- fundiertes Fachwissen,
- Know-how für stornosicheres Geschäft – auch im öffentlichen Dienst,
- gründliche Aus- und Weiterbildung des Außendienstes,

Das sind die Anforderungen der

VERSICHERUNGSBRANCHE

an Verkaufsförderer/Schulungsleiter.
Ihr Kontakt ist die Chiffre L 14 168 an WELT-Verlag, Postfach *10 08 64, 4300 Essen*

BRASILIEN

Seit 30 Jahren in Brasilien lebender deutscher Export-Kaufmann (+ Chem.-Ing.) sucht verantwortungsvolle Aufgabe b. Aufbau einer Niederl. in Bras. f. deutsche Fa. oder Übernahme von Vertretungen. Vom *15.–25. 3. 85 in der BRD.*
Zuschr. unt. A 14 159 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Kaufmann

(37), 15 Jahre praktische Erfahrung im Finanz- u. Rechnungswesen, Vertrieb, Organisation, Planung, EDV-Anwendung und -Einsatz, sucht neuen Wir-*kungskreis im Großraum Oldenburg.*
Zuschr. erb. unter W 14 155 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Konstrukteur

Fördertechnik, Sonderkonstruktionen, ideenreich, sofort frei.
Telefon 0 61 46 / 38 76

Kaufmann

40 J., selbst., absolute Erfahrung in den Bereichen Finanzierung von Immobilien, Verhandlungen mit Banken – Problemlösung, Konzeption und Verkauf von Bauherren- und Erwerbermodellen, schlüsselfertige Objekte, Umwandlung, Sanierung, Aufbau und Führung von Vertriebsorganisationen, Geschäftsführung und Firmenleitung, sucht neuen attraktiven Wirkungskreis auf Erfolgsbasis.

Zuschriften unter X 14 134 an WELT-Verlag, Postfach *10 08 64, 4300 Essen*

Dipl.-Bauing. (FH)

51 J., verh., nicht ortsgebunden, erfahren im Wohn-, Kommunal- und Industriebau (auch schlüsselfertig), firm in Akquisition, Kalkulation, AV, Verhandlung und Ausführung; seit 14 Jahren als Niederlassungsleiter (Prok.) einer Baufirma tätig. Suche ähnlichen verant-*wortungsvollen Aufgabenbereich.*

Zuschr. unter M 14 169 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Diplom-Kaufmann **u. grad. Betriebswirt**

rund 2 Jahre in den Bereichen Organisation u. Information, ungekündigt, 30 Jahre alt,
sucht aussichtsreiche Stellung im In-/Ausland mit den Schwerpunkten

Analyse – Planung – Kontrolle

als Planer, Controller, Assistent, Berater.

Zuschriften erbeten unter C 13 699 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Liebe zur Natur!

Er, Anfang 40, möchte umsatteln. Vom Büro (erfolgreich in Verkaufsleitung, Werbung Org. und Schulung) in die Natur. Gesucht wird naturver-*bundenes, körperliche* und/oder geistige Tätigkeit mit sehr viel Sauerstoff bei jedem Wetter, in Feld, Wald, Wiese, Berg und See, Nord-, Mittel- oder Süddeutschland, auch näheres Ausland angenehm. Körper u. Geist sind fit, gesund u. belastbar.
Ausführliche Zuschriften m. evtl. Unterlagen unter Y 14 157 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Wirtschaftsingenieur

45 J., regional ungebunden, branchenunabhängig, sucht neue Aufgabe als

Geschäftsführer

in einem mittl. od. größeren Industriebetrieb.

Auf Grund langjähr. Tätigkeit in leitenden Positionen (u. a. 8 J. Geschäftsführer) in *mittelständ. Industriebetrieben* verfüge ich insbes. über profunde Erfahrungen im Vertrieb, Finanz- u. Rechnungswesen, Personalwesen, Materialwirtschaft, Planung u. Controlling sowie in der Modernisierung eines Fertigungsbetriebes.

Kontaktaufnahme erbeten unter V 14 264 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Geschäftsführer – Spanien

Dt. Ind.-Kfm., 47 J., langjähriger Leiter span. Fa., total vertraut mit der Problematik des span. Marktes, perf. Spanisch, gutes Englisch, verwaltungs- u. vertriebserfahren, sehr *kostenorientiert* u. *ein hervorragender* Organisator (auch in der Fertigung), sucht neue unternehmerische Aufgabe im Raum Madrid.

Zuschriften erbeten unter W 14 177 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Umsatzrückgang / Liquiditätsprobleme / Verluste?

Dyn. Krisenmanager (42) erstellt Schwachstellenanalyse u. setzt erfolgreiche Strategien in Marketing/Außendienst/Finanzierung/Controlling/Unternehmensführung durch: Pf 28 01 12, 4000 Düsseldorf 12

Dynam. Führungskraft, 35 J.

Vertriebsdirektor

mit breitem Erfahrungsbereich in der Versicherungswirtschaft u. der Immobilienbranche.

Erfolgreich im Umgang mit Geschäftspartnern, gewandt und mit einem gewaltigen Schuß unternehmerischen Denkens ausgestattet, *nicht unbedingt branchengebunden, sucht kurzfristig verantwor*tungsvolle Position im Angestelltenverhältnis.

Ein offenes Gespräch könnte sich lohnen.

Zuschriften unter U 14263 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Chefdekorateur

37 J., Führungserfahrung in Bereichen Schaufenster-, Raum- und Messebaugestaltung sowie werbliche Maßnahmen (*Anzeigen-*, Prospekt-, Plakat- und Displaygestaltung), nicht ortsgebunden, sucht neuen Wirkungskreis.
Zuschr. u. G 14 121 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Reisesekretärin/ Reisebegleiterin

attrakt. Dame, 27 J., stud., niveauv., charmant, auch Engl. u. Franz. sprechend, mit Know-how, begleitet Geschäftsmann a. Geschäftsreis.
Zuschrift. u. W 14 265 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

STELLENANGEBOTE

Als zukunftsorientiertes Versandhandelsunternehmen – 400 Mitarbeiter – sehen wir auch gute Marktchancen für *die 90er Jahre und stellen uns der Herausforderung*, Ablauf- und Aufbauorganisationen permanent zu überprüfen und zu verbessern.

Zur Weiterentwicklung EDV-spezifischer Arbeitsabläufe suchen wir den berufserfahrenen

Betriebsorganisator

im Alter von 30–40 Jahren.

Unsere Anforderungen:
- grad. Betriebswirt / Organisationsfachmann
- mehrjährige Berufspraxis
- analytisches und konzeptionelles Denken
- *sicheres Auftreten und realistisches Durchsetzungsvermögen*
- DV-Kenntnisse – Datenbanken, Betriebssysteme, *Verfahrenstechniken.*

Angesprochen ist die unternehmerisch handelnde Persönlichkeit, die Probleme im Ansatz erkennt und sie auch überzeugend löst. Die anspruchsvolle und eigenständige Aufgabe setzt eine Anbindung auf Geschäftsführungsebene voraus.

Alles Weitere möchten wir absolut vertraulich und persönlich mit Ihnen besprechen.

Bitte senden Sie uns Ihre aussagefähigen Bewerbungsunterlagen an die **Hanowerb, Bahnhofstraße 1, 3000 Hannover 1,** *Chiffre 4409.*

– Sperrvermerke werden berücksichtigt –

SAS Institute

Software Sales Representative

Spain

SAS Institute is a leading supplier of software to the IBM mainframe market. There are more than 16 000 software products installed worldwide helping to save time in a wide variety of applications such as data analysis, data management, report writing, business graphics, statistical analysis, financial forecasting, operational research and computer performance analysis.

We are looking to expand our activities in the Spanish market and require someone to be responsible for our activities in this area.

You should be enthusiastic, self-motivating, and ideally have experience in the IBM or minicomputer software field and *sufficient technical background to be able to market the SAS* System for a wide range of different applications. A good knowledge of English and Spanish is essential.

This position will be initially based at our European Headquarters in Heidelberg and may involve relocation in Madrid.

This is a challenging position and will suit someone who likes to get involved. With the explosive growth anticipated there will be plenty of opportunity to take on different responsibilities.

Please write, giving full career details, to:

Ms Ginny Roehner
Manager, Personnel Department
SAS Institute GmbH
Rohrbacher Str. 22
D-6900 Heidelberg 1



Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Gedanken zum 8. Mai

Unsere Massenmedien sind zur Zeit voll von tiefgründigen Gedanken darüber, ob wir den 8. Mai freudig oder traurig begehen sollen. Beim Anblick der Karte Europas dürften die meisten Deutschen wohl nur allergrößte Trauer empfinden.

Wäre es nicht nach 40 Jahren endlich an der Zeit, mit der „Vergangenheitsbewältigung" und der Beschimpfung der Deutschen aufzuhören? Wie stellt man sich eigentlich eine Vergangenheitsbewältigung vor? Sollen diejenigen, die damals schon erwachsen waren, herumlaufen, sich an die Brust schlagen und schreien: „Ich bin schuld, ich bin schuld, und ich schäme mich"?

Wie haben eigentlich andere Völker ihre Vergangenheit „bewältigt"?

Damit soll nicht Schuld gegen Schuld aufgerechnet oder irgend etwas Entsetzliches, was im Namen Hitlers geschehen ist, verharmlost werden. Aber es muß endlich einmal Schluß gemacht werden mit der Beschimpfung der Deutschen. So denken die meisten aller Deutschen. Man sollte sie einmal fragen. Das wäre eine Aufgabe für Frau Prof. Noelle-Neumann.

40 Jahre sind genug! Hört endlich auf, damit das deutsche Volk sich wie jedes andere Volk normal entwickeln kann und natürliche Gefühle nicht wieder ins Extreme entarten, was schließlich niemand will.

H. Zeller, Bamberg

*

Die Frage, wer 1945 wirklich besiegt wurde, der Nazismus oder Deutschland, ist für alle, die im letzten Weltkrieg kämpften, zwecklos. Der Nazismus war ein Unfall der Geschichte, Krankheit einer großen Nation, ein Krebs, den es auszumerzen galt und der die Welt bedrohte. Dies wurde getan, in der Hoffnung, daß Europa bald seine Gesundheit wiedererlangen würde in einer erneuerten, endgültig in der Geschichte verankerten Demokratie.

Wir unterlagen einem Irrtum. Denn bald wurde klar, daß der totalitäre Virus immer noch da war, er hatte nur seinen Namen geändert und sein Zentrum verschoben. Aber sein schreckliches Spektrum zeigt sich noch vor unseren Toren.

Nazismus oder Deutschland? Unnütze Frage! Wie sagte doch Paul Valéry? Die europäischen Kriege waren Bürgerkriege, Europäer gegen Europäer, Skandal unserer Zivilisation, die sich selbst zerfleischte. Die Zerstörung von Monte Cassino oder der romanischen Kirchen entlang des Rheins und so vieler anderer Zeugen unserer Vergangenheit waren weniger nationale Verluste als irreparable Amputationen unseres europäischen Erbes. Das einzige, was uns am Ende unseres Jahrhunderts noch beschäftigen muß, ist unser politisches, wirtschaftliches und kulturelles Überleben. Alles andere ist unnützer Tand.

Es ist höchste Zeit, daß Europa 1945 nicht als eine Niederlage Deutschlands, sondern als seine eigene Niederlage ansieht und daß es unter seinen Völkern die Schuld am größten Verbrechen, das es jemals gegen seine eigene Zivilisation beging, gleichmäßig verteilt. Es ist Zeit, daß es seine Einheit als eine harmonische Vermischung aller seiner Kulturen versteht. Es ist Zeit, daß eine Seite seiner tragischen und blutigen Geschichte endgültig umgedreht wird.

Marcel H. Boisot, Ehrenpräsident des Verbandes der Jagdflieger des Freien Frankreich, Paris

*

Sehr geehrte Damen und Herren,

man sollte es doch klar bekennen und aussprechen, daß der 8. Mai 1945 für alle, die ihn erlebten, ein Tag schrecklichster Erinnerungen war, ist und immer bleiben wird; er bedeutete für Deutschland keineswegs das Kriegsende. Seine Folgen waren die Teilungen Europas und Deutschlands mit dem tragischen Schicksal der Vertriebenen und Flüchtlinge, die Einteilung Deutschlands in vier Besatzungszonen unter Kriegsrecht für mehrere Jahre; die von den Fronten heimkehrenden Soldaten kamen in Kriegsgefangenschaft (vielfach primitive Unterbringung und zahlreiche Opfer); Einquartierungen durch die Feindmächte brachten zusätzliche Bedrückungen für die Bevölkerung, die in ihrem Kummer und Elend nun mit dem Wiederaufbau in den zerstörten Städten und Gemeinden beginnen mußte.

Der 40jährigen Wiederkehr des Tages eines Geschehens besonders zu gedenken durch Veranstaltungen zum Teil festlichen Charakters ist ein Novum; man merkt mehr und mehr die propagandistische Steuerung durch Ost-Länder u. ä., die daran interessiert sind, Deutschland immer wieder mit der Alleinschuld an dem damaligen Geschehen zu belasten, um sein Auferstehen zu hemmen und unberechtigte Forderungen immer wieder neu zu stellen.

Deutschland hat sich seinen Verpflichtungen aus der von ihm übernommenen Verantwortung nicht entzogen; doch es wird höchste Zeit, daß dies endlich auch von den anderen beteiligten Ländern geschieht. Es gibt im Völkerrecht keine Bestimmung, die die Siegermächte zu alleinigen Richtern über die Besiegten ermächtigt, und schon gar nicht, die sie von ihrer eigenen Schuld freispricht; auch aus diesem Grunde ist der 8. Mai 1985 allenfalls nur dazu zu nutzen, alle beteiligten Mächte an ihre eigene Verantwortung zu erinnern und sie zu entsprechendem Handeln zu veranlassen; dann könnte die 50jährige Wiederkehr des 8. Mai 1945 ein allgemeiner, die Zukunft besser sichernder Gedenktag werden.

Mit freundlichen Grüßen
B. Tiedt, Hamburg 67

Wort des Tages

„In der Jugend entscheidet man sich – ob volle Sonne oder gedämpfte Beleuchtung, Anstand oder Zynismus, Stil oder Realität."

Heinrich Mann; dt. Autor (1871–1950)

Auch Hymne

Sehr verehrte Damen und Herren,

Sie berichten in der WELT vom 11. März 1985 etwas verkürzt, daß bisher die deutsche Nationalhymne zum Sendeschluß nur vom privaten SAT-1-Programm ausgestrahlt werde.

Ich möchte Sie daran erinnern, daß der Deutschlandfunk seit seinem Bestehen zum Programmschluß unsere Nationalhymne sendet.

Helmut Ruelke, Deutschlandfunk, Köln

Keine Abgaben

„100 Länder kassieren am Flughafen ‚Airport Tax'"; WELT vom 1. März

Sehr geehrte Damen und Herren,

Ihr Bericht über Flughafengebühren ist nur bedingt richtig.

Solche Ausreisegebühren werden in unserem Land nur für in Portugal wohnende Portugiesen sowie für hier fest ansässige Ausländer erhoben. Touristen und damit die von Ihnen in Ihrem obigen Bericht angesprochenen Personen zahlen keinesfalls irgendwelche Airport Tax.

Mit freundlichen Grüßen
S. Sommer, Cascais/Portugal

Krasse Mißstände

Auf unseren Straßen und Autobahnen kracht es tagein und tagaus. In zunehmendem Maße. Eine Nebel-Super-Karambolage folgt der anderen, in immer kürzeren Abständen. 200 Fahrzeuge hier, 50 dort, 28 anderswo. Tote über Tote, massenweise Verletzte. Eine schier sinnlose Verschwendung humaner und volkswirtschaftlicher Ressourcen. Beschwichtigend erklärt die Polizei, man finde das Fahrverhalten der Autofahrer „schlicht empörend". Das ist alles.

Wann endlich bietet man diesem verantwortungslosen Treiben extrem gewissenloser Fahrer Einhalt? Leben wir noch immer in einem Laissez-faire-Nachtwächterstaat des frühen 19. Jahrhunderts? Legt man den Freiheitsbegriff bei uns derartig weit aus, daß er auch das Töten unschuldiger Mitmenschen toleriert? Was muß denn noch in unserer offensichtlich kaltschnäuzigen Gesellschaft geschehen, bevor man auf diese krassen Mißstände reagiert? Wann endlich gedenken Gesetzgeber und/oder Behörden durch Ergreifen geeigneter Maßnahmen, die mit unserer freiheitlichen Staatsauffassung durchaus in Einklang zu bringen wären, dem skrupellosen und terrorisierenden Fahrverhalten gewisser deutscher Autofahrer, denen der Begriff Selbstverantwortung offenbar ein Fremdwort ist, Einhalt zu gebieten?

Entsprechende Einsicht bei vielen Autofahrern zu erwarten dürfte wohl ein unerfüllter Wunschtraum bleiben. Machen wir uns nichts vor. Mit kraftlosen Appellen ist da nichts auszurichten.

Öffentliches Urinieren ist strafbar, die Vernichtung menschlichen Lebens auf unseren Straßen dagegen scheint man als Kavaliersdelikt zu betrachten. Wie weit noch soll die Schizophrenie bei uns ins Kraut schießen? Eine Gesellschaft mit kaputten Wert- und Rechtsvorstellungen?

Mit freundlichem Gruß
Dr. H. Kollai, Nürnberg 1

Personalien

GEBURTSTAG

Heute begeht in Heidelberg der Germanist Professor Dr. **Arthur Henkel** seinen 70. Geburtstag. Der in Marburg an der Lahn geborene frühere Ordinarius für Literaturwissenschaft ist durch seine Arbeiten zur deutschen Klassik und zum Barock wie als Mitherausgeber von „Emblemata", dem Handbuch zur Sinnbildkunst des 16. und 17. Jahrhunderts, weit über den deutschen Sprachraum hinaus bekannt geworden. Henkel, Mitglied des Verwaltungsausschusses und stellvertretender Vorsitzender des Freien Deutschen Hochstiftes zu Frankfurt am Main, gehört seit 1965 der Heidelberger Akademie der Wissenschaft an und hatte von 1957 bis zu seiner Emeritierung 1980 an der Heidelberger Universität den Lehrstuhl für Deutsche und Vergleichende Literaturgeschichte inne.

AUSZEICHNUNG

Für seine Arbeiten über praktischen Gewässer- und Umweltschutz hat die Bruno H. Schubert-Stiftung zu Frankfurt am Main dem Münchner Botanikwissenschaftler **Arnulf Melzer** den mit 15 000 Mark dotierten Forschungspreis verliehen. Melzer, Akademischer Rat am Lehrstuhl für Botanik der Technischen Universität München (TU), erhielt die Auszeichnung insbesondere für seine Forschungen über die Indikatorwerte von Wasserpflanzen. Der Preis wird am 21. Juni im Frankfurter Römer an Melzer übergeben.

VERANSTALTUNGEN

Dr. **Herbert F. Jung**, Dozent an der Sophia-Universität Tokio und Lehrbeauftragter an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen/Nürnberg, referierte zu dem Thema „Der japanische Markt – Einstieg und Erfolg". Die Japanische Botschaft, die Deutsch-Japanische Gesellschaft und das Japanische Kulturinstitut hatten den früheren Präsidenten von Bayer Japan und Präsidenten der Deutschen Industrie- und Handelskammer in Japan in das Hotel Steigenberger gebeten, die „Spielregeln für europäische Geschäftspartner" zu erläutern. Jung, dessen profunde Japan-Kenntnisse aus annähernd zwanzig Jahren beruflicher Tätigkeit in diesem Lande resultieren, verdeutlichte in seinem Vortrag u. a. die ungenügende Repräsentanz ausländischer Unternehmen im japanischen Markt und deren Gründe. Unter seinen Zuhörern auch der Japanische Botschafter, **Hiromichi Miyazaki**, Dr. **Wilhelm Löser**, ehemaliger Generalkonsul der Bundesrepublik Deutschland im japanischen Kobe, sowie Dr. **Siegfried Boettcher**, Leiter des Japan-Referates im Bundeswirtschaftsministerium.

*

Der Präsident der Justus-Liebig-Universität zu Gießen, Professor Dr. **Karl Alewell**, eröffnet heute die 6. Internationalen Fortbildungstage für Krankenpflege an der Gießener Universität, die bis Freitag andauern. Die Gießener Veranstaltung wurde auf Initiative von Krankenschwestern und Pflegern des Universitätsklinikums 1976 ins Leben gerufen.

ARD



ARD/ZDF–VORMITTAGSPROGRAMM

Nur über die Sender des ZDF
10.00 heute
10.05 WISO
10.35 Die Montagsmaler
11.20 Frauengeschichten
12.10 Report
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

10.20 Trauerfeier in Moskau
Die Beisetzung des Generalsekretärs Tschernenko
Kommentator: Peter Bauer
16.00 Tagesschau
16.10 IHM '85
Einen viertägigen Streifzug durch die 37. Internationale Handwerksmesse in München hat ein Kamerateam der ARD unternommen, um Neuheiten, Originelles und auch Wissenswertes von den Ständen der mehr als 2400 Aussteller aus nahezu 40 Ländern vorzustellen.
16.55 Lemmi und die Schmöker
Jacob, der ein Kartoffelbergwerk träumte
17.25 Kein Tag wie jeder andere
Drei Wochen Nordost (4)
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Morenga (1)
Fernsehfilm in drei Teilen
Nach dem Roman von Uwe Timm
Mit Ken Gampu, Jacques Breuer, Edwin Noel, Jürgen Holtz u. a.
Regie: Egon Günther
Im Deutsch-Südwestafrika des Jahres 1904 setzt der Aufständische Morenga die deutsche Kolonialbevölkerung mit einer geschickten Guerillataktik stark unter Druck. Was der Veterinär Gottschalk in den Wirren dieser Auseinandersetzungen erlebt, schildert der Fernsehfilm.
21.45 Brennpunkt
Generationswechsel in Moskau – Wo steht die Sowjetunion heute? Anläßlich des Machtwechsels im Kreml beleuchtet die Sendung anhand von Dokumentationen und Kommentaren die Frage nach der wirtschaftlichen, außenpolitischen und militärischen Situation der Sowjetunion. Im Studio: Boris Meißner, Klaus Bednarz, Fritz Pleitgen
Moderation: Gerd Ruge
22.30 Tagesthemen
23.00 Einsatz in Manhattan
Das Netz des Todes
23.45 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Anderland
Gina und der verlorene Freund
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Der Waschbär Rascal
Das Geschenk für Oskar
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.50 Ein Heim für Tiere
Rudi
Dazw. heute-Schlagzeilen
18.55 mittwochslotto – 7 aus 38
Spiel 77
19.00 heute
19.30 Direkt
Ein Magazin mit Beiträgen junger Zuschauer
20.15 Kennzeichen D
Heimweh nach der DDR? Hat das „Neue Deutschland" recht – Wollen wirklich 20 000 „Ehemalige" zurück? / In Genf verhandeln „die Großen" – Was können die Deutschen für Entspannung und Abrüstung tun? / Leipziger Messe: Osthandel als Politikum – Was beiden Deutschen recht ist, findet in den USA nicht immer Billigung
Moderation: Giselher Suhr
21.00 Der Denver-Clan
Der Kandidat
21.45 heute-journal
22.05 Reisebilder aus der DDR
Moritzburg oder die Täuschungen der Kunst
Film von Günther Geisler
22.35 Das kleine Fernsehspiel
Lange Wintertage
(Italienische Originalfassung mit deutschen Untertiteln)
Mit Beate Jensen, Giulio Scarpati, Luca Barbareschi u. a.
Musik: Dimitri Nicolau
Buch und Regie: Ivo Micheli
In einer Spezialklinik für Taubstumme lernt die vagabundierende Sara den Autobahnarbeiter Davide kennen, dessen Gehör bei einem Sprengstoffsabotageakt geschädigt wurde. Die beiden verlieben sich und lernen, miteinander zu sprechen ...
0.20 heute

III.

WEST

18.00 Telekolleg II
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Bürgerforum
Aktuelle Diskussion mit Politikern, Bürgern, Prominenten
Landes-Petitionsausschuß – Hilfe für den Bürger oder Feigenblatt?
Moderation: Peter Kleinermanns
21.45 eff-eff
Freizeit und Fitneß
22.30 Maskulin – Feminin
Französischer Spielfilm (1966)
0.10 Letzte Nachrichten

NORD

18.00 Sesamstraße
18.30 Avanti! Avanti! (25)
19.00 Wär' ich ein Weißkopf-Seeadler, dann könnt' ich frei sein und fliegen
19.30 Landwirtschaft aktuell
Skandal im Schweinestall
20.00 Tagesschau
Nur für NDR und Radio Bremen
20.15 extra drei
Nur für SFB
20.15 SPD: Der große Verlierer
Talfahrt ohne Ende
21.00 Wu Song oder Die Rebellen von Liangshan (5)
21.45 Argie
Argentin. Spielfilm (1983)
23.10 Actualités
23.25 Nachrichten

HESSEN

18.30 Das Geheimnis des Weidenkorbes (7)
18.55 Die kleine Dampflok (7)
19.05 Was tun mit der Zeit!
Erfinderbörse
19.45 Tiersprechstunde
Hüftgelenk
20.15 Parlament, Parteien, Perspektiven
21.30 Drei aktuell
22.00 Nach der Party
Englischer Fernsehfilm
Mit Ian Holm, Helen Mirren u. a.

SÜDWEST

18.00 Sesamstraße
18.30 Telekolleg II
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Die Schule, von der Schüler träumen
Film von Juliane Schühler
20.15 Reisewege zur Kunst
England: Cornwall
21.00 Um 9 kommt Harald
Deutscher Spielfilm (1943)
Mit Irene von Meyendorff, Anneliese Uhlig, Werner Fuetterer u. a.
Regie: Carl Boese
22.20 Gärten in England
7. Folge: Technicolor und Technologie (1914 bis heute)
22.50 Nachrichten

BAYERN

18.45 Rundschau
19.00 Bayern-Kini '85
19.45 Die Krimistunde
20.45 Zeitspiegel
21.30 Rundschau
21.45 Z. E. N.
Lyrik heute
21.50 Delle und Brenton (4)
22.40 Ägyptische Woche
Der Orient
Kulturen der Welt und die Kunst Europas
23.40 Rundschau
23.45 News of the Week

SAT 1

13.30 Solid Gold
(amerikanische Hitparade)
14.00 Die Waltons
Der letzte Mustang
15.00 Indian River
Die Flucht
15.30 Musicbox
Videoclips der Pop- und Rockmusik, Pop-Infos, Interviews mit Stargästen, Gags und Überraschungen
16.30 Kum Kum
Das Monster aus den Bergen
17.00 Kultur, Natur und Wissenschaft
Auf der Suche nach Afrika, Teil 2
Beobachtungen des italienischen Schriftstellers Alberto Moravia
18.00 Es darf gelacht werden
Backsteinserenade
oder Regionalprogramm
18.30 APF blick:
Nachrichten und Quiz
18.45 Zahlen und Buchstaben (11)
19.10 Sport-Report
Personen und Hintergründe
3900 Galopper trainieren zum Geldverdienen. Ihr Wert: 58 Millionen Mark / Pferde als Kapitalanlage – ein Risiko. Pferde stürzen, Pferde verletzen sich. Die Sendung berichtet, wo um das Leben von erkrankten Pferden gekämpft wird: aus der Pferde-Klinik in Telgte / Kleiner Mann ganz groß: Interview mit Olaf Thon
Moderation: Peter Glauche
19.35 Kein Pardon für Schutzengel (3)
Des Pudels Kern
Harry Rule will in Malta eine Hotel-Detektei organisieren. Dabei wird der Pudel einer Millionärin gestohlen. Daraus entwickelt sich ein Fall mit ungeahnten Verwicklungen.
20.00 Festival der schönen Stimmen
Heute: Deutsches Opern-Wunschkonzert
Mit Ingeborg Hallstein, René Kollo, Hermann Prey, Karl Ridderbusch, Bernd Weikl u. a.
20.30 Love Boat (11)
Der Streik / Trotzdem erkannt! / Sonderkurier
21.30 APF blick:
Aktuell,
Rundblick,
Sport und Wetter
22.15 Verflucht sind sie alle
Amerikanischer Spielfilm (1974)
Mit Lee Marvin, Richard Burton, Cameron Mitchell u. a.
Regie: Terence Young
Der Haß der Weißen auf die Schwarzen hat die Kleinstadt Ellenton in Alabama in einen unerträglichen Hexenkessel verwandelt. Militante Vorurteile des Ku-Klux-Klan und der Black-Power-Bewegung haben Zustände herbeigeführt, gegen die Sheriff und Bürgermeister machtlos sind.
0.10 APF blick:
Letzte Nachrichten

3SAT

18.00 Der Sklave Calvisius
Alltag in einer römischen Provinz – 150 n. Chr.
Erste Folge einer 13teiligen Serie
Auf der Flucht
Neben spannender Unterhaltung versucht der Mehrteiler den jungen Zuschauern einen historischen Stoff in verständlicher Form zu vermitteln.
anschl. Schulbus 13
1. Jupp will nicht mehr
Der Schulbus, Mittelpunkt dieser 13teiligen Serie, verbindet mehrere Dörfer an Saar und Mosel mit der alten Kaiserstadt Trier.
19.00 heute
19.30 Schöne Heimat – schöne Lieder
Eine musikalische Reise durch die Jahreszeiten
Mit dem Tölzer Knabenchor und dem Bielefelder Kinderchor. Gerd Baltus und Will Quadflieg rezitieren Lyrik von Goethe, Mörike und Uhland.
21.00 Die Mittwochsgeschichte
21.15 Zeit im Bild 2
21.45 Kulturjournal
22.30 Sportreport
Aus der (Hohen) Schule geplaudert
Mühsal und Marter des dressierten Pferdes
23.15 3SAT-Nachrichten

„Prager Aufruf" tritt für deutsche Einheit ein

Plädoyer für „atomwaffenfreie und neutrale Zonen" in Europa

DW. London/Prag

Die vom Regime in Prag bekämpfte Bürgerrechtsbewegung „Charta 77" hat sich mit der Forderung nach einer Wiedervereinigung Deutschlands in einem Europa freier Völker zu Wort gemeldet. Der Aufruf wurde in London von der Palach Press veröffentlicht. Er trägt die Unterschriften von 45 Regimekritikern, darunter die des Schriftstellers Vaclav Havel und des früheren ZK-Mitglieds Jarslav Sabota. Im deutschen Text des Appells ist von „Verbindung", nicht ausdrücklich von Wiedervereinigung der deutschen Staaten die Rede, demgegenüber heißt es in der englischsprachigen Version „Vereinigung" („univication"). Wie aus einem in Wien verteilten Exemplar des „Prager Aufrufs" hervorgeht, war der Text am *Montag* verabschiedet worden.

Die „Charta 77" spricht sich für „atomwaffenfreie und neutrale Zonen", Nichtangriffspakte und Verträge über den Verzicht auf den Einsatz von Atomwaffen aus und verurteilt die bestehenden „regionalen Pakte". NATO und Warschauer Pakt werden *aufgefordert, möglichst schnell* Verhandlungen über die Auflösung ihrer militärischen Organisationen, die Vernichtung der in Europa aufgestellten oder auf Europa gerichteten Atomwaffen und den Abzug ihrer auf dem Territorium der Verbündeten stationierten Soldaten aufzunehmen. Alle europäischen Länder sollen nach Ansicht der „Charta 77" ihre Streitkräfte verringern, damit ein geeintes Europa niemals zu einer „dritten" Großmacht werden könne.

Die Unterzeichner des „Prager Appells" verurteilen das Bestehen von gewissen „Tabus" in Europa, zu denen sie die Teilung Deutschlands rechnen. Nach ihrer Ansicht ist es undenkbar, daß in der Perspektive eines vereinigten Europa „irgend jemandem das Recht auf Verwirklichung seiner eigenen Persönlichkeit" verweigert werde. Das gelte selbstverständlich auch für Deutschland. Eine Wiedervereinigung Deutschlands darf, wie in dem Appell unterstrichen wurde, „nicht auf Kosten anderer" erfolgen. *Damit stellt sich die* „Charta 77" einer Revision der Grenzen in Europa entgegen.

Auch aus den Reihen der polnischen „Solidarität" hatte es in den vergangenen Jahren immer wieder Plädoyers für eine deutsche Wiedervereinigung gegeben. So rief im Juni 1984 die Untergrundzeitschrift „Niepodleglosc" (Unabhängigkeit) die Polen auf, „den Deutschen im Kampf um ihre Wiedervereinigung zu helfen". Begründung: „Solange Deutschland geteilt bleibt, solange wird Rußland an Elbe und Weichsel herrschen." In der „Solidarität" gibt *es freilich auch andere Stellungnahmen*, vornehmlich solche, in denen eine deutsche Wiedervereinigung von der vorherigen *Anerkennung* der Oder-Neiße-Linie abhängig gemacht wird. Im August 1984 wandte sich der Literaturwissenschaftler Jan Jozef Lipski, ein Berater der „Solidarität", im „Spiegel" gegen die Vertreibung der Deutschen nach 1945. Lipski damals: „Ich bin der Meinung, daß Menschen, die vom Unglück des Verlustes ihres Vaterhauses betroffen wurden, zumindest das Anrecht auf eine *gewisse moralische Genugtuung* haben. Und auch auf Verständnis. Denn genauso, wie viele Polen von einer Rückkehr nach Wilna und Lemberg träumen, sehnen sich diese Menschen nach Breslau und Stettin."

Rohde wertet Wahlen an Rhein und Ruhr als „Halbzeit-Votum" für Bonn

Korrekturen an Freiburger Thesen / FDP-Spitzenkandidat zu Besuch bei der WELT

WILM HERLYN, Bonn

„Die Ergebnisse von Berlin und vom Saarland geben uns Aufwind und werden uns beflügeln – die nord*rhein-westfälische* FDP wird die Fünf-Prozent-Hürde ganz gewiß überspringen." Diese Zuversicht äußerte Achim Rohde, Spitzenkandidat der FDP, zum Wahlausgang am 12. Mai. Bei einem Besuch der WELT in Bonn sagte er: „Die Sympathie für uns ist auch an Rhein und Ruhr gewachsen." Vom Ergebnis hänge wesentlich eine „Stabilisierung oder Destabilisierung der Bundesregie*rung ab.*". Er qualifizierte die Entscheidung um die Macht in Düsseldorf auch „als Halbzeit-Votum der Wähler" *für Bonn*.

Der viermalige Führungswechsel der FDP in NRW habe zwar tiefe Spuren hinterlassen, gab Rohde zu, doch habe sich seine Partei jetzt aus der „Identitätskrise" befreit. Er spüre bei seinen Besuchen in Ortsverbänden, daß „die Leute kämpfen, weil sie wis*sen, was auf dem Spiel steht*".

Selbstbewußte Devise

Darum habe er auch bei seiner Wahl als Spitzenkandidat im Dezember in Gütersloh die *selbstbewußte* Devise ausgegeben: „Ziel ist es, die Sozialdemokraten *nach 19 Jahren* an der *Macht* in der Regierungsverantwortung abzulösen. Wenn die CDU uns dabei hilft, ist sie uns willkommen." Gelänge diese Ablösung aber nicht, „gehen wir in die Opposition".

Rohde vermutet, *daß es am 12. Mai* knapp wird. Eine Konstellation ist durchaus möglich, in der Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) mit den Stimmen der Grünen, die anders als im Saarland voraussichtlich ins Parlament einziehen werden, in sein Amt wiedergewählt wird.

Der FDP-Spitzenkandidat hält sich zugute, daß er in der Zeit der sozial-liberalen Koalition als Regierungspräsident von Düsseldorf die FDP und die CDU im Bezirksplanungsrat zu*sammengeführt hat und unter seinem* Vorsitz die Düsseldorfer Freien Demokraten mit den Konservativen die langjährige *sozialdemokratische* Herrschaft in der Landeshauptstadt für fünf Jahre unterbrechen konnten.

Ihm bereitet der gegenwärtige Wirtschaftskurs seiner Partei keine Bedenken: *„Mein marktwirtschaftliches* Bekenntnis habe ich schon als persönlicher Referent von Gerhard *Kienbaum* abgelegt."

Er sagte weiter, in den Freiburger Thesen „haben wir damals festgelegt, daß wir den Staat zur Entwicklung der persönlichen Freiheit brauchen – und als Garanten der Freiheit des Individuums. Jetzt aber müssen wir auch die negativen Seiten dieser Entwicklung sehen. Darum müssen wir den Staat zurückdrängen auf seine eigentliche, hoheitliche Aufgabe". *Die Erkenntnis habe sich durchgesetzt*, daß „Soziale Marktwirtschaft mehr ist als Technokratie. Sie ist eine *Vision für soziale Gerechtigkeit. Sie* ist mehr als alle anderen Wirtschaftssysteme in der Lage, auch für mehr Umweltschutz zu sorgen". Am Beispiel der Mitbestimmung erläuterte Rohde, daß „wir auch erfahren mußten, daß wir in Freiburg zwar im guten Glauben gehandelt haben, aber in *der Realität eine Funktionärs-Mitbestimmung* etablierten". Jetzt müsse die FDP den Mut haben, diesen Fehler zu korrigieren.

Als Umwelt-Politiker setze er sich für die These ein, daß „die beste Umweltpolitik eine forcierte Wirtschaftspolitik ist, weil sie den entscheidenden Push für die Technologie gibt". Umweltpolitik dürfe nicht nur aus gesetzlichen Verboten und Geboten bestehen. „Das Bündnis von Natur und Industrie muß stärker von marktwirtschaftlichen Instrumenten getragen werden, mehr von Abgaben, Lizenzen und Abkommen zwischen *Staat und Unternehmen*."

Vielseitige FDP

Er verwahre sich gegen das Vorurteil der Sozialdemokraten, die FDP *sei zu einer reinen Wirtschaftspartei* denaturiert. „Natürlich ist es jetzt unsere wichtigste Aufgabe, die Probleme der *Arbeitslosigkeit zu lösen*. Wir haben genug Arbeit. Aber sie ist zu teuer." Die Lohnnebenkosten dürften nicht weiter erhöht werden, die Unternehmen müßten mit mehr Eigenkapital ausgestattet sein. „Wenn man dann unseren Kurs sieht im Asyl- oder Ausländerrecht und im Demonstrations-Strafrecht, so können auch Hildegard Hamm-Brücher und Burkhard Hirsch zufrieden sein" – die Politiker, die noch *am ehesten mit der* sozial-liberalen Ära verbunden sind.

Dabei setzte sich Rohde aber nach*drücklich dafür ein, die* Vermummung als Ordnungswidrigkeit zu werten. Er sagte, die Polizei könne in der praktischen Handhabung bei dieser Wertung flexibler reagieren.

Auf die CDU gemünzt, sagte Rohde, er hoffe, daß sie auch innerlich in den kommenden Wochen noch stär*ker auf Sieg setze. Die Einbeziehung* der Bundespolitik in den Wahlkampf halte er für richtig. Der Spitzenkandidat der Union, Bernhard Worms, sei „ein kompetenter Mann mit klaren Zielen für das Land".

Auch Paris freundet sich mit SDI-Programm an

Frankreichs Industrie ist an Kooperation mit USA interessiert

THOMAS KIELINGER, Bonn

In Fragen der amerikanischen Weltraumverteidigung *bahnt sich* seit einigen Wochen eine bemerkenswerte Annäherung der deutschen und französischen Standpunkte an. Dieser Umstand blieb bisher weitgehend verschleiert, zumal der französischen Verteidigungsminister Hernu auf der kürzlichen Wehrkundetagung *in München eine* als sehr kritisch empfundene Rede zum amerikanischen SDI-Projekt gehalten hatte. In Wirklichkeit aber zeichnet sich spätestens seit den deutsch-französischen Konsultationen Anfang März in Paris, wo sich neben den Regierungschefs auch die Außen- und Verteidigungsminister beider Länder zu separatem Gedankenaustausch getroffen hatten, die Übereinstimmung ab.

Beide Länder begrüßen die Forschungen auf dem Gebiet der Weltraumverteidigung, während sie zur Frage einer *möglichen Stationierung* die bekannten Vorgaben vortragen:

- Keine Abkehr von der gültigen Abschreckungsdoktrin (Vernichtung jedes Angreifers mit atomaren Offensivwaffen), ehe ein auf der Defensive basierendes Konzept nicht erwiesenermaßen die gleiche Qualität der Friedenssicherung besitzt.
- Keine Einführung der SDI-Technologie ohne Absprache mit der an*deren Supermacht*.
- Beteiligung der Verbündeten an den wissenschaftlichen Früchten der SDI-Forschung.

So irreführend ist das Bild angeblicher französischer Widerstände gegen die strategische Verteidigung, daß selbst die Sowjets in ihrer Anti-*SDI-Kampagne bisher besonders auf* die französische Karte zu setzen scheinen. Bei einem Essen zu Ehren des französischen *Außenminister Dumas* in Moskau sagte gestern Gastgeber Gromyko, die Positionen zwischen der UdSSR und Frankreich in der SDI-Frage zeigten „nicht wenige *Ähnlichkeiten*."

Diese Behauptung hält einer genauen Analyse nicht stand. Schon Außenminister Genscher teilte bei seinem kürzlichen Besuch in Moskau – nach den deutsch-französischen Konsultationen – seinem Gegenüber Gromyko mit, der Westen trete in Sachen *SDI mit großer Einigkeit auf*, und es fruchte nichts, hier ähnlich der Anti-INF Kampagne die Westeuropäer und die Amerikaner erneut zu spalten zu wollen.

In Frankreich ist ganz offensichtlich die Industrie eine der treibenden Kräfte hinter der jetzt deutlich gewordenen positiven Einschätzung der SDI-Forschung. Es gibt schon jetzt Beispiele französischer Kooperation am SDI-Projekt. So funktionieren etwa die amerikanischen „free-electron" Laser nur, weil sie an ein besonderes Energiespendesystem für Radiofrequenzen, dem „Big R Frequency Driver" (in der Fachsprache KLYSTRON abgekürzt) angeschlossen sind, das die Firma Thompson CSF in Paris herstellt. Vier oder fünf dieser Spendersysteme sind in den US-Laboratorien in Los Alamos in Betrieb.

Eingeweihte sehen ein geschicktes französisches Doppelspiel: Nach außen hin ließ Paris bisher den Eindruck der SDI-Kritik bestehen, während die Industrie bereits voll auf das Zukunftsprojekt einging. Damit hat die französische Führung zumindest erreicht, daß die „Strategische Vertei*digungsinitiative*" der USA in Frankreich bisher nicht zum innenpolitischen Zankapfel geworden ist.

Syrien stützt Iran massiv mit Waffen

DW. Teheran

Ungeachtet des Appells von UNO-Generalsekretär Pérez de Cuéllar, die Angriffe auf zivile Ziele einzustellen, haben Iran und Irak in dem jetzt seit vier Jahren dauernden Golfkrieg die Kämpfe ausgeweitet. Die irakische Luftwaffe griff erstmals die iranische Hauptstadt Teheran an; zugleich startete Iran an der Südfront eine neue Offensive. Der Krieg macht deutlich, daß – vor allem beim Nachschub von Waffen – immer stärker dritte Staaten ihre Hand im Spiel haben.

Syrien entwickelt sich zunehmend zum engsten militärischen Verbündeten des iranischen Regimes. Dabei dient Syrien nicht nur als Hauptumschlagplatz für Waffenlieferungen nach Iran, zunehmend instruieren auch syrische Berater die iranischen Soldaten an modernen sowjetischen Waffen, die von Syrien und Libyen in Moskau gekauft werden.

Bei einem Treffen der Außenminister Irans, Syriens und Libyens in der persischen Hauptstadt Teherans wurde, wie die WELT von gut unterrichteter Seite erfuhr, ein geheimes Abkommen über Rüstungs- und Ausbildungshilfe unterzeichnet. Darin verpflichtet sich Libyen, kurzfristig so*wjetische Flugzeugabwehrraketen* vom Typ SAM-9 nach Iran zu liefern. Syrien sagte zu, Mannschaften der persischen Armee an diesen Waffen auszubilden.

Am 5. Februar bereits traf eine Gruppe syrischer Luftwaffenoffiziere und Techniker in Iran ein, um die persischen Soldaten zu instruieren. Die syrischen Ausbilder werden bis auf weiteres in Iran bleiben. Ende *Februar landeten Frachter* die ersten SAM-9-Raketen aus Libyen an. Informierte Kreise in Teheran und Damaskus glauben nicht, daß Moskau über das Abkommen Tripolis–Damaskus–Teheran informiert war, meinen aber, daß die Sowjetunion das Waffengeschäft *nun* stillschweigend gutheißt.

Bereits Ende vergangenen Jahres gelangten drei Schiffsladungen *sowjetischer Waffen* über *Bulgarien* und die Tschechoslowakei nach Syrien und wurden von dort nach Iran weitertransportiert. Im *Gegenzug* für die Waffen- und Ausbildungshilfe unterstützt Iran das wirtschaftlich schwächere Syrien. Günstige Kredite Teherans sollen Damaskus den Kauf persischen Öls ermöglichen. Damaskus steht bereits mit einer Milliarde Dollar bei Teheran in der Kreide.

Während des ganzen iranisch-irakischen Krieges hat Syrien Persien unterstützt. Gegenwärtig hat es jedoch den Anschein, daß Damaskus seine Hilfe für Teheran intensiviert, obgleich diese Unterstützung wegen *Drohungen Iraks* heruntergespielt wird.

Gegenwärtig sieht es so aus, als ob die syrische Armee ihre Hilfe vor allem darauf konzentriert, die iranische *Luftverteidigungskapazität zu* verbessern. Den Grund sehen Beobachter in den zunehmenden Angriffen irakischer Bomber auf Öleinrichtungen und andere zivile Ziele. Syrien bezieht sieben bis acht Millionen Barrel Öl aus Iran. Die zunehmenden Schwierigkeiten, iranisches Öl zu ex*portieren, haben bereits negative* Auswirkungen auf die syrische Ölversorgung gezeitigt.

Araber fordern von Bonn Druck auf Israel

dpa/lav, Bonn

Die arabischen Botschafter in Bonn mit Ausnahme des ägyptischen haben gestern die Bundesrepublik Deutschland aufgefordert, sich verstärkt *für die Interessen Libanons* und die Durchsetzung der UNO-Beschlüsse über den Rückzug Israels aus Südlibanon einzusetzen. Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz sagte der libanesische Botschafter Hammoud, angesichts „der jüngsten israelischen Übergriffe und Gewaltakte" erwarteten die arabischen Länder von Bonn konkrete und wirksame Hilfe.

Die israelische Armee hat die Behauptung zurückgewiesen, daß die Durchsuchung des 15 000 Einwohner zählenden Schiitendorfes ein Racheakt für den Bombenanschlag auf den israelischen Militärkonvoi vom Sonntag gewesen sei. Verteidigungsminister Yitzhak Rabin sagte, die Durchsuchung sei bereits vor mehreren Tagen beschlossen worden.

Wex besteht auf Arbeitsplatzgarantie

E.N. Bonn

Die Vorsitzende der CDU-Frauenvereinigung, die Bundestagsabgeordnete Helga Wex, hat Erziehungsgeld und Arbeitsplatzgarantie für den Elternteil, der sich für die Aufgabe in der Familie entscheidet, als wichtigste Voraussetzung für die Gleichwertigkeit der Arbeit in Beruf und Familie bezeichnet. Frau Wex widersprach der Vermutung, daß man sich auf eine Formulierung zurückziehen könnte, wie sie als „Dortmunder Programm" 1975 von der CDU veröffentlicht wurde. Damals hatte es geheißen, daß „bei vorübergehender Unterbrechung der Berufstätigkeit wegen eines Kleinkindes" der Anspruch auf einen gleichwertigen Arbeitsplatz für einen begrenzten Zeitraum erhalten bleiben solle, „sofern dem nicht unabweisbare Bedürfnisse des Betriebes entgegenstehen".

Neues Signal Börners an die Grünen?

dg. Wiesbaden

Der hessische Ministerpräsident Börner (SPD) hat die Ansicht geäußert, das Wahlergebnis vom Sonntag habe die Gegenposition seiner Landesregierung zur Bonner Kampagne gegen eine rot-grüne Koalition bestätigt. Börner versicherte, er halte nichts von Neuwahlen zum Landtag, um aus dem Dilemma seiner Minderheitsregierung herauszukommen. Zunächst werde eine „Phase des Sondierens" beginnen, ob die Grünen Protestpartei bleiben oder Verantwortung übernehmen wollten.

Zwar gebe es keine „generellen Empfehlungen" für Bündnisse seiner Partei in den Kreis- und Kommunalparlamenten, die sozialdemokratischen Mandatsträger seien jedoch aufgefordert, „die vom Wähler gewünschten Veränderungen zu vollziehen". Diese Interpretation des Wahlergebnisses läßt vermuten, daß Börner seine Partei zu einem dritten Anlauf zur Zusammenarbeit mit den Grünen mobilisieren möchte.

Was denkt er wohl?

J. G. – „Nicht lebensfähig" nennt das für die kaum genesende deutsche Stahlindustrie zuständige IG-Metall-Vorstandsmitglied Judith nun coram publico die geplante Krupp/Klöckner-Stahlfusion. Denn eine Schuldenlast von fünf Milliarden Mark sei da aus nur doppelt so großem Umsatz nicht zu tragen. Was denkt er sich bei solchem Torpedoschuß gegen ein doch weithin als nützlich gepriesenes Projekt?

Die erste Antwort liefert er gleich mit. In radikaler Abkehr von der in der langen Stahlkrise oft demonstrierten besseren Einsicht kündigt Judith an, daß seine Gewerkschaft nächste Woche ein Konzept zur „Vergesellschaftung" der Branche vorlegen werde. Doch da hat der brave Mann, wenn überhaupt, kurz gedacht. Reichlich sind in Europa die Beispiele, daß verstaatlichte Stahlunternehmen gleichfalls drastisch Arbeitsplätze ausmerzen müssen, den Strukturwandel zu kleineren Kapazitäten aber mit aberwitzigen Milliarden-Subventionen weit weniger effizient als die privat-wirtschaftlichen und kaum subventionierten Deutschen bewerkstelligen.

Auch die Tatsache, daß schon mehr als die Hälfte des EG-Stahlpotentials in Staatshand liegt, ist da ein Irrlicht. Fairer Leistungswettbewerb der Tüchtigsten bleibt für eine bald bessere Stahl-Zukunft gefragt. Staatsbetriebe waren auf dem Weg zu solchem für alle nützlichen Ziel noch nie die Pioniere.

Kostendynamik

Py. – Es ist schon gespenstisch: vor uns das kaum geringer werdende Heer von Arbeitslosen, im Genick den durch wachsenden Kostendruck stärker werdenden Zwang zur Rationalisierung und Automatisierung, leisten wir uns zu den Arbeitsentgelten und Personalkosten einen Block von Personalzusatzkosten, der 1984 eine neue Rekordmarke erreicht hat. Für jede 100 DM Arbeitsentgelt, so das Institut der Deutschen Wirtschaft, mußten die Unternehmen 79,60 DM an Zusatzkosten aufwenden; in diesem Jahr dürften im produzierenden Gwerbe sogar die 80 DM überschritten werden. In vielen Unternehmen erreichen sie schon längst den Arbeitslohn. Das Erstaunliche an der Entwicklung des Jahres 1984: erstmals wurden die tariflichen und betrieblichen Zusatzkosten von den gesetzlich verordneten abgehängt – durch die stärker der Sozialversicherungspflicht unterliegenden Sonderzahlungen der Unternehmen und durch den höheren Krankenstand. Wenn diese Umkehr der Kostendynamik Schule macht, werden die Unternehmen in ihrer Ertragskraft noch schneller stranguliert.

MASCHINENBAU / Hoher Dollarkurs wirkt wie ein Konjunkturprogrammm

Mikroelektronik und Nachholbedarf sichern „strukturelles Wachstum"

JOACHIM WEBER, Frankfurt

Der deutsche Maschinenbau hat sich auf eine „längerfristige Phase neuen strukturellen Wachstums" eingestellt, so Otto H. Schiele, Präsident des Branchenverbands VDMA. Die Impulse dazu sollen aus zwei Richtungen kommen: Vom Zwang zur Umrüstung der Produktpalette auf die elektronische Intelligenz und vom aufgestauten Nachholbedarf, der als Spätfolge der Investitionsflaute der 70er Jahre noch zu decken ist.

Aber auch in der kürzerfristigen Prognose sind die Maschinenbauer optimistisch. Ihre Jahresproduktion soll 1985 real um fünf Prozent steigen, so Schiele. Die aktuelle Entwicklung deutet sogar auf einen noch steileren Kurvenverlauf hin: Nachdem die Auftragseingänge 1984 preisbereinigt um neun Prozent – im Ausland um 14, im Inland um zwei Prozent – gestiegen sind, brachte der Januar 1985 ein Plus von 24 Prozent (Ausland: plus 26, Inland: plus 19 Prozent).

Doch die Branche beurteilt solche Entwicklung betont vorsichtig: Zu einem guten Teil hängt ihr Wohlergehen – bei einem Exportanteil von 56 Prozent der Gesamtumsätze von 142,5 (132,8) Milliarden Mark – von der unsicheren Entwicklung des Dollarkurses ab. Sie führte 1984 nicht zuletzt dazu, daß die USA mit zehn Prozent Exportanteil zum wichtigsten Auslandsmarkt des größten deutschen Industriezweigs wurden.

„Der hohe Dollar wirkt für unsere Branche fast wie ein klassisches Konjunkturprogramm, von dem kurzfristige Wachstumsimpulse ausgehen, ohne daß man sich darauf verlassen könnte, daß sie auf Dauer anhalten", merkt VDMA Vizepräsident Peter Jungen an. Dabei ermahnt er seine Unternehmerkollegen, die teilweise völlig neue Präsenz am US-Markt zu nutzen, um dauerhafte Positionen dort aufzubauen.

Als Belastung sehen die Maschinenbauer auch die Kostensteigerungen aus dem neuen Metalltarif, die in diesem Jahr etwa sechs Prozent ausmachen werden: „Gemessen an den für 1985 erwarteten Preisüberwälzungsspielräumen und an der voraussichtlichen Produktivitätsverbesserung ist das zu viel", stellt Schiele fest.

Schließlich habe die Branche ihre Rendite nach Steuern im vergangenen Jahr erst wieder auf etwa 1,4 (1,2) Prozent vom Umsatz steigern können, sei also noch weit entfernt von den drei Prozent, die sie vor der Investitionsflaute Anfang der 70er Jahre verdient hatte.

Trotz der gestiegenen Arbeitskosten soll sich das Wachstum dieses Jahres auch in Neueinstellungen niederschlagen. Angesichts der höheren Auftragsbestände, die zu Jahresbeginn eine Beschäftigung von 5,6 Monaten sicherstellten, und der auf 86 (79) Prozent gestiegenen Kapazitätsauslastung sei mit Neueinstellungen von 20 000 bis 30 000 Mitarbeitern zu rechnen.

Von 1971 bis zum Sommer 1984 war die Beschäftigtenzahl der Branche kontinuierlich um rund 200 000 zurückgegangen, seither geht es wieder langsam aufwärts. Zum Jahresende 1984 waren 1,005 (1,001) Millionen Menschen im Maschinenbau tätig. Die Zahl der Kurzarbeiter war binnen Jahresfrist auf 23 900 (94 600) zurückgegangen, im Februar 1985 wurde sogar ein Stand von 22 000 erreicht.

In einer Branche, deren Aktionsfeld von der Strickmaschine zum Akckerschlepper und von der Briefwaage zur Lokomotive reicht, kann so eine erfreuliche Entwicklung natürlich nicht ohne Schattenseiten bleiben. So gibt es durchaus einige Bereiche, die am Wachstum der Produktion um real vier Prozent – trotz der Streikausfälle im Mai und Juni erreicht – nicht teilhatten. Zu ihnen zählten die Landmaschinenindustrie, die Baumaschinenhersteller und der Großanlagenbau, der aber in den letzten Wochen wieder mit Erfolgsmeldungen aufwarten konnte.

Auf der Sonnenseite der Konjunktur lagen dagegen die Büro- und Informationstechnik (die auch die Elektroindustrie für sich reklamiert), Druck- und Papiermaschinen, Textilmaschinen, Werkzeugmaschinen, Gummi- und Kunststoffmaschinen sowie die Montage- und Handhabungsmaschinen bis hin zum Industrieroboter.

EG-AGRARPOLITIK

Bonn konnte Standpunkt in Brüssel nicht durchsetzen

WILHELM HADLER, Brüssel

Einen schweren Stand hat die Bundesregierung bei den diesjährigen Brüsseler Agrarpreisverhandlungen. Dies wurde in dieser Woche in einer ersten Debatte der Landwirtschaftsminister über die Vorschläge der EG-Kommission deutlich.

Während Frankreich, die Niederlande und Dänemark das „Preispaket" (durchschnittliche Anhebung der Erzeugerpreise um 0,1 Prozent) für eine gute Verhandlungsgrundlage halten, kämpft Bonn gegen die darin verborgenen realen Einkommenseinbußen für die deutschen Landwirte. Die Briten treten sogar noch für einen radikaleren Kurs zur Eindämmung der Überschüsse ein.

Als „Bündnispartner" kann Ernährungsminister Ignaz Kiechle vorerst lediglich seine Kollegen in Griechenland und Italien zählen, die das Konzept der Kommission allerdings nicht so sehr wegen der vorgeschlagenen Getreidepreissenkungen ablehnen, sondern wegen der Vorschläge für eine Einschränkung der Preisstützung für Tomaten und andere überschüssige „Südprodukte". Höhere Preise wünschen sich auch die Belgier, Luxemburger und Iren. Belgiens Agrar- und Europa-Staatssekretär Paul De Keersmecker forderte eine durchschnittliche Anhebung um zwei Prozent, während die europäischen Bauernverbände mehr als das Doppelte verlangen.

Kiechle möchte erreichen, daß die Gemeinschaft künftig den staatlichen Aufkauf nur noch für Weizen finanziert, der besonders hohen Qualitätsanforderungen genügt. Auf diese Weise könnte nach seiner Meinung die von der Kommission angeregte Senkung des Richtpreises um 3,6 Prozent vermieden werden. Hintergrund ist, daß in der Bundesrepublik zwischen 65 und 75 Prozent des geernteten Weizens diesen Normen entsprechen.

In EG-Kreisen wird der deutsche Plan auch deshalb für wenig hilfreich gehalten, weil er nach Meinung von Experten zu erhöhten Gerste-Interventionen führen würde. Die Kommission wehrt sich auch gegen die Forderung Kiechles, die vorgesehene Senkung der Milchquoten um ein Jahr zu verschieben.

Weitgehend durchsetzen konnte sich Bonn dagegen mit seiner Forderung nach einer Beschränkung der EG-Mittel zur Verbesserung der Agrarstruktur. Die Finanzminister gaben den Agrarkollegen eine „Vorgabe", nach der die Gemeinschaft im Zeitraum von 1985 bis 1989 etwa 11,7 Milliarden DM für Projekte zur Modernisierung der Landwirtschaft (vor allem in zurückgebliebenen Regionen) ausgeben darf.

Eindeutig ist dieser Finanzrahmen allerdings noch nicht, denn die Minister konnten sich noch nicht darauf verständigen, ob die vor allem von Griechenland geforderten „integrierten Mittelmeerprogramme" aus den vorhandenen Mitteln der EG finanziert oder durch zusätzliche Zuschüsse dotiert werden sollen.

Hoffnung auf Teilzeitarbeit

Von JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Während sich die Arbeitslosigkeit in den meisten anderen westlichen Industriestaaten zu stabilisieren beginnt und sogar leicht zurückgeht, nimmt sie in Frankreich weiter zu. Dies liegt vor allem daran, daß die hier verspätet eingeleitete industrielle Umstrukturierung immer noch in großem Umfang Arbeitskräfte freisetzt. Andererseits werden wegen des verhältnismäßig schwachen Wirtschaftswachstums nicht genügend neue Arbeitsplätze geschaffen.

Nachdem die sozialistische Regierung das Arbeitslosenproblem, das ihr vor knapp vier Jahren zur Macht verholfen hatte, zunächst mit kostspieligen beschäftigungspolitischen und sozial-therapeutischen Maßnahmen zu lösen versuchte, hofft sie es jetzt durch die Förderung einer größeren Arbeitsflexibilität im Hinblick auf die nächsten Parlamentswahlen in einem Jahr besser in den Griff zu bekommen. Die dazu ausgegebene Parole heißt Teilarbeitszeit.

Im Unterschied zu der vor drei Jahren erfolgten Verkürzung der gesetzlichen Arbeitszeit von 40 auf 39 Wochenstunden und die Erweiterung des gesetzlichen Jahresurlaubs von vier auf fünf Wochen sollen allerdings die weiteren Schritte zu der von Staatspräsident Mitterrand proklamierten 35 Stundenwoche grundsätzlich nicht mehr unter vollem Lohnausgleich durch die Unternehmer erfolgen. Im Falle der Einstellung von Arbeitslosen auf Teilarbeitszeit sorgt aber die Regierung seit Anfang März dafür, daß der betreffende Arbeitnehmer gegenüber der Arbeitslosenentschädigung keine Einkommenseinbuße erleidet.

Die Arbeitgeber selbst erhalten vom Staat auf der Basis von 19 Wochenstunden Teilarbeitszeit eine Subvention von 6000 Franc. Diese vermindert sich allerdings im nächsten und übernächsten Jahr auf 3000 Franc. Auf diese Weise hofft man bis Ende 1987 rund 100 000 zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen; davon allein 50 000 bis zu den Wahlen im kommenden Jahr. Die Kosten dieser neuen Aktion dürften sich für dieses Jahr auf 800 Mill. Franc belaufen. Dazu kommt der Aufwand für die bereits 1984 eingeleitete verstärkte Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit.

Ein wichtiger Grund dieser Initiative besteht allerdings darin die französische Arbeitslosenstatistik zu entlasten. Zu diesem Zweck werden neuerdings auch die zahlreichen Jugendlichen nicht mehr als Stellensuchende (sprich Arbeitslose) erfaßt, die zum erstenmal an den Arbeitsmarkt treten. Erst wenn ihre Gesuche länger als ein halbes Jahr vorliegen finden sie in die Statistik Eingang.

Durch diese und andere Tricks hat das Arbeitsministerium die Zahl der Arbeitslosen um mehr als eine halbe Million reduziert, erklärte jetzt der Generalsekretär der gemäßigten Force Ouvrière-Gewerkschaft und Präsident der Arbeitslosenversicherung Unedic, André Bergeron. Danach käme man für den internationalen Vergleich auf über drei Millionen Arbeitslose statt der offiziell genannten 2,43 Millionen.

Nachdem aber inzwischen die statistischen Möglichkeiten und die der vertretbaren staatlichen Subventionierungen weitgehend erschöpft sind, die Regierung andererseits aber die Konjunktur nicht aus beschäftigungspolitischen Überlegungen ankurbeln kann – sie hat damit böse Erfahrungen gemacht – käme es jetzt darauf an, daß sich die Sozialpartner flexibler zeigen. Dabei ginge es zunächst einmal um die Lockerung der starren Belegschaftsgrenzen, von denen an zusätzliche soziale Leistungen von den Arbeitgebern zu erbringen sind und besondere gewerkschaftliche Rechte in Kraft treten.

Durch die Aufhebung dieser Schwellen, verspricht das Patronat, würden bei den kleinen und mittleren Unternehmen von heute auf morgen über 80 000 Arbeitsplätze aus dem Boden gestampft. Aber die Gewerkschaften wollen an dieser sozialen Errungenschaft nicht rütteln. Sie zeigen sich neuerdings aber wenigstens an Verhandlungen über die Arbeitszeitverkürzung ohne vollen Lohnausgleich bereit.

Dazu hat inzwischen die sozialistische Partei eine Untersuchung vorgelegt, der zufolge bis zu 400 000 zusätzliche Arbeitsplätze zu etwa 70 Prozent des vollen Lohns geschaffen werden könnten, falls die dann entfallende Arbeitslosenunterstützung und der Ertrag der entsprechenden Produktivitätsfortschritte beigesteuert werden. Dies wäre aber zu schön um wahr zu sein.

AUF EIN WORT



„Den Handwerksbetrieben sind niedrige Steuersätze mit wenigen Ausnahmen lieber als hohe Steuersätze mit vielen Ausnahmen."

Paul Schnitker, Präsident des Zentralverbands des Deutschen Handwerks, Bonn FOTO: JUPP DARCHINGER

Banken: Es geht weiter aufwärts

HH. Bonn

Die konjunkturelle Aufwärtsbewegung in der Bundesrepublik hält nach Meinung des Bundesverbandes deutscher Banken an. Als Hauptursache nennt er in seinem Konjunkturbericht die von der Auslandsnachfrage und den Investitionen ausgehenden Impulse. Im Inland sei vor allem die Nachfrage nach Maschinen und Ausrüstungen lebhaft. Der Anstieg der Hypothekenzinsen spiegele die jüngste Renditenentwicklung am Kapitalmarkt wider. Der bis zur Jahreswende zu beobachtende Rückgang der Kapitalmarktzinsen sei durch die Unsicherheiten, die der Zinsanstieg in den USA und der Höhenflug des Dollar verursacht hätten, „vorerst gestoppt" worden.

DEVISENMARKT

Die Erholung des Dollars weckt Zinssteigerungsängste

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Hektische Dollarschwankungen zwischen 3,3750 und 3,28 DM signalisierten gestern erhebliche Nervosität an den internationalen Devisenmärkten. Gewinnmitnahmen drückten den Kurs der US-Währung, die am Montag in Frankfurt amtlich mit 3,3620 DM bereits um 5,80 Pfennig niedriger als am Freitag notiert worden war, in New York am Montag abend weiter auf 3,32 DM und gestern Vormittag in Europa sogar bis auf 3,28 DM.

Statt der von Devisenhändlern schon prophezeiten Fortsetzung der Abwärtsbewegung auf 3,25 DM oder sogar 3,20 DM setzte eine kräftige Erholung ein, so daß der amtliche Kurs gestern mit 3,3520 nur noch um einen Pfennig niedriger war als am Vortag. Die gleichen Schwankungen vollführte der Dollar gegenüber den meisten anderen Währungen, den japanischen Yen ausgenommen.

Mit dem Wiederanstieg des Dollarkurses sind gestern auch die Hoffnungen geschwunden, die wichtigsten außeramerikanischen Notenbanken könnten darauf verzichten, Zinserhöhungen als Waffe gegen den Dollarhöhenflug einzusetzen, nachdem sich in Zentralbankkreisen offenbar die Auffassung durchgesetzt hat, daß die Dollarhausse auch mit so massiven Interventionen wie im Februar nicht wirksam zu bremsen sei. Zwar hält man am Devisenmarkt das Zinsschwert für eine stumpfe Waffe; dennoch befürchtet man ihren Einsatz um so stärker, desto weiter der Dollar klettert. In der Bundesrepublik rechnet man für diesen Fall mit einer mindestens einprozentigen Erhöhung des Diskontsatzes und des Lombardsatzes.

AUSSENHANDEL

Importe aus Dritter Welt sind deutlich gestiegen

HEINZ HECK, Bonn

Die deutsche Einfuhr aus Entwicklungsländern ist 1984 gegenüber dem Vorjahr um elf Prozent auf 69,8 Milliarden Mark gestiegen. Der Anteil an der Gesamteinfuhr betrug 16,1 (16,2) Prozent. Die deutsche Ausfuhr lag mit 67,6 Milliarden Mark nur geringfügig über dem '83er Niveau (67,2). Der Anteil an der Gesamtausfuhr ging deutlich von 15,5 auf 13,8 Prozent zurück. War also 1983 noch ein Überschuß von 4,0 Milliarden Mark zu verzeichnen, so ergab sich 1984 ein Defizit von 2,2 Milliarden. Dieser „Swing" von über sechs Milliarden habe die Devisenposition der Dritten Welt „tendenziell gestärkt", schreibt das Wirtschaftsministerium in einer Analyse.

Der Außenhandel mit der Opec hat an Bedeutung verloren: Die Einfuhr erreichte mit 27,3 Milliarden Mark wieder den Vorjahreswert, lag jedoch aufgrund rückläufiger Preise und Mengen um über zehn Milliarden Mark unter dem Ergebnis von 1981. Die Ausfuhr in die zwölf Ölstaaten ist 1984 gegenüber 1983 um zwölf Prozent oder 3,7 Milliarden auf 27,9 Milliarden Mark zurückgegangen (1982 lag der Rekordwert über 38 Milliarden). Als Hauptgrund wird die Drosselung der Investitionstätigkeit genannt.

Die Handelsentwicklung mit den übrigen Entwicklungsländern sei „zufriedenstellend". Von der Einfuhr stammten 30,0 Milliarden aus Asien, 23,6 aus Afrika und 16,2 aus Lateinamerika. Überproportional (15 Prozent) stieg die Einfuhr aus Afrika.

Von der Ausfuhr gingen 41,0 Milliarden nach Asien, 14,5 nach Afrika und 12,0 Milliarden nach Lateinamerika. Aus der Dritten Welt wurden Einfuhren von 7,2 Milliarden Mark durch die EG-Zollpräferenzen begünstigt.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Die Hälfte der Bevölkerung auf Reisen
vorläufige Reisebilanz 1984

39 Milliarden DM Devisenausgaben
230 Millionen Übernachtungen im Inland
39 Millionen Reisen
15 Milliarden DM Deviseneinnahmen
davon 23 Millionen ins Ausland
davon 30 Millionen Ausländerübernachtungen
imu 850115
Quelle: BMWi

Im Jahr 1984 hat die Reiselust der Deutschen wieder leicht zugenommen. Nach vorläufigen Schätzungen lag die Zahl der Urlaubsreisen bei über 39 Millionen. Damit war mehr als die Hälfte der Gesamtbevölkerung 1984 auf Reisen. Etwa 23 Millionen reisten ins Ausland. Um rund drei Prozent zugenommen haben die Übernachtungen im Inland. Sogar um neun Prozent stiegen die Übernachtungen ausländischer Gäste. Quelle: IMU

Umsatz gestiegen

Wiesbaden (VWD) – Die Umsätze der Einzelhandelsunternehmen in der Bundesrepublik sind im Januar 1985 gegenüber dem Vorjahr bei gleicher Zahl der Verkaufstage um rund sechs Prozent gestiegen, teilt das Statistische Bundesamt auf Basis erster Ergebnisse aus neun Bundesländern mit. In konstanten Preisen ergab sich ein Zuwachs um vier Prozent. Nominal konnten die Warenhäuser ihren Umsatz um fünf Prozent steigern. Der Versandhandel mit warenhausähnlichem Sortiment kam auf ein Plus von 0,1 Prozent.

Mehr Wohnungen gebaut

Bonn (pje.) – Im vergangenen Jahr sind nach Darstellung von Bundesbauminister Schneider knapp 400 000 Wohnungen fertiggestellt worden, 17 Prozent mehr als im Vorjahr (341 000). Im einzelnen stiegen die Fertigstellungen im Einfamilienhausbau gegenüber 1983 um 6,1 Prozent (93 521), die Zahl der Wohnungen in Zweifamilienhäusern um 4,6 Prozent (82 560) und die Zahl der Wohnungen in Mehrfamilienhäusern um 31,4 Prozent (183 522). Noch in diesem Monat, so betonte Schneider, werde die Bundesregierung den Gesetzentwurf zur Neuordnung der steuerlichen Förderung der Eigentumsbildung im Wohnungsbau verabschieden.

Stärkung des Ecu?

Frankfurt (cd.) – Offiziell unbestätigt blieben bisher Versionen, wonach sich die EG-Notenbankchefs am Wochenbeginn in Basel auf ein Paket zur Stärkung der Rolle des Ecu als offizeille Reservewährung geeinigt haben. Dazu sollte eine marktgerechte Verzinsung des Ecu gehören, dessen Zins bislang am Durchschnitt der Diskontsätze klebte, ferner die Erlaubnis für Nicht-EG-Notenbanken, auf Wunsch Ecu-Guthaben zu unterhalten sowie die Verwendung von Ecu für Interventionen im EWS auch vor Erreichen der Interventionspunkte.

US-Millionäre

Washington (Sbt.) – Die Zahl der Amerikaner, deren Vermögen ohne Schulden eine Million Dollar übersteigt, hat sich nach neuen Schätzungen der US-Finanzbehörde von 1976 bis 1982 mehr als verdoppelt, und zwar von 180 000 auf 410 000. Nur 22 Prozent waren jedoch unter 50 Jahre alt, 35 Prozent waren 65 oder älter. Von den reichsten US-Bürgern waren 39 Prozent Frauen, die 40 Prozent der Millionärs-Vermögen ihr eigen nannten.

Importabhängig

Washington (Sbt.) – Bei wichtigen Rohstoffen sind die USA in hohem Maße importabhängig. bei Chrom sind es 82, bei Mangan 99, bei Kobalt 95 und bei Platin 91 Prozent. Die vier sind unerläßliche Schlüsselmineralien für die Rüstungsindustrie, geliefert werden sie von Südafrika, Zaire und der Sowjetunion. Nach einer Aufstellung des Technologiebüros des Kongresses deckt die amerikanische Industrie ihren Bedarf an Diamanten im Ausland zu 100, an Bauxit zu 96, an Tantal zu 94, an Grafit zu 90 und an Zinn zu 79 Prozent.

Höhere Auslastung

Brüssel (AP) – Die Auslastung der Kapazitäten der Industrie ist im Januar 1985 mit Ausnahme von Griechenland und Dänemark in den EG-Ländern auf 81,7 Prozent gestiegen. Im Januar 1984 betrug die Auslastung der Industrie nur 79,4 Prozent. Wie aus einem in Brüssel von der EG-Kommission veröffentlichten Bericht hervorgeht, steigt die Kapazitätsauslastung der Industrie weiterhin. Die EG-Kommission wies jedoch darauf hin, daß die Kapazitätsauslastung immer noch unter dem als „normal" geltenden Stand von 85 Prozent liege. Am höchsten war die Kapazitätsauslastung im Januar 1985 in Großbritannien, den Niederlanden, Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland.

Autoabsatz stagniert

Paris (J. Sch.) – Der französische Automobilmarkt, der im letzten Jahr um 12 Prozent geschrumpft war, hat sich im Februar gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat stabilisiert. Dabei stieg der Absatz an Peugeot-Wagen um 26,6 Prozent. Die zum gleichen Konzern gehörende Gesellschaft Citroen verbuchte minus 13,6 Prozent. Der staatliche Renault-Konzern verbuchte in Frankreich einen Absatzverlust von 2,3 Prozent. In den ersten beiden Monaten dieses Jahres erreichte der Ausländeranteil an den Pkw-Zulassungen 35,5 Prozent.

SOZIALBUDGET

Das Institut Finanzen und Steuern kritisiert Regierung

PETER JENTSCH, Bonn

Die Bundesregierung wird ihr Ziel, die sozialstaatliche Belastung zu vermindern und bis 1987 die Sozialleistungsquote um gut zwei Prozentpunkte zu senken, nicht erreichen. Zu dieser negativen Einschätzung kommt das Institut Finanzen und Steuern in seinem Bericht über das Sozialbudget bis 1987. Es begründet seinen Pessimismus mit der Kursänderung in der Sozialpolitik der Regierung, die nach ersten Erfolgen ihrer Haushaltskonsolidierung bereits wieder „kostentreibende sozialgesetzliche Verbesserungen" vorsehe.

Das Sozialbudget der Bundesrepublik erreichte 1983 ein Ausgabenniveau von 537 Mrd. DM, 32,2 Prozent des Bruttosozialprodukts. Der Erwartung der Regierung, daß die Sozialausgaben bis 1987 jährlich nur um 3,6 Prozent auf 625 Mrd. DM steigen und sich wegen des schnelleren Wachstums des nominalen Bruttosozialprodukts die Sozialleistungsquote auf 29,9 Prozent senken lasse, widerspricht das Institut mit dem Hinweis auf Risiken, die in der Betrachtung des Wirtschaftswachstums und sozialpolitischer Pläne lägen.

Knapp ein Drittel der Sozialleistungen (165,4 Mrd. DM) entfielen 1983 auf die Rentenversicherung. In diesem Bereich drohten aber neue Risiken etwa durch die Reform der Hinterbliebenenrenten. Auch in der Krankenversicherung (100,5 Mrd. DM) beschleunige sich der Kostenanstieg. Daneben belaste die geplante Einführung des Erziehungsgeldes den Haushalt 1987 mit zusätzlich 1,4 Mrd. DM. Damit widerspreche die Regierung ihrem Ziel, einem angemessenen Wirtschaftswachstum Priorität zu geben.

FORSCHUNGSMINISTERIUM / Hohe Investitionen für den Ersatz von Benzin

Studie Methanol im Straßenverkehr

HEINZ HECK, Bonn

Um im Jahre 2000 zehn Prozent des Kraftstoffverbrauchs in der Bundesrepublik durch Methanol zu ersetzen, wären schätzungsweise Investitionen in Höhe von 15 Milliarden Mark erforderlich. Zugleich ergäben sich Deviseneinsparungen bei der Erdöleinfuhr von – nach heutigen Preisen – etwa zwei Milliarden Mark.

Dies ist eine der Aussagen einer umfangreichen Studie zum Thema „Methanol für den Straßenverkehr", die Forschungsminister Heinz Riesenhuber beim Kernforschungszentrum Karlsruhe, dem Institut für Systemtechnik und Innovationsforschung der Fraunhofer-Gesellschaft und dem TÜV Rheinland in Auftrag gegeben hat und die unter Mitwirkung weiterer Experten aus Wirtschaft und Wissenschaft erstellt wurde. Ziel dieser Studie zur Technikfolgenabschätzung, die gestern an Bonner Parlamentarier und Landesregierungen verschickt wurde, ist es, umfassend die Wirkungen des Methanol-Einsatzes auf Wirtschaft und Umwelt zu untersuchen.

Das Ministerium hat in zehn Jahren, seit der ersten Ölkrise, die Methanol-Verwendung bereits mit rund 70 Millionen Mark gefördert. Technische Probleme sind inzwischen weitgehend ausgeräumt. Derzeit werden dem Benzin drei bis fünf Prozent Methanol (entsprechend einer EG-Norm) beigemischt. Ein höherer Anteil würde dagegen Veränderungen vor allem an Kunststoffteilen des Motors erforderlich machen.

Nur hapert es mit der Wirtschaftlichkeit: Zwei Liter Methanol (sie entsprechen dem Energieinhalt von einem Liter Benzin) wären schätzungsweise 35 bis 45 Pfennig teurer als ein Liter Benzin. Allerdings ist gerade die Wirtschaftlichkeit vom gewählten Einsatzrohstoff (Stein- oder Braunkohle) oder vom Bezugsverfahren (inländische Produktion oder Import) abhängig.

In der Studie werden fünf Optionen untersucht, die von der Annahme einer Inlandserzeugung auf der Basis zusätzlich geförderter Steinkohle bis zum schlichten Methanol-Import reichen. Da Riesenhuber der deutschen Kohle neue Märkte erschließen will, haben die entsprechenden Optionen Priorität.

Offen bleibt, ob Methanol in reiner Form auf den Markt kommen (dann wären technische Veränderungen im Verteilungssystem erforderlich) oder für die Benzinherstellung eingesetzt werden sollte (Änderungen entbehrlich). Die Diskussion um den Bau von Kohleverflüssigungsanlagen in Nordrhein-Westfalen und an der Saar werden durch die Studie nicht unmittelbar berührt, da beide Länder bisher keine Förderanträge gestellt hätten, heißt es im Forschungsministerium.

HARRODS

Ägypter sind neue Eigentümer

fu. **London**

Das langjährige Tauziehen um die britische Kaufhauskette House of Fraser mit dem weltbekannten Londoner Nobelkaufhaus Harrods, ist beendet. *Unter der Voraussetzung, daß* die Kartellbehörde und das Ministerium für Handel und Industrie keine Einwände erheben, ist die ägyptische Familie Al-Fayed neuer Eigentümer.

„Tiny" Roland Rowland, Chef und Miteigentümer des Mischkonzerns Lonrho, dürfte endgültig aufgegeben haben. Wiederholt hatten ihm die Behörden eine volle Übernahme über seinen Anteil von 29,9 Prozent hinaus untersagt. Diesen Anteil hat Lonrho im November letzten Jahres an die Al-Fayed-Familie verkauft, umgehend aber 6,3 Prozent der Fraser-Aktien neugekauft.

Auch dieser Anteil ist jetzt von Lonrho an die Al-Fayed-Familie verkauft worden, die in der vergangenen Woche ein Angebot zur Übernahme von 615 Mill. Pfund (2,2 Mrd. DM) gemacht hatte. Inzwischen halten die Ägypter, denen auch das Hotel Ritz in Paris und das Rockefeller Plaza in New York gehören, mehr als 51 Prozent der *House of Fraser-Aktien.*

AUSSENHANDEL / Washington will die Flut der Produkte aus Fernost eindämmen – Sonderzölle angedroht

Hohe Kapitalexporte aus Japan in die USA

H.-A. SIEBERT, **Washington**

Im Streit um die Öffnung japanischer Märkte baut Tokio eine Verteidigungslinie auf, die den volkswirtschaftlichen Wert hoher Exportüberschüsse in Frage stellt, wenn die Devisenerlöse als Geld- und Kapitalanlagen in das Importland wieder zurückfließen. Die Adresse ist Washington, wo im Kongreß inzwischen mit Sonderzöllen gedroht wird, um die Warenflut aus dem Fernen Osten einzudämmen. Unter Leitung von Lionel Olmer versucht zur Zeit eine US-Delegation, Nippons Telekommunikations-Markt am Ort aufzubrechen.

Rechnungen, die von Angehörigen der japanischen Botschaft in der US-Hauptstadt aufgemacht werden, zeigen die Vereinigten Staaten gleich als zweifache Gewinner: Einmal werden sie, bedingt durch den überbewerteten Dollar, mit billigen Gütern versorgt, die den Lebensstandard der Amerikaner erhöhen und mit einer Währung bezahlt werden, deren Kurs eines Tages mit Sicherheit fällt. Zum anderen schicken die Japaner im Augenblick im Monatsdurchschnitt etwa fünf Mrd. Dollar über den Pazifik, die hauptsächlich in Treasury Notes und Bonds investiert werden.

Nach dieser Kalkulation exportiert Japan mehr Geld in die USA als es 1984 im bilateralen Handelsverkehr – nahezu 37 Mrd. Dollar oder umgerechnet rund 125 Mrd. Mark – unterm Strich verdient hat. Die Abflüsse fehlen natürlich für Investitionen im eigenen Land. Wenn auch die Bilanzen von etwa fünf Dutzend Großunternehmen, einschließlich der Exporthäuser, erheblich verschönt wurden, muß unter diesen Umständen hinter dem gesamtwirtschaftlichen Nutzen ein Fragezeichen gesetzt werden. Hingewiesen wird auch darauf, daß Amerika im vergangenen Jahr Waren für 22 Mrd. Dollar nach Japan ausgeführt hat – *soviel* wie nie zuvor.

Folgt man dem japanischen Wirtschaftsinstitut in Washington, dann machte Nippons globaler Kapitalexport in den ersten drei Monaten *1984* netto insgesamt *5,8* Mrd. *Dollar* aus, wovon etwa die Hälfte in die USA floß. Allein im Dezember waren es jedoch schon 8,4 Mrd. Dollar, so daß eine Jahresrate von 100 Mrd. Dollar überschritten wurde. *Für das* Gesamtjahr gibt das Institut die Netto-Abflüsse mit 49,8 Mrd. Dollar an. Das waren zehn Mrd. Dollar mehr als der zusammengefaßte Kapitalexport in den drei vorausgegangenen Jahren.

Die Explosion reflektiert eindeutig die sprunghaft gestiegenen Aktivsalden in der japanischen Handelsbilanz, wenn auch traditionell ein Teil der Ersparnisse im Ausland angelegt wird. So investierten die Japaner beispielsweise 1984 rund 4,7 Mrd. Dollar netto *in kurzfristige Papiere, und* zwar vor allem in drei- und sechsmonatige Treasury Bills. Ein Jahr vorher hatte der Import von kurzfristigem Geld Japan noch ein Nettominus von *23 Mill. Dollar* beschert. *Die* Überschüsse im Außenhandel und die hohen US-Realzinsen führten bereits dazu, daß Japan in die Rolle des größten Gläubigerlandes geschlüpft ist.

Dies ist insofern eine unerwartete Entwicklung, als eine im Mai zwischen Washington und Tokio unterzeichnete Vereinbarung den japanischen Markt für ausländische Investitionen, zusammen mit einer Liberalisierung der Bankenbürokratie, öffnen sollte. Eingetreten ist das Gegenteil, weil die Renditen in den USA zu attraktiv sind. Als Folge wurde der *Dollar weiter auf- und der Yen* abgewertet. Die Konsequenz ist in diesem Jahr ein japanischer Überschuß im Amerika-Handel, der an 50 Mrd. Dollar heranreichen wird.

Eine Beschleunigung des japanischen Engagements ist aber nicht nur bei ausländischen Staatspapieren festzustellen. Weltweit schnellten im letzten Jahr die neuen ausländischen Direktinvestitionen japanischer Firmen auf sechs Mrd. Dollar, nachdem das Durchschnittsplus von 1981 bis *1983 rund* 4,4 Mrd. Dollar betragen hatte. In den USA investierten sie bisher insgesamt 15 Mrd. Dollar, und zwar hauptsächlich in kleinere Betriebe. Im Schnitt beschäftigen die japanischen Tochtergesellschaften in Amerika 185 Mitarbeiter, der fixe Anlagewert schlägt mit 16 Mill. Dollar zu Buch. Nach einer Umfrage der Columbia Business School in New York *planen alle US-Töchter in den nächsten* drei Jahren umfangreiche Erweiterungen.

In Washington werden Japans Kapitalexporte, die für dieses Jahr auf *50* bis *100* Mrd. *Dollar* veranschlagt werden und von denen der größte Teil in den USA angelegt wird, schon mit dem Recycling der Petrodollars verglichen. Die Rückschleusung begann *1974 nach der Verfünffachung* der Ölpreise und erreichte 1980 nahezu 100 Mrd. Dollar. Damals wurde der Grundstein für die Schuldenkrise in Lateinamerika gelegt, *heute finanziert Japan das US-Haushaltsdefizit mit.*

FRANKREICH / Haushalts-Befragung zur Konjunktur

Der Pessimismus läßt nach

JOACHIM SCHAUFUSS, **Paris**

Die Franzosen fühlen sich besser, stellt das Nationalinstitut für Statistik (INSEE) aufgrund seiner jüngsten repräsentativen Befragung von 7000 Haushalten fest. Seit Mitte 1984, als sie sich am pessimistischsten seit zehn Jahren über ihre Zukunft geäußert hatten, sind die drei Monatsenqueten fortschreitend zuversichtlicher ausgefallen. Von einem eigentlichen Optimismus kann aber noch keine Rede sein, heißt es dazu bei dem Institut.

Nach wie vor sehr skeptisch eingeschätzt wird die weitere Entwicklung des Arbeitsmarktes. Die Arbeitslosigkeit gilt nach wie vor als das größte Problem. Andererseits glaubt man zunehmend an eine weitere Verminderung der Inflation.

Die von den Statistikern befragten Einzelhändler erklärten, daß sie in den nächsten Monaten keine Preiserhöhungen vornehmen würden. Die Preisentspannung des letzten Jahres wurde allgemein als „fühlbar" bezeichnet. Gleichwohl überrascht an der Befragung die überwiegend gemeldete *Verbesserung der finanziellen* Lage. Denn die Löhne waren letztes *Jahr weniger stark als die Preise* gestiegen.

Allerdings wurden die Reallohnverluste zum Teil durch den Anstieg der Sozialleistungen ausgeglichen. Den zu Jahresbeginn verbuchten Kaufkraftzuwachs wollen die Franzosen aber nicht für verstärkte Anschaffungen verwenden. Laut INSEE sei deshalb mit einer anhaltenden Stagnation des privaten Verbrauchs zu rechnen.

Der Konsum könnte sogar noch zurückgehen, da jetzt wieder mehr gespart werden soll, wie in der Befragung angegeben wurde. Andererseits wollen die befragten Kleinunternehmer mehr investieren. Sie schätzen *offensichtlich* die Konjunktur günstiger ein als es die Verbraucher selbst tun. Traditionell pessimistisch haben sich die Landwirte über ihre Einkommensentwicklung geäußert.

Die INSEE-Umfrage stützt die von der Regierung gemachte Analyse, wonach die Unzufriedenheit der Franzosen in der französischen Wirtschafts- und Sozialpolitik inzwischen ihren Tiefpunkt überwunden hat. Aber sie ist wohl immer noch erheblich größer als ihre Zustimmung zu dieser Politik.

CHINA / Wachstumsmarkt bietet gute Chancen für die deutsche Wirtschaft

Vor allem Investitionsgüter gefragt

HARALD POSNY, **Düsseldorf**

Den westlichen Industriestaaten weitet sich im Handel mit der Volksrepublik China im Zuge der in Peking eingeschlagenen „Politik der offenen Tür" ein neuer riesiger Markt. Und *die Bundesrepublik Deutschland hat* dabei gute Chancen, einen angemessenen Anteil abzubekommen. Sie ist gegenwärtig nach Hongkong, Japan und den USA der viertwichtigste Handelspartner des „Reichs der Mitte". Im letzten Jahr hat der deutsch-chinesische Handelsaustausch die fünf-Mrd.-DM-Grenze überschritten. Die Bundesrepublik importierte Waren für 2,4 (2) Mrd. *DM* und exportierte Erzeugnisse für 3 (2,8) Mrd. DM. Der Handelsbilanzsaldo ging allerdings auf 0,6 (0,8) Mrd. DM zurück.

Die Volksrepublik China ist auch der größte deutsche Handelspartner unter den Entwicklungsländern *Asiens. Während die Bundesrepublik* neben Agrarprodukten vor allem zunehmend Fertigwaren wie Textilien und andere Konsumgüter importiert, schätzen die Chinesen vor allem die *hohe Qualität der deutschen Investitionsgüter.*

In diesen Tagen hält sich eine 80köpfige Wirtschaftsdelegation der Stadt Tianjin in der Bundesrepublik auf, wo sie 30 Unternehmen zum Abschluß bisher geführter Verhandlungen besuchen wird. Tianjin ist die Stadt, die kürzlich die Münchener Zündapp-Werke gekauft hat und derzeit ausschlachtet und auch die französischen Bauknecht-Werke übernommen hat. In Düsseldorf ist eine Tianjin Handelsgesellschaft und Unternehmensberatungs GmbH tätig, die als deutsch-chinesische Gesellschaft auf dem Gebiet von Wirtschaft und Touristik tätig ist.

Nach einer Analyse der Westdeutschen Landesbank dürfte die Bundesrepublik auf längere Sicht auch von ihrer vergleichsweise liberalen Handelspolitik profitieren. Mit zunehmender internationaler Wettbewerbsfähigkeit der chinesischen Industrieprodukte werde nämlich die Bereitschaft, den Markt für chinesische Produkte offen zu halten, zu einem wichtigen verkaufsfördernden Argument für die eigene Industrie werden. Das um so mehr, als die Chinesen zusammen mit Anlagen auch das vorhandene Know-how miterwerben.

Diese Öffnung der Wirtschaft wird auch, so die WestLB, durch die Tatsache unterstrichen, daß China neben der Einführung marktwirtschaftlicher Elemente in der Binnenwirtschaft eine stärkere Öffnung zum Ausland sowie eine eigene Entwicklungsstrategie anstrebt. Die Volksrepublik hat bereits eine Anleihe auf *dem japanischen Markt aufgelegt und* plant dem Vernehmen nach nun auch eine Euro-Anleihe. Ein Erfolg der Anleihe scheint nach den gezeigten wirtschaftlichen Fortschritten sicher.

Die außenwirtschaftliche Situation ist ebenfalls ausgezeichnet. Das Land *hat nach Darstellung* der WestLB seine Devisenreserven seit 1979 bis Ende 1984 von 2,2 auf 17 Mrd. Dollar ausgebaut. Es verfügt darüber hinaus über Goldbestände von 12,7 Mill. *Feinunzen*, die gegenwärtig einen Wert von 3,5 Mrd. Dollar darstellen. Auf der anderen Seite wurden die bei ausländischen Banken und supranationalen Institutionen vorhandenen Kreditlinien nur zu einem geringen Teil (etwa 7 Mrd. Dollar Ende 1984) in Anspruch genommen.

China ist daher in Höhe von 10 Mrd. Dollar Nettogläubiger gegenüber dem Ausland. Im Gegensatz zu vielen Entwicklungsländern, die nur *mühsam oder gar nicht ihren Schuldendienst* leisten können, erzielt China somit erhebliche Netto-Zinseinnahmen.

Bis zum Jahr 2000 soll sich das Nationaleinkommen nahezu vervierfachen, das entspricht einem jährlichen Wachstum von etwa zehn Prozent. Auf dem Weg zu diesem Ziel haben Industrie-Modernisierung, Beseitigung von Engpässen in der Infrastruktur sowie die Energieversorgung *absoluten Vorrang.*

Warenaustausch mit der Schweiz erhöht

AP, **Zürich**

Der Warenaustausch zwischen der Schweiz und der Bundesrepublik Deutschland hat sich im vergangenen Jahr kräftig ausgedehnt und erstmals die 30-Mrd.-Franken-Grenze übertroffen. Wie Haro Eden, Direktor der Handelskammer Deutschland-Schweiz in Zürich mitteilte, erhöhten sich die schweizerischen Ausfuhren innerhalb der vergangenen sieben Jahre in das nördliche Nachbarland um durchschnittlich acht Prozent und erreichten 1984 rund 32 Mrd. Franken.

Deutschland zog im vergangenen Jahr aus dem Warenhandel mit der Schweiz erstmals über 20 Mrd. Franken. Die Schweiz dagegen konnte laut Eden lediglich Exporterlöse von knapp zwölf Mrd. Franken verzeichnen. Zum Vergleich erzielte die Schweiz in der Dienstleistungsbilanz zwischen den beiden Länder 1983 einen *Überschuß von rund 7,4 Mrd.* Franken. Die Zahlen für 1984 sind noch nicht veröffentlicht.

In Deutschland seien die Schweizer nach den Amerikanern die wichtigsten ausländischen Investoren. Obwohl keine präzisen Zahlen vorlägen, könne für *1984 ein* Investitionsumfang von rund elf Mrd. DM angenommen werden. Andererseits hätten auch die Deutschen in der Schweiz für rund sieben Mrd. DM investiert.

TEXTILINDUSTRIE / Export auf Rekordhöhe

Stagnation überwunden

INGE ADHAM, **Frankfurt**

Nach mehreren Jahren der Stagnation ist im vergangenen Jahr der Umsatz der deutschen Textilindustrie erstmals wieder spürbar gestiegen: Um 6 Prozent auf 34,9 Mrd. DM veranschlagt der Spitzenverband der Textilindustrie, Gesamttextil, Frankfurt, in seinem jetzt veröffentlichten Jahresbericht das erreichte Plus. Dahinter steht – über das ganze Jahr gesehen – ein Auftragsplus von 4 Prozent.

Dabei entwickelten sich Inlands- *und Auslandsaufträge sehr* unterschiedlich: Während aus dem Binnenmarkt insgesamt nur um ein Prozent höhere Aufträge kamen, bestellten die Ausländer – mit monatlich steigender Tendenz – insgesamt 15 Prozent mehr als im Jahr zuvor. Der Export hat sich also als entscheidende Kraft bei der textilen Belebung gezeigt. Insgesamt expandierten die deutschen Ausfuhren an Textilien und Bekleidung (ohne Rohstoffe) um 15 Prozent auf den neuen Höchststand von 22,7 Mrd. DM; die Einfuhr wuchs in der gleichen Zeit um 13 Prozent auf 31,4 Mrd. DM und sorgte damit für einen negativen Saldo in der Textilhandelsbilanz von 8,7 Mrd. DM, der bisher nur im Jahr 1980 übertroffen wurde.

Das starke Importwachstum ist um so bemerkenswerter, da im Textileinzelhandel *in der Bundesrepublik im* vergangenen Jahr kaum Bewegung war: Der Umsatz legte nur ein Prozent *zu, der Absatz sank um die* gleiche Größenordnung. Wie hart der Wettbewerb um den bundesdeutschen Käufer ist, signalisiert auch ein Blick auf die Preisentwicklung in den einzelnen Stufen. Während die Erzeugerpreise in der Textilindustrie im Jahresverlauf um 3,8 Prozent stiegen, meldet die Bekleidungsindustrie eine Rate von 3,1 Prozent, im Textileinzelhandel verteuerte sich das Angebot dagegen nur um 2,2 Prozent.

Angesichts der bei der Bekleidungsindustrie (Jahresumsatz plus 6 Prozent auf 21,4 Mrd. DM) zwischen höherem Auftragsvolumen (plus 6 Prozent real), Umsatz und Produktionsstagnation klaffenden Lücke vermutet Gesamttextil übrigens, daß ein Teil der Nachfrage nach Erzeugnissen der bundesdeutschen Textilindustrie zwar in der Bundesrepublik statistisch erfaßt, jedoch aus Auslandsproduktion befriedigt wird.

Die Textilindustrie bleibt mit ihrem erzielten Produktionsplus von 3 Prozent noch unter dem Mengenniveau von 1980, das von der verarbeitenden Industrie insgesamt im vergangenen Jahr wieder überschritten wurde. Verlangsamt hat sich aber der Abbau der Beschäftigten (minus 2,5 Prozent auf 235 000); die Zahl der Kurzarbeiter hat sich kontinuierlich verringert.

NAMEN

Dr. **Manfred Winterstein** ist mit *Wirkung vom* 1. März 1985 *zum* stellvertretenden Vorstandsmitglied der Münchener Hypothekenbank eG, München, bestellt worden.

Dr. **Ulrich Ost**, Vorstand der Patrizier-Bräu AG, Nürnberg, feiert heute den 60. Geburtstag.

Dr. **Frank Hildebrandt** (42) ist zum Marketing-Chef der Adam Opel AG, Rüsselsheim, bestellt worden.

Klaus v. Foerster, bisher Leiter des Vertriebs *der Zweigniederlassung* Berlin der Allianz Versicherungs-AG, München, wurde per 1. April 1985 vom Aufsichtsrat zum stellvertretenden Vorstandsmitglied der Tela Versicherung AG, Berlin/München, bestellt.

Dr. **Klaus Zumwinkel** (41), Direktor der McKinsey & Company, Inc., ist mit Wirkung vom 1. Juli 1985 zum Mitglied des Vorstandes der Großversandhaus Quelle Gustav Schickedanz KG, Fürth, berufen worden.

GROSSBRITANNIEN / Budget wird in der kommenden Woche verabschiedet – Steuererleichterungen erwartet

Schaffung von Arbeitsplätzen im Vordergrund

WILHELM FURLER, **London**

Zum ersten Mal seit dem Amtsantritt von Margaret Thatcher als Premierministerin vor sechs Jahren wird *das Regierungsbudget in der* kommenden Woche in erster Linie auf die Schaffung von Arbeitsplätzen ausgerichtet sein und damit zwangsläufig vom bisherigen strikten Kurs abweichen. *Davon ist jedenfalls die* Mehrheit der britischen Wirtschaftsforscher und Brokerhäuser überzeugt. Trotz der erheblichen Zusatzbelastungen, die durch den einjährigen *Kohlestreik auf die Staatskasse* zukommen, wird Schatzkanzler Nigel Lawson jeden verfügbaren Finanzspielraum für Steuererleichterungen und für Sonderhilfen im Bereich der Sozialversicherung ausnutzen, heißt es.

Der Mehrheit der führenden Institute in der Londoner City zufolge dürfte der Schatzkanzler einen Finanzspielraum von zwischen 1,5 und zwei Mrd. Pfund (5,45 und 7,25 Mrd. DM) zur Verfügung haben. Dieser Spielraum ist ihm trotz der Zusatzkosten durch den Bergarbeiterstreik in Höhe von zwölf bis 15 Mrd. DM zum großen Teil in den Schoß gefallen, da die Abwertung des Pfundes gegenüber dem starken US-Dollar die Regierungseinanhmen aus der Förderung von Nordseeöl erheblich erhöht hat; Öl wird grundsätzlich in Dollar gehandelt.

Das Problem für den Schatzkanzler hierbei ist allerdings, wie lange der *Dollar* auf seinem gegenwärtig extrem hohen Niveau verharren wird, oder ob die Schwächeanzeichen der letzten Tage bereits auf eine Tendenz zurück zu ausgeglicheneren Paritäten schließen lassen. Immerhin hat Lawson selbst in der letzten Zeit wiederholt betont, daß der Dollar stark überbewertet sei. Würde er die gegenwärtige Pfund-Dollar-Parität als Grundlage für seine Budget-Kalkulationen heranziehen, ohne dabei Spielräume einzubauen, könnte es zu einem erheblichen Vertrauensverlust in die Finanzpolitik der Regierung Thatcher kommen.

Weitgehende Übereinstimmung besteht darüber, daß der Schatzkanzler die staatliche Kreditaufnahme im kommenden Finanzjahr auf sieben Mrd. Pfund begrenzen wird. Dieser Neuverschuldungsansatz war von ihm bereits bei der Vorlage der Finanzplanung im vergangenen Herbst vorgelegt worden. Übereinstimmung *besteht auch darüber, daß es der* Regierung gelingen wird, die Inflationsrate bis zum Ende dieses Jahres auf deutlich unter sechs Prozent zu halten. Gegenwärtig liegt sie auf Jahresbasis bei genau fünf Prozent (Januar).

Zusätzliche Hilfe dürfte die Regierung möglicherweise schon in den nächsten Tagen erhalten, wenn die gegenwärtig extrem hohen Zinsen – der Basis-Ausleihesatz liegt bei 14 Prozent – aufgrund der verbesserten Pfund-Dollar-Parität wieder zurückgenommen werden. Damit würde die drohende Erhöhung der Hypothekenzinsen hinfällig werden. Der Schatzkanzler erhielt damit Argumentationshilfe für ein weniger striktes Sparbudget mit dem Schwerpunkt auf einer Reduzierung der direkten *Steuern bei einer Anhebung der indirekten* Steuern in etwa um die gegenwärtige Inflationsrate.

Aller Voraussicht nach wird sich Lawson dazu entschließen, die Steuereintrittsschwelle und die Steuerfreibeträge um fünf Prozent zur Kompensierung der Inflationsrate hinaus anzuheben. Dies würde in erster Linie dem unteren Ende der Einkommensskala zugute kommen und damit jene Arbeitslose zur Wiederaufnahme der Arbeit bewegen, die sich durch die bisherige Besteuerung benachteiligt sahen und lieber Arbeitslosenunterstützung bezogen.

FARMER / Ausmaß der Krise in den USA untersucht

Kleine Höfe stark gefährdet

H.-A. SIEBERT, **Washington**

Welche Ausmaße die Farmkrise in *den USA angenommen hat, zeigt eine* neue Untersuchung des Landwirtschaftsministeriums in Washington. Danach waren zu Beginn dieses Jahres 70 000 Vollerwerbsbetriebe technisch zahlungsunfähig. Weitere 73 000 Höfe tragen eine Schuldenlast, die 70 bis 100 Prozent der Aktiva, *also* Land, Gebäude und Maschinen, ausmacht. Hinzu kommen 220 000 Farmen, die 40 bis 70 Prozent ihres Vermögens verpfändet haben. Dieser letzten Kategorie gibt *das* Ministerium eine Überlebenschance von etwa vier Jahren, wenn sich die derzeitigen Bedingungen – niedrige Erzeuger- und Bodenpreise sowie rückläufige Exporte – nicht ändern.

Gefährdet sind mithin 16,5 Prozent der in Amerika registrierten 2,2 Mill. Farmen, von denen 697 000 sogenannte unabhängige Familienbetriebe mit einem Jahresumsatz von 50 000 bis 500 000 Dollar sind. Sie gelten als das Rückgrat der amerikanischen Landwirtschaft. *Von den* Familienhöfen steht 229 000 oder einem Drittel das Wasser bis zum Hals. In den USA gehören etwa 50 000 Betriebe Aktiengesellschaften, die auch *heute noch* Geld verdienen; rund 1,45 Mill. sind Nebenerwerbsbetriebe.

Nach Angaben der Behörde haben sich in den USA die Bodenpreise, an denen die Banken hauptsächlich ihre Darlehen messen, seit 1981 im Durchschnitt um acht Prozent zurückgebildet. Im Mittleren Westen, dem eigentlichen Farmgürtel, machte der Rutsch bis April 1984 *jedoch 28* Prozent aus. Er hat sich seitdem noch erheblich verstärkt; in einigen Agrarzentren halbierte sich der Bodenwert. Die Zahl der konkursverdächtigen Landwirtschaftsbanken hat sich in den letzten 18 Monaten auf 228 verdreifacht, nachdem die faulen Kredite um 20 Prozent zunahmen.

MCS / Rasante Expansion soll beibehalten werden

Start ins Breitengeschäft

JOACHIM WEBER, **Wiesbaden**

Die Modulare Computer und Software Systeme AG (MCS), Wiesbaden, Börsenneuling des Jahres 1984, will das rasante Wachstum des Vorjahrs auch 1985 durchhalten. Nachdem der Umsatz 1984 um 84 Prozent auf 13,8 (7,5) Mill. DM ausgeweitet wurde, erwartet der Gründer, Vorstandschef und Mehrheitsaktionär (rund 75 Prozent von 4,5 Mill. DM Grundkapital) Manfred Lepiorz, in diesem Jahr „mindestens 20 Mill. DM".

Die Prognose fällt bewußt bescheiden aus: Bei unveränderter Wachstumsrate wäre ein Umsatz von gut 25 Mill. DM fällig. Der Gewinn soll „entsprechend" steigen. 1984 war das Ergebnis vor Steuern um 150 Prozent auf 2,2 Mill. DM gewachsen. Nach Steuern von 1,3 Mill. DM wird daraus eine Dividende von 6,50 DM je Aktie ausgeschüttet, der Rest wandert in die Rücklagen.

Der Labor- und Ärztecomputer-Spezialist mit seinen 32 festen und 6 freien Mitarbeitern ist gut gepolstert ins neue Geschäftsjahr gegangen. Mit 3 Mill. DM bestanden 22 Prozent der Bilanzsumme von 13,5 Mill. DM in liquiden Mitteln. Nicht ohne Grund: Nachdem MCS 1984 mit neuen Ärztecomputern ins Breitengeschäft eingestiegen ist, benötigt das Unternehmen eine eigene Vertriebsorganisation mit der zugehörigen Infrastruktur für Schulung und flächendeckenden Kundendienst.

Zu diesem Zweck werden nun auch eigene Niederlassungen in der Bundesrepublik und in Österreich eingerichtet. Zudem verhandelt Lepiorz mit einem kürzlich eingestiegenen Aktionär (10 Prozent) – vermutlich einem Pharmakonzern – über eine Kooperation auch im Vertriebsbereich. Lepiorz schließt nicht aus, daß im Zuge dieser Operation sein eigener Kapitalanteil verringert werden könnte.

LOEWE OPTA / Geschäftsanteile werden neu geordnet – Partner aus der Telekommunikation noch gesucht

Ein totaler Rückzug des Philips-Konzerns

DANKWARD SEITZ, **München**

Vollkommen trennen wird sich jetzt der niederländische Philips-Konzern von der Loewe Opta GmbH, Kronach. Aufsehen hatte diese Verbindung Anfang des Jahres erregt, nachdem bekannt wurde, daß der Elektro-Multi lange Zeit direkt und indirekt mehrheitlich an dem bayerischen Unternehmen beteiligt war und dies dem Bundeskartellamt verschwiegen hatte. Offiziell hatte Philips in der Vergangenheit immer seinen Loewe-Anteil mit 15 Prozent angegeben.

In den nächsten Wochen wird nun nach Angaben von Helmut Ricke, Vorsitzender der Loewe-Geschäftsführung, eine Management-Gesellschaft, deren Gesellschafter er selbst (51 Prozent) und vier weitere Mitglieder der Loewe-Geschäftsleitung (49 Prozent) sind, 51 Prozent des 45-Mill.-DM-Stammkapitals übernehmen. Weitere 26 Prozent gelangen in den Besitz der Technologie Investoren Gesellschaft (TIG), Berlin, einer gemeinsamen Venture-Capital-Gesellschaft der Bayerischen Vereinsbank, der Dresdner Bank und BMW. Die restlichen 23 Prozent übernimmt zunächst die Dresdner Bank, um sie an einen industriellen Partner weiterzuveräußern.

Dieser neue Gesellschafter kann nach Angaben von Ricke nur mit Zustimmung aller Anteilseigner gewonnen werden. Gedacht wird dabei an ein Unternehmen aus dem Bereich der Telekommunikation und nicht aus der Unterhaltungselektronik, mit dem Loewe eine „sinnvolle Kooperation" eingehen kann. Zum anderen sind sich die neuen Anteilseigner darin einig, so Ricke, Loewe Opta zum geeigneten Zeitpunkt („nicht in Kürze") in eine Aktiengesellschaft umzuwandeln und an der Börse einzuführen. Keine Angaben wollte Ricke zum „fairen" Kaufpreis machen, der an Philips gezahlt werden muß. Weiterhin verbunden bleiben wird Loewe Opta mit dem niederländischen Konzern durch Lieferbeziehungen sowie den Lizenz- und Know-how-Austauschvereinbarungen. Diese gesamte Neuregelung habe schon die zustimmende Beurteilung des Bundeskartellamtes gefunden.

Recht zufrieden zeigte sich Ricke mit dem Geschäftsjahr 1984. Bei einem „mörderischen Wettbewerb" sei es Loewe Opta gelungen, den Umsatz um zwei Prozent auf knapp 260 Mill. DM zu steigern. Davon entfielen rund 195 (193) Mill. DM auf die Farbfernsehgeräte-Produktion und etwa 41 (gut 20) Mill. DM auf professionelle Elektronik und Btx-Endgeräte. Den Rest steuerten andere zugekaufte Video- und HiFi-Geräte bei. Der Gewinn habe zwar nicht mehr ganz das „gute" Vorjahresergebnis erreicht; die Netto-Umsatzrendite liege aber „in Richtung drei Prozent".

Optimistisch beurteilt Ricke das Jahr 1985, das ein einstelliges Umsatzplus bringen soll. Zum einen setzt er dabei auf eine völlig neue Farbfernsehgeräte-Generation, die Loewe Opta auf der Basis neuer rechteckiger und sehr flacher Bildröhren entwikkelt hat und in diesen Tagen der breiten Öffentlichkeit vorstellt. Die Geräte haben eine um etwa sieben Prozent größere, spiegelfreie Bildfläche sowie eine erheblich verbesserte Wiedergabe, wie sie für Video- und Bildschirmtext verlangt werden.

Sehr gute Chancen sieht Ricke auch bei den Btx-Endgeräten – hier ist Loewe Opta aufgrund der frühzeitigen Entwicklung eines Decoders nach eigenen Angaben Marktführer mit einem Anteil von 80 Prozent. Für die Hannover Messe bereite man die nächste Generation von professionellen Bildschirmtext-Arbeitsplätzen vor. Darunter befinde sich auch das erste farbtüchtige Btx-Telefon.

BERLINER ELEKTRO

Neue Tochter erworben

tb. **Berlin**

Die Berliner Elektro-Beteiligungen AG hat jetzt die Berliner Kondensatorenfabrik zu 100 Prozent übernommen und damit den Kreis ihrer Beteiligungen auf sieben erweitert. Die neue Tochter hat rund 30 Beschäftigte und einen Umsatz von etwa 5 Mill. DM, teilte Alleinvorstand Gerhard Bernau mit. Ziel der Holding ist es, jedes Jahr eine neue Beteiligung zu erwerben. „Wir sind permanent auf Brautschau", sagte Aufsichtsratsvorsitzender Manfred Bernau, „laufen aber niemandem hinterher." Hängen bleibe man an Unternehmen, die von der Ertragsseite her interessant und gestandene Berliner Firmen seien. Ein „Fehltritt" in das übrige Bundesgebiet sei aber schon drin. Nach seinen Angaben hat Berliner Elektro noch mehrere Eisen im Feuer.

Die Berliner Elektro-Beteiligungen AG war erst im April 1984 gegründet und im Oktober in den geregelten Freiverkehr der Börsen Berlin und Hannover eingeführt worden. Die Zahl der Aktionäre beträgt rund 1000. Mit dem Ergebnis des ersten Geschäftsjahres ist die Verwaltung zufrieden. Der Umsatz der Gruppe stieg um 10,7 Prozent auf 31,6 (28,5) Mill. DM. Es wird ein Jahresüberschuß von 2,37 Mill. DM ausgewiesen. Der Hauptversammlung am 29. April in Berlin soll eine Dividende von 12,50 DM je Vorzugsaktie vorgeschlagen werden. Allerdings sind sie nur zu einem Drittel gewinnberechtigt. Vom 10 Mill. DM betragenden Kapital sind 5 Mill. DM Vorzugsaktien. Auch für 1985 kündigte Bernau schon 12,50 DM Dividende an.

LANDWIRTSCHAFT / Alternative Betriebe

Wesentlich höhere Preise

HEINZ HILDEBRANDT, **Münster**

Mit rund 26 000 Hektar sind die alternativen Betriebe nur zu 0,2 Prozent an der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche der Bundesrepublik beteiligt. Im Gegensatz zu den von ihnen zumeist lautstark vertretenen Thesen kommen auch sie nicht ohne Dünge- und Pflanzenschutzmittel aus, sie benötigen nach einer Mitteilung der Landwirtschaftskammer Westfalen-Lippe dafür 67 DM pro Hektar. Konventionelle Betriebe kommen mit 426 DM jedoch auf das Sechsfache.

Eine wesentliche Alternative ist jedoch bei den Verkaufserlösen festzustellen. 100 kg Kartoffeln konnten die Bio-Bauern für durchschnittlich 63,95 DM verkaufen, der konventionelle Kartoffelbauer erzielte dagegen nur 25,84 DM.

Konventionelle Betriebe machen die geringeren Erlöse durch höhere Erträge wieder wett. Sie ernten beispielsweise durchschnittlich 26,4 Tonnen Kartoffeln pro Hektar, ihre alternativen Kollegen dagegen nur 10,4 Tonnen. Auch beim Getreideanbau wiederholt sich diese Relation. Außerdem schlägt entscheidend zu Buche, daß die Lohnkosten pro Hektar beim konventionellen Anbau nur bei 112 DM liegen, im Alternativbetrieb mit 303 DM jedoch fast dreimal so hoch sind.

Unter dem Strich hat der konventionelle Betrieb 1983/84 laut Agrarbericht einen Durchschnittsgewinn je Arbeitskraft von 24 300 DM erzielt, Alternativbetriebe aber nur rund 14 600 DM. In der derzeit ohnehin schwierigen Einkommenssituation der Landwirtschaft dürfte die alternative Bewirtschaftung daher keine Einkommensalternative sein.

Beteiligungspläne aufgegeben

dpa/VWD, **Mindelheim**

Das Maschinen- und Flugzeugbauunternehmen Grob-Werke GmbH & Co KG, Mindelheim, hat die Pläne einer Beteiligung an der Krauss-Maffei AG, München, aufgegeben.

Als Grund für den Rückzug nannte Burkhardt Grob, Alleininhaber des Unternehmens, nicht die Position erreicht haben zu können, „die ihm ein gleichberechtigtes Handeln eingeräumt hätte". Dies wäre aber notwendig gewesen, um den zivilen Bereich von Krauss-Maffei mit Erfolg in die Zukunft zu führen und damit Arbeitsplätze zu sichern. Das Engagement sei nicht an finanziellen Schwierigkeiten gescheitert. Grob habe mit 24,95 Prozent das zweitgrößte Aktienpaket an Krauss-Maffei erwerben wollen. Der 59jährige Diplomingenieur hatte, wie erklärt wurde, bei Krauss-Maffei den Aufsichtsratvorsitz für sich beansprucht.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Beiersdorf wächst kräftig

Hamburg (JB.) – Die Hamburger Beiersdorf-Gruppe ist im Berichtsjahr 1984 kräftig weitergewachsen. Wie aus einem Aktionärsbrief hervorgeht, erhöhte sich der Weltumsatz um 13 Prozent auf 2,66 Mrd. DM; davon entfielen 1,56 Mrd. DM auf Auslandsmärkte (plus 14,7 Prozent) und 1,1 Mrd. DM auf das Inland (plus 10,6 Prozent). Für die AG wird ein um 9,2 Prozent höherer Umsatz von 1,35 Mrd. DM ausgewiesen. Aus dem vierteiligen Programm erzielte die Sparte Pharma die größten Zuwachsraten. Zum Ergebnis erklärt die Verwaltung lediglich, daß die Ertragsentwicklung im Berichtsjahr ebenfalls positiv gewesen sei.

Stolberger Zink: 12,50 DM

Stolberg (dpa/vwd) – Die Stolberger Zink AG, eine Tochter der Metallgesellschaft in Frankfurt, wird der Hauptversammlung am 26. April 1985 für das Geschäftsjahr 1983/84 eine Gewinnausschüttung von 12,50 DM je 50 DM-Aktie vorschlagen. Das Grundkapital der Gesellschaft beträgt 2,19 Millionen DM.

Stärker im Cargo-Service

Düsseldorf (Py.) – Mit Inbetriebnahme ihrer vierten Luftfrachthalle setzt die Flughafen Köln/Bonn GmbH auf einen weiteren Auftrieb in diesem Transportbereich. Die Umschlagkapazität vergrößert sich in Köln mit der neuen Halle um 30 000 auf 150 000 Jahrestonnen. Köln/Bonn hält den zweiten Platz unter den Frachtflughäfen der Bundesrepublik. Im letzten Jahr steigerte der Flughafen seine Frachtleistungen um 4,5 Prozent auf 78 235 t. Dazu kamen 9172 t (plus 8 Prozent) Luftpost. Auch die Fluggastzahlen haben sich mit einem Wachstum von 10,4 Prozent auf 2,03 Millionen, davon 1,5 Millionen im Linienverkehr, positiv entwickelt.

GEI wächst schnell

Düsseldorf (Py.) – Das Aachener Software-Systemhaus Gesellschaft für Elektronische Informationsverarbeitung mbH (GEI) hat 1984 mit 360 Mitarbeitern ihr Umsatzziel glatt übertroffen. Für 65 (52) Mill. DM wurden schlüsselfertige Systeme, Software und EDV-Geräte entwickelt. Das herstellerunabhängige Unternehmen, das 1960 gegründet worden ist, hat damit seine Marktstellung weiter ausgebaut. Für 1985 werden mit 415 Mitarbeitern rund 75 Mill. DM Gesamtleistung angepeilt. Ende 1984 wurde das 1200. GEI-Computersystem verkauft. In den letzten drei Jahren wurden 16 Mill. DM in die eigene Forschung und Entwicklung gesteckt.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Bochum: W. Miersch, Bauunternehmung GmbH; **Coesfeld:** Nachl. d. Heinrich Wilhelm Jaeger, Dülmen; **Duisburg:** Kobler GmbH & Co. KG, Mülheim a.d.Ruhr; **Gütersloh:** Franz Henrichfreise, Inh. e. Geflügelfarm, Rietberg 4; **Hamm 1:** HE-GA GmbH Bausysteme, Holzwickede; **Hechingen:** Spedition + Lagerei Anders GmbH & Co. KG, Bisingen; **Heidelberg:** Günter Kaidel; **Kaiserslautern:** Gerhard Klag, Bauunternehmer, Bolanden; **Lüdenscheid:** Baustoffhandelsges. mbH & Co. KG; **Montabaur:** Novatex Steppwaren GmbH, Nistertal; **Nordenham:** Karsten Krüger, Stadland 1; **Nürnberg:** Bayerische Straßenbau-Ges. R. Tagmann mbH, Schwabach; Nachl. d. Fritz Bölke; **Reutlingen:** Adolf Schlag GmbH; **Syke:** Schierholz – W&S – Agrar GmbH & Co. KG, Stuhr 2; Schierholz – W&S – Agrar GmbH, Weyhe-Leeste; **Wesel:** Rohr- u. Stahlbau Buckermann GmbH.

Anschluß-Konkurs eröffnet: Bergisch Gladbach: Cron GmbH; **Duisburg:** Haak-Wärme- u. Kälteschutz-Isolierungs-GmbH, Oberhausen; **Hannover:** Werner Lindenhain, Kaufmann, Langenhagen; **Münster:** Beelemer Spanplattenwerk GmbH, Beelen; **Neuss:** ESI Elektro-Schweiß-Industrie GmbH & Co. KG; ESI Elektro-Schweißindustrie GmbH; **Stuttgart:** Autohaus Zeyher GmbH, Weinstadt-5; **Witzenhausen:** Bertram Schrot KG., Polstermöbelfabrik, Bad Sooden-Allendorf; P + T Gestellbau GmbH, Bad Sooden-Allendorf.

Konkurs beantragt: Siegen: Westfälischer Hallenbau Hermann GmbH, Kreuztal 8 - Littfeld.

Vergleich eröffnet: Brilon: Karl Freiherr von Wendt, Kaufmann, Olsberg-Gevelinghausen.

Vergleich beantragt: Bamberg: Johann Stauber, Kaufmann, Inh. d. Blackring-Musikprodukte, Gräfenberg; **Gummersbach:** STAUBEX Engineering GmbH, Wiehl 2; **Langen:** Di Salvo Vertriebsges. mbH, Egelsbach; **Uelzen:** Holtzendorff Haustechnik GmbH Uelzen.

NATIONAL-BANK / Vorsichtige Wachstumspolitik

Wieder höhere Dividende

HARALD POSNY, **Essen**

Die National-Bank, AG, Essen, einzige konzernunabhängige Regionalbank des Ruhrgebiets mit 25 Geschäftsstellen, poliert kräftig an ihrem Image, „klein aber fein" zu sein. Was ihr an Größe, etwa Bilanzsumme, 1,49 (1,43) Mrd. DM, Kreditvolumen 1,26 (1,19) Mrd. DM und Kundeneinlagen 1,26 (1,21) Mrd. DM fehlt – und stärker will sie gar nicht wachsen – gleicht die Bank durch eine besondere Spendierfreudigkeit gegenüber ihren 1500 Aktionären aus, unter denen die Industriekreditbank gerade 26 Prozent vom 22. Mill. DM Grundkapital besitzt.

Zum vierten Mal hintereinander erhöht die Mittelstandsbank für 1984 ihre Ausschüttung, diesmal auf 11,50 (11) DM je 60-DM-Aktie zuzüglich 6,97 DM Steuergutschrift, ein Spitzenbetrag. Gut genug verdient hat das Institut sicher. Der Zinsüberschuß wuchs auf 67 (65,7) Mill. DM, der Provisionsüberschuß auf 11,4 (11,2) Mill. DM. Wenn dennoch das Betriebsergebnis auf 22,8 (27,7) Mill. DM zurückging, waren dafür Verwaltungs-Mehraufwendungen einschließlich höbererer Normalabschreibungen auf Immobilien verantwortlich.

Obwohl sich der Gesamtumfang der Risikovorsorge gegenüber dem Vorjahr erhöht hat, wurde nach Angaben von Vorstandsmitglied Günter Ehlen das laufende Ergebnis weniger als in den Vorjahren davon belastet. Auch standen Beträge zur Risikovorsorge zur Verfügung, die aus früheren Vorsorgemaßnahmen frei wurden.

Aus dem Jahresüberschuß von 8 (6,6) Mill. DM werden 3 (2) Mill. DM den Rücklagen zugeführt, die Eigenmittel von 73 (70) Mill. DM machen 4,9 Prozent der Bilanzsumme aus. Die gute Refinanzierungsstruktur blieb auch 1984 dank hoher Kundeneinlagen erhalten. Die Gesamtliquidität erreichte 26,5 (25,0) Prozent der Verbindlichkeiten. Vor dem Hintergrund lebhafter Kreditnachfrage wuchsen die Forderungen an Kunden um 7,2 Prozent auf 977 Mill. DM überproportional im Langfristbereich.

Marriott-Hotels auf Expansionskurs

gb. **Bonn**

Die Marriott-Hotelgruppe mit Hauptquartier in Washington DC bezeichnet sich als die am schnellsten wachsende Luxushotelgruppe der Welt. Gegen Ende des Jahres will sie weltweit über 150 Hotels verfügen. Das Unternehmen, das auch im Catering- und Freizeitmarkt tätig ist, konnte im vergangenen Jahr einen gegenüber dem Vorjahr um 20 Prozent gestiegenen Umsatz von drei Mrd. Dollar erzielen. Als Gewinn wurden 115 Mill. Dollar ausgewiesen.

Das 1957 gegründete Unternehmen hat sich seit einigen Jahren auch in Europa engangiert. Zur Zeit gibt es Häuser in Amsterdam, London, Paris und ab Juli in Wien. In der Bundesrepublik ist ein Hotel in Hamburg geplant, über das schon längere Zeit verhandelt wird. Wann mit dem Bau begonnen werden kann, steht noch nicht fest. Gegenwärtig errichtet Marriott in New York ein 1800 Betten-Hotel mit einem Investitionsvolumen von 400 Mill. Dollar. Es wird das größte Hotel New Yorks werden.

DEUTSCHE GOODYEAR / Umsatzrendite gesunken – Streikverlust und Erlösverfall

Zwei Preisrunden im Lkw-Reifengeschäft

HARALD POSNY, **Köln**

Weniger auf das Anspringen des Inlandsabsatzes für Reifen der Pkw-Erstausstattung als auf den hohen Dollarkurs setzt die deutsche Goodyear GmbH, Köln, Produktions- und Vertriebstochter des größten Kautschuk- und Reifenherstellers der Welt, The Goodyear Tire & Rubber Co., Akron/Ohio (USA), seine Hoffnungen in Umsatz und Ertrag.

Der Vorsitzende der Geschäftsführung, Helmut Gieselmann, erwartet keine weiteren Umsatzrückgänge im Erstausrüstungsgeschäft wie 1984, sondern eher ein verhaltenes Wachstum. Das ist aber um so problematischer als aufgrund starker Rohmaterialpreiserhöhungen (im Durchschnitt 13 Prozent während der letzten 12 Monate) mit „deutlichen" Preissteigerungen zu rechnen ist.

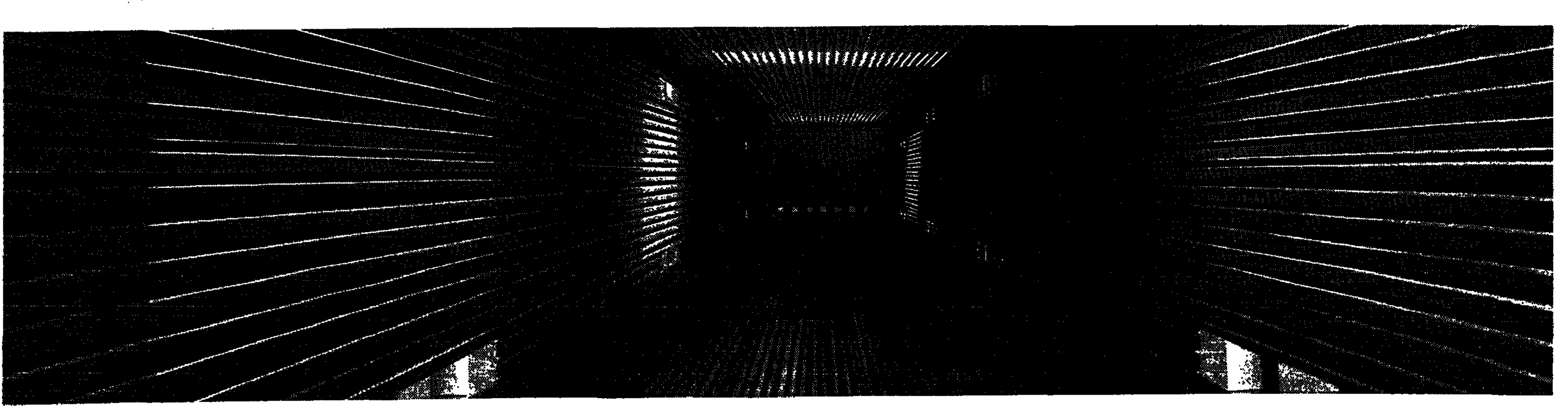
Noch mehr Sorgen bereitet Gieselmann freilich die Entwicklung des Ersatzgeschäfts, weil insbesondere auf dem Lkw-Markt ein ruinöser Wettbewerb entbrannt ist, der die Ertragslage drückt. Auch hier würden Preiserhöhungen „absolut notwendig" sein. Zu den 4 Prozent Ende Februar müßte noch eine weitere Preisrunde im 1. Halbjahr kommen.

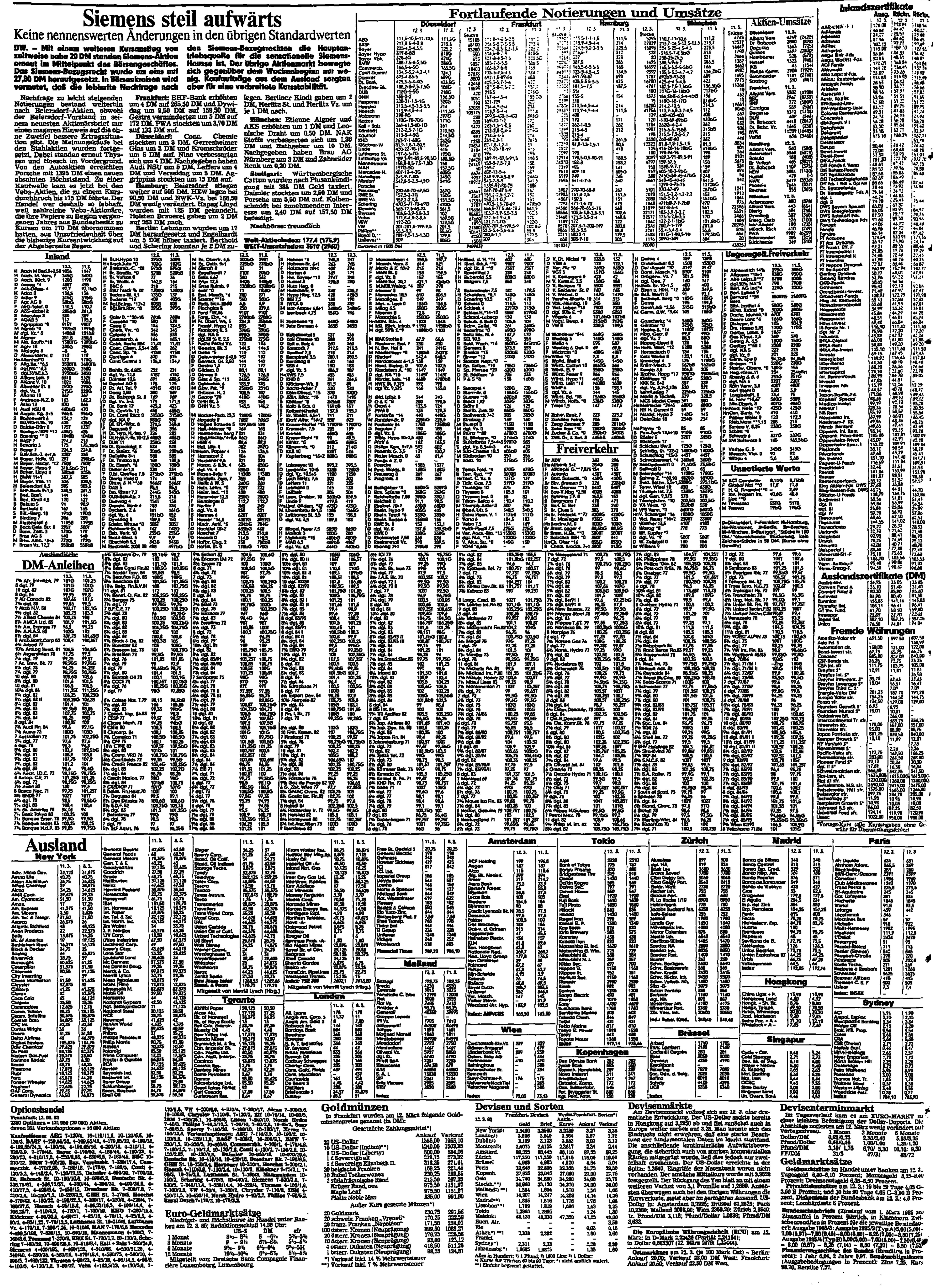
Die ersten Zahlen des laufenden Jahres, vor allem das exzellente Winterreifengeschäft, lassen 1985 für die Deutsche Goodyear (Marktanteil im Erst- und Ersatzgeschäft bei jeweils gut 8 Prozent) wieder zu einem Wachstumsjahr werden. Im letzten Jahr wurde fast das Ziel erreicht, den Anteil des Ersatzgeschäfts auf 60 Prozent zu erhöhen und den des Erstausrüstungsgeschäfts auf 40 Prozent zu begrenzen. Gieselmann hält diese Umsatzstruktur für ideal.

Der „Erstausrüster" Goodyear litt 1984 wie die Branche insgesamt an den Streikfolgen, die aufs Jahr gesehen zu einem Umsatzausfall von 13 Prozent führen, im Lkw-Bereich (minus 17 Prozent) stärker als im Pkw-Sektor. Dagegen wuchs das Ersatzgeschäft um 13 Prozent. Allerdings wurden im Lkw-Bereich keine besonderen Absatzanstrengungen unternommen, weil die schlechte Erlössituation die Ertragslage zusehends verschlechterte.

Der Gesamtumsatz der Deutsche Goodyear stieg 1984 um 6 Prozent auf 576 Mill. DM, an denen das Reifengeschäft mit 83 (85) und das Nichtreifengeschäft (technische Artikel und Lebensmittelfolien) 17 (15) Prozent beteiligt war. Das Nettobetriebsergebnis ging auf 26,5 (32,7) Mill. DM zurück, der Jahresüberschuß auf 10,8 (17,3) Mill. DM, was einer Netto-Umsatzrendite von 1,9 (3,4) Prozent entspricht. Rund 9 (13,5) Mill. DM wurden an die Muttergesellschaft abgeführt. Investitionen von 23 (12,5) Mill. DM standen Abschreibungen von 12 (10) Mill. DM gegenüber. Die Zahl der Beschäftigten stieg auf 1677 (1638).

Der US-Konzern setzte 1984 9,74 Mrd. Dollar (plus 1,5 Prozent) um. Dem besten Umsatzergebnis stand dollarkursbedingt allerdings ein Einbruch im Gewinn von 330 auf 306 Mill. Dollar gegenüber.





Siemens steil aufwärts

Keine nennenswerten Änderungen in den übrigen Standardwerten

DW. – Mit einem weiteren Kursanstieg von zeitweise nahe 20 DM standen Siemens-Aktien erneut im Mittelpunkt des Börsengeschäftes. Das Siemens-Bezugsrecht wurde um eins auf 27,80 DM heraufgesetzt. In Börsenkreisen wird vermutet, daß die lebhafte Nachfrage nach den Siemens-Bezugsrechten die Hauptantriebsquelle für die sensationelle Siemens-Hausse ist. Der übrige Aktienmarkt bewegte sich gegenüber dem Wochenbeginn nur wenig. Kaufaufträge aus dem Ausland sorgten aber für eine verbreitete Kursstabilität.

Nachfrage zu leicht steigenden Notierungen bestand weiterhin nach Beiersdorf-Aktien, obwohl der Beiersdorf-Vorstand in seinem neuesten Aktionärsbrief nur einen mageren Hinweis auf die ohne Zweifel bessere Ertragssituation gibt. Die Meinungskäufe bei den Stahlaktien wurden fortgesetzt. Dabei standen erneut Thyssen und Hoesch im Vordergrund. Von den Autoaktien erreichten Porsche mit 1395 DM einen neuen absoluten Höchststand. Zu einer Kaufwelle kam es jetzt bei den Veba-Aktien, die zu einem Kursdurchbruch bis 175 DM führte. Der Handel war deshalb so lebhaft, weil zahlreiche Veba-Aktionäre, die ihre Papiere zu Beginn vergangenen Jahres aus Bundesbesitz zu Kursen um 170 DM übernommen hatten, aus Unzufriedenheit über die bisherige Kursentwicklung auf der Abgeberseite liegen.

Frankfurt: BHF-Bank erhöhten um 4 DM auf 265,50 DM und Dywidag um 9,50 DM auf 159,50 DM. Gestra verminderten um 5 DM auf 172 DM. PWA stockten um 3,70 DM auf 133 DM auf.

Düsseldorf: Conc. Chemie stockten um 3 DM, Gerresheimer Glas um 2 DM und Kromschröder um 6 DM auf. Nino verbesserten sich um 4 DM. Nachgegeben haben Audi NSU um 5 DM, Leffers um 4 DM und Verseidag um 5 DM. Agrippina stockten um 15 DM auf.

Hamburg: Beiersdorf stiegen weiter auf 505 DM. HEW lagen bei 90,50 DM und NWK-Vz. bei 166,50 DM wenig verändert. Hapag Lloyd wurden mit 125 DM gehandelt. Holsten Brauerei gaben um 2 DM auf 263 DM nach.

Berlin: Lehmann wurden um 17 DM heraufgesetzt und Engelhardt um 5 DM höher taxiert. Berthold und Schering konnten je 2 DM zulegen. Berliner Kindl gaben um 2 DM, Herlitz St. und Herlitz Vz. um je 1 DM nach.

München: Etienne Aigner und AKS erhöhten um 1 DM und Leonische Draht um 0,50 DM. NAK Stoffe verbesserten sich um 1,30 DM und Rathgeber um 10 DM. Nachgegeben haben Brau AG Nürnberg um 2 DM und Zahnräder Renk um 0,20 DM.

Stuttgart: Württembergische Cattun wurden nach Plusankündigung mit 385 DM Geld taxiert. Daimler stockten um 2,50 DM und Porsche um 5,50 DM auf. Kolbenschmidt bei zunehmendem Interesse um 2,40 DM auf 157,50 DM befestigt.

Nachbörse: freundlich

Welt-Aktienindex: 177,4 (175,9)
WELT-Umsatzindex: 3510 (2960)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Inland

DM-Anleihen

Ausland

Optionshandel

Goldmünzen

Devisen und Sorten

Devisenmärkte

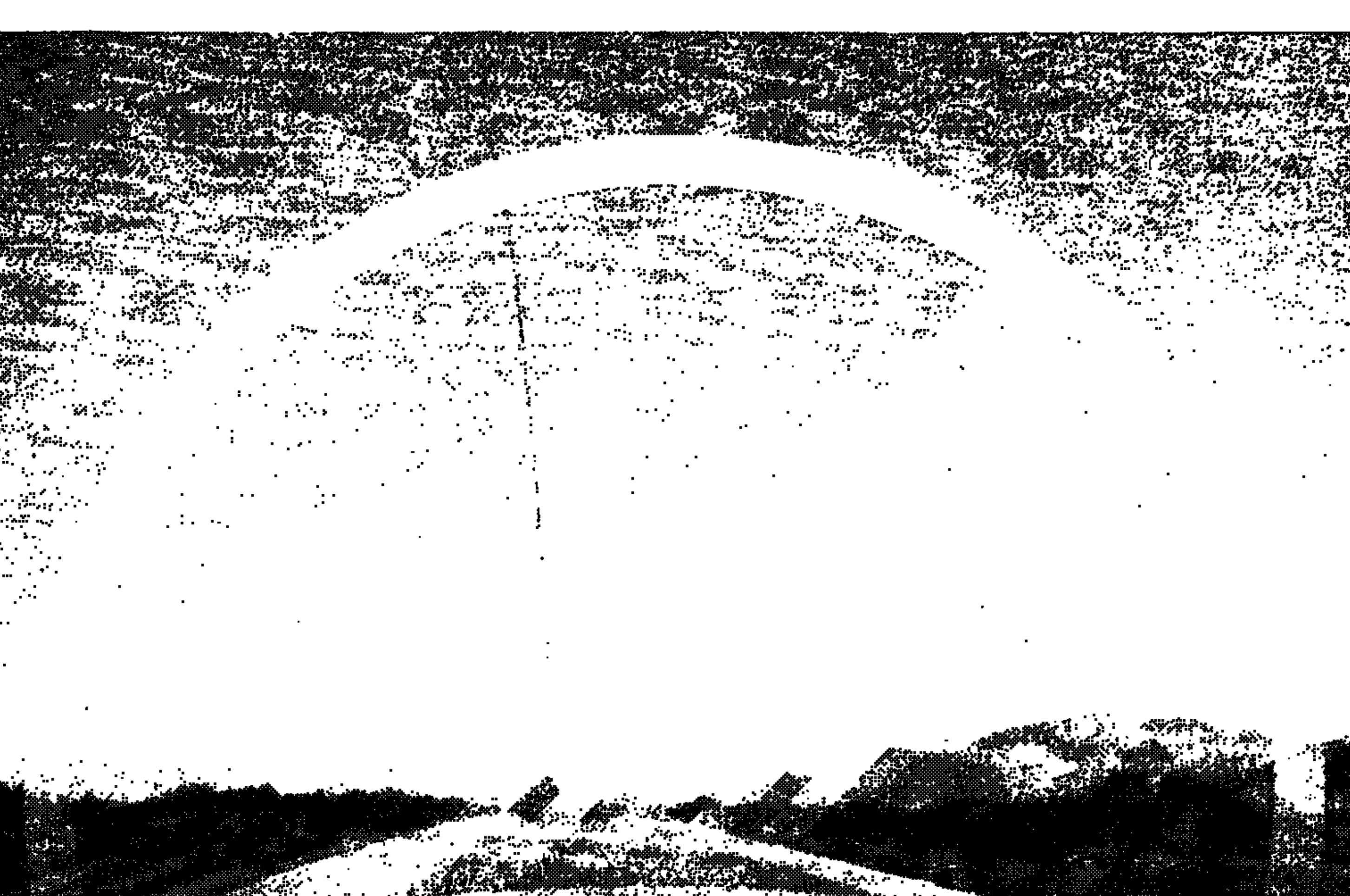
Devisenterminmarkt

Euro-Geldmarktsätze

Geldmarktsätze

Motivieren statt reglementieren:

Mehr umweltfreundliche Automobile jetzt sind das überzeugendste Argument für freie Fahrt.





Wer Freiheit auch als Pflicht zur Verantwortung versteht, sollte heute mehr denn je die Initiative ergreifen – auch und vor allem als Autofahrer und Autokäufer.

Moderne Automobiltechnik und die freiwillige Handlungsbereitschaft deutscher Autofahrer bieten beste Voraussetzungen zur raschen Entlastung der Umwelt. Wenn wir diese Chance schnell und konsequent nutzen, läßt sich damit mehr erreichen als mit weiteren Reglementierungen, die zudem das persönliche Verantwortungsbewußtsein durchaus eher lähmen können als es zu fördern.

BMW bekennt sich zur Verantwortung für unsere Umwelt.
Und viele tausend BMW Fahrer tun bereits das Wichtigste, was im Augenblick im Sinne der Umwelt notwendig ist: entschlossen handeln.

Je mehr Fahrer sich motivieren lassen und offensiven Umweltschutz durch die konsequente Nutzung der technischen Möglichkeiten betreiben, desto schneller überzeugen wir sicher auch die, die so vehement nach noch weitergehender Reglementierung rufen.
Das schnelle Einsetzen der jeweils modernsten Technik, z.B. der neuesten Triebwerks-Elektronik, die dafür notwendigen konstruktiven und finanziellen Anstrengungen, das umfassende BMW Katalysator-Programm und das Angebot von technischen Einrichtungen, die auch ältere Automobile auf unseren Straßen umweltfreundlicher machen können, zeigen den Willen des Unternehmens BMW, konsequent zur Erhaltung einer lebenswerten Umwelt beizutragen.

Alle reden vom umweltfreundlichen Automobil. BMW Fahrer tun mehr. Sie fahren es.

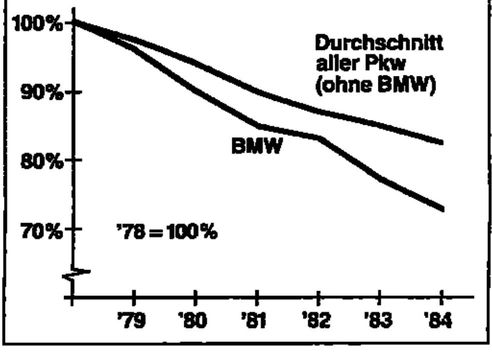
Die Nachfrage von ebenso informierten wie verantwortungsbewußten Autofahrern nach BMW Katalysator-Automobilen oder solchen, die vorgerüstet sind, ist außergewöhnlich groß.
BMW Fahrer geben damit eine wichtige Signalfunktion und führen so eine Entwicklung an, die jeder Informierte nachhaltig unterstützt.

Auch das bleifreie Benzin ist auf dem Vormarsch.
Eine ausreichende Verfügbarkeit ist schon heute gewährleistet, ein flächendeckendes Angebot in der Bundesrepublik ist bis Ende '85 vorhanden.
Und die Aktivitäten in der Schweiz, in Österreich, in Italien, in der DDR, in Jugoslawien, in den Niederlanden, in Schweden, Dänemark, Norwegen – und selbst in Ungarn, der CSSR und der Sowjetunion – zeigen, daß es eine Welle der Vernunft gibt, der sich letztlich niemand in Europa wird entziehen können.

Starten Sie mit BMW in die Offensive der Vernunft.

Bei einem Besuch eines BMW Händlers werden Sie feststellen, daß BMW Ihnen ein umfassendes Angebot technisch vorbildlicher Lösungen anbieten kann.
Bei BMW können Sie die für Ihre persönlichen Belange und zugleich für die Umwelt richtigen Automobile finden:

- Es gibt das breite, umfassende BMW Katalysator-Programm, ausgereift und als neueste europäische Generation optimal auf die Verkehrs- und Geschwindigkeitsverhältnisse der Bundesrepublik zugeschnitten.
- Dieses breite Programm für die unterschiedlichsten Wünsche ist natürlich auch jeweils vorbereitet für eine spätere Umrüstung zu erhalten.
- Selbstverständlich ist ein BMW auch ohne Katalysator eine wichtige Umweltentlastung. Denn er hat das, womit andere noch Erfahrung sammeln müssen: modernste Triebwerks-Elektronik.
Wieviel der frühzeitige konsequente Einsatz von Triebwerks-Elektronik bei BMW gebracht hat, zeigt z.B. die Grafik.



Entwicklung des Kraftstoffverbrauchs aller in der Bundesrepublik Deutschland zugelassenen Pkw pro Modelljahr nach DIN 70030 unter Berücksichtigung der Zulassungsanteile (Flottenverbrauch).

- Diese Elektronik besitzt auch den Vorteil der Nachrüstbarkeit mit der von BMW entwickelten NO_x-Control.
Mit ihr kann man die NO_x-Emission deutlich vermindern – und das auch bei bereits zugelassenen Fahrzeugen.
- Bei BMW gibt es einen umweltfreundlichen Diesel, bei dem Sie nicht – wie so oft üblich – Kompromisse bei der aktiven Sicherheit und bei der Fahrkultur machen müssen.

Es gibt immer Menschen, die die Zeichen der Zeit vor anderen erkennen. Für sie *bietet BMW die richtigen Automobile.*

Informieren Sie sich bei Ihrem BMW Händler über die vorbildlichen technischen Lösungen, die Ihnen die Sicherheit geben, jetzt die richtige Entscheidung treffen zu können.

Für zusätzliche Informationen steht Ihnen auch unsere Kundeninformation zur Verfügung:

☎ 0130-3388

Werktags von 9.00 bis 17.00 Uhr.
Zum Ortstarif.

BMW in Btx ★ 20900#



Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

Bankschuldverschr.

Bundesbahn

F	7 dgl. 77	2/87	99,6	99,5G
F	6 dgl. 77	9/87	97,75	97,25
F	6 dgl. 78 II	7/88	96,4	96,3
F	6½ dgl. 77	5/89	96,85	96,8

Renten hängen am Dollar

Der vormittags stark rückläufige Dollarkurs ließ am Rentenmarkt so etwas wie Euphorie aufkommen, weil man hoffte, daß nunmehr eine Leitzinserhöhung am kommenden Donnerstag nicht stattfinden würde. Als sich später jedoch der Dollar erholte, gab es eine spürbare Ernüchterung. Gleichwohl verstärkte sich die Nachfrage nach längerlaufenden Emissionen, deren Kurse teilweise bis zu einem halben Punkt heraufgesetzt wurden. Die bessere Tendenz schlug sich teilweise auch bei den DM-Auslandsanleihen nieder.

Industrieanleihen

Währungsanleihen

Wandelanleihen

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

Optionsscheine

Sonderinstitute

Optionsanleihen

Wandelanleihen

Ausländische Aktien in DM

Warenpreise – Termine

Etwas fester schlossen am Montag die Goldnotierungen an der New Yorker Comex. Leicht abgeschwächt gingen Silber und Kupfer aus dem Markt. Während Kaffee überwiegend schwächer notierte, konnte sich Kakao deutlich befestigen.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	11. 3	8. 3.
März	346,75	345,50
Mai	340,00	337,50
Juli	329,00	327,25

Kakao New York ($/t)	11. 3.	8. 3.
Terminkontr. März	2140	2070
Mai	2165	2095
Juli	2100	2070
Umsatz	5750	–

Genußmittel

Öle, Fette, Tierprodukte

Wolle, Fasern, Kautschuk

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Westdeutsche Metallnotierungen

NE-Metalle

Messingnotierungen

Zinn-Preis Penang

Deutsche Alu-Gußlegierungen

Edelmetalle

Internationale Edelmetalle

New Yorker Metallbörse

Londoner Metallbörse



Bärendienst für Berlin

PHG – Ein „Jahr der angestrengten Suche" war nötig, ehe ein graphisches Erkennungszeichen für die Berliner 750-Jahr-Feier gefunden wurde. Demnächst wird man es überall wiederfinden: Vier Quadrate von gleicher Größe; in dem einen ist der Fest-Anlaß „750 Jahre Berlin 1987" notiert, die übrigen zeigen in Farbe Dreieck, Kreis und Bogenform. Daß es sich dabei um „abstrahierte Formen" der Ziffern 7, 5 und 0 handeln soll, muß dem Beschauer freilich schon erklärt werden, oder – wie es der Beauftragte des Senats für die 750-Jahr-Feier formuliert: „Es verlangt dem Betrachter eine gewisse Aktivität ab."

Auffallend ist die totale Unverbindlichkeit des Signets. Weder in der Wahl der Farben (Rot, Schwarz, Blau, Gelb) noch formal ruft es irgendwelche Erinnerungen an Berlin und seine Geschichte wach. Um das selbstverständlichste Symbol dieser Stadt, um ihr heraldisches Zeichen, haben sich die Verantwortlichen herumgedrückt: den Bären. Jeder kennt ihn, jeder erkennt ihn, jeder mag ihn. Er ist uns schon aus dem Jahre 1280, von einem Siegel, bekannt. Er war das Wappentier der askanischen Markgrafen. Er präsentierte sich paarweise und einzeln, gebückt und aufrecht, laufend und stehend. Mal lag er an der Kette, mal zeigte er Krallen und Zähne. Es gibt ihn in Bronze und als Schlager. Unser Bär hat so viele Variationen erlebt und ertragen, aber zum Stadtjubiläum ist er nicht gefragt. Statt dessen: ein Erkennungszeichen, das nichts erkennen läßt.

Entworfen hat es Paula Schmidt, eine vielversprechende Berliner Zeichnerin und Malerin. Jürgen Spohn, Professor für Visuelle Kommunikation an der Berliner Hochschule der Künste und Mitglied der Jury, die das Signet auswählte, preist diesen Entwurf, weil er „auf anschauliche Weise den Facettenreichtum, die Vielfalt dieser Stadt" sichtbar mache. Das Lob des Juroren kommt allerdings nicht von ungefähr: Paula Schmidt war seine Schülerin. Und noch etwas merkte Spohn an: „Man wird aus dieser Erscheinungsform Rückschlüsse ziehen dürfen." Da hat er recht!

Neue Platten: B. George

Stilmixtur am Rande des Plagiats

Durch seine verschiedenen Kostümierungen hat es Boy George von „Culture Club" geschafft, nirgendwo mehr ernst genommen zu werden – das Cover des Albums „Waking up with the House on Fire" (Virgin 206 700-620) ist dafür erneut ein besonders abschreckendes Beispiel. Immerhin kann er es sich erlauben, sämtliche Musikstile zu plündern, ohne daß ihm vorgeworfen würde, er würde irgend jemanden „ausbeuten". Und so ist auch „Waking up ..." wieder eine bunte Mixtur aus Soul, Reggae, Calypso – mit „Crime Time" ist sogar Shaking-Stevens-Rock-'n'-Roll mit dabei.

Der „Culture Club" versucht, seinen eigenen Stil zu finden. Die leichten Rhythmen und die eleganten Hintergrund-Chöre legen nahe, daß Boy George den lange verwaisten Platz der „Beach Boys" anstrebt. Was ihm dazu noch an Euphorie fehlt, versucht er durch Charme wettzumachen. Und durch politisches Engagement. Doch so lächerlich „The War Song" als Protest auch ist, so gut ist er als Popsong. Die meisten der übrigen Songs sind ähnlich, ohne gleichförmig zu wirken – vor allem zeugen sie von jenem Geschmack, den Boy George bei seinem Äußeren so vermissen läßt.

Lloyd Cole nimmt bei seiner Gruppe als Sänger und Songschreiber eine ähnlich herausragende Stellung ein wie Boy George bei „Culture Club". Das verrät schon der Name: „Lloyd Cole & the Commotions". Ihr Debüt-Album „Rattlesnakes" (Polydor 823 683-1Y) ist wie „Waking up ..." eine clevere Zitatensammlung, nur, daß die Zitate aus einer ganz anderen Richtung stammen: viel Lou Reed aus dessen klassischer Phase zu Beginn der siebziger Jahre, viel „Velvet Underground" (deren Chef Lou Reed war) und in Lloyd Coles Stimme ein wenig David Bowie aus der Zeit, als Bowie Lou Reeds Album „Transformer" produzierte.

Doch im Gegensatz zu den zahlreichen anderen Lou-Reed-Plagiaten aus England wiederholt Lloyd Cole nicht den „Heroin"-Mythos vom schwarz gekleideten Rauschgiftsüchtigen in New York, sondern besinnt sich auf dessen Pop-Qualitäten. So klingt denn „Rattlesnakes", als ob Lou Reed das Beatles-Album „Rubber Soul" aufgenommen hätte. In den Gitarren-Trend passen die „Commotions" kaum: sie haben weder für den „Hero-Rock" von „U2" noch für die Weinerlichkeit der „Smiths" viel übrig, dafür haben sie zuviel Humor: ausgerechnet der lahmste Song der Platte heißt „2CV".

DANIEL DITTMAR

Buchmesse in Leipzig: Die Verbotenen kommen

Nach der Eiszeit neue Umarmungsstrategien

Die Kulturpolitik der „DDR" hat offensichtlich wieder einmal die Spur gewechselt. Im September des vergangenen Jahres kündigte Erich Honecker, der sich den Schriftstellern und Künstlern gegenüber sonst so gern „liberal" gibt, einen schärferen Kurs an. Bei einem Treffen am 21. September 1984 aus Anlaß des 35. Jahrestages der „DDR"-Gründung rief er die Kulturschaffenden zur Räson. Er forderte kategorisch „Werke, in deren Mittelpunkt der aktive, geschichtsgestaltende Held, die Arbeiterklasse und ihre Repräsentanten stehen". Wichtiger aber war der Zusatz: „Die Position eines Beobachters oder Kritikers kann dem nicht gerecht werden."

Entsprechend durften mehrere Bücher, auch bekannter Autoren, nicht erscheinen. Die Querelen erreichten ihren Höhepunkt im Dezember mit dem angekündigten und dann doch nicht vollzogenen Rücktritt Hermann Kants als Präsident des Schriftstellerverbandes der „DDR". Kant hatte sich das Mißfallen des SED-Generalsekretärs zugezogen, als er diesem gegenüber erklärte, um manches Stück Literatur seien „heftige und keineswegs immer erfreuliche Fehden geführt worden, solche, die unvermeidbar waren, und andere, die man nicht mehr recht versteht".

Jetzt, zur Leipziger Buchmesse 1985, scheint die Kontroverse entschärft worden zu sein. Überraschend kündigt zum Beispiel der Mitteldeutsche Verlag, Halle, an, daß Günter de Bruyns Roman „Neue Herrlichkeit" nun doch erscheinen darf. Erst vor acht Monaten hatte der Verlag den Vertrag mit seinem Autor gelöst. Das Buch war daraufhin in einer Lizenzausgabe nur in der Bundesrepublik erschienen. Obwohl der Roman keineswegs den „geschichtsgestaltenden Helden" in den Mittelpunkt stellt, sondern mit subtiler Ironie die neue herrschende Klasse der „DDR" beschreibt, hat man das Publikumsverbot zurückgenommen und bezeichnet den Vorgang nun als „nicht ungewöhnliches retardierendes Moment in den Beziehungen zwischen Autor und Verlag". Ähnliches gilt für Christoph Heins neuen Roman „Horns Ende", dessen resignative Grundhaltung den Aufbau-Verlag im vergangenen Jahr veranlaßt hatte, ihn vom Verlagsprogramm zu streichen. Nun ist das Buch für November vorgesehen.

Solches Glück war Gabriele Eckart nicht beschieden. Ihr „Werder-Buch", in der Zeitschrift „Sinn und Form" teilweise vorabgedruckt, muß auch weiterhin auf eine Veröffentlichung in der „DDR" warten. Aber anders als in früheren Jahren führte der Vorgang nicht zu einem völligen Publikationsverbot. Gabriele Eckart darf, wie auf der Pressekonferenz zur Leipziger Buchmesse bestätigt wurde, im Ostberliner Buchverlag „Der Morgen" einen neuen Gedichtband herausbringen.

Überhaupt bemühte man sich in Leipzig in diesen Tagen sichtlich um ein entspanntes Klima. Getreu dem Vorbild Erich Honeckers mit seinen „positiven Signalen in Richtung Westen", versuchte auch der Vorsteher des Börsenvereins Leipzig, Jürgen Gruner, mehr oder weniger deutliche Umarmungsgesten. Für die Besucher der Buchmesse beschwor er geradezu emotionsgeladen „die Freude am Buch und aneinander". Die Messe solle „das Glück und die Schönheit friedlicher Tage bewußt machen".

Entsprechend legte man besonderen Wert auf das Herausstreichen einiger Erfolge. Die Statistik mußte wie gewöhnlich dafür herhalten, Konflikte und Probleme zu verschleiern. Die 78 Buchverlage der „DDR", so erfuhr man, haben 1984 mehr als 6400 Titel herausgebracht. Seit 1945 – auch die Buchproduktion orientiert sich an Jubiläumsdaten – sind in der „DDR" 189 000 Titel in einer Gesamtauflage von 3,8 Milliarden Exemplaren erschienen. Das entspricht einer Durchschnittsauflage von 22 000 Exemplaren. In den 32 000 Bibliotheken sind 110 Millionen Bände auszuleihen. Diese Zahl ist für die „DDR" in doppelter Hinsicht von Bedeutung. Einerseits läßt sich über die Bibliotheken der Buchkonsum der Bevölkerung leichter steuern; zum anderen macht es die chronische Papierknappheit unmöglich, den Lesebedarf über den Buchhandel ausreichend zu decken. So ist jeder dritte „DDR"-Bürger regelmäßiger Benutzer der fast ausschließlich staatlichen Bibliotheken.

Jahrestage und Jubiläen bestimmen 1985 deutlich die Buchproduktion der „DDR". Pünktlich zum 40. Jahrestag der Beendigung des Zweiten Weltkrieges erscheint der 6. und letzte Band der „Geschichte Deutschlands im Zweiten Weltkrieg". Diese bislang wohl umfassendste Publikation zum Thema sichert der „DDR" immerhin eine genau fixierte Deutung der politischen Einordnung der Kriegsfolgen. Entsprechend hat man schon Verkaufsmöglichkeiten in der Bundesrepublik erkundet.

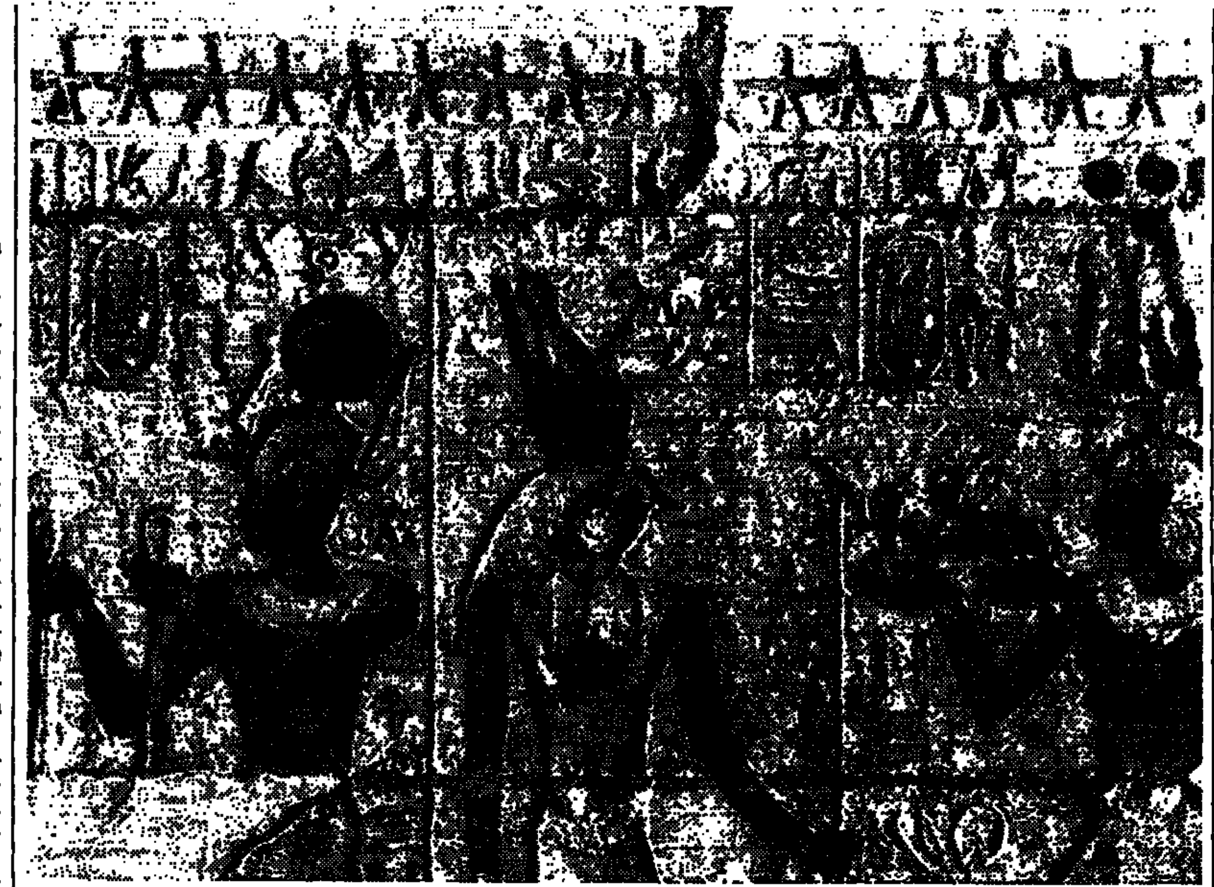
Auch bei der Aneignung des deutschen Kulturerbes läßt die „DDR" kaum eine Gelegenheit aus. So gibt es nun ein vierbändiges „Bach-Compendium", das einen Überblick über sämtliche erhaltenen Kompositionen Bachs in allen authentischen Fassungen nach dem neuesten Forschungsstand erlaubt. Zu erwähnen sind auch ein fünfbändiges Händel-Handbuch und eine Biographie des Komponisten Heinrich Schütz. In Vorbereitung der 750-Jahr-Feier Berlins sind bereits jetzt eine Darstellung des Nikolai-Viertels und ein Einblick in das Berliner Leben um die Jahrhundertwende erschienen.

Die Adaption Preußens für die eigene Geschichte wird weiterhin mit großer Selbstverleugnung betrieben. Mit einiger Spannung darf man den ersten Band einer Bismarck-Biographie unter dem bezeichnenden Titel „Vom Urpreußen zum Reichsgründer" erwarten. Der Ostberliner Akademie-Verlag kündigt das Buch des Historikers Ernst Engelberg für den kommenden Sommer an. Wie Verlagsdirektor Lothar Berthold unter Anspielung auf eine (eigentlich ironisch gemeinte) Äußerung von Friedrich Engels erläuterte, wird der Band die „Entwicklung vom erzreaktionären Junker zum königlich-preußischen Revolutionär" darstellen.

Selbst über eine Herausgabe der „Gedanken und Erinnerungen" Bismarcks denkt man nach, möchte sich damit aber „noch etwas Zeit lassen". War 1978 schon ein Band mit dem Titel „Gestalten der Bismarck-Zeit" erschienen, so hat man in der „DDR" jetzt offenbar weitere Hemmschwellen gegenüber berühmten Preußen abgebaut. Man kündigt nun einen zweiten Band an, der unter anderem Friedrich III., den Historiker Heinrich von Treitschke und den Maler Adolph von Menzel behandelt.

Groß ist nach wie vor das Interesse, mit der Bundesrepublik noch stärker ins Buch-Geschäft zu kommen. Nach Angaben von Siegfried Hoffmann, dem Generaldirektor des Außenhandelsbetriebes Buch-Export, gab es in den letzten beiden Jahren bei Bezügen und Lieferungen zwischen der „DDR" und der Bundesrepublik jeweils Steigerungen zwischen zehn und 14 Prozent. Hoffmann bezeichnete dies als „bescheidene Schritte zur Normalisierung", was er sicherlich mehr wirtschaftlich denn inhaltlich gemeint haben dürfte.

LOTHAR SCHMIDT-MÜHLISCH



Relief des Gottes Thot, das in Hermopolis gefunden wurde (um 300 v. Chr.) FOTO: DIE WELT

Eine Kultur aus der Wüste – Hildesheim zeigt „Die Steine der Pharaonen"

Bauen für die Ewigkeit und danach

Als „Staat aus dem Stein" bezeichnete der Ägyptologe Ewers einmal das Reich der Pharaonen. Aus Stein sind die mächtigen Pyramiden, aus Stein Büsten und Statuen, aus Stein auch zahlreiche Gefäße und Schmuckstücke – gedacht für die Ewigkeit. Stein als Baumaterial löste vor gut 7000 Jahren Lehm und Holz als wichtigste Baustoffe ab.

Stein stand als Wertgegenstand so hoch im Kurs, daß die Bürger Ägyptens, die sich keine „versteinerten" Alltagsobjekte wie Vasen und Töpfe leisten konnten, Tongefäße mit einer steinähnlichen Glasur erwarben.

400 Steinbrüche kannten die Ägypter. Wie dicht Handwerk und Kunstwerk hier beieinanderlagen, wie bestimmend für Kultur und Alltag der Stein, die Steinbrüche, die Arbeit der Werkleute, der Steinmetze und der Bildhauer waren, das zeigt eine Sonderausstellung im Hildesheimer Roemer-Pelizaeus-Museum mit dem Titel „Die Steine der Pharaonen". Die Ausstellung baut auf den Ergebnissen eines Forschungsprojektes der Stiftung Volkswagenwerk in Hannover auf. Im Rahmen des Projekts „Archäometrie" hat die Münchener Ägyptologin Rosemarie Klemm zusammen mit ihrem Mann, dem Geologen Dietrich Klemm, vier Jahre lang die 400 Steinbrüche Ägyptens untersucht.

Was zunächst steinern-trocken klingt, entpuppt sich als hochinteressantes Forschungsfeld nicht nur für die Ägyptologen in aller Welt, die nun mit Hilfe der Ergebnisse dieses Unternehmens den Weg bestimmter Kunstgegenstände vom Museum bis zum jeweiligen Steinbruch, über die Werkstatt und den Fundort zurückverfolgen können. Der Besucher der Austellung erfährt so manches, was man bislang über Handel und Wandel in der ägyptischen Kunst, im ägyptischen Handwerk nicht wußte.

Etwa, daß die großen Kunstwerke aus Stein meist gleich an Ort und Stelle angefertigt wurden. Erst dann wurde der Gegenstand über weite Strecken transportiert, tauchte auf einmal 1000 Meilen entfernt auf. Auch daß Ägypten Steine in die damals bekannte weite Welt exportierte, ergaben die Untersuchungen an den Steinbrüchen, von denen viele tief in der Wüste lagen. Im Laufe der pharaonischen Geschichte sind es vor allem Grauwacke und Schiefergesteine, die in der Ostwüste im Wadi Hammamat gebrochen wurden. Typische Eigenschaften des Gesteins und immer neue Techniken des Steinabbruchs prägen (zusammen mit der Landschaft) das Bild der ägyptischen Steinbrüche. Ausführliches Kartenmaterial und großformatige Fotos verdeutlichen, wann und wo die Gesteinsproben der Ausstellung abgetragen wurden und wohin sie gelangten, mit welchen Techniken man sie brach und bearbeitete.

Mit Hilfe chemischer Analysen von Gesteinsproben konnte festgestellt werden, woher genau das Material der Mykerinos-, Cheops- und Chefren-Pyramide kommt. Eine ergänzende Tonbildschau führt den Zuschauer in die archäometrischen Arbeitsmethoden der Archäologen ein. Diese Schau untermauert mit ihren Beispielen aus dem Pyramiden-Innern, in denen sogar Zeltstangen aus Stein nachgeformt worden waren, Ewers These vom „Staat aus dem Stein", der eine Ewigkeit überdauern sollte: Seit 7000 Jahren immerhin zeugen die „Steine der Pharaonen" von der Hochkultur am Nil. (Bis 26. Mai, Katalog zwölf Mark.)

MARGARETE v. SCHWARZKOPF

Neu im Kino: Douglas D. Stewarts Regiedebüt „Nachts werden Träume wahr"

Mit einem Tagebuch fing alles an

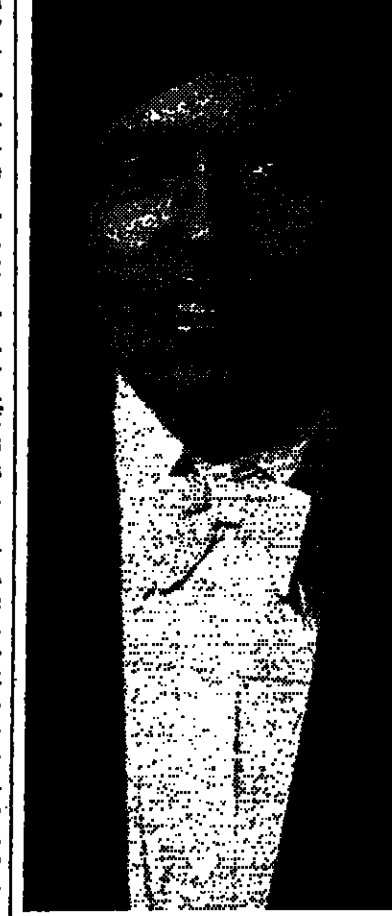
Ungewöhnlicher kann eine Romanze kaum beginnen: Während die aparte Mickey Davis und ihr Mann Ray in einem Nobelrestaurant den 6. Jahrestag ihrer verflachenden Ehe feiern, steigt ein Dieb in ihre schmucke Villa ein. Zu seinen Beutestücken zählt auch eine kostbar aussehende Kassette mit Vorhängeschloß. Die freilich birgt nicht den Familienschmuck, sondern das Tagebuch der Hausherrin. All ihre Vorlieben und Abneigungen, vor allem aber ihre erotischen Sehnsüchte hat Mickey dem Papier anvertraut. Und wie es der böse Zufall will, wird auch der junge Einbrecher Scott von Einsamkeit und Liebeshunger geplagt. Also schleicht er sich mit dem Universalschlüssel seines verbotenen Wissens in das Leben der Bestohlenen ein.

Regisseur Douglas Day Stewart führt in der brillanten Einleitung seines Regiedebüts „Nachts werden Träume wahr" zwei Handlungsstränge parallel, um sie dann unheilvoll miteinander zu verknüpfen. Aber dieser künstlerischen Trapeznummer voll unerwarteter Salti und Pirouetten folgt die ernüchternde Landung auf dem sicheren Boden der Konvention. Statt den Herzensdieb als fleischgewordene Traumgestalt aus Mickeys Unterbewußtsein zu zeichnen, vertraut Stewart einer keineswegs originellen Mischung aus Thriller und melodramatischer Dreiecksgeschichte. Zwar wird die anrüchige Affäre geschickt getarnt, indem sich Scott der Innenarchitektin Mickey als zahlungskräftiger Kunde nähert. Doch bald wittert Ehemann Ray Verdacht und nimmt den Kampf gegen den Eindringling auf.

Gewiß kitzelt die handwerklich saubere Regie in den Verfolgungs- und Einbruchsszenen gekonnt die Spannung hoch. Aber die Kamera blickt allzu selten in die düstere Kluft zwischen dem geregelten Alltag und dem wilden Leben im gesetzlosen Reich der Phantasie. Wenngleich Stewart fast nie den folkloristischen Reizen des Schauplatzes San Francisco erliegt, kleistert seine glatte, routinierte Hochglanzfotografie doch gerade die reizvollen Brüche der Story zu. So zimmert er seinem Hauptdarsteller Steven Bauer, der als Dieb wie der schönere Bruder des Disco-Gockels John Travolta aussieht, einen Laufsteg zurecht, auf dem dieser eitel die eleganten Créationen italienischer Modeschöpfer vorführen darf.

Barbara Williams als Mickey ist die positivste Überraschung des Films. Stets scheint sie zwischen Lebensgier und Gewissensbissen fast zerrissen zu werden und einen beinahe aussichtslosen Kampf um ihr inneres Gleichgewicht zu führen. Mit dieser sensiblen Schauspielerin, die Zerbrechlichkeit und Stärke zugleich verkörpert, hätte man die riskante Reise in die Unterwelt der Gefühle wagen können. Doch Regisseur Douglas Day Stewart hält sich lieber an der glitzernden Oberfläche auf. Auch wenn er dort seine eigene Geschichte verrät.

HARTMUT WILMES



Bevorzugt leidenschaftliches Musizieren: der amerikanische Pianist Perahia FOTO: DIE WELT

Zeitgenosse Schumann, Panegyrikus Verdi, Klassiker Britten – Badenweilers Römerbad-Musiktage

Kleine Rückbesinnung auf die satirischen Anfänge

Klaus Lauer, der Badenweiler Hotelier und „Festivalchef", meinte zu seinen diesjährigen „Auftakt"-Konzerten, außer einer Bach-Partita hätten alle Werke dieser vier Konzerte im Römerbad-Hotel uraufgeführt werden können. Dabei hatte Lauer in diesem Vorfrühling einmal Gnade vor Recht ergehen lassen mit seinem Publikum, ihm Neueres kaum zugemutet, es beinahe schwelgen lassen in Romantik und Impressionismus. Robert Schumann war der rote Faden, an dem man eben Bach, Chopin und Brahms, Chausson, Debussy und Ravel, Berg, Schostakowitsch und Britten auffädelte. Ein beschauliches Programm also.

Aber gerade darin lag der doppelte Witz der Bemerkung. Sie verwies nicht nur auf die lange Hotel-Tradition des Hauses, sondern auch auf die Relativität von Begriffen wie „zeitgenössische" oder „neue" Musik.

Stücke wie Schostakowitschs 7. Streichquartett cis-Moll op. 108 von 1960 oder Benjamin Brittens Streichquartett Nr. 3 op. 94 von 1975 waren auch zu ihrer Entstehungszeit eigentlich keine neue Musik mehr. Und Schumanns wie Chopins Werke aus der Zeit um 1840 besitzen heute noch eine geistige Frische und Kühnheit, zeugen so beredt von musikalischer Denk- und Gestaltungsfähigkeit, daß sie uns näher zu sein scheinen als so manche Musik, die 100 Jahre jünger ist.

An Brittens ja ganz spätem, schon deutlich vom nahenden Tode gezeichneten Streichquartett ist der Schlußsatz, recitative and passacaglia bezeichnet, fast erstaunlich in seiner Berechenbarkeit. Es handelt sich um ein großes Lamentoso. Man erwartet das wohl von einem Komponisten, sich von dieser Welt entweder mit etwas Geistlichem oder doch wenigstens ungeheuer Traurigem und Getragenem zu verabschieden.

Doch gerade Britten hätte man einen ganz anderen Schlußpunkt zugetraut, einen homerisch lachenden à la Verdi zum Beispiel oder einen richtigen Panegyrikus. Statt dessen also todtraurige Reminiszenzen an sein Leben und seine Opern, die wie aus dem englischen Nebel zu kommen scheinen oder übers Meer herangeweht werden, verschwommene Lontano-Effekte, Seufzer und feuchte Blicke.

Mindestens diese emotionale Ergießung unterscheidet das Werk Brittens von dem Quartett-Spätling Schostakowitsch. Denn das ist eine Musik, die der Stille zustrebt, im Allegretto-Schlußsatz ohne Schlußpunkt aufhört, in der Luft hängenbleibt und nur noch stumme Fragezeichen aussendet. Das ist schon fast eine Rückbesinnung Schostakowitschs auf seine satirischen Anfänge, eine Haltung, die sagt: das weitere verschweige ich, man weiß ja nie, was man noch sagen darf.

Die beiden Werke kamen zu Gehör in einem der Abende des Vermeer-Streichquartetts aus Chicago, das sich unter seinem Primarius Shmuel Ashkenasi in den letzten Jahren schnell in die erste Quartett-Garnitur dieser Welt hervorgespielt hat.

Aufschlußreich für den Charakter des Quartetts ist gewiß die Tatsache, daß Ashkenasi eine mehrjährige, recht erfolgreiche Solistenkarriere hinter sich hatte, bevor er sich für das Quartettspiel entschied. Solistische Tugenden stehen denn bei diesem Ensemble auch stärker im Vordergrund: die unbedingte Tonschönheit jedes einzelnen Instrumentes, der virtuose und musikantische Zugriff auf die Werke und nicht zuletzt eine konzertierende Spielweise, bei der nicht *ein* Quartett spielt, sondern vier Musiker *miteinander* spielen.

Die Wiederbegegnung mit Perahia, dem Amerikaner mit einem guten Schuß indianischen und spanischen Bluts, überraschte allerdings sehr. Perahia war ja einmal ein Klavierträumer, der Klassik und deutsche Romantik auf eine ganz zärtliche, leise, intime Art und Weise anschlug. Das hatte sich radikal geändert. Sogar bei einem Werk wie Chopins h-Moll-Sonate, das doch Süße und Duft verströmen muß, sich ruhig ein paar Seufzer leisten kann, bevorzugt Perahia heute ein kräftiges, von Leidenschaft durchpulstes Musizieren, ja auch Bachs D-Dur-Partita hat schon längst ihren Beethoven kennengelernt. Das ist die Art, wie man als Pianist Konzertsäle füllt, und nicht nur mit Klangvolumen. Perahia macht das auch alles sehr gut. Nur: Der interessante Interpret, dem man gefangen lauschte, ist er im Moment nicht mehr.

Das aber ist zweifellos die amerikanische Sängerin, oder doch richtiger: Liedgestalterin, Jan de Gaetani. Da erlebte man wieder, wie wenig die Intensität der Musik von äußerer Brillanz abhängig ist. Und man erlebte es vor allem in der europäischen Erstaufführung des George-Crumb-Liedes „Der Schläfer", einem traumatisch versponnenen Stück, das nun wirklich direkt aus dem New York von heute kam.

REINHARD BEUTH

JOURNAL

Staatspreis für Christa Wolf

AFP, Wien

Der österreichische Unterrichtsminister Herbert Moritz überreichte am Montag in Wien der „DDR"-Schriftstellerin Christa Wolf den „Österreichischen Staatspreis für europäische Literatur". Moritz würdigte in einer Ansprache die Preisträgerin als „literarische Pädagogin", die es verstehe, ihre Anteilnahme für menschliche Schicksale in Worte zu kleiden und Utopien vorzugeben, die zu einer gesteigerten Wachheit gegenüber den Bedrohungen unserer Zeit aufrufen. Christa Wolf, die 1929 in Landsberg geboren wurde, ist u. a. mit dem Roman „Nachdenken über Christa T." (1968) und der Erzählung „Kassandra" (1983) bekannt geworden.

„Schwarzes" Kulturfest in Paris eröffnet

AFP, Paris

Ein „schwarzes" Kulturfestival mit Beiträgen aus allen Weltgebieten mit schwarzer Bevölkerung wurde in Paris eröffnet. Die interdisziplinäre Veranstaltung umfaßt die Bereiche Film, Malerei, Dichtung und Musik. In den beiden nächsten Jahren sollen Theater und Tanz hinzukommen. Schwerpunkt ist dieses Jahr der Film mit einem Afrika-Zyklus, Filmen von den Antillen sowie einer Reihe über schwarze Schauspieler und Regisseure aus Brasilien. Krönender Abschluß ist eine Retrospektive über schwarze Leinwandstars. Im musikalischen Bereich gibt es vier große Veranstaltungen – Konzerte mit Jo Lee Wilson and the Joy of Jazz, Sazy Perere, Dee Dee Bridgewater, Leon Rock Band, Gilberto Gil Umbelina, Jacob Wheeler, Phil Mandouno, Kapia und Ultramarine. Gemäldeausstellungen und eine Lyrik-Nacht (am 22. März) ergänzen das Programm. Das schwarze Kulturfestival dauert bis zum 25. April.

Treffen junger Liedermacher in Berlin

dpa, Berlin

An dem bundesweiten „Treffen junger Liedermacher" vom 19. bis zum 23. April in Berlin nehmen 33 Liedermacher und Liedermacherinnen sowie Gruppen teil. Sie wurden aus rund 500 Bewerbungen von einer Jury ausgewählt. Das Treffen wird im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft von den Berliner Festspielen veranstaltet. Wie die Festspiele am Montag mitteilten, reicht das Alter der ausgewählten Musiker von zwölf bis 23 Jahre, sie kommen aus allen Sparten der Schule und Ausbildung und aus fast allen Bundesländern. Die Qualität der Lieder sei sehr hoch, betonten die Veranstalter, „trotz oder wegen des hohen Anspruchs der Ausschreibung", die nur junge Liedermacher und Liedermacherinnen ansprach, die ihre Lieder selbst komponieren, texten und vortragen.

Fugger-Grab bleibt erhalten

dpa, Regensburg

Der Chef des Hauses Fugger, Albert Graf Fugger von Glött, hat seine Zustimmung zum Abbruch des Fugger-Grabes im Regensburger Dom zurückgezogen. Dies gab das kunstgeschichtliche Institut an der Regensburger Universität bekannt. Mit dieser Entscheidung ist ein Kompromiß zum Bau einer Bischofsgruft, der nach monatelangem Ringen zwischen Landesdenkmalamt und Kirche ausgehandelt wurde, erneut in Frage gestellt. Das Fürstenhaus hatte zunächst einem Abbruch der Grablege zugestimmt, sofern der darin enthaltene Sarg nicht geöffnet würde. Die jetzt bekanntgewordene gegenteilige Entscheidung führen die Kunsthistoriker auf die bei der Öffnung des gemauerten Grabes entdeckten bemerkenswerten Wandmalereien zurück.

Karl Mays Geburtshaus als Gedenkstätte

AP, Berlin

Das Geburtshaus des sächsischen Abenteuerschriftstellers Karl May in der Kleinstadt Hohenstein-Ernstthal im „DDR"-Bezirk Karl-Marx-Stadt (Chemnitz) ist am Dienstag als Gedenkstätte eröffnet worden. Nach einem Bericht der Ostberliner Nachrichtenagentur ADN ist das Geburtshaus nach dem Karl-May-Museum in Radebeul bei Dresden bereits die zweite museale Einrichtung in der „DDR", die „das bewegte Leben" des geistigen Vaters von Winnetou und Old Shatterhand nachzeichnet. May wurde am 25. Februar 1842 in dem nur 4,25 m breiten Haus in der jüngst nach ihm benannten Straße geboren und lebte dort drei Jahre lang mit Eltern und Geschwistern in bitterster Armut. Das vermutlich vor 1700 errichtete Gebäude wurde den Angaben zufolge 1980 unter Denkmalschutz gestellt und in den letzten beiden Jahren von einer Karl-May-Interessengemeinschaft in der Freizeit umfassend rekonstruiert. Leben und Schaffen des in der „DDR" lange verpönten Autors werden in einer Ausstellung gewürdigt.

Die Unsicherheit des Autofahrers vor der Ampel

ULRICH REITZ, Bonn

Etliche Autofahrer werden jedes Jahr kräftig zur Ader gelassen, weil sie Ampeln bei Rot überquert haben. Für dieses Delikt müssen sie nicht nur weit über hundert Mark berappen, sondern auch noch Punkte in der Flensburger Verkehrssünder kassieren. Aber: „Oft sind daran nicht nur die Autofahrer Schuld, sondern die Technik", behauptet Hans W. Mayer von der Deutschen Automobiltreuhand (DAT) in Stuttgart. Der Grund vieler „Schein-Verstöße": An zahlreichen Ampeln ist die Gelbphase zu kurz.

Mayer stützt sich auf ein Gutachten von Werner Großer, öffentlich bestellter und vereidigter Kraftfahrzeug-Sachverständiger für Unfallrekonstruktion und Vertragspartner der DAT Nürnberg. Großer kam bei seiner Untersuchung der Rotlicht-Verstöße zu einem erschreckenden Ergebnis: Zwischen 41,7 und 44,7 Meter vor einer auf Gelb umschaltenden Ampel kann ein Autofahrer nur noch falsch handeln.

Gas geben oder bremsen? Das ist hier die Frage

Vor der Ampel kann er nur dann noch zum Stehen kommen, wenn er scharf bremst. Dann riskiert er jedoch einen Auffahrunfall. Drückt er hingegen auf die Tube, um die Ampel noch bei „Dunkelgelb" zu überqueren, riskiert er ein Bußgeld oder, schlimmer, einen Unfall. So geschehen etwa in Saarbrücken wo just über einer Ampel, die eine unter drei Sekunden liegende Gelbphase hatte, ein Radargerät angebracht war.

Großer hält mehrere Maßnahmen für nötig, um den Autofahrer von diesem Dilemma zu befreien. Zunächst schlägt er vor, die Gelbphasen bundesweit einheitlich zu regeln. Gegenwärtig gibt es nämlich keine verbindliche Regelung für die Dauer der einzelnen Phasen, lediglich eine empfehlende Verwaltungsvorschrift.

An den meisten Ampeln in Deutschland, erklärt man beim DAT, dauert das Gelblicht zwar wie empfohlen rund drei Sekunden, es gibt aber auch Ausnahmen. Beispielsweise in Saarbrükcken: Zehn Prozent der Ampeln begnügen sich mit 2,6, eine sogar mit nur 1,8 Sekunden. Eine bundeseinheitliche Regelung würde die Fairneß gegenüber dem Autofahrer erhöhen und die Unfälle senken können, glaubt man in Stuttgart.

Zusätzlich schlägt Großer vor, die Gelbphase auf vier Sekunden zu verlängern. Die Zeit, die dem Autofahrer zur Verfügung stünde, um sich zwischen Bremsen und Gasgeben zu entscheiden, würde sich damit verlängern.

Vorbildlich und nachahmenswert sei die Angelegenheit in Österreich geregelt, wo das Grünlicht, kurz bevor es auf Gelb umschlägt, noch eine Weile blinkt, so daß sich die Autofahrer länger auf Halten einstellen können.

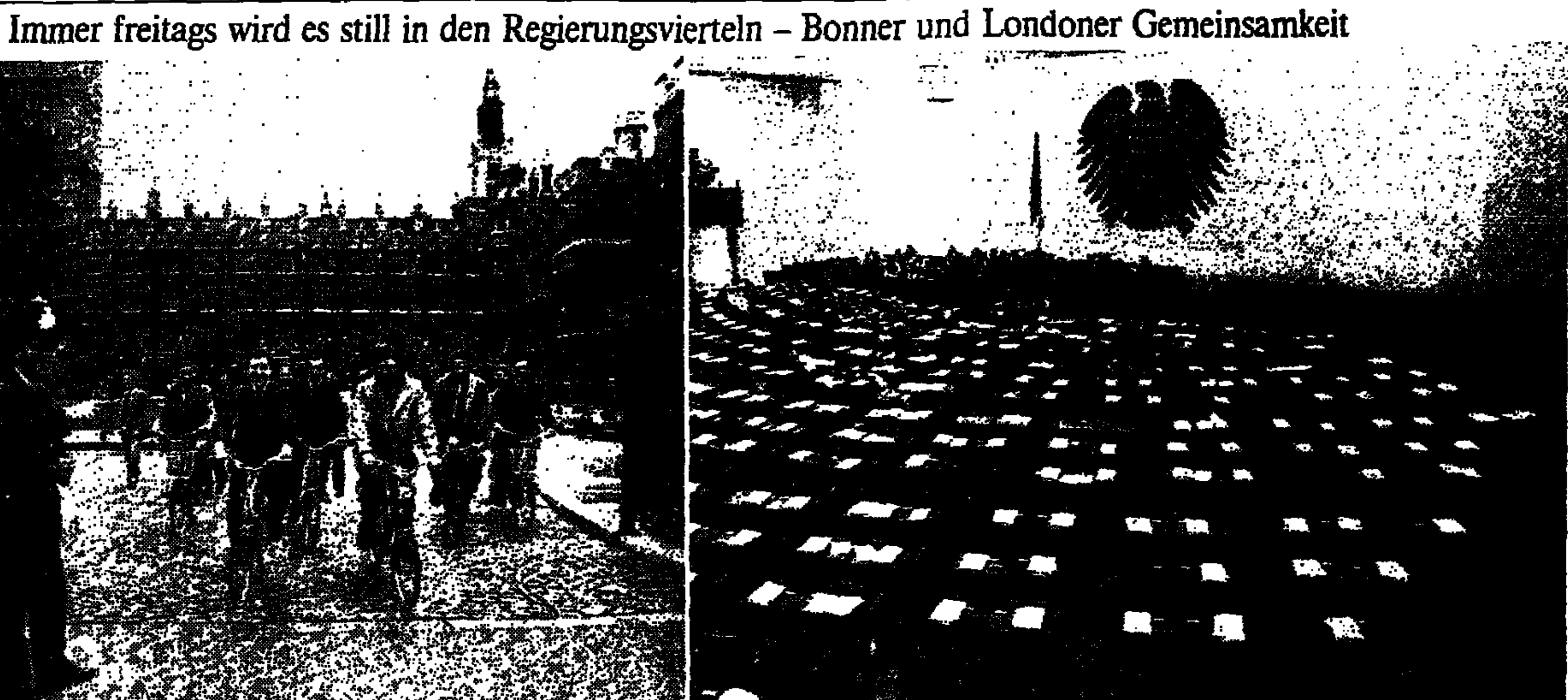
Bußgeldbescheid „einfach anfechten"

Für die, die einen Bußgeldbescheid nicht auf ihr Fehlverhalten, sondern auf eine zu kurze Gelbphase zurückführen, hat Mayer einen Tip parat: „Einfach anfechten." Wenn ein Sachverständiger mit Hilfe eines elektronischen Meßverfahrens nachweise, daß die Gelbphase kürzer als drei Sekunden dauere, würde den angeblichen Verkehrssünder „jeder Richter freisprechen".

Auch vor den Kosten eines solchen Verfahrens sollte ein Fahrer, der sich seiner Sache sicher ist, nicht zurückschrecken. „Nach unserer Erfahrung übernimmt der Rechtsschutz die Kosten für das Ganze", erklärt Mayer, der hofft, daß der Gesetzgeber auf die Ergebnisse des Gutachtens „endlich einmal reagiert".

Immer freitags wird es still in den Regierungsvierteln – Bonner und Londoner Gemeinsamkeit





Englische Parlamentsabgeordnete verlassen ihre „Dienststelle" (links), auch im Deutschen Bundestag herrscht freitags gähnende Leere (rechts) FOTOS: DIE WELT / DPA

Drei-Tage-Woche für das Unterhaus?

SIEGFRIED HELM, London

Beginnen Sitzungen des Bundestags in der Regel um neun Uhr morgens, so finden sich die „ehrenwerten Mitglieder" des Londoner Unterhauses erst um 14.30 Uhr zum Sitzungsbeginn ein. Pragmatische Engländer haben Verständnis dafür, daß viele Volksvertreter am Vormittag ihrem „Hauptberuf" in der City oder einer Anwaltskanzlei nachgehen und nachmittags und abends ihr Wahlvolk vertreten. Eine wachsende Zahl von Parlamentariern macht sich nun dafür stark, den Montag und Freitag für sitzungsfrei zu erklären, bei der Mutter der Parlamente also die „Drei-Tage-Woche" einzuführen.

Dieser Reformvorschlag wurde keineswegs aus dem linken Lager lanciert. Seine Protagonisten bilden eine „Lobby" über die Fraktionsgrenzen hinweg. Sie wollen Theorie und Praxis in Einklang bringen. Denn immer mehr Abgeordnete glänzen bei den Montagssitzungen durch Abwesenheit. Und freitags bröckelt die Anwesenheit bedrohlich ab.

Die Sponsoren von Gesetzesvorlagen durch Einzelabgeordnete, also der „Private Members' Bills", haben dann oft ihre liebe Mühe und Not, von den 635 Abgeordneten die beschlußfähige Hundertschaft zusammenzubringen. Obwohl das Unterhaus im Blick auf das Wochenende freitags von *9.30 Uhr bis 14.30 Uhr tagt, findet* sich auf den Sitzungsbänken oft nur ein Häuflein von 40 bis 50 Aufrechten. Montags ist das Hohe Haus häufig nur zu einem Drittel besetzt.

Die für die Geschäftsführung des Unterhauses verantwortlichen Parlamentarier haben aus der Not eine Tugend gemacht. *Wichtige Abstimmungen* werden immer seltener auf Montag und Freitag gelegt. Abgeordnete sprechen sich für diese Tage nämlich besonders gern untereinander ab: So muß beispielsweise ein Labour-Oppositionsabgeordneter einen Kollegen von der regierenden Tory-Fraktion finden, der ebenfalls freimachen möchte, damit sich das Abstimmungsverhältnis nicht ändert.

Der konservative Abgeordnete Andrew MacKay (35) ist einer der Wortführer der Forderung, die Parlamentsarbeit auf wenige Tage zu konzentrieren. Dabei gehört er mit seinem Wahlkreis in der London-nahen Grafschaft Berkshire nicht einmal zu jenen Abgeordneten, die sich gleich nach der 22-Uhr-Abstimmung am Donnerstag ins Taxi stürzen, um den Nachtzug nach Schottland oder Cornwall noch zu erwischen. Liberalenführer David Steel, im schottischen Selkirshire zu Hause, hat gesagt, wenn er dem Unterhaus eines Tages den Rücken kehren würde, dann wegen des elenden Pendlerlebens. Die geographischen Gegebenheiten der Britischen Inseln bringen es mit sich, daß die Abgeordneten im Südwestzipfel, Keith Best auf der Insel Anglesey *und die meisten schottischen* Abgeordneten benachteiligt sind. Bis zur nordschottischen Grafschaft Chaithness sind es 18 Eisenbahnstunden. Flugplätze sind rar. MacKay und andere Abgeordnete wollen aber keineswegs Schmalspur-Parlamentariern sein. Sie pochen darauf, daß die *Arbeit in den Wahlkreisen* zunehmend ihre Anwesenheit erfordert.

John Biffen, der für die Geschäftsführung des Unterhauses zuständige Minister, ist ständig im Clinch mit Hinterbänklern. Gelegentlich wurde er *grantig, um die Leute bei der* Stange zu halten. Auch die Arbeit der Ausschüsse findet wegen des Trends zum langen Wochenende kaum noch an Montagen statt. Die „Tribune"-Gruppe linker Labour-Abgeordneter zog ebenfalls die Konsequenzen: Sie verlegte ihr regelmäßiges Treffen auf den Dienstagabend.

Kein Wunder, daß die „echten" Arbeitstage im Unterhaus oft zu einem wahren Sitzungsmarathon ausufern. Immer häufiger kommt es vor, daß der schöne Brauch, mit der Abstimmung um 22 Uhr zu Ende zu kommen, ein schöner Traum bleibt.

Erst kürzlich tagte das Unterhaus bis in die Morgenstunden. Der konservative Ivan Lawrence stellte in der Debatte über Fluor-Zusatz zum Trinkwasser mit einer von 5.12 Uhr bis 9.35 Uhr dauernden Rede den Unterhaus-Jahrhundertrekord auf. Er brach ab mit den Worten: „Ich hätte noch mehr zu sagen, aber ich muß *jetzt als Verteidiger zum* Old Bailey." Dauerredner Lawrence ist freilich eine Ausnahmeerscheinung. (SAD)

Ein Parlaments-Leiden

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

An einem Freitag im Dezember vorigen *Jahres versuchte man, der poli*tischen Bonner Freitags-Krankheit Herr zu werden. Ob es denn nicht möglich sei, ließ Bundeskanzler Helmut Kohl nachfragen, daß alle zur Abstimmung anstehenden Gesetze gebündelt an einem Donnerstag vorgelegt würden, damit auch die notwendige Präsenz der Abgeordneten gewährleistet sei.

Die Abschaffung des Freitags als Parlaments-Leiden scheiterte. Vorangegangen war der Versuch der SPD, das von der Regierung vorgelegte Krankenhaus-Finanzierungsgesetz bei der Abstimmung im bereits wo*chenendlich leeren Haus zu Fall zu* bringen. Doch der Großteil der Fraktion fand sich auch ohne das Druckmittel der namentlichen Abstimmung im Saal ein, die Abstimmung nahm den gewünschten Verlauf.

Genau 23 Freitage sollen nach dem Sitzungsplan des Bundestages in diesem Jahr Sitzungszeit sein, wobei seit 1972 die Regelung gilt, daß vormittags das Plenum tagt, nachmittags nur noch „eventuell" der Ausschußarbeit gewidmet ist. Einen Abgeordneten am Freitag nachmittag in seinem Büro zu erwischen, gehört zu den Bonner Unwahrscheinlichkeiten.

*Denn nach dem Parlamentarierver*ständnis gehört die halbe Arbeitskraft des Volksvertreters seinem Wahlkreis. Da er aber auch in Bonn im Stuhlreihenparkett des Plenarsaals unterhalb der fast immer voll besetzten Besuchertribüne bei jeder Sitzung anwesend sein sollte, und von ihm erwartet wird, *daß er in zeit*raubender Ausschußarbeit Gesetze macht, hat die SPD-Politikerin Sigrid Skarpelis-Sperk dies belastete Dasein mit dem einer „eierlegenden Wollmilchsau" verglichen.

Rund ein *Jahr* warten *Besucher*gruppen auf einen Termin, zu dem sie auf der Bundeshaus-Tribüne an einer *Plenarsitzung* teilnehmen können. Der Freitag ist ein beliebter Tag, denn nach einer weiten Anreise kann man das anschließende Wochenende zur Rückfahrt benutzen. Die Hauptklage der rund 150 000 Gäste jährlich lautet daher, warum es „unten so leer ist", verbunden mit der Frage, „was die eigentlich machen". Das ist leicht erklärt, denn abseits aller vorführbaren Pflichten ist das Bonner Bundeshaus auch „ein Parlament der verbeirateten Familienväter" (so Professor Ulrich Lohmar).

Das uralte Ärgernis wird erst dann behoben, wenn der Bundestag demnächst in das zum Not-Parlament umgebaute alte Wasserwerk einzieht. Die Bauaufsicht schreibt eine Überholung des alten *Plenarsaals* vor. Im Wasserwerk wird es weniger Sitzplätze als Abgeordnete geben. Schade, *daß von den dann geschlossenen* Freitags-Reihen nur wenige Besucher einen optisch schönen Eindruck mit nach Hause nehmen können: Für sie wird es nämlich in dieser Übergangszeit weniger Platz geben.

Bremen eröffnet Zentrum für Herzkranke

dpa, Bremen

Herzkranke finden bald in Bremen eine neue umfassende Behandlungsmöglichkeit. Im Zentralkrankenhaus „Links der Weser" der Hansestadt wird im Juni 1985 die zweite Ausbauphase des Kardiologie-Operationszentrums abgeschlossen sein. Das Zentrum wird über zwei Labors zur Erweiterung verengter Herzkranzgefäße verfügen. Im Bremer Herzzentrum sollen jährlich rund 1000 Menschen behandelt werden. Damit sei Bremen das erste Bundesland, das für Herzpatienten in seinem Einzugsbereich ausreichende Therapiemöglichkeiten bereithält, sagte Gesundheitssenator Herbert Brückner (SPD). Die Kosten für das Bremer Zentrum betragen 7,7 Millionen Mark. Herz-Kreislauf-Leiden sind in der Bundesrepublik Todesursache Nummer eins: Durchschnittlich ereignet sich pro Minute ein Infarkt.

Milderes Urteil

AP, Berlin

Wegen fahrlässiger Tötung des 18jährigen Schülers Andreas Piber hat gestern ein Berliner Schwurgericht in einem Revisionsverfahren den 29jährigen Polizeibeamten Jörg Rosentreter zu einem Jahr Haft mit Bewährung verurteilt. Die Richter hielten den Beamten für schuldig, Piber bei einem nächtlichen Einbruchsversuch am 22. November 1982 in „angenommener Notwehr" mit einem Schuß in den Rücken tödlich verletzt zu haben. *Das härtere Urteil* des vorinstanzlichen Gerichts hatte im August 1983 auf Totschlag in einem minderschweren Fall und zweieinhalb Jahre Haft gelautet. Es mußte wegen „Widersprüchen in der Urteilsbegründung" auf Beschluß des Bundesgerichtshofs aufgehoben werden.

Betrug an Urlaubern

AP, Frankfurt

Zwei Kaufleute, die Hunderten von Urlaubern eine Billigreise nach Gran Canaria versprochen hatten, sind gestern in Frankfurt wegen Betruges zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt worden. Sie hatten 1984 eine „Osterreise" von 14 Tagen für 999 Mark angeboten. *Wenige Tage vor dem Ab*flug der Touristen waren noch immer keine Hotels und keine Flüge gebucht. Da die Kriminalpolizei rechtzeitig eingriff, erhielten die meisten Urlauber ihre Verrechnungsschecks uneingelöst zurück.

Selbstverbrennung

AFP, Bozen

Aus Verzweiflung über die bevorstehende Trennung von einem Lawinensuchhund hat sich ein 24jähriger Münchner gestern selbst verbrannt. Der junge Mann hatte das Tier ausgebildet und hätte es dem Bergrettungsdienst übergeben müssen. Der Hund verbrannte ebenfalls.

LEUTE HEUTE

Freches Mundwerk

Auch ein Bischof kann ein lockeres Mundwerk haben. Das zeigt eine Sammlung von Sprüchen des wohl frechesten Kirchenmanns Großbritanniens, des früheren anglikanischen Bischofs **Douglas Feaver.** Ein ehemaliger Mitarbeiter hat die Sprüche gesammelt. So hat Feaver zu einer Braut bei deren Trauung gesagt: „Wo haben Sie diesen Ehemann gefunden – bei einem Blackout (Stromausfall)?" Der Erlös aus dem Verkauf des Buchs kommt einem Kinderhilfswerk zugute.

Zugaben

Film- und Showstars sind anspruchsvoll, wenn es um „bargeldlose" Zugaben zu ihren Gagen geht. Eine Londoner Zeitung enthüllte neulich, daß beispielsweise „J. R." **Larry Hagman** *zusätzlich* zu der Jahresgage von 10 Millionen Mark einen Hubschrauber für private Flüge gestellt bekommt.

Erinnerungen an die Leiden der „Boat-People"

500 Vietnamesen und Deutsche feierten das Neujahrsfest in Bremen / Politisches Bewußtsein soll wachgehalten werden

MARIANNE KLEMZ, Bremen

Der Vietnamese Lien lebt mit seinem 17jährigen Sohn und seinen Brüdern zusammen und ist in seiner Freizeit Sänger in einer vietnamesischen Band. Auch an diesem Abend hatte er gesungen: Das Lied über die Gefühle eines Widerstandskämpfers war allen Zuhörern unter die Haut gegangen. Jene, die kurz zuvor noch fröhlich feierten, waren nachdenklich geworden.

Rund eine halbe Million Vietnamesen sind bei den großen Fluchtwellen seit 1976 im Meer ertrunken. Auch der 36jährige Lien, der *in* einer Drukckerei arbeitet, vermißt seine Frau und fünf seiner Kinder, die ein Jahr nach ihm auf einem Boot aus Vietnam geflüchtet waren und seither verschollen sind.

*Der Bundesvorsitzende der Organi*sation für die Angelegenheiten der Vietnam-Flüchtlinge in der Bundesrepublik Deutschland (OAVN), Hoang Pham Cong, schätzt die Zahl der in Deutschland lebenden Vietnamesen auf 26 000. „Unser Dank geht an unsere deutschen Freunde. Wir alle haben nur den einen Wunsch, daß wir eines Tages in ein freies Vietnam zurückkehren können", sagte er. Problematisch sei die Situation derjenigen, die mit über 25 Jahren hierhergekommen seien. Sie erhielten oft nur Hilfsarbeiterjobs oder seien arbeitslos. Diejenigen, die nicht als Asylanten, sondern im Rahmen der humanitären Hilfsaktionen eine unbegrenzte Aufenthaltsgenehmigung erhielten, haben rechtlich keine Möglichkeit, sich selbständig zu machen.



Junge Vietnamesinnen beim Tanz „Der Frühling ist da" FOTO: MARIANNE KLEMZ

Tran Viet Ton, der den vorwiegend in Süddeutschland tätigen Verein „Freies Vietnam" in Bremen vertrat, sagte, daß neben der Unterstützung des Widerstandes und einer weltweiten Öffentlichkeitsarbeit die Jugendarbeit ein wichtiger Faktor sei. Gerade bei den 18 bis 22jährigen müsse das politische Bewußtsein wachgehalten werden.

Mit rund 500 Teilnehmern, die überwiegend aus dem Norden der Bundesrepublik kamen und von denen etwa ein Viertel Deutsche waren, war der Abend in Bremen gut besucht. Im chinesischen Kalender ist das Jahr des Wasserbüffels angebrochen. Er war auf einer der Bühnenkulissen zu sehen, wie er Hammer und Sichel zertritt. Eine *Friedenstaube* über im Meer untergehenden Händen erinnerte an das Leid und den Tod der Boat People, *machte jedoch auch* Hoffnung auf eine Rückkehr.

ZU GUTER LETZT

„Wir versuchen, Liebe freizulegen, wo immmer wir sie verborgen glauben." Die Vorsitzende der CDU-Frauenvereinigung, Helga Wex, gestern auf einer Pressekonferenz in Bonn zu den Zielen ihrer Organisation.

WETTER: Niederschläge

Wetterlage: Starke Tiefausläufer greifen von der Nordsee her auf ganz Deutschland über. Sie leiten die Zufuhr von arktischer Meeresluft ein und bestimmen das Wetter der nächsten Tage.



Vorhersage für Mittwoch:
Nach Auflösung von Nebelfeldern heiter und trocken. Anstieg der Tagestemperaturen auf 4 bis 9 Grad. Am Nachmittag von Norden her Bewölkungsaufzug und nachfolgend Niederschläge. Im Laufe der Nacht Übergreifen der Niederschläge auf den Süden Deutschlands. Tiefsttemperaturen um null Grad, im Norden um minus 3 Grad. Schwacher bis mäßiger Wind.

Weitere Aussichten:
Kalt mit Schneeschauern.

Temperaturen am Dienstag, 13 Uhr:

Ort	°C	Ort	°C
Berlin	3°	Kairo	22°
Bonn	6°	Kopenh.	-1°
Dresden	0°	Las Palmas	20°
Essen	2°	London	7°
Frankfurt	5°	Madrid	10°
Hamburg	-3°	Mailand	6°
List/Sylt	0°	Mallorca	8°
München	-1°	Moskau	-5°
Stuttgart	2°	Nizza	11°
Algier	13°	Oslo	3°
Amsterdam	5°	Paris	5°
Athen	11°	Prag	1°
Barcelona	9°	Rom	6°
Brüssel	2°	Stockholm	3°
Budapest	3°	Tel Aviv	23°
Bukarest	-2°	Tunis	15°
Helsinki	1°	Wien	1°
Istanbul	5°	Zürich	2°

Sonnenaufgang* am Donnerstag: 6.39 Uhr, Untergang: 18.24 Uhr; **Mondaufgang:** *3.22 Uhr, Untergang: 10.25 Uhr*
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

Frischer Wind für den „New Yorker"

A. v. KRUSENSTIERN, New York

Die längsten Gesichter New Yorks sieht man dieser Tage in der 43. Straße. *Dort, im Hause Nr. 25, hat eine* Zeitschrift ihren Sitz, die wie keine andere in den USA zu einem Kultobjekt geworden ist: der „New Yorker".

Seit seiner Gründung im Jahre 1924 hatte der „New Yorker" nur zwei Verleger, Vater und Sohn, und zwei Chefredakteure gehabt. Die Zeitschrift war ein Familienunternehmen, die meisten Redakteure waren seit Jahrzehnten dabei, und die Abonnements wurden in der ebenso getreuen Schar der Leser von Generation zu Generation vererbt.

Jetzt soll alles anders werden. Der „*New Yorker" ist von der Familie* des Gründers an den Mediengiganten Advance Publications Inc. verkauft worden. Die Proteste des Chefredakteurs, der Redaktion und der zum Teil illustren Mitarbeiter wurden dabei übergangen. Dem 77jährigen Chefredakteur William Shawn standen Tränen in den Augen, als er nach der Verkaufsnachricht vor die Redaktion trat: „Wir wurden nicht nach unserer Zustimmung gefragt, und wir haben unsere Zustimmung nicht gegeben", sagte er mit stockender Stimme.

Shawn und ein Teil der Redaktion haben inzwischen die prominente Anwaltsfirma „Fried, Frank, Harris, Shriver und Jacobson" mit der Vertretung ihrer Rechte beauftragt. Ob das etwas bringt, ist ungewiß. Immerhin hat Advance Publications zugesagt, keine personellen Änderungen vorzunehmen und sich in redaktionelle Dinge nicht einzumischen. Die Redaktion begegnet dieser Zusage jedoch mit Skepsis.

Als der „New Yorker" 1924 von Raoul Fleischmann und dem ersten Chefredakteur Harold Ross gegründet wurde, war er sowohl Produkt wie Symbol der „Gay Twenties", der überschäumenden zwanziger Jahre. „Der Tenor wird durch Heiterkeit, Witz und Satire bestimmt werden", versprach der Prospekt, und als Symbol erkor die Zeitschrift sich einen Dandy mit Zylinder, hohem Stehkragen und Monokel, der jedes Jahr einmal auf der Titelseite abgebildet wurde.

William Shawn trat vor 32 Jahren die Nachfolge von Harold Ross als Chefredakteur an. Unter ihm wurde der „New Yorker" müde und staubig. Heiterkeit, Witz und Satire sind längst verflogen. Das Blatt, für das einst *James Thurber, John O'Hara* und E. B. White schrieben, veröffentlichte in den letzten Jahren viel Belangloses. Treue Abonnenten versichern, das Blatt nur noch der Karikaturen wegen zu beziehen. Dennoch hängen sie am Blatt mit ungewöhnlicher Loyalität.

Vom Kummer der Redaktion unberührt, erhoffen viele Leser vom Verkauf an Advance, das heißt an die Verlegerfamilie Newhouse, frischen *Wind für das Blatt. Stammvater* war Samuel I. Newhouse jr., Sohn osteuropäischer Einwanderer, der 1922 eine kleine New Yorker *Vorortzeitung* kaufte und darauf ein Imperium gründete. Heute gehören der Familie Newhouse 29 Zeitungen, ein großes Kabelfernseh-Unternehmen sowie ein Korb von Zeitschriften, darunter „Vogue", „Vanity Fair", „Glamour", „Gourmet", „House and Gardens" und „Gentlemen's Quarterly" sowie Random House, einer der führenden amerikanischen Buchverlage. Bei einem Jahresumsatz von über zwei Milliarden Dollar sind die 142 Millionen, die die Familie für den „New Yorker" mit seiner sinkenden Auflage von knapp 500 000 Exemplaren zahlte, ein Pappenstiel. (SAD)

Ende einer Kreuzfahrt

Behörden stoppten Therapie für gestrauchelte Jungen

KLAUS RÜHLE, Rom

Die therapeutische Kreuzfahrt des deutschen Segelboots „Anna Catharina" fand dieser Tage im Hafen von Fiumicino bei Rom ein jähes Ende: *Die dortigen Zollbehörden* beschlagnahmten das kleine Schiff im Namen des Heiligen St. Bürokratius. Solche Kreuzfahrten werden seit einiger Zeit von einer Stuttgarter Vereinigung durchgeführt. Sie dauern sechs Monate und sollen Jugendliche resozialisieren, die auf den falschen Weg geraten sind, weil sie zu Taschendieben oder Drogensüchtigen wurden. Die Gestrauchelten versehen an Bord den harten aber gesunden Dienst von Schiffsjungen, erhalten Hilfe von Medizinern und Psychotherapeuten.

Pietro Formento, der in Italien die Interessen der Organisatoren vertritt, erklärte, daß die neue Beschäftigungstherapie auf hoher See in 80 Prozent aller Fälle Erfolg hat. Wenn der Handstreich der Hafenbehörden von Fiumicino von den italienischen Justizbehörden bestätigt werden sollte, müßten die Häfen der Apenninenhalbinsel aus dem Programm gestrichen werden.

Derzeit beschäftigt sich das sogenannte „Freiheitstribunal" in Rom mit dem Fall. Grund für die Beschlagnahme des Seglers ist die Tatsache, daß ein Italiener Kapitän auf dem deutschen Segler ist. Er besitzt also eine ausländische Nationalität. Das *ist in der Konvention von Genf nicht* vorgesehen, jedoch auch nicht ausdrücklich ausgeschlossen.

Dank der kleinlichen bürokratischen Auslegung der Konvention wurde nun die Kreuzfahrt gestoppt und damit die Therapie unterbrochen. Die fünf Jungen an Bord mußten nach Deutschland zurückgeschickt werden und die „Anna Catharina" liegt seither unter polizeilicher Kontrolle im Hafen von Fiumicino vertäut. Die Anklage lautet auf Zollschmuggel wegen illegaler Einfuhr eines Schiffes. Außerdem wurde der Besatzung eine Ordnungsstrafe von 70 Mark aufgebrummt, weil sie nicht rechtzeitig die internationale Schiffsversicherung erneuert hatte.

Mit dem Fall ist die deutsche Botschaft in Rom befaßt. Dabei geht es nicht nur darum, die Beschlagnahme der „Anna Catharina" rückgängig zu machen, sie will darüber hinaus generell klären, ob therapeutische Kreuzfahrten in italienischen Gewässern zugelassen sind.

Um die AAA-Adressen tobt in den Chefetagen ein knochenharter Wettbewerb

Von CLAUS DERTINGER

Unter den europäischen Bankzentren ist Luxemburg zwar das jüngste. Aber unter den neueren Finanzplätzen mit internationalem Zuschnitt gehört Luxemburg mit seiner noch nicht einmal 20jährigen Geschichte als internationaler Markt für Geld und Kapital inzwischen längst zur älteren, etablierten Generation. Natürlich reicht das kleine Großherzogtum in seiner Bedeutung für das internationale Finanzgeschäft nicht an organisch gewachsene traditionelle Plätze wie London oder New York heran, die zugleich Finanzdrehscheiben für große nationale Volkswirtschaften mit enger weltweiter Verflechtung sind. Aber im Kreise der Großen spielt Luxemburg durchaus eine beachtliche Rolle.

Wohl nirgendwoanders hat die Finanzbranche für die Wirtschaft des Landes ein so großes Gewicht wie in Luxemburg, wo sie zehn bis 15 Prozent des Staatshaushalts finanziert und damit längst die Stahlindustrie als größten Steuerzahler des Großherzogtums abgelöst hat. Luxemburg wäre freilich nie in die Riege der internationalen Finanzplätze vorgestoßen, wenn sich nicht so viele ausländische Banken dort niedergelassen hätten, wo ihnen für vielerlei geschäftliche Aktivitäten günstigere Bedingungen geboten werden als in ihren Heimatländern.

Der Fiskus ist in mancherlei Hinsicht etwas verständnisvoller als anderswo. Aber es wäre ein Irrtum zu glauben, Luxemburg sei ein Steuerparadies. Die große Attraktion des „off shore"-Finanzplatzes lag und liegt vor allem darin, daß ausländische Banken im Großherzogtum über Töchter vielen Geschäften ohne die zu Hause von Aufsichtsbehörden und Notenbanken angelegten Fesseln nachgehen können. Das heißt freilich nicht, daß sich die Banken in Luxemburg keiner Regulierung unterwerfen müßten; doch die großherzoglichen Bankenaufseher denken und handeln etwas pragmatischer und damit bankenfreundlicher als manche ihrer Kollegen in anderen Ländern, denen die Liberalität der sehr auf ihre Autonomie bedachten Luxemburger schon öfter ein Dorn im Auge ist.

So hat es inzwischen 117 Auslandsbanken nach Luxemburg gezogen, die mit einer Bilanzsumme von rund 360 Milliarden ein ganz eindeutiges Übergewicht über die heimischen Banken haben. Die Dominanz der ausländischen Banken, unter denen die Töchter deutscher Institute am stärksten vertreten sind – die Euroableger der Deutschen Bank und der Dresdner Bank sind zugleich die größten –, machen Luxemburg zum internationalsten europäischen Bankplatz. Die ausländischen Banken halten sich dort freilich aus dem nationalen Geschäft völlig heraus; das überlassen sie den einheimischen Instituten. Sie konzentrieren sich völlig auf internationale Aktivitäten, wobei das Kreditgeschäft im Vordergrund steht.

Die Zeiten des Booms im Eurokreditgeschäft, der sich bis 1981 in jährlichen Steigerungsraten von 20 bis 30 Prozent spiegelte, sind allerdings mit der Eskalation der internationalen Schuldenkrise vorbei. Auch die schwere weltweite Rezession hat ihre Spuren hinterlassen. Die Luxemburger Institute haben zwar in diesen Wirren keinen sichtbaren Schaden genommen; der Zusammenbruch der SMH-Bank und der Ambrosiano-Holding war auf Ereignisse in den Heimatländern der beiden Institute zurückzuführen. Doch die luxemburgischen Auslandsbanken operieren jetzt erheblich vorsichtiger. Die Finanzierung der Zahlungsbilanzdefizite von Entwicklungsländern und Ostblockstaaten, die früher einmal eine große Rolle im Kreditgeschäft gespielt hatte, ist wegen der gewaltigen Risiken auf ein Minimum zurückgeschraubt worden; sie beschränkt sich im wesentlichen nur noch auf die Zurverfügungstellung von Mitteln im Rahmen von Umschuldungen.

Das für Luxemburg typische Großkreditgeschäft konzentriert sich inzwischen überwiegend auf erstklassige industrielle und staatliche Adressen. Um diese Kreditnehmer tobt wegen der hohen Liquidität des Marktes allerdings ein knochenharter Wettbewerb, der die Gewinnmargen arg zusammenpreßt. Satte Margen sind zwar bei denen herauszuholen, die nicht zur Kategorie der Topadressen gehören; aber an diesen Zinsaufschlägen können sich die Banken endgültig erst dann erfreuen, wenn die Kredite pünktlich getilgt sind. Bis dahin sind die noch lukrativ erscheinenden hohen Zinsmargen lediglich Risikoaufschläge.

Überhaupt steht die Risikoabsicherung seit geraumer Zeit im Mittelpunkt der Geschäftspolitik der meisten Banken, vor allem der deutschen. Denn Luxemburg ist schließlich kein über Generationen organisch gewachsener Bankplatz, an dem die Banken über Jahrzehnte hinweg dicke Polster aufbauen konnten. Deswegen unterstützen die Luxemburger Behörden die Banken auch nach Kräften bei dem Bemühen, Reserven anzulegen, womit letztlich auch die Stabilität des noch jungen Bankplatzes Luxemburg verbessert wird.

Mit der deutlichen Verlangsamung des Eurokreditgeschäfts in Luxemburg, dessen Anteil früher elf bis zwölf Prozent am gesamten weltweiten Eurogeschäft ausmachte und bis auf neun Prozent zurückgegangen ist, hat bei vielen Auslandsbanken in Luxemburg ein geschäftsstrategischer Umdenkprozeß begonnen.

Man vesucht, das Geschäft auf ein zweites Bein neben dem Kreditgeschäft zu stellen. Nach schweizerischem Vorbild bemühen sich die Luxemburger Banken, auch die einheimischen, in zunehmendem Maße darum, mit betuchten internationalen Privatkunden ins Geschäft zu kommen. Dieser speziellen Klientel bieten die Banken die komplette Palette von Dienstleistungen an, die von der attraktiven Verzinsung von Termingeldern in allen gängigen Währungen – auch auf Nummernkonten – über das Edelmetallgeschäft, Devisentransaktionen, den Handel mit Wertpapieren aus aller Welt bis zur Vermögensverwaltung und natürlich der Beratung und dem Geschäft mit Finanz-Terminkontrakten reicht.

Die Luxemburger Behörden waren clever genug, dafür die wichtigsten Voraussetzungen zu schaffen: Mit einem wasserdichten Bankgeheimnis, das Diskretion sichert, mit der Steuerfreiheit für Kapitaleinkünfte ausländischer Anleger, der Börsenumsatzsteuerfreiheit für Wertpapiergeschäfte, der Abschaffung der Mehrwertsteuer für Goldgeschäfte und natürlich mit einer uneingeschränkten Freizügigkeit des Geld- und Kapitalverkehrs.

Diese anlegerfreundlichen Bedingungen bietet das Großherzogtum freilich nicht aus reiner Menschenfreundlichkeit; damit wird vielmehr vor allem eine Politik der langfristigen Absicherung des Finanzplatzes Luxemburg verfolgt. Denn die Behörden sind sich im klaren darüber, daß die einseitige Ausrichtung des Geschäfts der Eurobanken eines Tages möglicherweise gefährlich werden könnte.

Mit dem Ausbau des Privatkundengeschäfts versuchen sich besonders die Auslandsbanken von den Einnahmen aus dem schwankenden und zeitweilig stagnierenden internationalen Kreditgeschäft unabhängiger zu machen, das zudem einen relativ großen Einsatz von Eigenkapital erfordert, das verzinst werden muß, ein Trend, der sich auch in der Bundesrepublik verstärkt, wo die Banken das „eigenkapitalschonende" Provisionsgeschäft besonders forcieren.

Diese noch relativ neuen Aktivitäen, die allerdings nicht auf Kleinsparer abzielen, sondern auf schon etwas wohlhabende Kunden, die über Beträge von 100 000 Mark an aufwärts disponieren, haben noch keinen Riesenumfang. Aber das Geschäft wächst.



Banken prägen die Stadt; wer mit Europa Geschäfte machen will, ist gut beraten, hier eine Adresse zu haben.
FOTO: C. BRECHER-SCHULZ

Der Weg führt vom Kredit- zum Problemlösungsservice

Pierre Jaahns, der Vorsitzende der Kommission der Bankenaufsicht, sagt, daß jetzt im 18. Jahr der Finanzplatz Luxemburg seine Reiseflughöhe erreicht habe. Über den Kurs unterhielt sich H.-H. Holzamer mit dem *Hauptgeschäftsführer der Handelskammer Luxemburg*, Henry Ahlborn.

WELT: Teilen Sie die Meinung, daß die Expansion zum Stillstand gekommen ist?

Ahlborn: Nein, ich würde nicht sagen, daß die Expansionshöhe zum Stillstand gekommen ist, aber wir können keine so großen Zuwachsraten verzeichnen, da wir uns auf einem sehr hohen Niveau einpendeln.

Man kann also nicht wie in den vergangenen Jahren vier, fünf neue Niederlassungen im Jahr verzeichnen, sondern vielleicht nur eine. Und vielleicht auch nicht jedes Jahr. Es ist beispielsweise noch immer so, daß die Engländer nur mit einer Bank hier vertreten sind. Ich sehe zwar jetzt nicht, wie auf kurze Sicht die Engländer massiv nach Luxemburg kommen, aber ich glaube, das sollte trotzdem noch immer ein Ziel sein, Englands Interesse am Bankplatz Luxemburg zu regen.

WELT: Im Vergleich zu London ist ja Luxemburg auch nicht unbedingt eine Steueroase. Bei Ihnen liegt der Ertragssteuersatz bei 46 Prozent, in London bei 35 Prozent.

Ahlborn: Nein, noch nicht. London hat, soweit ich unterrichtet bin, eine Gesetzesvorlage eingebracht, laut der der Satz von 45 auf 40 und von 40 auf 35 progresssiv bis 1988 oder bis 1987 gesenkt werden soll. Das ist ein Projekt, eine Gesetzesvorlage, die in England diskutiert wird.

WELT: Man sagt, daß die luxemburgische Regierung gar nicht so viel Spielraum hätte, den Ertragssteuersatz zu senken, weil sie immer noch das Problem Arbed am Hals habe.

Ahlborn: Der Staat Luxemburg hat insgesamt eine gesunde Haushaltsfinanzlage. Wir haben die niedrigsten Staatsschulden aller Länder in Europa. Wir haben es immer fertiggebracht, mehr oder weniger den Staatshaushalt im Gleichgewicht zu halten. Langfristig haben wir aber Probleme.

Da sind die Finanzierung der Gemeinden, die Finanzierung der Eisenbahn und die Finanzierung – genau wie in Ihrem Lande – der Sozialversicherungen und insbesondere der Altersversorgung. Diese Probleme müssen wir angreifen und anfassen, und da gibt es nur einen Weg, und das ist der Weg der rigoroseren Ausgabenpolitik.

Die Ausgaben müssen gedrosselt werden, und zusätzlich dazu muß an eine Steuersenkung insgesamt gedacht werden.

Es ist nicht so, daß wegen der Umstrukturierung im Industriebereich – wozu auch Arbed zu rechnen ist –, daß wegen dieser Probleme, die anstehen, jetzt Luxemburg die Steuern nie senken könnte. Das ist eine Frage der Zeit, und ich bin der Meinung, daß in den nächsten Jahren eine Steuersenkung unbedingt anzustreben ist und angestrebt wird. Das ist ein Leitmotiv der ganzen Wirtschaft.

WELT: Auch zur Verbesserung der Konkurrenzfähigkeit.

Ahlborn: Selbstverständlich.

WELT: Wo liegen denn die Asse im Kartenspiel Ihrer Wirtschaft? Ist das der Medienbereich, der Dienstleistungbereich der Banken oder ist das Europa?

Ahlborn: Ich glaube, man kann diese Frage nicht pauschal behandeln. Man weiß ja, daß Industriestruktur und Dienstleistungsstruktur eng miteinander verbunden sind, und das eine geht nicht ohne das andere.

In den letzten Jahren hat sich der Dienstleistungsfaktor sehr spektakulär entwickelt. Das ist eine Entwicklung, die man feststellt. Das alles wird sich halten, und wir versuchen ja mit allen Mitteln, auch eine gesunde Industriestruktur in diesem Lande zu halten. Wir haben im Industriebereich in den letzten beiden Jahren über 1500 neue Arbeitsplätze geschaffen.

WELT: Überwiegend Großindustrie oder mittelständisch?

Ahlborn: Mittelständisch.

WELT: Und der Faktor Europa, was die Arbeitsplätze angeht?

Ahlborn: Sicherlich ist es so, daß durch den Beitritt von Spanien und Portugal die Zahl der Europafunktionäre zunehmen wird, auch in Luxemburg. Über 26 Prozent unserer Gesamtbevölkerung sind Ausländer. Es sind hier 15 000 Familien aus anderen Ländern ansässig. Die Portugiesen und die Italiener sind am meisten vertreten. Wir haben keine Türken und keine Nordafrikaner.

WELT: Zurück zu der Wirtschaft. Erwarten Sie von den Medienplänen, etwa den von Radio Luxemburg, Impulse für die Wirtschaft und für den Arbeitsmarkt?

Ahlborn: Es gibt hier zwei Initiativen auf dem Medienmarkt. Zuerst mal dieses Satellitenprojekt der Gesellschaft Radio Luxemburg, und dann hat die Regierung noch ein eigenes Projekt gefördert, das von einem ausländischen Promoter an sie herangebracht wurde und wo heute am 28. Februar wahrscheinlich die Gesellschaft gegründet wird. Das ist eine neue Satellitengesellschaft. Wir erwarten insbesondere Impulse für den Bereich, den man heute High Tech nennt.

WELT: Wie sieht es mit den Aktivitäten der Banken aus? Wo sehen Sie denn die Zukunft im Geschäft? Mit Ländern wie Osteuropa oder *mit Lateinamerika werden nicht* mehr viele Geschäfte zu machen sein. Liegt die Zukunft im Dienstleistungsbereich, beim Service oder bei Problemlösungen?

Ahlborn: In den letzten Jahren konnte man feststellen, daß die Banken mehr und mehr zu einem Kundenservice übergegangen sind, wogegen sie früher nur auf dem Bankenmarkt tätig waren.

WELT: Wie sieht es auf dem Euromarkt aus?

Ahlborn: Auch hier hat man diese Tätigkeit ausgeweitet auf die private Kundschaft. Das hat sich vor allem in den letzten beiden Jahren so entwikkelt. Es hat eine Diversifizierung in dem Dienstleistungsbereich der Banken stattgefunden. Dies wird sich vielleicht auch noch verstärken.

ECU / Das Stück Realität im Traum von der europäischen Währungsunion

Mit einer hervorragenden Liquidität

Von JEAN ADANT

Die europäische Währungsunion ist ein alter Traum und zahlreich waren die Pläne zu seiner Verwirklichung. Heute müssen wir leider feststellen, daß deren Erfüllung nur mehr langfristiges Ziel ist.

Dagegen ist die europäische Währungseinheit inzwischen eine weitverbreitete Realität mit einem konkreten und attraktivem Namen: Ecu.

Die auf Ecu lautenden Transaktionen sind seit 1981 – in diesem Jahr wurde die Ecu aus der Taufe gehoben – am Kapital- und im Geldmarkt stetig gestiegen. Auch die Anzahl der daran beteiligten Banken wuchs inzwischen über die kleine Anfangsgruppe weit hinaus und wird auf über 350 geschätzt. Über 140 Anleihen sind seit 1981 mit einem Gesamtbetrag von weit über neun Milliarden Ecu aufgelegt worden.

Auch die einzelnen Beträge konnten deutlich aufgestockt werden, von 30 Mill. Ecu über 75 Mill. Ecu bis zu 100 Mill. Ecu. Die letzten Emissionen zugunsten der Weltbank und der E. I. B. lagen sogar bei 200 Mill. Ecu. Die Schuldner verteilen sich auf 17 verschiedene Länder und umfassen internationale Organisationen (E. I. B., Weltbank), Staaten (Österreich, Dänemark, Südafrika), öffentliche Einrichtungen, Banken und Industriebetriebe.

Die Entstehung und Weiterentwicklung eines regen Sekundärmarktes konnte diese positive Entwicklung nur verstärken. Die Anzahl der an diesem Markt teilnehmenden Banken wuchs kräftig: Regelmäßige Notierungen aller Anleihen waren die Folge mit Beträgen von 250 000 bis 1 Mill. Ecu. Insgesamt sind tägliche Umsätze von 150 bis 200 Mill. Ecu möglich.

Nicht weniger wichtig für die Ecu-Zukunft war das rasche Heranwachsen eines für kurzfristige Ecu-Anlagen gut funktionierenden Geldmarktes, den frühere Rechnungseinheiten in dieser Form nicht gekannt haben. Vor zwei bis drei Jahren mußten die in diesem Markt tätigen Kreditinstitute noch täglich diese Gelder in die einzelnen Devisen des Ecu-Korbes zerlegen. Heute ist es problemlos möglich, Ecus in welcher Form auch immer an einem auf 10 Milliarden geschätzten Geldmarkt anzulegen, direkte Notierungen im Devisen- (Kassa und Termin) und Geldhandel zu stellen sowie Eurokredite zu vergleichbaren Margen wie im Dollarbereich zu syndizieren. Besonders letzte Tatsache unterstreicht die hervorragende Ecu-Liquidität, wenn man bedenkt, daß das Volumen der syndizierten Ecu-Kredite Ende Februar 1985 rund 5 Milliarden Ecu erreichte. Problemlos ist auch, dank eines augenblicklichen privaten Clearings, der weltweite Zahlungsverkehr, dessen tägliche Operationen auf über 1000 mit einem Volumen von ungefähr 2 Milliarden Ecu geschätzt werden.

Drei Fakten liegen dem Ecu-Erfolg vor allem zugrunde:

- die Stetigkeit der Anfangsentwicklung und der allgemeinen Transaktionen sowie der Kurs- und Zinsschwankungen;
- die Autonomie der Wechselkurse und Zinssätze im Vergleich zu den gewichteten theoretischen Schätzungen, basierend auf den einzelnen im Ecu-Korb vertretenen Währungen;
- der ruhige Übergang – trotz aller Unkenrufe – am 17. September 1984 vom alten auf den neuen Ecu-Korb.

Nichtsdestotrotz können alle aufgezählten Fakten den Ecu-Aufschwung alleine nicht erklären. Die neue europäische Währung hat auch ihre eigene Daseinsberechtigung:

- ein repräsentatives Instrumentarium der Europäischen Gemeinschaft als bedeutende Währungszone;
- ein Stabilitätsinstrumentarium im unruhigen internationalen Währungssystem.

Weil die Anleger aber auch die Emittenten diese Bedingungen erfüllt sahen, entwickelte sich der Ecu-Markt konstant und zügig. Man kann demnach nicht umhin, der Ecu eine echte Anlage-Alternative zuzugestehen, nicht nur wegen der vielfältigen Investitionsmöglichkeiten – Wandelanleihen, Zero-Coupons, CDs – sondern auch wegen der breiten geographischen Streuung der Anleger.

Bis jetzt waren im Management oder Co-Management aller auf Ecu lautenden Emissionen eine oder mehrere Luxemburger Banken vertreten, und alle Ecu-Anleihen sind an der Luxemburger Börse notiert. Ferner ist im wichtigen Ecu-Clearing – genannt Mesa (Mutual Settlement Account) – das von fünf führenden europäischen Kreditinstituten betrieben wird, eine Luxemburger Bank vertreten, die Kreditbank S. A. Luxembourgeoise, welche im April 1981 die erste Ecu-Anleihe am internationalen Kapitalmarkt auflegte.

Jean Adant ist Administrateur-Directeur der Kredietbank S. A. Luxembourgeoise

ZUKUNFTSAUSSICHTEN / Abschied aus den Geschäften mit Ost und Süd

Gelassen in die Volljährigkeit

Die Boomjahre Luxemburgs sind vorbei. Viele Faktoren haben hierzu beigetragen. Die finanziellen Probleme vieler Länder in Lateinamerika und Osteuropa, der Rückgang des Geschäfts mit Kreditnehmern in der Bundesrepublik Deutschland, neue Konkurrenten in- und außerhalb Europas und Strukturprobleme des kleinen Landes, die auf den Spielraum des Fiskus zurückschlagen, den Banken des Fürstentums in Fragen der Steuerzahlung entgegenzukommen.

Ulrich Damm, der Managing-Director der Commerzbank S. A. in Luxemburg, schrieb schon im Mai 1983 in der Börsenzeitung, daß „die Schuldenprobleme vieler Länder in Osteuropa und Lateinamerika spiegelbildlich ihr Gegenstück in den luxemburgischen Bankbilanzen finden" würden. Der Trend zur Zurückhaltung im Geschäft mit überschuldeten Ländern hat sich bis ins Jahr 1985 verstärkt.

Internationale Schuldenkrise und weltweite Rezession haben das Geschäft allgemein zurückgehen lassen. Wer nicht über eine erstklassige Bonität verfügt, muß kräftig drauflegen. Wer dagegen die Superplakette mit den drei großen A im Revers trägt, dem laufen die Banken die Türen ein. Die Folge – die einen, die Armen können sich Kredite nicht mehr leisten, – die anderen, die mit der Superbonität, zahlen nur noch geringe Margen und tun damit wenig für die Erträge. Hinzu kommt, daß heute billige Altkredite durch Neukredite abgelöst werden. Auch das ist nicht gerade das Geschäft, mit dem man viel Geld verdient.

So wurde vor allen Dingen das traditionelle Eurokreditgeschäft der Luxemburger Banken gedämpft. Große und alteingesessene Finanzplätze hatten geringere Probleme, diese Einbußen aufzufangen. Luxemburg dagegen, der klassische Eurokreditplatz, mußte Federn lassen. Der dramatische Dollarkursanstieg der vergangenen Wochen hat zudem dazu geführt, daß der Wert der Euromarkforderungen abnahm. Betrug der Luxemburger Anteil in den letzten Jahren im Eurogeschäft noch um die 12 Prozent, ist er auf heute 9,2 Prozent im Aktivgeschäft und auf knapp acht Prozent im Passivgeschäft gesunken.

Und doch registrieren Beobachter des Finanzplatzes Luxemburg wie Jenny Beate Janietz vom „Luxemburger Wort" keine Resignation. „Von Stagnation oder Untergangsstimmung", schrieb sie vergangene Woche in einer deutschen Zeitung „kann jedenfalls keine Rede sein". Sie registrierte vielmehr „positive und optimistische Stimmen unter den Bankern".

Auch Pierre Jaans, der Vorsitzende der Kommission zur Bankaufsicht, formulierte: „Wir haben unsere Reiseflughöhe erreicht."

Daß die Luxemburger das gedrosselte Geschäft gelassen hinnehmen, erklärt sich an einer die letzten Jahrzehnte umfassenden Gesamtsicht.

Luxemburg hat trotz der immer noch bestehenden strukturellen Schwächen, insbesondere im Stahlbereich, eine erstaunliche Wandlung hinter sich. Bis in die 60er Jahre konnte man von einer monolithischen Struktur der luxemburgischen Wirtschaft sprechen. Von der Stahlindustrie hing das Wohl und Wehe der Volkswirtschaft ab. Auch wenn man bemüht war, durch die Ansiedlung von Tochterunternehmen führender amerikanischer Konzerne die Industrie zu diversifizieren und beschäftigungspolitische Impulse zu geben, fehlte gleichwohl eine leistungsfähige, mittelständische Industrie, die das Übergewicht der Stahlindustrie hätte ausgleichen können. Zumal sich im Laufe der Jahre viele Amerikaner aus ihrem Luxemburger Engagement wieder zurückgezogen haben.

So bot vor allem der Dienstleistungssektor und hier speziell die Banken Chancen für eine strukturelle Veränderung.

Kontinuierlich siedelten sich Banken in Luxemburg an. 1981 waren es 112, heute sind es 117. Fiskalische und andere Maßnahmen der Regierungen sorgten für eine Wettbewerbsfähigkeit im internationalen Vergleich, obwohl Luxemburg keine Steueroase ist. Aber immerhin wurde die Mehrwertsteuer beim Goldhandel abgeschafft, auf die Stempelgebühr für Depotzertifikate verzichtet, die steuerfreie Rückstellung für Risiken aus dem Auslandsgeschäft erhöht und anderes mehr. Mit vielen Staaten der Erde bestehen Doppelbesteuerungsabkommen.

Und doch profitiert der Fiskus reichlich. Der Ertragsteuersatz für die Banken im Fürstentum liegt bei 46 Prozent. London will den seinen von derzeit 45 in zwei Stufen auf 35 senken, Singapur dagegen fordert nur 10 Prozent. Allerdings führt nur eine Gesamtschau im internationalen Vergleich hier zu einer gerechten Bewertung.

Auch lastet der Stahlriese Arbed nach wie vor auf der öffentlichen Tasche, selbst wenn durch den Stahlkrisenplan der EG-Kommission die Produktion und der Export gedrosselt wurden. Für die Regierung Pierre Werner ist die Möglichkeit, Steuererleichterungen zu gewähren, gering. So zitiert Jenny Beate Janietz Eurobanker mit der warnenden Frage: „Was spräche dagegen, das Geschäft in Luxemburg zu machen und die Erträge in London oder Frankfurt anfallen zu lassen?"

Die meisten Banken haben aber durchaus richtig kalkuliert und ihre Hoffnung nicht darauf gesetzt, daß ihnen die Regierung Luxemburgs unter die Arme greift. Sie haben versucht, ihr Betätigungsfeld zu erweitern und ihr Risiko- und Eigenkapitalpolster zu konsolidieren.

Neu in Luxemburg ist etwa das Geschäft mit dem Privatkunden. Was Zürich kann, können wir auch, sagt man in den Chefetagen Luxemburger Banken.

Man bietet nicht mehr nur einfache Geschäfte in Termingeld und Metallen. Komplette Konzepte zur Vermögensverwaltung werden angeboten. Das Financial Ingeneering steht hoch im Kurs.

Neue Finanzierungsformen am Euromarkt machen Furore, die sogenannten EuroNotes, die ihren Marktanteil inzwischen von 15 auf 51 Prozent am Euromarkt ausdehnen konnten. Ob der Hauptteil dieses Geschäfts zukünftig jedoch in Luxemburg und nicht in London gemacht wird, bleibt abzuwarten.

Wie auch immer, nach bald 18 Jahren ist Luxemburg als Finanzplatz volljährig geworden. Die Sehnsucht nach weiterem Sturm und Drang hat der Erkenntnis Platz gemacht, daß nun eine Phase der Konsolidierung, eines des nur geringen Auf und Ab einzusetzen habe.

EDWIN SIEWERT

DIENSTLEISTUNGEN / Banken als Kreditgeber und neuerdings auch als Firmengründer

Töchter mit attraktiven Rahmenbedingungen

Von KLAUS J. ZAPF

Nach einer stürmischen Wachstumsphase in den siebziger Jahren konnte der Finanzplatz Luxemburg in der ersten Hälfte der achtziger Jahre sein Geschäftsvolumen auf hohem Niveau stabilisieren. Derzeit sind in Luxemburg 117 Banken mit einer zusammengefaßten Bilanzsumme von 7331 Mrd. Lux. Franc (rund 365 Mrd. DM) per Ende 1984 vertreten. Die 29 Tochtergesellschaften deutscher Kreditinstitute bilden dabei die zahlenmäßig stärkste und mit einem Anteil von knapp 50 Prozent die vom Geschäftsvolumen her mit Abstand bedeutendste Gruppe.

Für den geschäftlichen Erfolg der am Finanzplatz vertretenen Banken spricht ein im Jahre 1983 erwirtschafteter Gesamtgewinn vor Dotierung von Rückstellungen und vor Ertragsteuern in Höhe von 68 Mrd. Lux. Franc (rund 3,4 Mrd. DM), was einem durchschnittlichen Return on Assets von 1,1 Prozent entspricht. Die Gewinnsituation dürfte sich im Geschäftsjahr 1984 nochmals leicht verbessert haben.

Im internationalen Vergleich behauptet der Finanzplatz Luxemburg unverändert mit einem Volumen an Auslandsforderungen in Fremdwährung von mehr als 80 Mrd. US-Dollar – nach London und Paris – die dritte Stelle in Europa. Weiterhin blieb Luxemburg das Zentrum für die Euro-DM; Ende 1984 lauteten rund 38 Prozent aller Fremdwährungsforderungen auf die deutsche Währung.

Der institutionelle Rahmen für ein breitgefächertes internationales Bankgeschäft ist in Luxemburg attraktiv. Es besteht ein hohes Maß an Freizügigkeit im grenzüberschreitenden Geld- und Kapitalverkehr, und bei einem Transfer von Zinsen oder Kursgewinnen fällt für Gebietsfremde kein Quellensteuerabzug an. Der Schutz des Kapitalanlegers genießt einen sehr hohen Stellenwert in Luxemburg; das Bankgeheimnis wurde durch Gesetz im April 1981 auf „Schweizer Niveau" gebracht und sichert gerade dem Anleger ein höchstes Maß an Vertraulichkeit.

Eine Verpflichtung der Banken zur Haltung von zinslosen Mindestreserve-Guthaben besteht in Luxemburg nicht, die Kreditinstitute im Großherzogtum unterliegen jedoch einer effizienten und zugleich flexiblen Bankenaufsicht durch das Institut Monétaire Luxembourgeois (IML), während die Überwachung von Devisentransaktionen im Rahmen des belgisch-luxemburgischen Währungsverbundes dem Institut Belgo-Luxembourgeois du Change (IBLC) obliegt.

Vor dem Hintergrund gestiegener Risiken und enger Margen im traditionellen Euro-Syndizierungsgeschäft haben nahezu alle Eurobanken in Luxemburg intensive Bemühungen unternommen, ihre Geschäftsstruktur im Sinne einer stärkeren Betonung des individuellen Firmen- und insbesondere Privatkundengeschäfts zu diversifizieren. Die Angebotspalette des Finanzplatzes ist in der Tat reichhaltig. Generell ist jedoch anzumerken, daß sich bisher

- die meisten ausländischen Banken auf das Eurogeld und -kreditgeschäft sowie den Handel in Wertpapieren und Edelmetallen beschränken;
- im Rahmen ihrer Orientierung auf das Großgeschäft (Wholesale Banking) keine Sparkonten und im Prinzip auch keine Kontokorrentkonten mit Barauszahlungen, Überweisungen und Schecks führen.

Die jeweilige Mindestgrößenordnung für eine Geschäftsverbindung ist von Institut zu Institut unterschiedlich.

Das Angebot des Finanzplatzes Luxemburg umfaßt Euro-Kredite in allen konvertiblen Währungen einschließlich Ecu, Konsortialkredite/Syndizierungen, Treuhandkredite, Projektfinanzierungen sowie Ex- und Importfinanzierungen – auch auf à-forfait-Basis. Ein qualifizierter und international erfahrener Mitarbeiterstab ist im Rahmen eines Financial Engineering stets um maßgeschneiderte Lösungen bemüht. Der individuellen Gestaltung von Finanzierungspaketen kommt insbesondere im Zusammenhang mit dem Vordringen neuartiger Finanzierungsinstrumente wie Euronote Standby Facilities, Revolving Underwriting Facilities (RUFs) sowie Note Issuance Facilities (NIFs) immer stärkere Bedeutung zu. Allen diesen neuen Finanzierungsformen ist gemeinsam, daß Elemente des Geld-, Kapital- und Kreditmarktes miteinander verbunden werden.



Brücke zum internationalen Geldgeschäft FOTO: C. B.-SCHULZ

Die Zinssätze im traditionellen Euro-Kreditgeschäft orientieren sich in der Regel an den internationalen Geldmarktsätzen (z. B. LIBOR), die Zinskonditionen sind teils fest für die gesamte Laufzeit, teils nach abgesprochenen Grundsätzen variabel (Roll-over-Kredite).

Grundsätzlich werden von den Eurobanken in Luxemburg Sicht- und Termineinlagen in allen konvertiblen Währungen einschließlich Ecu hereingenommen. Die jeweiligen Konten können auf den Namen des Inhabers oder als Nummernkonten geführt werden. Da keine Mindestreserve zu halten ist, werden Termingeldkonten praktisch zu Euromarkt-Bedingungen geführt. Anfallende Zinsen können ohne Quellensteuer oder sonstige Abzüge ins Ausland transferiert werden.

Von einigen größeren Platzbanken werden Certificates of Deposit (CDs) – vornehmlich lautend auf US-Dollar – emittiert; Geld- und Devisenhandelsgeschäfte werden per Kasse, Termin sowie auf Optionsbasis durchgeführt. Durch die außerbörsliche Abwicklung von Devisentermingeschäften besteht ein Höchstmaß an Flexibilität und Kostenersparnis zum Vorteil des Kunden.

Wertpapiergeschäfte sind in Luxemburg nicht mit Börsenumsatzsteuer belegt. Gehandel werden festverzinsliche Anleihen, Aktien sowie Optionen – per Kasse und per Termin.

In den letzten Jahren haben fast alle Eurobanken am Finanzplatz Luxemburg ihre Aktivitäten im Privatkundengeschäft systematisch ausgebaut und intensiviert. Zur erweiterten Dienstleistungspalette gehört insbesondere auch das Angebot einer qualifizierten Vermögensverwaltung, die dem privaten Anleger die Möglichkeiten des internationalen Geld-, Devisen- und Wertpapiergeschäfts eröffnet. Auf der Basis eines Anlageplans, der die speziellen Wünsche des Kunden im Hinblick auf die Struktur seines Portefeuilles (regionale Streuung, Diversifizierung nach Branchen, Währungsstruktur) berücksichtigt, übernimmt die Bank dabei die Marktbeobachtung und trifft im Rahmen der jeweiligen Vereinbarungen Anlageentscheidungen.

Das Service-Angebot einiger Kreditinstitute umfaßt schließlich auch die Gründung und Verwaltung von Holding-Gesellschaften. In Luxemburg sind Holding-Gesellschaften von der Ertragssteuer befreit; sie sind jedoch auf das Management von Beteiligungsportefeuilles beschränkt und dürfen keinerlei sonstige kommerzielle und industrielle Tätigkeit ausüben.

Klaus J. Zapf ist Administrateur-Délégué der Compagnie Luxembourgeoise de la Dresdner Bank AG

INTERNATIONALER VERGLEICH / Kein Paradies im biblischen Bank-Sinne

Mit Sonderregelungen zur Oase

Von J.-JACQUES PICARD

Die Entwicklung des kleinen Luxemburg zu einem der wichtigsten Finanzplätze Europas wird oft mit beträchtlichen Steuervorteilen der dort tätigen 117 Banken aus 21 Ländern in Verbindung gebracht. Der luxemburgische Bankensektor trug jedoch im vergangenen Jahr nach Schätzungen etwa 7,5 Mrd. Franc direkt zum Staatshaushalt bei, ein Indiz dafür, daß die Attraktivität Luxemburgs als Finanzplatz nicht unbedingt nur im steuerlichen Umfeld zu suchen ist.

Vielfach in einem Atemzug mit anderen Kleinstaaten wie Andorra, Monaco oder Liechtenstein genannt, gilt Luxemburg im Ausland allgemein als Steueroase, als Paradies, wo sich leicht Geld verdienen läßt, ohne daß der Staat gleich allzusehr die Hand aufhält.

Als echtes Steuerparadies ist Luxemburg jedoch bei näherem Hinsehen nicht zu bezeichnen. Man darf nicht vergessen, daß mit dem Zweiten Weltkrieg im Jahre 1941 im Großherzogtum praktisch das gesamte deutsche Steuersystem eingeführt wurde. Dieses wurde nach dem Krieg beibehalten und ausgebaut, und noch heute wird das luxemburgische Steuerrecht von der bundesdeutschen Rechtsprechung auf diesem Gebiet (Urteile des Bundesfinanzhofes) in wesentlichen Punkten beeinflußt.

Die steuerliche Belastung der Privatpersonen ist sehr hoch. Der progressive Einkommensteuersatz erreicht einen Spitzenwert von 57 Prozent. Dieser Höchstsatz ist schon bei einem Einkommen von mehr als 1 266 000 Franc – das sind umgerechnet etwa 63 330 DM – erreicht. Durch Gesetz vom 30. Juni 1976 wurde zudem noch eine Zusatzsteuer zur Speisung eines Arbeitslosenfonds eingeführt. Anfänglich auf 2,5 Prozent der Einkommensteuer begrenzt, wurde diese Sondersteuer in den folgenden Jahren progressiv erhöht, um die Finanzierung der Restrukturierung der notleidenden Stahlindustrie, Hauptwirtschaftszweig des Landes, zu gewährleisten. Seit dem 1. Juli 1983 beträgt diese Sondersteuer für Privatpersonen zehn Prozent der von ihnen zu entrichtenden Einkommensteuer.

Durch diese zeitlich begrenzte Maßnahme beträgt der Spitzensatz bei der Einkommensteuer für Privatpersonen demnach zur Zeit 62,7 Prozent. Man kann also kaum behaupten, daß in Sachen Einkommensteuer in Luxemburg paradiesische Zustände herrschen.

Die in Luxemburg ansässigen Holding-Gesellschaften genießen einen Sonderstatus. Sie sind von der Einkommensteuer befreit und zahlen jährlich lediglich eine sogenannte „taxe d'abonnement", eine 0,20prozentige Steuer auf den Wert ihrer Aktien, sowie bei der Gründung der Gesellschaft, wie jede andere Körperschaft auch, einen „trait d'apport", eine einprozentige Steuer auf das Anfangskapital. Diese Sonderregelung mag dazu beigetragen haben, daß das kleine Großherzogtum in seinen Nachbarländern gern als Steueroase angesehen wird.

Eine Besonderheit im luxemburgischen Mehrwertsteuersystem ist – und das mag zu Luxemburgs Ruf als Steuerparadies beigetragen haben – die Befreiung verschiedener Goldtransaktionen von der Mehrwertsteuer. Mehrwertsteuerfrei ist der inländische Handel sowie die Einfuhr von Feingold in Form von Barren sowie von Goldmünzen, wenn diese zum Zeitpunkt der Lieferung gesetzliches Zahlungsmittel in ihrem Ursprungsland sind oder aber regelmäßig an einer Börse notiert werden. Ausgeschlossen sind demnach Sammlerstücke von numismatischem Wert.

Ein letzter Punkt schließlich, der bei Touristen und bei den Bewohnern der nahen Grenzregionen den Eindruck vom Steuerparadies Luxemburg aufkommen läßt, sind die relativ niedrigen Treibstoff-, Tabak- und Alkoholsteuern. Trotz mehrfacher Steuererhöhungen im Zuge der Rettungsmaßnahmen für die Stahlindustrie bleiben Benzin, Zigaretten, Branntwein und Kaffee – letztgenannte Produkte sind mittlerweile auch an allen grenznahen Tankstellen zu haben – deutlich billiger als in den Nachbarländern, wie die große Kundenzahl aus den nahen Grenzregionen beweist.

Neben diesen finanziellen Vorteilen bietet Luxemburg dank seiner zentralen Lage im Herzen Europas gute Verkehrsverbindungen zu den wichtigsten Hauptstädten und Geschäftszentren Europas sowie ein modernes Kommunikationswesen, mehrsprachiges Personal, soziale und politische Stabilität, alles Faktoren, die bei der Wahl eines Geschäftszentrums eine Rolle spielen.

Allgemein geschätzt wird am Finanzplatz auch die Nähe zu den Behörden und das pragmatische und unbürokratische Angehen von Problemen, die den Platz gefährden oder seine Entwicklung beeinträchtigen könnten.

Unter diesem Gesichtspunkt sind auch die Anstrengungen des Gesetzgebers zur Vermeidung der Doppelbesteuerung zu sehen. Die Enge des Luxemburger Marktes bringt es mit sich, daß die Geschäfte der dort ansässigen Unternehmen und Privatpersonen die Landesgrenzen fast zwangsläufig überschreiten. Eine ohnehin schon unangenehme Besteuerung wird jedoch doppelt lästig, wenn die gleichen Einkünfte gleich von mehreren Staaten besteuert werden.

Um eine doppelte Besteuerung von Einkommen möglichst zu vermeiden, hat das Großherzogtum eine Reihe von Doppelbesteuerungsabkommen abgeschlossen. Solche Abkommen bestehen zur Zeit mit der Bundesrepublik Deutschland, Belgien, den Niederlanden, Frankreich, Österreich, Brasilien, Großbritannien, Irland, Marokko, den Vereinigten Staaten sowie mit den skandinavischen Ländern (das Abkommen mit Norwegen tritt allerdings erst am 1. Januar 1986 in Kraft). Auf die Luftfahrt beschränkte Abkommen bestehen mit Island und der UdSSR. In Ausarbeitung sind Abkommen mit Kanada, Südkorea, Griechenland, Spanien und Portugal.

Die Zahl der Abkommen ist noch relativ beschränkt. Um jedoch eine doppelte Besteuerung auch der Einkommen zu vermeiden, die von Luxemburger Gebietsansässigen in Ländern realisiert werden, mit denen das Großherzogtum kein diesbezügliches Abkommen geschlossen hat, haben Steuerverwaltung und Gesetzgeber ein gemischtes System von Anrechnung auf die Steuer und Abzug von der Steuerbasis der im Ausland auf die dort erzielten Einkommen gezahlten Steuern ausgearbeitet. Dies ist eine Besonderheit der luxemburgischen Steuergesetzgebung. In der Bundesrepublik zum Beispiel hat der Steuerpflichtige die Wahl zwischen Anrechnung und Abzug.

Dieses System erlaubt dem Luxemburger Steuerpflichtigen, der aus dem Ausland Einkünfte bezieht, die dort mit einer der luxemburgischen Einkommensteuer entsprechenden Steuer belegt sind, diese Steuer auf die in Luxemburg zu zahlende Einkommensteuer anzurechnen, und zwar in Höhe des Betrages, der der luxemburgischen Steuer auf diese Einkünfte entspricht. Den Teil der im Ausland entrichteten Steuer, der über diesen Betrag hinausgeht, darf der Steuerpflichtige dann als Betriebskosten oder als Werbungskosten von den entsprechenden ausländischen Einkünften absetzen. Die Einkünfte werden für jedes Ursprungsland gesondert berechnet. Bei Einkünften aus Kapitalvermögen kann jedoch auf Wunsch des Steuerpflichtigen und innerhalb gewisser Grenzen die Anrechnung global, ohne Unterscheidung der Ursprungsländer, erfolgen.

KLEINKUNDEN

Vorzüge eines Festgeldkontos

Luxemburg ist nicht nur ein Platz für Großkunden von Großbanken. Immer mehr Kleinkunden entdecken die Vorzüge eines Kontos im Großherzogtum Luxemburg für ihre eigene Kapitalanlage. Noch bis in die siebziger Jahre war Luxemburg kein bekannter Platz für die Geldanlage privater Kunde. Heute ist das Privatkundengeschäft die am stärksten wachsende Sparte.

Warum lohnt sich ein Konto in Luxemburg? Anders als in der Schweiz ist ein Festgeldkonto bereits ab 10 000 Mark zu eröffnen. Umworben werden die deutschen Nachbarn von vier großen Luxemburger Banken, aber auch von den rund 30 Ablegern deutscher Institute in Luxemburg. Auch sie setzen zunehmend auf Privatkunden. Mehr als die Hälfte von ihnen führt bereits Privatgirokonten, nimmt Termingelder, führt Börsengeschäfte aus, gewährt Kredite und verkauft Gold.

Weil es im Großherzogtum keine Mindestreservepflicht gibt und die Bankenaufsicht nicht ganz so strenge Regeln wie in der Bundesrepublik Deutschland formuliert hat, zahlt sich das für den Privatkunden in Heller und Pfennig aus. Die Zinsen – sowohl auf der Haben- wie auf der Sollseite – können, etwa bei Termingeldern oder Krediten günstiger als bei uns ausfallen. Die Zinsen richten sich nämlich nach den niedrigeren Euromarktsätzen. Sind Sicherheiten, zum Beispiel Wertpapiere im Safe der Bank, können diese zu erheblich günstigeren Bedingungen beliehen werden als bei deutschen Banken in der Bunderepublik Deutschland.

Zum Schutz der Anleger wurde 1981 das Gesetz über das Bankgeheimnis erweitert. Das Großherzogtum gewährt nach wie vor bei Steuerverfahren keine Rechtshilfe. Eine Ausnahme gilt nur bei kriminellen Handlungen.

In luxemburgischen Bankkreisen wird jetzt auf eine neue Broschüre gewartet: Deutsche Banken sollten in ihren Filialen zu Hause auf die Vorteile hinweisen, die ihre Töchter in Luxemburg ihren eigenen Kunden bieten könnten. Dann würde der Bankplatz Luxemburg noch stärker an Bedeutung gewinnen. FN

HAUPTSTADT LUXEMBURG / Im geschichtsträchtigen „grünen Herzen Europas" lebt es sich noch heute gut

„Hier findet sich soviel Größe mit Anmut"

Zwischen 49° 26' 52" im Süden und 50 10' 58" im Norden, zwischen 5 44' 10" im Westen und 6 31' 53" im Osten gelegen, bezeichnet sich das Land Luxemburg gern als das Herz Europas, öfter noch als das grüne Herz Europas. Diese Bezeichnung trifft ohne Einschränkung auch auf die Hauptstadt Luxemburg zu, deren Stadtbild auch heute noch stark von ihrer Geschichte geprägt ist.

Die Geschichte der Stadt Luxemburg reicht bis in das Jahr 963 zurück, als Graf Siegfried auf dem Bockfelsen mit dem Bau seiner Burg begann und erste Befestigungen anlegte. Während der folgenden Jahrhunderte wurden ein zweiter und dritter Befestigungsgürtel angelegt, die im Jahre 1443 die Burgunder trotzdem nicht daran hinderten, die Stadt einzunehmen.

Zu einer wichtigen strategischen Stellung auf dem europäischen Schachbrett geworden, wurde Luxemburg in den kommenden Jahrhunderten von den besten burgundischen, spanischen, französischen, österreichischen und deutschen Ingenieuren zu einer der stärksten Festungen Europas ausgebaut, dem „Gibraltar des Nordens", das schon *Johann Wolfgang von Goethe ins* Schwärmen brachte:

„Wer Luxemburg nicht gesehen hat, wird sich keine Vorstellung von diesem an- und übereinander gefügten Kriegsgebäude machen. Die Einbildungskraft verwirrt sich, wenn man die seltsame Mannigfaltigkeit wieder hervorrufen will, mit der sich das Auge des hin- und hergehenden Wanderers kaum befreunden konnte ... Hieraus entstand nun eine Verkettung unabsehbarer Bastione, Redouten, halber Monde und solches Zangen- und Krakelwerk, als nur die Kriegskunst im seltensten Falle zu leisten vermochte. Nichts kann deshalb einen wunderlicheren Anblick gewähren als das mitten durch dies alles am Flusse abziehende enge Tal, dessen wenige Flächen, dessen sanft oder steil ansteigende Höhen zu Gärten angelegt, in Terrassen abgestuft und mit Lusthäusern belebt sind, von wo aus man auf die steilsten Felsen, auf hochaufgetürmte Mauern, rechts und links hinaufschaut. Hier findet sich soviel Größe mit Anmut, soviel Ernst mit Lieblichkeit verbunden, daß wohl zu wünschen wäre, Poussin hätte sein herrliches Talent in solchen Räumen bestätigt ..."

Das Bild Luxemburgs, so wie Goethe es zeichnete, hat sich gewandelt. Im 19. Jahrhundert geschleift, sind nur mehr etwa zehn Prozent der ursprünglichen Festung erhalten geblieben und Luxemburg ist zu einer weltoffenen Stadt geworden. Sie war der Sitz der ersten supranationalen Behörde, der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, und beherbergt zur Zeit eine ganze Reihe europäischer Institutionen wie den EG-Gerichtshof, das Sekretariat des Europaparlaments, die Publikationszentrale, die Europäische Investitionsbank und den Rechnungshof der Europäischen Gemeinschaft.

Der internationale Charakter der luxemburgischen Hauptstadt zeigt sich schon bei seinen Einwohnern. Die Stadt zählt zur Zeit rund 85 000 Einwohner aus nicht weniger als 80 verschiedenen Nationen. Verständigungsschwierigkeiten gibt es kaum. Neben der Landessprache Luxemburgisch spricht die einheimische Bevölkerung auch Deutsch und Französisch, viele sind auch der englischen Sprache mächtig.

Diese Vielsprachigkeit der Bevölkerung findet in allen Bereichen des sozialen und gesellschaftlichen Lebens ihren Niederschlag. Zwar wurde die luxemburgische Sprache durch ein Gesetz offiziell zur Landessprache erklärt, doch werden zum Beispiel Gesetzestexte in erster Linie in französischer Sprache verfaßt. Die einheimischen Tageszeitungen erscheinen größtenteils in deutscher Sprache, enthalten aber auch Beiträge in französischer und sogar in der im Schriftverkehr weniger verwendeten luxemburgischen Sprache. Auch das kulturelle Angebot trägt der Mehrsprachigkeit Rechnung.

Die meisten Banken liegen am Boulevard Royal, der „Wall Street Luxemburgs", nur wenige Schritte vom Stadtpark entfernt. Zusammen mit dem romantischen Petrustal bietet der Stadtpark, in dem auch die „Villa Louvigny", das Sendezentrum von Radio Luxemburg liegt, mehrere Quadratkilometer Grünfläche im Herzen der Stadt, eine Seltenheit in vielen europäischen Hauptstädten, die sehr zur Lebensqualität in Luxemburg beiträgt.

Alle Wege führen nach Luxemburg. Die Hauptstadt ist nicht nur politisches, gesellschaftliches und geschäftliches Zentrum des Landes, sondern auch, was die Verkehrsverbindungen anbetrifft, der Mittelpunkt des Landes überhaupt. Am Rande der Stadt liegt der einzige Flughafen des Landes. Von 16 Fluggesellschaften angeflogen, bietet der „Findel", wie der Luxemburger Flughafen im Volksmund heißt, beste Verbindungen mit allen wichtigen Städten Europas und der ganzen Welt. Die erst im vergangenen Jahr fertiggestellte Verlängerung der Landebahn erlaubt jetzt auch den größten Flugzeugtypen, Luxemburg anzufliegen, was dem luxemburgischen Flughafen im internationalen Verkehr eine Vielzahl neuer Perspektiven eröffnet.



Eng gedrängt, und der Charme der Stadt blieb doch
FOTO: DIE WELT

Auch im Eisenbahnverkehr kommt der Hauptstadt eine Schlüsselrolle zu. Luxemburg verfügt über den größten Bahnhof des Landes, viele international verkehrende Züge machen nur in Luxemburg halt. Alle internationalen Autobahnverbindungen gehen ebenfalls von der Hauptstadt aus. Auf diesem Gebiet wurde in den vergangenen Jahren viel geleistet. Fertiggestellt sind inzwischen die direkten Verbindungen mit Arlon (Belgien) und Thionville (Frankreich), vorgesehen sind eine direkte Autobahnverbindung mit Trier und mit Saarbrükken.

Die zentrale Lage Luxemburgs und seine vielseitigen Verkehrsverbindungen machten die Stadt auch zu einem internationalen Kongreß- und Messezentrum. So lockt die internationale Frühjahrsmesse, die auf dem neuen, nur fünf Autominuten vom Stadtzentrum entfernten Messegelände an der Autobahn zum Flughafen abgehalten wird, jedes Jahr über 100 000 Besucher aus dem In- und Ausland in die Hauptstadt.

Parallel zu den internationalen Einrichtungen entwickelte sich auch das Hotel- und Gaststättengewerbe in Luxemburg. Besonders die luxemburgischen Restaurants genießen internationales Ansehen. Es heißt oft, die luxemburgische Küche kombiniere deutsche Quantität mit der Qualität der französischen „Nouvelle Cuisine". Typisch luxemburgische Spezialitäten sind zum Beispiel „Träipen" (Blutwurst) mit Kartoffelpüree und Rettich, „Judd mat Gaardebounen" (geräuchertes Schweinefleisch mit Puffbohnen), Ardenner Schinken, Spanferkel in Gelee, Kalbsleberklößchen mit Sauerkraut und Kartoffeln und, nicht zu vergessen, der Kochkäse.

Was aber wäre die einheimische Gastronomie ohne die luxemburgischen Biere und die an der Luxemburger Mosel erzeugten Weißweine, die einen sehr eigenständigen, von den deutschen Moselweinen sehr verschiedenen Charakter haben. Vom landläufigen, herbrassigen Elbling bis zu den edleren Marken- und Spitzenerzeugnissen wie Rivaner, Riesling, Auxerrois, Pinot und Ruländer ist für jeden Geschmack etwas dabei.

Eines der gastronomischen Zentren Luxemburgs ist die Place d'armes, der mitten in der Stadt gelegene, von Restaurants und Cafés umrahmte Paradeplatz, der mit seinen schattigen Terrassen in der wärmeren *Jahreszeit der Treffpunkt schlechthin* in der Hauptstadt ist.

MESSE LUXEMBURG

Tradition Herbst und Frühjahr

Luxemburg ist eine alte und traditionsreiche Messestadt. Aus dem Jahre 1340 stammt die Urkunde, mit der Johann der Blinde, Graf von Luxemburg und König von Böhmen, der Stadt das Recht zugestand, jährlich eine Messe zu veranstalten. Die erste Nachkriegs-Messe wurde am 19. Juni 1948 eröffnet.

1974 konnte die Messegesellschaft ihren Standort auf das heutige Gelände verlegen. Das Gelände liegt nur wenige Minuten vom Stadtzentrum, vom Hauptbahnhof und vom Flughafen entfernt auf einem Plateau, das europäische Behörden und andere Verwaltungen beherbergt. Die Autobahn, direkt am Gelände, ermögicht bequeme Zufahrt zu den wichtigsten Verbindungsstraßen mit dem Ausland.

Seit 1976 hat die Messeleitung ihre bisherige jährliche allgemeine Messe in zwei Veranstaltungen aufgeteilt: eine Frühjahrs- und eine Herbstmesse. Jährlich im Oktober und ebenfalls für neun Tage wartet die Herbstmesse auf mit Schwerpunkten wie Haustechnik, Möbel, technische Geräte und Maschinen. Stark vertreten sind sanitäre Anlagen, Heizungs- und Belüftungssysteme, Fertigbauelemente. Die Herbstmesse ist in erster Linie auf die Nachfrage nach Investitionsgütern ausgerichtet und auf Konsumgüter, die nicht für einen kurzfristigen Verbrauch bestimmt sind. Ihr Informationswert ist dementsprechend.

Die Rolle Luxemburgs als Tagungsstätte wächst ständig. Auch auf dem Messegelände finden die Interessenten Räumlichkeiten vor, die das ganze Jahr hindurch verfügbar sind. Drei Räume bieten Platz für etwa 400 Personen.

Die Bedeutung der Stadt Luxemburg als internationaler Finanzplatz verpflichtete die Messeleitung geradezu, *ihr Programm durch eine* Fachmesse für den Bankensektor zu ergänzen. Diese Messe für Einrichtung und Ausrüstung von Geldinstituten wurde *anfangs* alle *zwei Jahre* in Verbindung mit einem internationalen Kongreß veranstaltet. Es wurde allerdings festgestellt, daß „banque" keine zu häufige Wiederholung in Luxemburg selbst verträgt, und man hat sich daher entschlossen, diese Fachausstellung an wechselnden Standor*ten und internationalen Finanzzen*tren zu veranstalten. WR.

STEUERN / Einfluß aus Deutschland

Leitfaden für jeden Fall

Die luxemburgischen Steuergesetze und deren Auslegung sind maßgeblich von ausländichen Einflüssen geprägt, wobei die Ausstrahlung aus Deutschland gegenüber der aus Frankreich eindeutig dominiert. Dies zeigt sich besonders im Bereich der direkten Steuern, wo seit 1940 die deutsche Abgabenordnung in der Fassung vom 22. 5. 1931 in Verbindung mit dem Steueranpassungsgesetz vom 16. 10. 1934 die Grundlage für die Steuern auf den Ertrag und das Vermögen bilden. Noch heute sind das Vermögenssteuergesetz, das *Gewerbesteuergesetz, das Grund*steuergesetz sowie das Bewertungsgesetz in der am Kriegsende in Deutschland gültigen Fassung anwendbar.

Erst seit 1967 besteht ein eigenes luxemburgisches Einkommenssteuergsetz. Das seit 1970 in Kraft befindliche Umsatzsteuergesetz basiert auf den EG-Richtlinien. Die Verbrauchssteuern sind im Rahmen der Belgisch-Luxemburgischen Wirtschaftsunion (BLWU) weitgehend harmonisiert, wenngleich hier vielfach die Steuersätze noch stark differieren.

Die wichtigsten Steuerquellen des Großherzogtums sind die Einkommenssteuern einschl. Körperschafts- und Lohnsteuern, wobei die über 100 in Luxemburg ansässigen Banken mit etwa sieben Milliarden Franc in diesem Bereich allein ca. ein Viertel aufbringen. Obwohl die höheren Einkommen durch einen Tarif mit relativ starker Progression belastet werden, liegt die Gesamtabgabenlast in Luxemburg etwa im Durchschnitt der anderen EG-Partner: So sind die Mehrwertsteuersätze mit zwölf Prozent , sechs Prozent und drei Prozent unter denen der Nachbarländer.

Der Goldhandel ist von der Mehrwertsteuer befreit. Ebenso liegen die meisten Verbrauchssteuern niedriger als in Deutschland, insbesondere für Mineralölerzeugnisse, Tabak und Alkohol, womit sich der starke Touristenstrom in das Großherzogtum teilweise erklären läßt.

Die Einkommenssteuern der natürlichen Personen werden nach einem progressiven, von zwölf bis 57 Prozent gestaffelten Grundtarif ermittelt.

Wie in der Bundesrepublik Deutschland gibt es in Luxemburg das Ehegattensplitting. Für Kinder werden je nach Einkommen gestaffelte Ermäßigungen bis max. 30 000 Franc gewährt.

Die Körperschaftssteuer beträgt 40 Prozent, wenn das zu versteuernde Einkommen über 1 312 000 Franc liegt. Bei Einkünften zwischen 400 000 und 1 312 000 Franc findet ein gestaffelter Tarif Anwendung mit einem Eingangssatz von 20 Prozent. Die Steuersätze gelten sowohl für ausgeschüttete als auch für einbehaltene Gewinne. Zusätzlich wird zur Zeit noch eine Ergänzungsabgabe von vier Prozent erhoben, deren Abschaffung angestrebt wird.

Die Gewinnauschüttungen unterliegen einem Quellenabzug von 15 Prozent. Luxemburg kennt kein Anrechnungsverfahren beim Aktionär, woraus sich eine Doppelbelastung der durch Körperschaften ausgeschütteten Erträge ergibt. Unter Berücksichtigung verschiedener Steuererleichterungen und Abschreibungsmöglichkeiten in Luxemburg sowie der – insbesondere bei Neuansiedlungen – großzügig und unbürokratisch gewährten Investitionshilfen kann die Belastung der Unternehmer in Luxemburg im europäischen Vergleich nicht als hoch angesehen werden.

Für luxemburgische Holdinggesellschaften, deren Tätigkeitsbereich aufgrund des Gesetzes vom 31. Juli 1929 klaren Einschränkungen unterliegt, besteht eine weitgehende Steuerfreiheit. Sie umfaßt die völlige Befreiung von der Körperschaftssteuer, der Gewerbesteuer, der Vermögenssteuer sowie der Quellensteuer auf Gewinnausschüttungen. Die Holdinggesellschaften unterliegen jedoch allen Verkehrs- und Verbrauchssteuern, der Grunderwerbssteuer usw. Sie müssen jährlich eine „taxe d'abonnement" von 0,2 Prozent auf das eingezahle Grundkapital sowie auf begebene Schuldverschreibungen entrichten. Die Einkünfte der Holdinggesellschaften unterliegen in der Regel einer Quellensteuer; diese kann weder erstattet noch angerechnet werden, da die luxemburgischen Holdinggesellschaften von den Doppelbesteuerungsabkommen ausgenommen sind. Zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Luxemburg besteht ein Doppelbesteuerungsabkommen vom 23. August 1958, das durch das Ergänzungsprotokoll vom 15. Juni 1973 an die neuere internationale Vertragspraxis angepaßt wurde.

Die Deutsch-Belgisch-Luxemburgische Handelskammer hat kürzlich erstmals einen 86 Seiten umfassenden Leitfaden mit praktischen Fallbeispielen zum luxemburgischen Steuersystem herausgegeben, dessen Autor der luxemburgische Steuerexperte Guy Bernard ist. Zu beziehen bei: Deutsch-Belgisch-Luxemburgische Handelskammer, Cäcilienstraße 46, 5000 Köln 1, Tel.: 0221/21 75 00 oder 21 39 86. K. DROSSARD

Luxemburg
Redaktion: H.-H. Holzamer, Bonn
Anzeigen: Hans Biehl, Hamburg